Kursbuch

Kursbuch/Rotbuch Verlag · September 1989 · Heft 97 · DM 10 · A 20281 F

Uni-Not

Wolfgang Nitsch, Drei Perspektiven
Eckart Britsch, Berlin – Texas
Uwe Wesel, Juristenausbildung
Carolin Krings, Medizin studieren
Bernd Mahr, Wunderkind Informatik
Marianne Schuller, Krise der Germanistik
Jens Rehländer, Abschied von Tübingen
Claus Leggewie, Wozu Politologie?
Jürgen Zimmer, Eine andere Ausbildung
Reinhard Breuer, Habilitation als Ritual
Ulrich K. Preuß, Demokratie in der Uni
Friedrich Edding, Bildungsplanung
Keith Bullivant, Alma mater britannica

Kursbuch
Herausgegeben von Karl Markus Michel und Tilman Spengler
Unter Mitarbeit von Hans Magnus Enzensberger
Redaktion: Ingrid Karsunke

Goethe-Institut
Bibliothek
ausgeschieden am:

97 Uni-Not September 1989

Friedrich Nietzsche, Hört, hört! 1
Wolfgang Nitsch, ABC. Perspektiven für eine künftige Universität 2
Eckart Britsch, Berlin – Texas. Eine Situationsanalyse 16
Uwe Wesel, Juristenausbildung. Wider den geplanten Leerlauf 29
Carolin Krings, Auf die Menschheit losgelassen. Befunde aus dem Medizinstudium 43
Bernd, Mahr, Informatik. Wachstumsstörungen eines Wunderkinds 55
Marianne Schuller, Textilien. Literaturwissenschaft in der Krise? 71
Jens Rehländer, Abschied von Tübingen 89
Claus Leggewie, Politologie: Wissenschaft oder Kaderschmiede? 99
Jürgen Zimmer, Die Teekampagne. Skizze einer anderen Ausbildung 121
Reinhard Breuer, Die physikalische Ständegesellschaft. Beschreibung einer Initiation 137
Ulrich K. Preuß, Demokratie in der Hochschule 151
Friedrich Edding, Das Soll, das Ist und der Plan. Dilemmata der Bildungsökonomie 171
Keith Bullivant, Alma mater britannica. Die kaputtsanierte Universität 184

Das Kursbuch erscheint einmal im Vierteljahr. Jedes Heft kostet im Jahresabonnement DM 8,50, im Einzelverkauf DM 10. Verlag: Kursbuch Verlag GmbH/Rotbuch Verlag GmbH, Potsdamer Straße 98, 1000 Berlin 30; Telefon 261 1196. Anschrift der Redaktion: Kursbuch Verlag, Niebuhrstraße 77, 1000 Berlin 12, Telefon 881 5059. Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein, bittet jedoch darum, Rückporto beizufügen; sie erklärt, daß sie solche Sendungen in der Regel nicht kommentieren und keine Haftung für sie übernehmen kann. Verantwortlich für den Inhalt: Karl Markus Michel und Tilman Spengler. Anzeigenverwaltung: Runze & Casper Verlagsservice OHG, Schöneberger Ufer 65, 1000 Berlin 30, Telefon 030/261 1865, Fax: 030/261 1869.
© 1989 Kursbuch Verlag, Berlin. Alle Rechte, auch die der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten.
Druck und Bindung: Druckerei Wagner GmbH, Nördlingen.
Beilagen: Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (Teilbeilage), Kühl Verlag/Commune, Volkszeitung (Teilbeilage), Wohlthat's Versand (Teilbeilage)

Hört, hört!

Wenn ein Ausländer unser Universitätswesen kennenlernen will, so fragt er zuerst mit Nachdruck: »Wie hängt bei euch der Student mit der Universität zusammen?« Wir antworten: »Durch das Ohr, als Hörer.« Der Ausländer erstaunt. »Nur durch das Ohr?« fragt er nochmals. »Nur durch das Ohr«, antworten wir nochmals. Der Student hört ... Sehr häufig schreibt der Student zugleich, während er hört. Dies sind die Momente, in denen er an der Nabelschnur der Universität hängt. Er kann sich wählen, was er hören will, er braucht nicht zu glauben, was er hört, er kann das Ohr schließen, wenn er nicht hören mag. Dies ist die ›akroamatische‹ Lehrmethode.

Der Lehrer aber spricht zu diesen hörenden Studenten. Was er sonst denkt und tut, ist durch eine ungeheure Kluft von der Wahrnehmung des Studenten abgeschieden. Häufig liest der Professor, während er spricht. Im allgemeinen will er möglichst viele solche Hörer haben, in der Not begnügt er sich mit wenigen, fast nie mit einem. Ein redender Mund und sehr viele Ohren, mit halbsoviel schreibenden Händen – das ist der äußerliche akademische Apparat, das ist die in Tätigkeit gesetzte Bildungsmaschine der Universität. Im übrigen ist der Inhaber dieses Mundes von den Besitzern der vielen Ohren getrennt und unabhängig: und diese doppelte Selbständigkeit preist man mit Hochgefühl als ›akademische Freiheit‹. Übrigens kann der eine – um diese Freiheit noch zu erhöhen – ungefähr reden, was er will, der andre ungefähr hören, was er will: nur daß hinter beiden Gruppen in bescheidener Entfernung der Staat mit einer gewissen gespannten Aufsehermiene steht, um von Zeit zu Zeit daran zu erinnern, daß er Zweck, Ziel und Inbegriff der sonderbaren Sprech- und Hörprozedur sei.

Friedrich Nietzsche: »Über die Zukunft unserer Bildungsanstalten«, 1872

Wolfgang Nitsch
ABC

Perspektiven für eine künftige Universität

Von Zeit zu Zeit ertönt seitens liberaler und progressiver Professoren und Akademiker in deutschen Landen der Ruf nach einer Besinnung auf die Idee und die Perspektive der deutschen Universität. Dazu hat eigentlich schon der Linkshegelianer Bruno Bauer anläßlich des kurzen Aufflackerns progressiver Universitätsreformbemühungen in den Jahren vor 1848 das Notwendige gesagt: die radikalen Studenten und Dozenten »sprachen von einer ›Bestimmung‹ der Universitäten, als dieselbe *erfüllt* war, vom ›Strom der Zeit‹, als derselbe in dem Kanal der Universitäten nicht mehr floß…, von *einer* Wissenschaft, als dieselbe aufgelöst und ihr Wesen… zu einem unbestimmten Gas geworden war«.[1] Nicht nur zu einem unbestimmten, wie wir heute wissen: »Der Tod ist ein Meister aus Deutschland!«[2]

Auch mich ereilte einer dieser An-Rufe, und als Angehöriger des gebildeten Kleinbürgertums, jener »zur Illusion privilegierten Stände der Ideologen, Schulmeister, Studenten, Tugendbündler« (Marx), die das »tiefe und wahre Gefühl der Empörung über die Infamie des Bestehenden«[3] pflegen und in einer Art »Hort der Vernunft«, als »organische Gemeinde«, in »Lehr- und Lernkörpern« (Fichte)[4] institutionalisiert sehen möchten, bin ich natürlich dafür auch anfällig.[5] Gleichwohl will ich den Ruf in einer zugleich sibyllinischen und zeitgemäßen Form un-beantworten, indem ich meine Phantasien über eine talk-show oder besser: eine Podiumsdiskussion, beispielsweise in einer Evangelischen Akademie, mitteile. Das Folgende ist allerdings kein Live-Mitschnitt, sondern eine gereinigte Fassung, wie sie in den Akademieberichten nachzulesen wäre.

Eingeladen und erschienen sind:

– *Herr Prof. Dr., Dr. h. c. A.*, geschäftsführender Direktor eines naturwissenschaftlichen TU-Instituts, Teilhaber eines mit Industrieunternehmen verflochtenen Forschungszentrums, aber auch Mäzen eines Interdisziplinären Zentrums für »Neues Denken«;

– *Frau B., M. A.*, eine frisch graduierte, leider nur ›flexibilisiert‹ teilzeitbeschäftigte Geisteswissenschaftlerin, Mitglied einer grün-alternativen Hochschul-Initiative;

– *Herr Prof. Dr. C.*, ein Professor der Sozialwissenschaften und Vizepräsident einer Universität, gewählt von einem liberal-sozialdemokratischen Listenbündnis.

Ein Moderator würde einführend seinen Wunsch äußern, die Drei sollten aus ihrer Perspektive ein »Modell der Universität von morgen, falls es sie denn noch geben sollte«, skizzieren. Er sei neugierig, ob das drei grundverschiedene Modelle ergebe oder noch drei Bereiche *einer* Universität. Warum man gerade sie eingeladen habe? Sie befänden sich an drei jeweils sehr interessanten ›Grenz-Stellen‹ zwischen unterschiedlichen Subkulturen und Teil-Systemen der Hochschule und ihrer gesellschaftlichen Um-Welten.

Zunächst entwickelt *Herr A.* seine Vorstellung von den globalen Entwicklungstrends und dem ihnen angemessenen Universitätsmodell[6]: Er erlebe alltäglich die weltweite Vernetzung der technologischen Systeme, der großen Unternehmenskonglomerate und der fachdisziplinären Kommunikation, die durch ›seine Institute‹ hindurchlaufe. Deshalb könne er sich nicht mehr eine lokale Universität oder das Hochschulsystem der BRD als Ausgangspunkt von Überlegungen und Planungen vorstellen. Die Universitäten seien eher lokale Randbedingungen, Verteiler-Stationen eines weltweit vernetzten technologisch-industriellen Innovations- und Wachstumsprozesses, eines *scientific-industrial-bureaucratic complex (SIB-Komplex)* – »unser neues automatisiertes historisches Subjekt«, wie er scherzhaft formuliert. Die Hochschulinstitute seien spezifische Infrastruktur-Vorleistungen teils rivalisierender regionaler, nationaler und teils übernationaler Staatsapparate, über die dem SIB-Komplex Nachwuchs, Methoden- und Wissensbestände und aufwendige Pionier-Forschungen im Tausch gegen Beschäftigungs- und Steueraufkommen zugeführt würden. Dies laufe über sog. interdisziplinäre und interkorporative ›*Hybrid-Gemeinschaften*‹ (ein Terminus der Wissenschafts- und Technikforscher), in denen Vertreter verschiedener fachlicher ›scientific communities‹, groß-technologischer Komplexe, Unternehmensgruppen und Staatsressorts in Großforschungsanlagen und Forschungs- und Entwicklungsorganisationen zusammenwirkten. Das sei aber nur die eine Seite der Verflechtung von Universitäten mit dem SIB-Komplex, eine scheinbar sehr enge Funktionalisierung.

Die Kehrseite sei, daß der SIB-Komplex eine in spezifischer Weise *akademisch-autonome Universitätskultur* unbedingt brauche. Eine relative Abkoppelung von der überhitzten Zeitdynamik und Entscheidungslogik der Hybridgemeinschaften sei zunächst für die einzelnen Fachgebiete und Fachinstitute erforderlich, weil sie die von weltweiten Konstellationen abhängige und wechselnde multi-disziplinäre Aggregation von fachlichen Me-

thoden und Ergebnissen unmöglich antizipieren könnten. Darum sei das Verhalten der Wissenschaftler in den relativ isolierten Fachgebietszellen umso funktionaler, je autonomer und intrinsisch-motivierter sie sich verhielten, da dies es den Hybrid-Zentren erleichtere, flexibel je nach Anforderungen und Lage Elemente aus den Fachgebieten und teils bidisziplinären Fach-Grenzgebieten zu komplexen Aggregaten nach den Kriterien des SIB-Komplexes zu kombinieren, aber auch wieder zu demontieren. Eine andere, eher fächerübergreifende und philosophische akademische Autonomie sei hingegen erforderlich zur Aufrechterhaltung eines Restes von globalem und zeitdiagnostischem Problembewußtsein bei den Eliten des SIB-Komplexes, und um noch eine Form öffentlicher Kommunikation zwischen ihnen und der kulturell-lebensweltlichen Umwelt des SIB-Komplexes (Nationen, Sozialbewegungen, Weltanschauungen, Religionen) zu erhalten. Wie notwendig das sei, erlebe er an seinen eigenen gespaltenen Gefühlen: hier Faszination gegenüber dem kosmopolitischen SIB-Komplex, dort Suche nach einer nationalen und lokalen kulturellen Identität; oder an der Verweigerung seiner Kinder, seine Karriere als Vorbild zu wählen. Die akademisch autonomen Geisteswissenschaften müßten ein auch unbequemes Frühwarn-Sensorium für drohende soziokulturelle Umweltkrisen sein, die die Motivations- und Legitimationsressourcen schmälerten. Aufgabe kultureller Bildungsprozesse sei es, die unvermeidlichen soziokulturellen Widersprüche symbolisch zu artikulieren, zu reflektieren und emotional erträglicher zu gestalten. Der Begriff ›Akzeptanz‹ der technisch-industriellen Dynamik sei auch ihm dubios geworden, zu defensiv und zu anspruchsvoll. Es gehe um den freieren symbolischen Ausdruck der kulturellen Krisen, die nicht zu leugnen seien. Ihr gleichsam kathartischer Ausbruch mache sie zugleich erträglicher. Er jedenfalls habe das bei Begegnungen im Rahmen der spirituellen New-Age-Bewegung so erlebt.

Frau B., in der sich unterdessen sichtlich ein Potential an ›symbolischem Ausdruck soziokultureller Widersprüche‹ aufgestaut hatte, bedankt sich zunächst (ironisch) für den ihr und ihresgleichen in dem Szenario von Herrn A. zugewiesenen Platz. Das erinnere sie an eine Szene in den Fernsehnachrichten, in der ein frischgebackener naturwissenschaftlicher Nobelpreisträger sich im Kreise seiner Mitarbeiter bei seiner Familie dafür bedankte, daß diese sich als ›auch eine günstige Randbedingung‹ erwiesen habe. Wieder einmal seien die in Künsten und Geisteswissenschaften stark vertretenen Frauen als Klageweiber, Gefühls- und Beziehungsarbeiterinnen gefragt. Psychosoziale Entstörung, nicht Streit um Akzeptanz oder Inakzeptanz des patriarchalischen Macht- und Destruktionssystems sei offenbar erwünscht, die Künste und Geisteswissenschaften als psychischer Entsor-

gungs- und Verdrängungsapparat![7] Frau B. widerspricht dem deterministisch-technokratischen Weltbild von Herrn A.; sie sieht trotz allen ›irreversibel‹ gewordenen, eben nicht ›wieder-gut-zu-machenden‹ Leiden und Zerstörungen von Menschen und Natur, trotz Auschwitz, Hiroshima, Tschernobyl, dem fast alltäglichen Genozid in weiten Teilen der Dritten Welt, den alltäglichen Vergewaltigungen an Frauen und Kindern einen Rest von Offenheit in der ›Gattungsgeschichte‹: jene nicht ganz abgerissene Kette von politischen und kulturellen kollektiven Lernprozessen in Widerstandsbewegungen, die vielfach auf Universitäten und Studentenbewegungen ausgestrahlt haben.

Für eine globale ökologische Umsteuerung und Verlangsamung der technisch-ökonomischen Expansionsprozesse, für einen antipatriarchalischen ökologischen und demokratisch-sozialistischen Umbau der Industriegesellschaften und ihrer Beziehungen zur Dritten Welt sei ein intensiver Kampf um die Gedanken und Gefühle der Studierenden und wissenschaftlich Arbeitenden von Nöten. Der Widerspruch zwischen den gewachsenen höheren Bildungsaspirationen und -möglichkeiten in den neuen, breiteren Mittelschichten und der Strukturlogik des sog. SIB-Komplexes, die gerade dazu tendiere, die Zahl höher qualifizierter Beschäftigter zu senken, habe eine neue Art von *akademisch-industrieller Reservearmee* produziert, eine objektiv ökonomisch – in diesem System – überflüssige Bevölkerungsgruppe, die eben deshalb einer beängstigend willkürlichen Erfassung ausgesetzt werden könnte. Vor dem historischen Hintergrund einer nazistischen Bevölkerungs- und Sozialpolitik, die auch in der BRD Spuren hinterlassen habe, sei es vielleicht von den degradierenden Ritualen in Sozial- und Arbeitsämtern zu Arbeitsdienstlagern nur ein kleiner Schritt. Allerdings werde bei der noch relativ privilegierten sozialen Herkunft und dem ›flexibilisierten Jobben‹ vieler freigesetzter Hochschulabsolventen und -absolventinnen so etwas wie ›soziale Status-Inkonsistenz‹ und eine Sensibilität für soziale Widersprüche erzeugt, was erfahrungsgemäß eine günstige Bedingung für soziales und politisches Engagement sein könne – zumal wenn sich eine sozial- und arbeitspolitische Programmatik für Beschäftigungsinitiativen, soziale Grundsicherung und für den Ausbau des sozialen und kulturellen Dienstleistungssektors damit verbinde.

Projiziert auf die verbreiterte ›Hochschullandschaft‹ folge daraus ein ›*zweipoliges Universitätsmodell*‹, gegründet auf zwei strukturell entgegengesetzte Vergesellschaftungsmuster bzw. politisch-ökonomische Verkehrsformen:

– *Der eine Pol* bleibe eng gebunden an Anforderungen und die Logik der High-Tech-Ökonomie und der darauf bezogenen Staatsfunktionen und

folge ihren Mechanismen der sozialdarwinistischen Selektion von Funktionseliten, die aber immer rascher verschlissen, dequalifiziert, flexibilisiert und ersetzt werden müßten.
– *Der andere Pol* sei bezogen auf ein *nicht* objektiv-ökonomisch abgesichertes, sondern durch politische und kulturelle Bewegungen und Interventionen immer wieder neu zu erkämpfendes Spektrum von sehr heterogenen Lern-, Erkenntnis- und Praxis-Interessen im Studium und danach. Dazu gehörten (1) die gewachsenen Möglichkeiten erweiterter Mittelschichten, ihren Kindern auch ein nicht direkt karrierebezogenes Studieren mitzufinanzieren und nahezulegen, das eher den Charakter eines *Bildungs- und Kultur-Konsums* für die ›Selbstverwirklichung‹ annehme; (2) das neuartige Interesse mancher Dienstleistungsbranchen an wissenschaftlich *vorgebildeten Adressaten, Klienten, Konsumenten*, die trotz ihrer Kritik an Leistungen oft als Multiplikatoren der jeweiligen Branche wirken, so daß es nicht sinnlos erscheine, wenn manche Studienerfahrungen sich eher in nichterwerbsförmigen Tätigkeiten und einem kritisch-differenzierten Konsum von Dienstleistungen niederschlagen (z. B. im Gesundheitswesen, in der Rechtsberatung, im Umweltschutz); (3) die Notwendigkeit, für die politischen und kulturellen Programme neuer Sozialbewegungen und eines ökologischen Umbaus des Industriesystems qualifizierte Fachleute auszubilden, die in den ›*Gegen-Institutionen*‹ einer kritischen ›*Sekundärverwissenschaftlichung*‹ (z. B. Technikfolgen-Kontrolle) tätig werden.[8]
Hier gelingt es *Herrn A.* einzuwerfen, daß ihm manches davon durch seine Tochter vertraut sei, die das Ziel habe, Umweltschutz-Ingenieurin zu werden, aber zur Zeit auf einen Praktikumsplatz warte und feministische Literatur-Seminare besuche.
Das nutzt *Herr C.*, der Vizepräsident, um seinerseits kritisch in das Gespräch einzusteigen: zu Frau B. gewendet, fragt er: »Braucht man für Ihr Programm noch die Universität?« Oder solle die Universität als bloße administrativ-juristische Hülle den Rahmen abgeben, der jene auseinandertreibenden Pole mit dem alten Rest der Universitätskultur noch verbinde? Laufe das Ganze nicht auf ein Proporz-System nach dem unseligen Muster unserer öffentlich-rechtlichen (Funk- und TV-) Anstalten hinaus? Wenn die von ihr benannte Polarisierung eine unvermeidliche Entwicklung sei – und er nehme es fast an –, würde das dann nicht auch eine weitere Verschärfung der gesellschaftlichen Polarisierung zur Folge haben? Könnte ›man/frau‹ dann statt zur orthodoxen zur heterodoxen, zur androzentrischen oder feministischen Arztpraxis, Anwaltskanzlei, Architektenfirma, Schule, Klinik gehen – von der Wiege bis zur Bahre eine kulturell polarisierte Service-Palette? Leider seien aber die jeweils heterodoxen Angebote erheb-

lich kostspieliger, wie auch die alternativen Lebensmittel. Die Klientel dieser Dienste sei eben eine alternative Elite, die sich's leisten könne. Auch staune er über die Selbstverständlichkeit, mit der dabei unterstellt werde, daß alles ›Alternative‹, ›Ökologische‹ ›gut‹ und alles Bestehende ›böse‹ sei, um dann die Institutionalisierung des Guten zu fordern, innerhalb oder am Rande der Universitäten.

Zur direkten Entgegnung *Frau B.*: Sie habe sich an den Streik- und Besetzungsaktionen der Studentinnen und Studenten im Winter beteiligt, und die Forderungen der Besetzungsräte sowie das, was davon in das rot-grüne Koalitionsprogramm in Westberlin eingegangen sei, zeigten klar, daß es ihnen nicht um den Auszug aus der Universität in kleine aber feine alternative Ghettos gehe gehe oder darum, sich unter die Fittiche von rot-grünen Gegen-Gründungen zu flüchten.[9] Es gehe darum, bislang extrem vernachlässigte Statusgruppen und Themenbereiche innerhalb der Universitäten und Fachhochschulen so stark zu machen, daß sie ansatzweise ein Gegenpol zu dem ja seit Ende des vorigen Jahrhunderts ständig wachsenden Pol der Verfilzung mit dem militärisch-industriell-bürokratischen Komplex und seinen old-boy-networks werden könnten. Gemeint sei eine Art wissenschaftliche und pädagogische ›*Gewaltenteilung*‹, etwa durch die Ausstattung der studentischen Fachschaften und Projektgruppen, von Vertretungen und Vereinigungen des sog. Mittelbaus im Hochschulpersonal und der gewerkschaftlichen Gruppen des nichtwissenschaftlichen Personals, aber auch von Gruppen ausländischer Studierender mit Ressourcen für selbstverwaltete Tutorien, Lehraufträge, Gastdozenturen, Arbeitsmittel für Projekt- und Erfinder-Werkstätten, Zukunftswerkstätten und Tagungen, auch für Kooperationsprojekte mit Bürgerinitiativen, Gewerkschaften, gemeinnützigen kulturellen Einrichtungen außerhalb der Hochschulen.

Wenn es schon aufgrund der Verfassungsgerichtsentscheidung von 1973 einen Kernbereich des Hochschulsystems geben müsse, in dem die Professorenschaft immer den ausschlaggebenden Zugriff auf Ressourcen und Normen habe – also eine Besitzstandsklausel für eine Professoren-Universität –, dann könne es dem Gesetzgeber nicht verboten werden, diesen Kern mit einem Kranz von selbstverwalteten Programmen forschenden Lernens, wissenschaftspolitischer Bildung und freier Fortbildung der Mitarbeiterschaft zu umgeben. Dafür seien die ›Kritischen Universitäten‹ von 1967/68 als ›selbstorganisierte Studienprogramme der Studentenschaft‹, die freien Volks- und Frauen-Unis, die alternativen Gesundheitstage, die autonomen Seminare bei Streik- und Besetzungsaktionen die Pioniere und Vorläufer gewesen.[10] Anders als Schülerinnen und Schüler in einem bürokratischen Schulsystem seien Studierende nicht nur Rezipienten und Prüflinge profes-

soraler Lehre, sondern ebenso *Subjekte* von selbstbestimmten Lernprogrammen, für die sie auch Berater und Beraterinnen auswählen könnten. Im übrigen sei dieser bescheidene Ansatz zu einer wissenschaftlichen Gewaltenteilung keineswegs deckungsgleich mit den von Herrn C. benannten kulturellen Alternativen. Es sei lediglich wahrscheinlich, daß sie dadurch an der Universität etwas besser zur Geltung kämen. Auf jeden Fall werde so den einzelnen Studierenden eine bessere Möglichkeit eröffnet zu *wählen*, wann und wie intensiv sie in unterschiedlichen ›Verkehrsformen‹, Lern- und Denkstilen, Lern- und Arbeitsformen studieren und forschen wollten: ob in *individueller* Auseinandersetzung mit der Autorität bestimmter Professoren – das uralte Lehrer-Schüler-Verhältnis, künftig auch als Lehrerin-Schülerin-Beziehung –, ob in einer festen *Arbeitsgruppe*, die vom Lehr- und Forschungsgebiet eines Professoren-Instituts getragen werde, ob in einer von Tutoren und Tutorinnen getragenen studentischen *Projektgruppe*, die sich z. T. gegen die Profs ihres Fachs profilieren will, ob in einem Projekt *forschenden Lernens*, das von wissenschaftlichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen angeboten wird.

Je heterogener nach sozialer, ethnisch-kultureller Herkunft, Bildungsweg, Generation bzw. Altersgruppe, Geschlecht und Familienstand, Einkommenssituation usw. die Studentenschaft und das Personal von Hochschulen würden, desto vielfältigere ›settings‹ und ›Stile‹ geistiger Tätigkeit müßten ihnen angeboten werden (ohne sich total an ihre bisherigen Erfahrungen anzupassen!). »Laßt viele Eltern-Kind-Konflikte, Urhorden, Geschwister-Rivalitäten im kollektiven Unbewußten der Universitätskultur erblühen!« Wenn es denn noch die jüngst von Klaus Heinrich, einem der Mitgründer der FU Berlin, vermißte ›erotische Beziehung‹ zur Alma Mater geben könne, so müsse es wohl heute eine ›polymorph-perverse Liebes-Unordnung‹ sein, nicht eine patriarchalisch genital fixierte Ordnung.[11]

Herr C. bleibt skeptisch: Mit dieser Programmatik werde die Universität, noch dazu in einer zu starken Entdifferenzierung von Aufgabenbereichen, mit zu vielen kulturellen und politischen Anforderungen und Erwartungen überfrachtet, was auch einen politischen ›back-lash‹ einflußreicher Eliten und den Aufbau weiterer abgeschotteter Elite-Institutionen provozieren könne.[12] Die Polarisierung der Ränder werde den Kern der Universität auflösen. Den aber gelte es gerade durch eine gründliche Sozialisation zur skeptischen Vernunft des Fachmanns (pardon: auch der Fachfrau) zu stärken, gegen die Vereinnahmung durch partikulare Interessen.[13] Von Wissenschaftlern sei heute nicht mehr Wahrheit im emphatischen Sinne der Lösung der Welträtsel und des guten Lebens zu erwarten, wohl aber verläßliche Richtigkeit im Urteil und Skepsis gegen Ideologen und ›Meisterdenker‹.

Um das zu fördern, sei der klassische Kern der Hochschulbildung zu stärken: die auf einer gründlichen Allgemeinbildung basierende wissenschaftliche *Sozialisation in einer Fachdisziplin* (was auch die neueren Bindestrich-Fachgebiete und Grenzgebiete einschließe). Erst danach, wenn Handwerk und Ethos skeptischer Vernunft in einem Fach gründlich erworben seien, könne ein multidisziplinäres Vertiefungsstudium oder eine berufsfeldorientierte Ausbildung beginnen (sofern nicht wie in Jura und Medizin Disziplin und Profession fast identisch seien).
So sei er zu seinem nicht sehr originellen, aber in den angelsächsischen Ländern weitgehend realisierten Modell einer zukunftsorientierten Hochschullandschaft gekommen: Die *erste Phase* bilde nach einer um ein Jahr verkürzten Oberstufe ein zwei- oder dreijähriges breiteres *allgemeinbildendes Studium*, entsprechend den Liberal Arts Colleges in den USA, die *zweite Phase* ein dreijähriges *Hauptfachstudium*, die *dritte* ein forschungs- oder berufsfeldorientiertes *Graduiertenstudium* (mit gut betreuten Praktikumsphasen). In der zweiten Phase solle es auch ein spezifisches *Zwei-Disziplinen-Studium*, eine Sozialisation in den zwei Wissenschaftskulturen geben, bewußt als Integrationsstudium eines Faches aus dem natur- und ingenieurwissenschaftlichen Spektrum und eines Faches aus dem geistes- und sozialwissenschaftlichen Spektrum, jedoch mit integrierten Phasen und Lehrangeboten. Echte interdisziplinäre Theorie- und Projektarbeit erfordere eine solche Doppel-Sozialisation. Im höheren Bildungssystem der BRD dominierten nach einem Bruch zwischen Schulbildung und Studienbeginn eindeutig die Fachdisziplinen. Es fehle ein kritische Maßstäbe, kulturelle Erfahrung und Geschichtsbewußtsein vermittelndes Studium Generale ebenso wie ein auf Forschungspraxis bezogenes Graduiertenstudium (außer in den Naturwissenschaften). Ein solches neugegliedertes Hochschul-Modell sei aber nur *mit* der Professorenschaft, nicht neben ihr und *gegen* sie zu erreichen. Ein großer Vorzug dieses Modells sei es, daß die auch von ihm erwartete und begrüßte Verbreiterung und Vielfalt der höheren Bildungswege und Studienmotive und der Lebenslagen der Studierenden dadurch eher in transparente und deutlich strukturierte Bahnen und Curricula kanalisiert würden, an deren Normen, Grenzen, Differenzen sich die Lernenden abarbeiten könnten. Diese Strukturierung biete ihnen mehrfach deutliche Zäsuren, Leistungs-Rückmeldungen, Wahlmöglichkeiten an, im Gegensatz etwa zu einem sich sechs bis acht Jahre hinziehenden Chemiestudium, in dem dann allenfalls neuerdings – als mühsam erkämpfte luxurierende Lernphase – die vorübergehende Beschäftigung mit Umweltschutz oder Bio-Ethik in Studium-Generale-Vorlesungen oder Fachschafts-Arbeitskreisen stattfinde. Auch die von Frau B. hervorgehobenen neuarti-

gen Studienmotive, die weniger an typischen akademischen Arbeitsplätzen als an einer Aneignung kultureller Muster und kritischen Orientierungswissens interessiert seien, wären besser in institutionell ausdifferenzierten Studienphasen, getrennt von den forschungs- und berufsorientierten Studienwegen, aufgehoben.

Herr A. begrüßt grundsätzlich die von Herrn C. vorgestellten Lösungen. In den Diskussionen und Forderungen der Studenten gingen immer wieder zwei zu trennende Ebenen von ›Interdisziplinarität‹ durcheinander: Erstens die Ebene einer spät- und postadoleszenten Sinn- und Identitätssuche in einer angstmachenden technischen Zivilisation; damit sich hier nicht gefährliche Jugend-Sekten und Ideologien breitmachten, müßten die höhere Schule und eine neue Studienphase attraktive allgemeinbildende Angebote machen. Zweitens die Ebene der Interdisziplinarität in der komplex vernetzten Forschungsdynamik und in den akademischen Berufsfeldern, in denen vorab in speziellen Fachstudien erworbene Kenntnisse und Kompetenzen unter der Steuerung der erwähnten professionellen Hybrid-Gemeinschaften aggregiert und je neu kombiniert werden müßten.

Frau B. meldet ihren grundsätzlichen Dissens gegenüber solchen vergangenheitsorientierten Universitätsmodellen an, die an traditionell-bürgerliche und hierarchische Muster von Bildungsprozessen fixiert blieben. Das Phasenmodell von Herrn C. gehe wie selbstverständlich von einem überholten bürgerlich-androzentrischen Lebenslaufmuster aus: auf eine berufsferne allgemeinbildende Schüler=Jugendphase, hier nur um einige Semester verlängert, folge eine ebenso berufsferne, aber auch sonst alltagspraxis-ferne Fachstudienphase. Damit ignoriere es den bereits weltweit in Gang gekommenen Prozeß des lebenslangen oder in sehr verschiedene Lebensphasen eingelagerten Studierens in sog. ›Sandwich‹- (=berufsbegleitenden), Fern-, Kontakt-, berufsinternen Fortbildungs- und Senioren-Studienmodellen (neuerdings auch in Modellen eines ›neuen Starts in der Lebensmitte‹), was gerade für die vielfältigeren Lebenslaufstrukturen von Frauen und Arbeiterkindern, aber auch von Emigranten, Aussiedlern, Asylsuchenden oder von Menschen, die zum Berufswechsel gezwungen oder motiviert sind, von zentraler Bedeutung sei.

Die allgemeinbildenden, gesellschafts- und wissenschaftskritischen Studieninhalte könnten doch nicht nur in eine bürgerlich-spätadoleszente ›Entwicklungskrise‹ eingeordnet werden. Sie gehörten vor allem in den Kontext von Widerspruchserfahrung und Orientierungssuche in beruflichen, familiären und politischen Erfahrungs- und Praxis-Phasen von Erwachsenen und in den Kontext von berufs- und technologie-politischen Auseinandersetzungen um die grundlegende qualitative Richtung und Gestaltung wis-

senschaftlich-technischer Methoden und Ergebnisse in der Industrie, im Dienstleistungssektor und im politisch-administrativen System. Nicht säuberlich *getrennte* Hochschuleinrichtungen seien dafür sinnvoll, sondern längerfristig arbeitende Studienprojekte, Praxis-Seminare, Projektwerkstätten, in denen bestimmte Gruppierungen von Studierenden (in begrenzt-heterogenen, anregenden Lerngruppen) zusammenwirken und sich ergänzen, aber in einem breiteren, z. T. interdisziplinären Studiengang und Fachbereich. In den riesigen, intransparent gewordenen Universitäten seien sicherlich *kleinere*, Kontinuität persönlicher Beziehungen ermöglichende *Einheiten* dringlich, doch sie müßten der Vielfalt der Lebenslagen und Interessen der ›studentischen Bevölkerung‹ gerecht werden. Vor allem sei dafür aber eine *neue Personalgruppe* erforderlich: Frauen und Männer, die in einer für sie attraktiven längeren Übergangsphase als akademische Mentoren oder Mentorinnen jeweils unterschiedliche Fach-, Projekt-, Praktikums-, Fortbildungs- oder Kontakt-Studiengemeinschaften über mehrere Semester beraten, unterrichten, fördern.

Frau B. stellt hierzu ein Innovationsmodell vor, von dem sie hofft, daß es auch aus der Sicht von Herrn C. konsensfähig sein müßte: In der gegenwärtigen Hochschulstruktur würden die Perspektiven und Leistungsmotive des wissenschaftlichen Personals ganz einseitig vom Drittmittel-Forschungsmarkt (den nicht aus dem Basishaushalt der Universität finanzierten Forschungsprojekten) und von der Reproduktion der Fachdisziplinen über Promotion, Habilitation und Berufung in fachliche Dauerstellen geprägt. Das habe bekanntlich zu einer extremen Vernachlässigung und einem Qualitätsverfall von Lehre, Studienberatung, Prüfungswesen geführt, mit der Folge von horrenden Durchfall- und Drop-out-Zahlen und Studienzeitverlängerungen – ein wesentlicher Auslöser auch der ›Studentenunruhen‹ im vergangenen Winter. Es habe aber wenig Sinn, in das so ›gepolte‹ Personal- und Karrieresystem über den normalen Haushalt der Fachbereiche und Institute mehr Geld zur Verbesserung der Lehre zu pumpen, wenn diese Mittel doch wieder für die Logik dieses Systems ›umfunktioniert‹ würden, in dem didaktische und fördernde Leistungen nicht belohnt werden. Ein Durchbruch sei wohl nur durch den Aufbau eines *gegen-poligen Finanzierungs- und Auswahl-Systems* für die Optimierung von Lehre und Beratung (einschließlich ihrer Fundierung durch Wissenschaftsdidaktik, Berufs- und Wissenschaftsforschung) zu erreichen. Aufgrund von Konzepten aus der studentischen Streikbewegung habe die rot-grüne Koalition in Westberlin bescheidene Ansätze eines solchen Systems in Angriff genommen: durch die Einrichtung von gesonderten Finanzierungs-Pools zur *Förderung innovativer Lehrformen und Studienreformvorhaben*, verwaltet von paritäti-

schen Kommissionen aus Studierenden und Lehrenden. Ihrer Auffassung nach sollte das zum schrittweisen Aufbau eines allerdings basisnah selbstverwalteten *Drittmittel-Sektors für akademische Lehre und Studienreform* führen. Nur wenn ähnlich wie im Forschungs-Drittmittelmarkt über Vergabekriterien, Erfolgskontrolle, Wettbewerb von Projektgruppen eine inhaltlich-strukturelle Steuerung dieser Mittel sichergestellt werde, kämen diese Investitionen tatsächlich der Verbesserung und Modernisierung von Lehre, Studienberatung, Curricula zugute.

Nur durch das *Aushandeln* von Schwerpunktprogrammen zwischen Vertretern der Studierenden, Lehrenden, des staatlichen Hochschulressorts und jeweils betroffenen gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen könne wohl erreicht werden, daß besonders der Studienbeginn und Studienerfolg von *solchen* Studierenden vorrangig gefördert werde, die wegen ihrer Herkunft oder Lebenslage besondere Start- und Orientierungsschwierigkeiten haben (z. B. Studierende aus der Dritten Welt, Erwerbslose, die einen neuen Studien- und Berufsweg suchen, Frauen nach einer Erziehungs- und Familienphase usw.).

Als Antragsteller und Bewerber um diese Fördermittel (zur Finanzierung von Tutorien, Lehraufträgen u. a.) könnten sowohl Fachbereiche, Professorengruppen, studentische Fachschaften, Mittelbau-Kollegien als auch bereits konstituierte Studienprojekte, Fort- und Weiterbildungsgemeinschaften auftreten. Bei der Auswahl von Bewerbern und Bewerberinnen für Stellen müßten die Antragsteller, bei Verlängerungen von Programmen und Verträgen auch die jeweiligen Studierenden-Gruppen den Ausschlag geben, aber auch meßbare Indikatoren für Lernzuwachs und Studienerfolg.

Herr C., der die grundsätzliche Absicht dieses Modells unterstützt, sieht jedoch spontan einige Gefahren darin: Es führe zu einer stärkeren Politisierung und Bürokratisierung des Lehr- und Studienbetriebs, zum Studium als subventionierte ›Maßnahme‹. Es müsse durch zusätzliche Kontroll- und Begutachtungsverfahren ausgeschlossen werden, daß das Ganze zu einem Selbstbedienungsladen von ohnehin sich gut profilierenden aktiven Studierenden und Nachwuchskräften oder von politischen und ideologischen ingroups werde. Gebe es nicht auch young-boy-networks oder smart-girl-networks? Anders als in der Forschung bestünden in Lehre und Beratung doch nur sehr ›weiche‹ Indikatoren zur Erfolgsmessung, insofern sei die Gefahr von Bluff und Patronage hier noch größer.

Frau B. konzediert durchaus diese Gefahrenquellen, aber sie seien im gegenwärtigen System einer oligarchischen Forschungs- und Karriere-Steuerung ungleich stärker, außerdem sei der finanzielle Schaden von Bluff und Patronage dort ungleich größer.

Herr A. räumt das schmunzelnd ein und fragt Frau B., ob sie denn verhindern wolle, daß sich auch private Stifter, Wirtschaftsverbände, Großunternehmen an einem solchen neuen Drittmittelmarkt für innovative Lehre beteiligten und sich hierfür Vergabe- und Auswahlgremien kooptierten.
Frau B. bezweifelt zwar, daß es für solche Geldgeber attraktiv sei, sich um die Förderung von Studieneingangsphasen oder die Behebung von Lern- und Arbeitsstörungen unterprivilegierter Studierender zu kümmern, da sie wohl eher am Einkauf kurzfristig verwertbarer Forschungsergebnisse und Fachkompetenzen interessiert seien. Ausschließen möchte sie es jedoch nicht. Allerdings sollten solche Fördermittel dann global in allgemeinere Fonds fließen und von deren Selbstverwaltungsgremien verteilt werden. Angestrebt werde ein transparenter öffentlich-genossenschaftlicher, selbstverwalteter Drittmittel-Fond, mit marktförmigen Elementen und Leistungswettbewerb. Dagegen sei der Forschungsdrittmittelmarkt keineswegs ein freier Markt, sondern ein von Konzernen, Staatsressorts, Wissenschaftsoligarchien ›vermachteter‹ Pseudomarkt.
Herr C. weist ironisch auf einen Aspekt hin, den Frau B. wohl nicht bedacht habe: Werde damit nicht ein flexibles Instrumentarium zur ›Pazifizierung‹ studentischer Protestbewegungen installiert, dessen sich dann vor allem Klientel-Parteien von neuen Mittelschicht-Subkulturen wie die Alternative Liste bedienen könnten, durch die sie sich aber noch inniger in staatliche Strukturen einbinden würden?
Frau B. erwidert, daß für sie die Logik eines solchen durch Auseinandersetzung, Druck, Verhandeln und Konsensbildung geprägten selbstverwalteten Fördersystems nicht zu trennen sei von der allmählichen Durchsetzung von demokratischen, aber pluralistischen *Gewaltenteilungsstrukturen* in den miteinander vernetzten Teilsystemen Ausbildung, Forschung, (sozio)technische Entwicklung, Verarbeitung und Aneignung der Dienstleistungen dieser Systeme durch Individuen und Gruppen. Sozial- und Protestbewegungen, die sich nur in den Formen von Widerstand, Verweigerung, zivilem Ungehorsam, Besetzungen äußern könnten, seien immer auch ein Zeichen für das Fehlen geregelter Mechanismen der Kontrolle und relativen Auflösung struktureller und personaler Gewaltverhältnisse. Gesellschaftliche Demokratisierung der Lehr- und Lernverhältnisse bedeute, den für unser aller Überleben notwendigen ökonomisch-technischen Systemen in den Bildungs- und Arbeitsprozessen selbstbestimmte Lebensweisen abzuringen, d. h. aber sie in ihrem Expansions- und Destruktionsdrang zu bremsen und durch Systeme sekundärer, reflexiver Verwissenschaftlichung zu kontrollieren und umzustrukturieren. Erfahrungsgemäß werde das nicht ohne massive Konflikte vorangehen. Wer verhindern wolle, daß diese bisher gewalt-

freien Konflikte auch in den Universitäten eskalierten, müsse eine demokratische Politisierung über diskurs- und verhandlungsfähige wissenschafts- und bildungspolitische Fraktionen und Statusgruppen unterstützen.
Gewaltenteilung in der akademischen Ausbildung und Forschung bedeute angesichts der Machtverhältnisse etwas Analoges wie die Beteiligung des ›dritten Standes‹ an der Macht der Oberklassen. Die kulturell-hegemoniale Macht werde umverteilt zwischen (a) einer immer noch dominierenden Professoren- und Instituts-Manager-Oligarchie, die den an Fachdisziplinen und Forschungsmärkten orientierten *Normal-Lehrbetrieb* beherrsche, (b) einer neuen Schicht von Ausbildungs- und Berater-Personal mit *›advokatorischen‹ und fördernden Aufgaben*, deren Dienste von den Studierenden umso stärker genutzt (und mitorganisiert) würden, je größer ihre Startschwierigkeiten und je prekärer ihre Lebenssituationen seien (während die Minderheit der soziokulturell privilegierten Studierenden darauf gut verzichten könne), sowie (c) einer Schicht von *Selbstverwaltungs-, Begutachtungs- und Prüfungspersonal*, das z. T. per Rotation aus den ersten beiden Gruppen, z. T. aus anderen gesellschaftlichen Bereichen zu rekrutieren sei und das den Ausgleich der Interessen, die Belange betroffener gesellschaftlicher Bereiche und Gruppen, das Einhalten vereinbarter Regeln und Bewertungssysteme durch immer neue diskursive und konfliktlösende Verfahren leisten müsse.
So wie zwischen der Professorenschaft und ihren Mitarbeiterstäben und den Berufsfeldern in Industrie und Staat eine Karriere-Vernetzung bestehe, so sei auch für das befristet tätige advokatorisch-fördernde Ausbildungs- und Beratungspersonal im Dienste der Studierenden ein eigenes berufliches Laufbahnsystem zu ermöglichen (um sie vor der Reorientierung am und Kooptation durch das erstere Karrieresystem zu bewahren): etwa dadurch, daß ein freier Austausch, eine Rotation von Personal mit Schul- und Weiterbildungssystemen und akademischen Berufsfeldern gezielt gefördert werde. So entstünde künftig eine breitere Schicht sog. *intermediärer und anwaltlicher Intelligenz*, die zwischen dem ›SIB-Komplex‹, der Professoren-Universität (und ihrem abhängigen Personal) einerseits und den Adressaten und Klienten wissenschaftlich-technischer Systeme andererseits quasi notariell oder richterlich konfliktlösend *vermitteln* könne oder die Belange benachteiligter Gruppen und unterdrückter Themen- und Problembereiche quasi anwaltlich *vertreten* könne.
Der Moderator verwies an dieser Stelle – ›mit dem Blick auf die Uhr‹ – auf das Bedrückende dieser Metaphorik: Lebten wir denn alle wie in Kafkas Schloß in einer Welt der Angeklagten? Ja, rief *Frau B.*, wir alle seien angeklagt oder verdächtigt, nicht integraler Teil der toten Technologie- und

Kapital-Aggregate sein zu wollen, sondern eigensinnig leben und lernen zu wollen. Da sei es ja nur recht und billig, wenn ›man‹ unseren Ermittlern und Staatsanwälten auch einige Verteidiger entgegenstelle oder gar Schiedsgerichte, die mit ihren Schlichtungsversuchen das eigentliche Urteil immer wieder zu vermeiden oder aufzuschieben suchten.

Anmerkungen

1 Bruno Bauer: *Vollständige Geschichte der Parteikämpfe in Deutschland während der Jahre 1842-46*, Charlottenburg 1847, Bd. III, S. 83.
2 Paul Celan: »Todesfuge«, aus: *Mohn und Gedächtnis*.
3 Marx/Engels: *Deutsche Ideologie*, Berlin 1957, S. 198, S. 4.
4 J. G. Fichte: *Einige Vorlesungen über die Bestimmung des Gelehrten* (1794), Stuttgart 1959.
5 In meinen bisherigen Arbeiten zur Universitätsreform-Kritik habe ich versucht, mich diesem Sog zu entziehen: vgl. *Hochschule in der Demokratie*, Berlin 1965 (bes. Kap. 1 und 4); »Akademische Autonomie und bürokratische Kontrolle«, in: *Das Bildungswesen der Zukunft*, Stuttgart 1987.
6 Herr A. schien einiges gelesen zu haben, vielleicht: W. van den Daele u. a.: *Geplante Forschung*, Frankfurt 1979; W. Krohn, G. Küppers: *Die Selbstorganisation der Wissenschaft*, Frankfurt 1989; E. Becker: »Findet die Zukunft der Forschung außerhalb der Universität statt?« *Frankfurter Rundschau* 9. 2. 89, S. 14; R. Stiebitz: »Leistung u. Methode«, in: *Studenten in Opposition*, Bielefeld 1969.
7 W. D. Narr: »Das Herz der Institution oder strukturelle Unbewußtheit«, in: *Politische Psychologie* (Leviathan-Sonderheft 9/1988).
8 Vgl. U. Beck: *Risikogesellschaft*, Frankfurt 1986, insb. Kap. VII.
9 Nana Badenberg u. a.: *Wehe wenn sie losgelassen. Analyse der StudentInnenbewegung an der FU Berlin im WS 1988/89*, Berlin (AStA d. FU) 1989.
10 Vgl. S. Leibfried (Hg.): *Wider die Untertanenfabrik*, Köln 1967.
11 K. Heinrich: »Zur Geistlosigkeit der Universität heute«, *Das Argument* 173, Jan./Febr. 1989; P. Bruckner, A. Finkielkraut: *Die neue Liebesunordnung*, München 1979.
12 M. Dürkop u. a.: *Abgesang auf die Akademie der Wissenschaften zu Berlin*, Berlin 1989.
13 Vgl. Collège de France: »Vorschläge für das Bildungswesen der Zukunft«, in: *Das Bildungswesen der Zukunft*, hg. v. S. Müller-Rolli, Stuttgart 1987.

Eckart Britsch
Berlin – Texas
Eine Situationsanalyse

Als Paul sein erstes Stipendium an der Texas Tech Universität bekommt, ist er in ernsthaften Schwierigkeiten. Nach vier Jahren Studium der Philosophie und Publizistik an der Freien Universität pfeift er aus dem letzten Loch. Er fühlt sich wie eine bleierne Ente, der nach einem Interkontinentalflug, kurz vor dem rettenden Ufer, die Kraft ausgeht. Das Schwert des Damokles schwebt über ihm, weil er denkt, das Leben sei ein einziges Niederbrechen. Eine einzige Enttäuschung, obwohl er immer sagt: dem Philosoph ist nichts zu doof. Die vier Jahre haben seinen Glauben an die Autorität der Wissenschaft gründlich ruiniert. Besonders hart hat ihm seine Abschlußprüfung als Magister der Philosophie zugesetzt.

Auf diese Prüfung hat er sich gründlich vorbereitet, drei Monate für die entscheidenden 30 Minuten gebüffelt, Thesen entwickelt, Fakten gesammelt, alles hin und her überlegt. Trotzdem erlebt er in der Prüfung sein blaues Wunder. Er muß hinnehmen, daß sein Professor die ersten 20 Minuten mit seiner Freundin telefoniert.

Von der anderen Seite des Schreibtischs ist nicht genau zu verstehen, warum die Dame plötzlich auflegt. Dann bindet der Professor seinen Schnürsenkel: »Na, wie geht's?« Bevor Paul in seiner Aufregung etwas über die viele Arbeit herunterstottern kann, fährt der Professor fort: »Tut mir leid. Leider habe ich deine Arbeit noch nicht gelesen, aber erzähle mal. Was hast du denn geschrieben über Carlo Schmid? Findest du seine Valéry-Übersetzungen gut? Hmm.« Dann lehnt er sich in seinem Sessel zurück. Lächelnd schaut er über die Brille, faßt sich an die Nase, danach zwischen die Beine und stöhnt: »Immer Ärger mit den Weibern.«

»Entschuldige«, sagt Paul, obwohl ihm das Du immer noch schwerfällt, »meine Arbeit ging über Carl Schmitt. Nicht über Carlo Schmid.« – »Ach Gott, ja richtig«, sagt der Professor, »stimmt ja. Dann erzähle mir etwas über Carl Schmitt«. Ehe Paul dazu kommt, fünf zusammenhängende Sätze zu sagen, sagt der Professor: »Die Zeit ist um. War doch alles halb so schlimm. Brauchst du eine Eins oder tut es auch eine Zwei?« Er denkt kurz nach. Dann fällt ihm ein, daß er ja selber vor kurzem für Paul ein Gutachten

für ein Stipendium geschrieben hat: »Ach so, du bewirbst dich doch für dieses Amerikastipendium. Na, dann gebe ich dir eine Eins. Einverstanden!«
Wieder klingelt das Telefon. »Hallo, mein Schatz,« sagt der Professor und dreht sich mit seinem Sessel um: »Tschüß, Paul. Gute Reise. Den Prüfungsbogen sende ich in den nächsten Tagen ins Amt.«
Das war's also, denkt Paul, als er mit gemischten Gefühlen aus dem Büro taumelt. Auf dem Weg ins Freie erkennt er, daß er um jede Anerkennung seiner Arbeit betrogen ist. Was soll er am Abend seiner Mutter am Telefon sagen? Natürlich würde sie anrufen, um zu gratulieren. Aus einer Mischung von Haß und Verzweiflung lacht Paul vor sich hin: Vielleicht sollte er sie fragen, ob sie ihm erklären könne, warum eine ganz bestimmte Sorte Männer, etwa potente Akademiker vom Kaliber seines Professors, sich ständig am Sack kraulen. Aber solche Beobachtungen will Paul der Mutter nicht zumuten.
Jedenfalls, der Brechreiz, der sich durch die vergebliche Aufregung und Arbeit einstellt, hält den ganzen Tag an und auch noch den folgenden. Dann beschließt Paul, die Sache in einem großartigen Absturz in seiner Eckkneipe mit zwanzig Bieren und dreißig Korn runterzuspülen. Gorki fällt ihm ein: Meine Universität ist das Leben.
Zwei Monate später fliegt Paul mit einem Stipendium über New York nach Lubbock Texas. Als er nach zehn Stunden Flug ankommt, erwartet ihn zu seiner Überraschung Billy I. Ross, der Chairman des Department of Mass Communications, schon am Flughafen. »Hi, Paul«, sagt er mit einem gewinnenden Lächeln, »wir freuen uns, dich hier zu haben. Wenn die Koffer da sind, fahren wir zur ›University Plaza‹. Das ist ein Haus mit Studentenappartements. Wir haben für dich dort ein Zimmer reserviert. Willkommen in Amerika!«
Als Paul und der Chairman auf einem sechsspurigen Highway in die Stadt rollen, denkt Paul: das kann doch nicht wahr sein. Daß ihn der Chairman am Flughafen abholt. Wow! Er hatte darauf spekuliert, daß vielleicht ein Student geschickt werde oder eine Adresse an der Information liege, die mitteilt, wohin er kommen solle. Jetzt wundert er sich, daß er die erste Nacht nicht in einem billigen Motel der Marke »Prärie Inn« verbringen muß. Daß aber der Chair ihn persönlich abholt, damit hat er überhaupt nicht gerechnet.
Am anderen Morgen stellt ihn Billy I. Ross im Department vor. Fast alle Professoren sind gekommen. Für mich, Paul, denkt Paul. Alle interessieren sich dafür, warum er ausgerechnet nach Texas kommt und was er von der Texas Tech erwartet. Aufmerksam hören sie ihm zu und stellen weitere

Fragen. Was er denn so in Berlin studiert habe, wollen sie wissen. Wofür er sich sonst noch interessiere? Ob es sein erstes Stipendium sei? Was er später machen wolle?
Gemeinsam analysieren sie seine Antworten. Nach all der Theorie in Berlin, meinen sie dann, solle er etwas Praktisches machen. Ein Kurs in »Creative writing« sei vielleicht nützlich, meint Billy I. Ross. Die anderen schlagen eine Fortgeschrittenenklasse für die Entwicklung von Kommunikationskonzeptionen vor. Da könne er, meint der Kursleiter Mara, seine Theoriekenntnisse einbauen. Außerdem sei es ein sinnvolles Unternehmen, falls es mit einer akademischen Karriere nicht klappe. Was für ein Gegensatz zu Berlin, denkt Paul am Abend in einer Bar und genehmigt sich sein erstes Lone Star on Tap. Er erinnert sich an die Parole, die in Berlin kursierte, wenn Studenten über ihre Zukunft redeten: Professor oder Taxifahrer.
Wenige Tage später fängt das Semester an. Die Stimmung in den Seminaren ist freundlich und kollegial. Paul stört sich nur daran, daß alle karierte Hemden tragen und manche einen Cowboy-Hut.
Es geht sofort zur Sache. Jede Woche sind mehrere Bücher zu lesen. Alle müssen sich auf jede Stunde gut vorbereiten, weil Mara über das jeweilige Thema mit allen spricht. Aufgaben werden verteilt und müssen innerhalb von zwei Stunden erledigt werden. Nach vier Wochen ist das erste »Paper« abzuliefern. Paul muß kapitulieren. Er schafft es nicht, soviel und so schnell zu arbeiten. Er tröstet sich damit, daß es unmöglich ist, in zwei Wochen eine These gründlich zu reflektieren.
Als er mit fünf Tagen Verspätung seine Arbeit abgibt, wundert er sich, daß die Sekretärin seinen Namen mit Tipp-Ex ausweißt und die Nummer 27 darauf schreibt: »Merken Sie sich die 27 fürs Abholen.« Was ist denn jetzt los, fragt sich Paul, warum werden bei Professor Mara alle Arbeiten ohne Namen abgegeben? Jerry, ein Mitstreiter in der Klasse, klärt ihn auf. »Nummern statt Namen gibt es, damit die Noten ohne Ansehen der Person vergeben werden. Kommt aus Harvard«, fügt er hinzu. »Aha«, sagt sich Paul und staunt.
Es dauert einige Zeit, dann hat sich Paul an die harte Arbeit gewöhnt und an den Druck, den Professor Mara macht. Aber Mara macht nicht nur Druck, beobachtet Paul, sondern ist an jedem einzelnen Studenten wirklich interessiert. Paul erinnert sich an früher. Sicher hätte er damals gebrüllt: Schluß mit dem Leistungszwang!
Aber hier in Texas baut es ihn auf, daß die Professoren etwas von ihm wollen. Durch die Atmosphäre fühlt er sich gefordert und gefördert, während er sich in Berlin immer unterfordert vorkam. Das Desinteresse, welches ihm an der Freien Universität von den Professoren entgegengebracht

wurde, hatte jedesmal die anfangs in einem Seminar verspürte Euphorie, etwas Neues zu lernen, nachhaltig vernichtet.
Erstaunlich findet Paul auch, daß die Professoren an der Texas Tech sich nicht nur freundlich und fair verhalten. Sie kommen sogar in ihrer Freizeit zu Veranstaltungen, bei denen ihre Studenten mitmachen. Nicht nur beim Football, wenn die Red Raiders gegen eine andere Universität spielen, sondern auch, als sein Studienkollege Robert, ein Saxophonspieler, mit seiner Band in einem Lubbock-Country-Club auftritt. Ein besonderes Erlebnis für Paul ist die Einladung in das Haus von Mara. An der Texas Tech ist es üblich, einmal im Semester von dem jeweiligen Professor zu einer Party eingeladen zu werden. Bei Käsehäppchen, Crackers und Würstchen plaudern Studenten und Professoren über Gott und die Welt. Man genehmigt sich ein Glas Wein oder Soda. Nach zwei Stunden geht es wieder an die Arbeit. Dies hat weder positive noch negative Folgen für die Notengebung, noch im Normalfall Auswirkungen auf das Geschlechtsleben der Studentinnen.
Doch die größte Überraschung erfährt Paul am Ende des Semesters. Er erhält Post von der Universitätsverwaltung. »Teaching evaluation« steht auf dem Briefkopf: Klasse Professor Mara. Folgende Fragen müssen beantwortet werden. Die erste lautet: Wie haben Sie generell die Klasse gefunden: Excellent, good, fair, poor? Dann will die Universitätsverwaltung wissen: Wie würden Sie den Stoff des Seminars beurteilen? Bitte ausführlich erklären: Waren Sie mit der Pädagogik einverstanden? Wurden Ihre Erwartungen, die Sie an die Klasse hatten, erfüllt: 100%, 90%, 80%, 70%? Erstaunlich ist für Paul besonders die Frage: Was würden Sie anders machen, wenn Sie den Kurs selber einmal unterrichteten? Es folgt die Aufforderung: Machen Sie dem Professor Vorschläge, was er in Zukunft besser machen kann. Und zum Schluß: Was war das Beste an dem Kurs?
Paul füllt den Bogen aus und überlegt, wieviel sich ändern würde, wenn es so auch in Deutschland wäre. Man kann es drehen und wenden, sagt er sich, aber eine Reihe von Argumenten lassen sich, von allen Seiten betrachtet, nicht ohne weiteres vom Tisch wischen. Für Deutschland zieht Paul die Beurteilung von Professoren durch die Studenten in Betracht. Auch eine Bezahlung nach Leistung würde vielleicht etwas Bewegung in die Uniszene bringen. Vor allem wünscht er sich die Rückkehr zu einer fairen Benotung. Alles andere ist entweder Verarschung oder die Verlagerung der Verantwortung vor die Türen der Universität. Vor allem in den Geisteswissenschaften, sinniert Paul, muß die Noteninflation endlich abgeschafft werden. Sonst kommt sich doch jeder kluge Kopf wie ein Nichtskönner vor.
Besonders fasziniert ist er von der amerikanischen Vorstellung, die Univer-

sität als Dienstleistung für Studenten zu betrachten. Dabei soll keiner sich an dem häßlichen Wort »Dienstleistung« stören, murmelt Paul vor sich hin. So hat er zum ersten Mal erlebt, daß der Mann in der Bibliothek, als er ein Buch nicht finden konnte, zu ihm sagte, er wolle es bis morgen besorgen. Eine Universität, die sich zum Teil durch Studiengebühren finanziert, hat ein ganz anderes Verhältnis zu ihren Studenten. Dann muß das Angebot stimmen. Sonst zahlt keiner. Deshalb sorgen die Universitäten auch dafür, daß regionale und internationale Unternehmen auf den Campus kommen. Sie laden sie ein, um es schon vor Abschluß des Studiums den Studenten zu ermöglichen, Gespräche zu führen und Job-Interviews zu machen. Mit den Unternehmen glauben die Universitäten an ihre Absolventen. Die Losung lautet: Ihr seid unsere Zukunft.

Und noch eine andere Erwägung zieht Paul in Betracht: Die homogenen Klassen, wie sie in den USA üblich sind, haben den Vorteil, daß sich alle ungefähr auf dem gleichen Stand des Wissens befinden. Ein Ergebnis ist, daß alle zusammen diskutieren können. In Deutschland reden die meisten aneinander vorbei oder bekriegen sich mit Reizwörtern. Dazu gehört das emotionale Sich-Einbringen als Moralsoße: Was du sagst, finde ich ganz schlimm. Amerikanische Professoren wissen am Anfang des Semesters, was sie von ihren Studenten erwarten können, wenn sie im ersten, zweiten, dritten oder vierten Jahr sind. An deutschen, insbesondere an sozialwissenschaftlichen Fakultäten kann der zum »Prof« Infantilisierte nur ahnen, wer in seinem Seminar herumhockt. Der erste ist im zweiten Semester, der zweite im siebten, der dritte im siebzehnten. Die eine Frau hat Melanie Klein gelesen, die andere steht auf Jeremias Groß. Der Mann findet seinen Charly Marx immer noch ganz toll, obwohl er nach den Ereignissen in Peking Chinarestaurants boykottiert. Süß-sauer ist out. Die Rückkehr zu Sauerkraut mit Wodka ist angesagt. Als Unterstützung der Perestroika. Endlich wieder ein glaubwürdiger Führer. Herzlichen Dank, Micha Gorbatschow. Und sein Kumpel, der Taxifahrer, der so ab und zu ins Seminar mitkommt, glaubt, die Poststrukturalisten sind ganz wichtig. Aber als Magister der Philosophie mit der Kenntnis von Nietzsches Willen zur Macht und Maurice Merleau-Pontys Studien über die Abenteuer der Dialektik weiß Paul: auf eine radikale Reform der Universität zu hoffen, ist reines Wunschdenken. Was würde passieren? Bei einer wirklichen Reform der deutschen Universität würden konservative und linke Professoren sofort in konzertierter Aktion zu ihrem eigenen Staatsanwalt werden. Vermutlich trösten sich deshalb viele seiner Kommilitonen mit E. M. Cioran und seiner Lehre vom Zerfall.

Mythen und Legenden sind in Deutschland unverwüstlich. Nicht nur Paul, wir alle können sie nicht entbehren, da sie in unseren Köpfen die Illusionen nähren, ohne die viele die beengenden Grenzen der Realität nicht länger aushalten würden. Ohne eine Handvoll Lebenslügen und eine Reihe brauchbarer Mythen würden die Deutschen zu einem Land der Geisterfahrer. Trotz Tempolimit und den weltweit besten Autobahnen. Ein Glanzstück dieser Mythenproduktion ist die Überzeugung, das geistige Leben sei bei uns Deutschen besonders tief, die Allgemeinbildung habe Weltniveau und unsere Universitäten verdienten uneingeschränkte Anerkennung. Tapfer hält sich der Aberglaube von der besonderen Qualität deutscher Bildung. Der Glaube an das »Made in Germany« gilt ja nicht nur für Mercedes Benz, BMW, den Schützenpanzer Leopard II, den Airbus, sondern gerade auch für die Literatur und Philosophie, für die Qualität des deutschen Abiturs, obwohl jeder weiß, daß dies seit 20 Jahren nicht mehr stimmt. Jedermann kann die Probe aufs Exempel machen. Geschenkt die Analphabeten, die aus der Gesamtschule an die Universität geliefert werden. Es wird doch nichts ausgeplaudert, wenn man sich fragt, warum es mittlerweile die beste Literatur in Italien oder Südamerika gibt? Warum die meisten Nobelpreise in die USA vergeben werden? Warum immer mehr erfolgreiche unternehmerische Strategien eher aus Japan und den Schwellenländern im pazifischen Raum kommen? Warum mehr Polen deutsch als Deutsche polnisch sprechen?

Aber vermutlich kann kein Argument die Einsicht in den Glanz der deutschen Bildung trüben. Die Einbildung der Bildung zerstören. Sie gehört zum geheimnisvollen deutschen Wesen wie der Wald, die Gemütlichkeit und das »Heimat – deine Sterne«. Was das Bild ankratzt, wie etwa die Unruhen und Streiks an den Universitäten, tut die Mehrheit als Generationenproblem ab. Je nachdem, woher man kommt, zu welcher Schicht man gehört, welche Ausbildung gemacht wurde, glauben die einen, eine neue Studentengeneration übe sich in Selbstverwirklichung, andere schimpfen am Stammtisch auf Pseudo-Vatermörder. Hinterbliebene von '68 freuen sich, denn für sie ist die Unruhe ein Beweis dafür, daß ihr schweres, kämpferisches Leben nicht umsonst gewesen ist. Endlich der Lohn der Angst oder die Früchte des Zorns. Daß diese Studienräte und Sozialarbeiter oftmals mit den Kindern an der Schule und den Jugendlichen im staatlich gesponserten Kulturcafé beim Jugendfreizeitheim nicht klar kommen, darüber spricht keiner. Lieber diskutiert die Runde das neue Reiseziel in der Karibik. Da die Geheimratsecken drohen, müssen sie wenigstens regelmäßig gebräunt werden. Der Rest glaubt zu wissen, daß gemeine Kommunisten, perverse Autonome oder andere gottlose Elemente die Auseinander-

setzungen angezettelt haben, weil sie irgendwelche hinterhältigen Ziele verfolgen. Das ist für uns Republikaner eine Bedrohung.
Doch allmählich werden die wahren Verhältnisse erkennbar, obwohl Professoren und Politiker weiterhin Bodennebel produzieren, indem sie mit Reformen kokettieren, anstatt zuzugeben, daß in diesen Strukturen nichts verändert werden kann. Das ständige Reden über Problemlösungen taugt doch lediglich als Sprechblase bei Verhaltenstherapeuten. Es stört ja auch keinen, daß bei diesen Reformen immer nur Mist herausgekommen ist. Trotzdem lautet der Tagesbefehl: Weiterplanen! Deshalb verweist diese Farce auf etwas anderes: die typische deutsche Beamtenmentalität, die die monetäre Voraussetzung für das Staatsschauspiel ist. Frei von der Angst vor Kündigung oder Gehaltseinbußen können Lebenslängliche auf Leistungen verzichten. Es reicht aus, sich im Tamtam zu sonnen.
Bei den Besten entstehen dann Männerphantasien. Andere klären die Zonenrandgebiete des Feminismus ab oder sinnieren über Schädelphonographien in Rilkes »Urgeräusch«. Aber eine verbindliche Ausbildung für den Durchschnitt und das Normale bleibt auf der Strecke. Wer wissenschaftlich überhaupt nichts kann, der vertreibt sich die Zeit mit der Verwaltung und Kontrolle von Steuergeldern. Beispielhaft ist hier die Leistung eines Berliner Soziologieprofessors. Wiegend fand er heraus, daß Briefe, die das Institut verschickt, zu 30 Prozent von den Sekretärinnen falsch frankiert sind. Er schreibt einen Bericht an das Direktorium. Alle sind ratlos. Mit Lenin, der bekanntlich eine Passion für die deutsche Post hatte, stellen sie die Frage: Was tun? Daß Herr Professor W. seit 1963 sonst nichts Gewichtiges geschrieben hatte, nimmt ihm weiter keiner übel. Schließlich will man nicht zum Nestbeschmutzer werden. Die akademisch gebildete Runde ist sich darüber einig: Tipsen sind auch nicht mehr das, was sie einmal waren. Ein als Zyniker verurteilter Kopf steht mit seiner Meinung allein, als er einem Kollegen, der für Klassen- oder Kassenanalyse zuständig ist, hinter vorgehaltener Hand zuflüstert: Ich hasse Zwangsneurotiker.
Wer sich ein umfassendes Bild dieser Scheinheiligkeit machen will, der braucht ohnehin nur nachzuprüfen, wieviel und wo ein deutscher Durchschnittsprofessor nach seiner Ernennung noch veröffentlicht hat. Oder besser wurde.
Genauso ergiebig ist es, beliebte Phrasen zu analysieren. Anfang der siebziger Jahre zum Beispiel kursierte die Ablehnung von Verschulung. Heute ist sie überall auf niedrigstem Niveau eingeführt. An vielen Orten nur deshalb, um Leuten, die unfähig waren, sich wissenschaftlich zu qualifizieren, Lebenszeitstellen zu verschaffen. Sie dürfen jetzt Grundkurse abhalten: Einführung in Wirtschaft, Gesellschaft, Staat. Natürlich kritisch. Vor dem Ur-

teil müssen die Studenten erst die Vorurteile lernen. Da diese wissenschaftlichen Mitarbeiter in aller Regel für die Wissenschaft keine Zeit fanden, weil sie wichtigeres zu tun hatten, nämlich Unipolitik zu betreiben, müssen sie mit einer Daueranstellung belohnt werden, damit sie hauptamtlich weiterhin Politik machen können.
Eine andere erfolgreiche Methode ist es, sich an eine soziale Bewegung zu hängen. An welche, ist eigentlich schnuppe: Studentenbewegung, Hausbesetzer, Frauen, Schwule, sonstige Minderheiten. Die Erfahrung zeigt, Dabeisein ist alles. Als Couponschneider kann man dann die Professorenrente einklagen. Hat die Strategie funktioniert, vergißt man schleunigst, wie man es wurde. Und als Zugabe zur Emanzipation lehnt man später gegenüber den Studenten jede Verpflichtung ab. Selbst ist der Mann und seit einiger Zeit auch die Frau.
Ein Ergebnis dieser Entwicklung kristallisiert sich heraus: Die dumpfe Starrheit, die fast alle geistes- und sozialwissenschaftlichen Institute charakterisiert. Denn nie wird eine Universität das Glück haben, von diesen Karrieristen etwa durch Wegberufung befreit zu werden. Im Gegenteil. In den Gremien terrorisieren solche Leute alle, die wissenschaftlich fit sind. Zu den Lieblingsspielen gehört es, nutzlose Diskussionen über Strukturrationalisierung, Entbürokratisierung, Quotenregelungen in Gang zu setzen. In Schwung kommt ihre Erfindungsgabe bei Neueinstellungen. Die ganze Phantasie wird aktiviert, dafür zu sorgen, daß niemand auf die ausgeschriebene Stelle kommt, der wirklich etwas kann. Sonst würde es ja auffallen, daß man selber stinkblöde ist.
Überraschend an diesen Gegebenheiten ist lediglich, daß so wenige Leute außerhalb der Universität davon wissen. Allein den Lebens-Deserteuren schenken einige ihre Aufmerksamkeit: den ewigen Studenten. Sie nerven, weil die deutschen Durchschnittsbürger es keinem gönnen, auf die billigste Art über die Runden zu kommen. Ausgenommen von dieser Neidstruktur sind allein unsere Politiker.
Was soll dieser Scherbenhaufen, werden jetzt einige denken. Immer alles madig zu machen, ist auch eine deutsche Tugend. Davon haben wir die Schnauze voll. Immer diese Querulanten und Nörgler. Haltet die Klappe, ihr Beckmesser! Aber erkennt man denn nicht an den Scherben den Topf? Zudem ist doch die Frage wichtig, was dieser Topf noch leistet. Und ob er noch zeitgemäß ist. Vielleicht sollte man einen anderen kaufen, weil das ewige Scherben-Zusammenkitten unter dem Strich nur noch ein teures Vergnügen ist?
Um uns darüber ein Urteil zu bilden, brauchen wir keine Expertenkommission und keine gekauften Gutachten. Wir kommen wie im Supermarkt mit

einem Vergleich weiter. Mit dem Blick auf jene, die wir normalerweise für naiv, nicht so gebildet, ziemlich blöde und oberflächlich halten: die Amerikaner, die bis zu 20 000 Dollar für ein Jahr Grundstudium hinblättern.
Für unseren kleinen Vergleich verwenden wir eine vereinfachende Hypothese, die hilft, Unterschiede festzustellen. Sie lautet: Deutsche Universitäten sind dekadent und deprimierend, amerikanische dagegen elitär und demokratisch. Schließlich weiß ja mittlerweile jeder: Wer sich in einer deutschen Universität immatrikuliert, der erhält eine mehr oder weniger unbegrenzte Aufenthaltsgenehmigung. Oftmals wird sie dazu genützt, die Verlängerung der Kindheit bis zum dreißigsten Jahr zu rechtfertigen. Auf der Spielwiese denkt leider noch keiner an das bittere Ende.
Dies läßt sich täglich beobachten. Man muß nur einmal seinen Hamburger in einer Mensa essen und lauschen. Wer während der Streiks die Uni besuchte, weiß, wovon die Rede ist: von einem universellen Kindergarten. Für diese Infantilisierungstendenzen gibt es verschiedene Gründe. Vor Ort vor allem den, daß es beispielshalber in den geisteswissenschaftlichen Bereichen Usus ist, die Studienordnung zu ignorieren. Dazu gehört natürlich die glückliche Voraussetzung, daß eine solche vorhanden ist. Frei von allen Legitimationszwängen sind jene, bei denen die Studienordnungen als Entwurf seit Jahren in einer der Schubladen des Wissenschaftssenators verstauben.
Zudem glänzen in soziologischen, ethnologischen, philosophischen Instituten Tausende von Studenten durch Abwesenheit. Für jede Karteileiche bekommt aber die Universität ein paar Mark ab. In den USA gibt es nur für wirkliche Studenten Geld. Niemand würde auf die Idee kommen, potemkinsche Dörfer zu finanzieren. Weil das jeder Politiker weiß, haben es die deutschen Universitäten schwer, sich gegen Staatseingriffe von außen zu wehren. Wenn Bildungspolitiker ranklotzen wollen, müssen hier die Universitäten kuschen. Eingriffe in die Autonomie der Hochschule wie solche, die sich bundesdeutsche Politiker ständig herausnehmen, hat es in den USA nicht einmal während der Mc-Carthy-Ära mit ihrer Kommunistenhysterie gegeben. Dabei ist es Jacke wie Hose, ob die Herren aus dem konservativen oder dem fortschrittlichen Spektrum kommen. Tröstlich an diesem Phänomen ist allein die Tatsache, daß Bildungspolitiker zu sein getrost mit Karriereabbruch gleichgesetzt werden kann. In aller Regel meint die politische Bildungsriege, sie müßte die Hochschulen befrieden und mit neuen Innovationen beglücken. Mittlerweile sind aber die Moloche, die sie geschaffen haben, so durchsetzt mit Seilschaften, Cliquen und Ordnungshütern der Parteien und Gewerkschaften, daß es unmöglich ist, irgendwo ein Häufchen hinzusetzen, ohne daß das Gebrülle an der anderen Ecke sofort wieder losgeht.

Ein trauriges Beispiel für die Niedertracht, mit der Politiker von außen in die Hochschule hineinregieren und Mehrheitsverhältnisse in demokratischen Gremien verändern, ist die Wahl des Universitätspräsidenten Heckelmann in Berlin, der sich sein Amt erschlich, indem er seinen Vorgänger Eberhard Lämmert denunzierte. Die Allianz aus progressiv Konservativen und rechten Linken, die diese Wahl durchsetzte, kann kein Politiker auf Dauer kontrollieren. Aber dieses Beispiel zeigt den Trend. Heckelmann, der allenfalls an Zehlendorfer Stammtischen eine gewisse Reputation hat, dagegen auf der internationalen Ebene als Wissenschaftler völlig unbedeutend ist, wurde durchgesetzt, um unter dem Stichwort »Entbürokratisierung« sämtliche demokratischen Strukturen zu zerstören. Lämmert, der hohes internationales Ansehen genießt und der die Freie Universität gegen Staatseingriffe immer verteidigt hat, wurde abgesägt. Solche Geschichten ließen sich unendlich fortsetzen. Wenn im Gänsemarsch die Leute antreten müßten, die der Wissenschaftssenator Turner gegen die Empfehlung der Fachbereiche und gegen die Entscheidung der Universität berief, würde dieses politische Lustspiel überdeutlich. Ein Beispiel: auf eine Theoriestelle in der Psychologie berief er kurz vor seinem Abtritt nicht die von allen für qualifiziert gehaltene Theoretikerin, sondern eine Tanztherapeutin. Da überkommt doch alle, die an Qualifikation und Fairness festhalten, Vittorinis gestaltlose Wut. Die Entscheidung spricht natürlich nicht gegen die Tanztherapeutin, sondern sie zeigt nur, wie Bildungspolitiker mit der Universität umspringen und ohne Rücksicht auf Verluste von oben Tatsachen schaffen.

In Amerika ist dies alles undenkbar. Europäer, die es sich einfach machen, glauben gerne, dies hätte seine Begründung vor allem darin, daß über 2300 Universitäten und Colleges um die Studenten konkurrieren. Weit gefehlt. Es liegt an dem besonderen Verhältnis, das die Amerikaner zu ihren Universitäten haben. Sie sind geachtet und geliebt. Das kann jeder da ablesen, wo es darauf ankommt: am Geld und der damit verbundenen Unabhängigkeit.

Wenn etwa in Stanford die rotweißen Fahnen wehen, Luftballons am Hoover Tower vorbeifliegen, dann ist es wieder einmal so weit: der Alumni-Tag steht bevor. Die Alumnis, die Ehemaligen, besuchen ihre Universität. Sie spenden jedes Jahr einen erheblichen Teil des Gesamtbudgets, um die Höchstleistungen in Lehre und Forschung finanziell abzusichern. Es ist Ehrensache, seiner Universität ein Leben lang treu zu bleiben und Geld zu geben. Manche vermachen nicht den Kindern, sondern der Universität ihr Vermögen. Es reicht nach ihrem Selbstverständnis aus, ihren Kindern eine gute Ausbildung finanziert zu haben. Dann müssen sie auf den eigenen

Beinen stehen und sehen, was sie aus ihrem Leben machen. Schließlich verdankt man der Universität eine erstklassige Ausbildung. Und diese half, den hochdotierten Job zu bekommen und sein Leben zu führen. Der Alumni-Tag ist das Fest »of those, who made it«.

Ein wesentlicher Teil des Erfolgs der führenden Hochschulen in den USA ist auf diese privaten Initiativen zurückzuführen. Millionenschwere Mäzene gaben oftmals den Startschuß. So besitzt Harvard University ein Stiftungskapital von 2,5 Milliarden Dollar, Stanford University 1,2 Milliarden und, um ein letztes Beispiel zu nennen, die University of Texas 1,9 Milliarden. Diese Universitäten werden von Verwaltungen geführt, die sich am Managementstil und am Dienstleistungsmarketing orientieren; nicht von Beamten. Alles wird unter dem Gesichtspunkt betrachtet, Voraussetzungen schaffen zu müssen, die den Studenten helfen, gut und schnell zu einem Universitätsabschluß zu kommen. Die Stichworte lauten: Effizienz und Professionalität.

Mittlerweise ist es kein amerikanischer Traum mehr, einen Studienabschluß als Bachelor of Art (B. A.) oder Bachelor of Science (B. S.) zu machen. Fünfzig Prozent aller High-School-Absolventen besuchen heutzutage ein College oder eine Universität.

Und wer eine mit einem Magisterabschluß vergleichbare Ausbildung hat, der kann, wenn er an einer guten Universität war, sofort mit einem Job und einem Anfangsgehalt um die 40 000 Dollar rechnen.

Das ist natürlich nur möglich, weil auch die amerikanischen Unternehmen eine andere Flexibilität zeigen. Es ist erlaubt, Philosophie, Orientalistik oder Kunstgeschichte zu studieren, um danach bei einer Bank, einer Werbeagentur oder im State Department anzufangen. Es zählt allein, daß das Studium in einer nachvollziehbaren Zeit abgeschlossen wird. Jeder erhält dann seine Chance. Und die amerikanischen Studenten, die wir gerne als Schmalspurindianer abtun, haben wegen ihrer positiven Einstellung mit 23 oder 24 das erste Studium abgeschlossen. Wenn sie an einer der besseren Universitäten waren, sprechen sie meistens eine oder zwei Fremdsprachen, weil es ein Language-Requirement gibt, und haben zusätzlich neben ihrem Studium der Ingenieurswissenschaften oder Computertechnologie noch ein Jahr lang einen Grundkurs in »Humanities« über Werte, Geschichte und Ethik absolviert. Fast alle wollen in kürzester Zeit einen Abschluß erreichen. In den Ferien wird gearbeitet. Selbst wenn der Vater jede Menge Kohle hat. Sonst würde man von den Mitstudenten im Department schräg angesehen.

Auch beim Jobben wird Kreativität freigesetzt. Übt sich der deutsche Nachwuchs mit größter Lust in den Ferien am Fließband in die Entfrem-

dung ein, so versuchen die amerikanischen Kommilitonen alles, um in wichtigen Institutionen oder Unternehmen zu arbeiten. Und hier sind natürlich wieder die Alumnis behilflich. Das hat nichts mit der Altherren-Mentalität deutscher Burschenschaften zu tun. Allein der Erfolg zählt. Und dazu will jeder beitragen. Manchmal wird es auch übertrieben, wie etwa an der zur Ivy League zählenden Spitzenuniversität Brown. Dort hatte eine Gruppe von »Undergraduates« den besten Callgirl-Ring in der Stadt aufgebaut, um die teuren Studiengebühren zu finanzieren. Sie gehörten nicht zu denen, die aus der Unterschicht kommen und nach erfolgreich bestandener Aufnahmeprüfung ein Universitätsstipendium erhalten, weil die Eltern nicht bezahlen können. In Stanford sind das etwa 34 Prozent aller Studenten.

Sicher ist eine Ausbildung in Amerika für manche unerschwinglich und unerreichbar. Es ist auch nicht alles Gold, was glänzt. Daß aber das amerikanische Modell im Normalfall besser funktioniert, davon ist sogar der Rektor des Wissenschaftskollegs zu Berlin Wolf Lepenies überzeugt. Vorausgesetzt, seine Kinder wären einverstanden, sagt er, würde er sie auf jeden Fall in den USA studieren lassen. Paul, der wieder in Deutschland lebt, ist immer noch in Schwierigkeiten. In Amerika hatte er sich zum Positiven verändert. Nach der Rückkehr mußte er feststellen, daß in seiner Umgebung alles beim alten geblieben ist. Das macht ihm zu schaffen. Trost spendet ihm allein ein Satz von Joseph Conrad: Die Kunst ist lang, das Leben kurz und der Erfolg in weiter Ferne. So faßt er die deutsche Situation zusammen. Der Kampf geht weiter.

Uwe Wesel
RECHT UND GEWALT

Dreizehn Eingriffe

Fast könnte man an spannende Sportreportagen denken, wenn *Uwe Wesel* das Ringen von Recht und Gewalt beschreibt, sei's in der historischen Arena, sei's auf dem parteipolitischen Kampfplatz, sei's im alltäglichen Ring, wo über Recht und Unrecht etwa von Demonstranten oder Spekulanten entschieden wird. Man erfährt dabei viel über die »Spielregeln« (auch über Tricks und Fouls) und ist gespannt auf die nächsten Runden in diesem stets politischen Spiel, das bei allem bitteren Ernst auch seine komischen Züge hat.

184 Seiten. Französische Broschur. 28 Mark

Tilman Spengler
GEISTERMAUERN

Chinesische Piktogramme

China – für uns Europäer bald schlafender Riese, bald Vorbild an aufgeklärter Staatsführung, bald Brutstätte der gelben Gefahr – ist immer in Aufruhr. *Tilman Spengler* hat in den vergangenen Jahren viele Monate in China verbracht: als Tourist, als Wissenschaftler, als Journalist. Was ihm auffiel, wovon er berichtet, ist befremdlich genug. Denn es wird weder in den Schleim des Verstehens getaucht noch mit dem Lack des Exotismus überzogen – es bleibt »chinesisch«, aber gesehen durch ein europäisches Temperament: mit Neugier, Empathie und Verblüffung; und schließlich – im Sommer 1989 – mit Trauer.

184 Seiten. Französische Broschur. 28 Mark

KURSBUCH ESSAY

Uwe Wesel
Juristenausbildung
Wider den geplanten Leerlauf

An den Universitäten beginnt der Winter im Oktober. Dann ist es wieder soweit. Achttausend Erstsemester kommen an unsere dreißig juristischen Fakultäten und Fachbereiche mit großen Erwartungen. Hörsäle, durch die Generationen von Juristen gegangen sind. Echte Juraprofessoren, Prof. Dr. iur. auf dem Schild an der Tür. Bibliotheken, gefüllt mit den Erfahrungen von Jahrhunderten und dem geballten juristischen Sachverstand der Gegenwart. Denkvorgänge von höchstem Rang. Gerechtigkeit, das große Uhrwerk, in dem sie bald ein Rädchen sein werden oder ein Rad. Wissenschaft als Begegnung von Kontemplation, Legislative, Exekutive und Jurisdiktion. Immer noch ziemlich gute Berufsaussichten, das soziale Prestige auch nicht schlecht, ius est ars boni et aequi, das Recht ist die Kunst des Guten und Gleichen, und ihr könnt sagen, ihr seid dabei gewesen.

Der Winter beginnt an der Berliner Universität in diesem Jahr am 16. Oktober, Montag. Hier werden es ungefähr vierhundert sein. Es ist so, wie überall. Man soll nicht meinen, es wäre hier anders, linke Indoktrination und so, statt objektiver Wissenschaft. O nein, vierunddreißig Professoren und eine Professorin, mit einer erfrischenden Mehrheit für die demokratischen Parteien und nur eine verschwindende ideologische Minderheit, darunter, natürlich, der Verfasser dieses Berichts, keineswegs repräsentativ. Ganz normale Vorlesungen und Übungen, ganz normale Examensergebnisse. Die Kollegen sind im Rotary Club, alte Herren in Burschenschaften, Eigentümer von Eigenheimen, also ein ganz normaler Fachbereich, an dem studiert wird wie anderswo auch. Die Schöpfung von Juristen bewegt sich immer nach den gleichen Gesetzen. Studienpläne und Prüfungsordnungen haben wenig Variation. Also wird von hier aus berichtet, wie es steht um das Studium der Jurisprudenz. Repräsentativ.

Das erste Semester beginnt mit Vorlesungen. Im Zivilrecht Montag, Mittwoch und Freitag von neun bis elf. Im Strafrecht Donnerstag von zehn bis zwölf und von dreizehn bis fünfzehn Uhr. Öffentliches Recht gibt es Dienstag von zwölf bis vierzehn und Mittwoch von elf bis dreizehn Uhr. Macht zusammen vierzehn Stunden in der Woche, die ergänzt werden

durch eine Arbeitsgemeinschaft im Zivilrecht, Anwesenheit ist Pflicht, sonst kriegt man keinen Schein, und den braucht man für die Zulassung zum Examen, kleine Gruppen, fünfzehn bis fünfundzwanzig Studenten und Studentinnen (fast die Hälfte), drei Stunden in der Woche, bei einem Assistenten, der ihnen tatsächlich manches erklären kann, im Gegensatz zur großen Vorlesung. Schließlich, aber da braucht man nicht hin, das kommt im Examen nicht dran, vier Stunden Rechtsgeschichte, Vorlesung, Mittwoch und Donnerstag von sechzehn bis achtzehn Uhr. Hier sitzt auch nur die Hälfte, zweihundert. In den drei anderen sind sie alle, die langen Reihen dicht geschlossen, vorn am Pult der Herr Professor. Wie werde ich ein Jurist?

Am Anfang ist es ja ganz interessant. Neue Umgebung, neue Gesichter. Da sitzen sie nebeneinander, können sich kaum bewegen, und er redet und redet, keine Ekstase, eher eine kleine Nachtmusik, nur nicht ganz so melodisch. Man macht sich Notizen. Es ist ganz anders als in der Schule. Nach zwei Stunden ist alles vorbei und man geht. Was bleibt aber stiften die Dichter. Denn das ist das Problem, da ist schon viel drüber geschrieben worden, es bleibt nämlich nichts, hier sind keine Dichter. Der Mann da vorn wird gut bezahlt. Er hat was davon. Aber die Studenten? Also leert sich der Saal im Lauf der Zeit. Erst bleibt der eine oder die andere weg, dann sind es schon zehn Prozent, bald zwanzig. Einige sind eisern und halten durch, verstehen in der Arbeitsgemeinschaft bisweilen, worum es eigentlich ging, und wenn am Ende des Semesters die Hälfte noch da ist, dann war er tatsächlich noch einigermaßen verständlich. Die Regel ist das nicht. Gut, das war das erste Semester. Es gibt ja noch Lehrbücher.

Es gibt sogar sehr gute Lehrbücher. Aber nun kommen wir zum zweiten Problem. Sie sind nämlich im Prinzip so aufgebaut wie die Vorlesungen. Erst das Allgemeine, dann das Besondere. Im ersten Semester behandelt die Vorlesung den Allgemeinen Teil, im Zivilrecht den Allgemeinen Teil des Bürgerlichen Gesetzbuches, im Strafrecht das Allgemeine Strafrecht und im Verwaltungsrecht geht es um Verwaltungsrecht Allgemeiner Teil. Im Strafrecht zum Beispiel heißt das, man lernt, was eine Handlung ist, Vorsatz, Fahrlässigkeit, Schuld, wo die straflose Vortat endet und der strafbare Versuch beginnt. Aber beschäftigen Sie sich mal mit einem Mordversuch, ohne zu wissen, was ein Mord ist. Das ist das Problem. Mord und Totschlag gibt es erst im dritten Semester. Es bleibt also unanschaulich, abstrakt. Auch in den Lehrbüchern. Man könnte es ohne weiteres umgekehrt machen, erst Mord, dann Mordversuch, aber dann müßte man am Anfang einige Ungenauigkeiten in Kauf nehmen, Ungenauigkeiten sind unwissenschaftlich, und außerdem wär's zu leicht. Also lernt man die Genauigkeiten, die man

später im Examen tatsächlich braucht, schon am Anfang, deduktiv statt induktiv, Methode Stange im Nebel, aber dafür wird das auch später nicht mehr wiederholt, sondern nur im Examen mit voller Akribie vorausgesetzt. Wie werde ich ein Jurist?

Das ist nämlich das dritte Problem. Da wird im ersten Semester mit großer Präzision behandelt, was sich auf den dogmatischen Höhen des Examensniveaus bewegt, und später kommt es nicht mehr dran. Gleich dreitausend Meter mit dünner Luft, statt langsam vom Tal über das Vorgebirge mit allmählicher Steigerung nach oben auf den Gipfel.

Zwei Monate Ferien, dann kommt das zweite Semester. Wieder Vorlesungen, vier Stunden Zivilrecht, vier Stunden Strafrecht, vier Stunden öffentliches Recht, dazu zwei Arbeitsgemeinschaften, jetzt im Strafrecht und im öffentlichen Recht mit je zwei Stunden in der Woche. Wie gehabt. Die Vorlesungen sind schon etwas dünner besucht, am Ende des Semesters ist es oft sehr peinlich. Zumal etwas Neues dazukommt. Die Übung. Und er fuhr nach Tübingen, zu gelehrten Übingen. Hier sind es Übungen im Bürgerlichen Recht für Anfänger. Der kleine BGB-Schein. Auch den braucht man für die Zulassung zum Examen. Die Technik der Fallbearbeitung oder anders ausgedrückt, jetzt lernt man langsam, wie man Fälle löst. Die Vorlesung sozusagen als Theorie, die Übung als Praxis. Vier Klausuren werden geschrieben und zwei Hausarbeiten, und wenn man in mindestens einer Klausur und einer Hausarbeit die Note ausreichend geschafft hat, dann kriegt man den Schein. Bearbeitungszeit für die Hausarbeit: drei Wochen. Sie wird ziemlich früh ausgegeben, und das hat zur Folge, daß nun die meisten in der Bibliothek sitzen und wo nicht? In den Vorlesungen. Wenn dann die Hausarbeit fertig ist, geht man auch nicht mehr hin, denn jetzt hat man den Anschluß verloren. Und dieses System setzt sich fort, insgesamt muß man acht Scheine machen, und daneben existiert, bis zum Ende des Studiums, die große Vorlesung als Dreh- und Angelpunkt der juristischen Ausbildung. Je höher das Semester, desto kleiner der Hörsaal und die Hörerzahl.

Zurück zur Übung. Hier, im zweiten Semester, befindet man sich eigentlich im wichtigsten Bereich der juristischen Tätigkeit. Die Entscheidung von Streitfällen, der Richter als Leitbild. In den Klausuren und Hausarbeiten werden solche Fälle als Aufgabe gestellt, und sie sollen gelöst werden, in drei Stunden oder drei Wochen. Es gibt eine mehr oder weniger ausführliche Anleitung zur etwas komplizierten Technik von Aufbau und Stil solcher Arbeiten, dann werden sie geschrieben, korrigiert, zurückgegeben, und jetzt kriegen sie erst einmal anständig einen auf den Deckel, diese fröhlichen jungen Menschen. Im letzten Sommer zum Beispiel. Erste Klau-

sur. Die Übung ist geteilt, damit nicht mehr als hundertfünfzig Teilnehmer dabei sind, denn hier muß man ins Gespräch kommen, es wenigstens versuchen, und bei drei- oder vierhundert ist das völlig hoffnungslos. Also drei Übungen, in der einen wurden 145 Klausuren abgegeben. Ergebnis? 47 mangelhaft. In den beiden anderen waren es einmal etwas mehr, einmal etwas weniger. Bleiben also in der ersten Übung 98 Arbeiten, die erfolgreich waren. Davon sind 48 ausreichend, 32 befriedigend, 13 vollbefriedigend, 5 gut und keine sehr gut. Für juristische Verhältnisse ein völlig normales Ergebnis. Es wird sich bis zum Ende des Studiums nicht ändern. Aber was ist das, diese Normalität? Es gibt kein anderes Studium, in dem den Studenten so oft das Gefühl gegeben wird, sie seien unfähig, dumm, ungeeignet für diese Denkvorgänge von höchstem Rang, sie hätten keine Ahnung und es sei auch sehr, wirklich: sehr unwahrscheinlich, daß sie dieses Examen, mit diesen Denkvorgängen von höchstem Rang, jemals schaffen werden. Ein entscheidender Grund für die hohe Abbruchquote. Sie liegt in Berlin, wie überall, ungefähr bei vierzig Prozent. Einhundertsechzig von denen, die im Oktober anfingen, werden erst gar nicht ins Examen gehen, geben vorher auf, früher oder später.

Wenn man 145 junge Menschen ein Semester im Bürgerlichen Recht unterrichtet, ihnen im zweiten zeigt, wie sie solche Fälle zu lösen haben, und dann ist ein Drittel der Arbeiten unter dem Strich, ein anderes Drittel gerade mal ausreichend, was ist das? Ich meine, das ist eine didaktische Katastrophe. Nein, sagen die Kollegen. Es sind zu viele, ein großer Teil davon unbegabt und die anderen tun nichts. So, so. Sie tun nichts? Sie kommen mit großem Elan, der dann allerdings durch die Vorlesungen nicht gerade verstärkt wird. Sie sind unbegabt? Ja, das sagt sich so leicht. Ich habe selbst manchmal solche Gedanken. Sicher sind unter den 145 einige, die man als dumm, unfähig, unbegabt oder wie auch immer bezeichnen kann. Aber ein Drittel? Das kann doch nicht wahr sein. Sie tun nichts? Die haben entsetzliche Angst, arbeiten jetzt wie die Wilden, weil das Ganze seit einigen Jahren mit der Zwischenprüfung verbunden ist, über die noch zu reden sein wird. Eins laß ich ja gelten. Da gibt es ziemlich viele, die sind nicht richtig motiviert. Wer Chemie studiert oder Mathematik, Theologie, Architektur, Philosophie, für den ist es das Fach, die Natur, der liebe Gott, die Kunst, die großen Gedanken. Das ist sein Leben. Beim Recht ist es mehr die Frage, was man damit später machen kann. Oder weil einem was anderes nicht eingefallen ist. Dienst ist Dienst und Schnaps ist Schnaps. Es geht ihnen nicht unter die Haut, was wir da in Vorlesungen und Übungen zu sagen haben. Aber deswegen ein Drittel unter dem Strich? Nein. Es ist etwas anderes.

Dienst ist Dienst und Schnaps ist Schnaps gibt's nämlich auch bei Professoren. Ein schöner Beruf, ohne Zweifel. Aber wie schön wäre er, wenn es keine Studenten gäbe, keine Vorlesungen, wenn man sich ganz auf das konzentrieren könnte, was man auch bei Juristen Forschung nennt, Bücher schreiben, Vorträge auswärts, Einladungen nach Südamerika, Mitglied der Akademie der Wissenschaften, hier einen Aufsatz und dort eine kleine Ansprache vor der juristischen Gesellschaft mit den Honoratioren des Dorfes, ach wär das schön. Es bringt nicht nur Prestige, man kann auch besser shopping gehen. Denn die Gehälter von Professoren sind abhängig davon, daß sie ab und zu mal einen Ruf nach auswärts kriegen. Jeder Ruf bringt tausend Mark im Monat mehr, ob man ihn annimmt oder nicht, denn die eigene Universität erhöht, wenn man bleibt. Rufe erhält man aber nicht, weil sich herumspricht, man würde gute Vorlesungen halten. Rufe sind davon abhängig, daß man Bücher schreibt, Vorträge auswärts hält, Einladungen nach Südamerika, siehe oben. Das wissenschaftliche Renommee, Denkvorgänge von höchstem Rang. Das ist der Schnaps. Vorlesungen und Übungen sind Dienst. Außerdem leert sich der Hörsaal so schnell. Nach zwei Wochen ist manchmal nur noch die Hälfte da. Kein schönes Gefühl. Aber man gewöhnt sich daran.

Dies, verbunden mit einem anderen Problem, führt zum nächsten. Das andere ist das Staatsexamen, das nächste der Repetitor. Um 1700 hat der erste Preußenkönig das Staatsexamen vorbereitet, und fünfzig Jahre später hat es sein Enkel, Friedrich der Große, endgültig eingeführt. Staatsexamen bedeutet, daß die Universität zwar ausbildet, aber nicht prüft. Die Prüfung findet woanders statt, bei einem staatlichen Justizprüfungsamt mit Prüfungsbeamten, die nicht lehren, sondern nur prüfen. Erst sehr viel später hat man auch die Professoren daran beteiligt, aber in der Prüfungskommission sind sie bis heute in der Minderheit. Das Staatsexamen. Eine preußische Erfindung, auch für Mediziner und Lehrer. Es ist das institutionalisierte Mißtrauen gegen die Universität und bis heute das Dilemma dieser Fächer, am meisten im Recht, was kein Wunder ist, denn hier geht es in besonderem Maße ums Eingemachte, noch mehr als bei der Zuverlässigkeit von Ärzten und Lehrern. Unendlich viel ist seitdem darüber geklagt und geschrieben worden, aber geändert hat sich seit zweihundertfünfzig Jahren fast gar nichts, das Wichtigste vor hundertzwanzig Jahren, 1869, als man die Zahl der Staatsexamen für Juristen von drei auf zwei reduzierte. So ist es bis heute geblieben. Seitdem gibt es diese Zweiteilung der Juristenausbildung, eine theoretische an der Universität und eine praktische im staatlichen Referendardienst. Drei Jahre später, 1872, schrieb einer der bedeutenden Zivilrechtler des 19. Jahrhunderts, Theodor Muther, Professor in Jena: »Wie

lebhaft ist in den letzten zwanzig Jahren über Reform des juristischen Studiums verhandelt worden, wie viel hat man von Umänderung der Lehrmethode, zweckmäßigerer Anleitung zur Praxis, verbesserter Examensordnung geschrieben und gesprochen – und wie wenig hat sich in all dem wirklich geändert!«

Heute, 117 Jahre später, immer noch das gleiche Dilemma, es hat sich nichts geändert. In Berlin wird in Dahlem gelehrt und am Wittenbergplatz geprüft. In Dahlem, vornehmes Villenviertel, liegt die Freie Universität, Fachbereich Rechtswissenschaft, ein schmuddeliger Fünfzigerjahreflachbau, ergänzt durch drei Etagen nebenan in einem großen alten Gebäude, das mal der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gehörte. Am Wittenbergplatz, mitten in der Stadt, neben dem KaDeWe, findet sich das Justizprüfungsamt, eine Dienststelle der Senatsverwaltung für Justiz, in einem mittelmäßigen Sechzigerjahrebürogebäude, Bayreuther Straße 41, dritter bis fünfter Stock, geprüft wird im vierten.

Es wird eine Hausarbeit geschrieben, in der Bibliothek in Dahlem, Bearbeitungszeit sechs Wochen, dann kommen vier Klausuren, dort im vierten Stock, jeweils fünf Stunden, und schließlich die mündliche Prüfung, fünf Kandidaten, vier Prüfer, von morgens neun bis nachmittags um drei und eine Mittagspause von einer Stunde. Von den Hausarbeiten waren 1987 im Durchschnitt 27 Prozent mangelhaft, bei den Klausuren waren es 43 Prozent, im Mündlichen wird es dann meistens etwas besser, und die Durchfallquote lag mit 30 Prozent etwas über dem Durchschnitt der Bundesrepublik, von 26 Prozent. 486 Studenten wurden am Wittenbergplatz geprüft, 148 sind durchgefallen, zehn bestanden mit der Note gut, zweiundvierzig mit vollbefriedigend. Wie werde ich ein Jurist?

Diese Frage ist nämlich völlig berechtigt. Niemand kann sie richtig beantworten. Auf der einen Seite ist die Durchfallquote ja ein Skandal. Wenn man sie vergleicht mit der in anderen Fächern. Die Bundesdurchfallquote liegt bei 9 Prozent. Wirtschaftswissenschaften 15 Prozent, Elektrotechnik 14 Prozent, Mathematik 12 Prozent, Physik 8 Prozent, Chemie und Medizin 6 Prozent. Juristen 26 Prozent. Entweder wird falsch gelehrt oder falsch geprüft. Denn die Unbegabten und Uninteressierten sind schon weitgehend draußen, kommen nicht zum Examen, Abbruchquote 40 Prozent. Das ist der Skandal. Gleichzeitig sind die 74 Prozent, die durchkommen, ein Wunder. Also in Berlin die 70 Prozent. Le miracle de la maison de Brandebourg. Warum ein Wunder? Ich komme damit zum nächsten Problem.

Das nächste Problem ist jenes, das sich aus dem einen und dem anderen ergibt, aus der Didaktikkatastrophe an der Universität und dem Staatsexamen. Das Staatsexamen bedeutet die Durchbrechung des Grundsatzes

der Einheit von Lehre und Prüfung. Wer lehrt, prüft. In den Prüfungskommissionen am Wittenbergplatz sitzen nur zwei Professoren, und sie können von den beiden Prüfungsbeamten überstimmt werden. Aus diesem Dilemma, der Trennung von Lehre an der Universität und Prüfung beim Staat, Dahlem und Wittenbergplatz, ergibt sich automatisch folgendes. Von Dahlem bis zum Wittenbergplatz sind es mit der U-Bahn zehn Stationen, Linie 2, man fährt zwanzig Minuten. Fast genau in der Mitte, wenn man von Dahlem kommt, nach sechs Stationen, liegt der Fehrbelliner Platz, Sitz der Senatsverwaltung für Inneres, der Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen, der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte und des Problems. Vier Stationen zum Wittenbergplatz, sechs nach Dahlem. Selbst das stimmt in den Proportionen. Am Fehrbelliner Platz ist der private Repetitor, Alpmann und Schmidt, genannt Alpi. Die, die dort studieren, nennt man die Alpinisten.

Nun muß ich noch eine weitere Vorbemerkung machen, auf Veranlassung der Firma Wegner und Abels (»intensiv-hart-erfolgreich«). Auch sie betreibt ein privates Repetitorium, aber ich hatte bisher immer angenommen, die Firma Alpmann und Schmidt sei die größte in der Bundesrepublik und West-Berlin. Die Firma Wegner und Abels vertritt eine andere Meinung. Sie schreibt mir, sie sei in 24 Städten tätig. Jährlich würden von ihr etwa 6000 Studenten ausgebildet. Deshalb »glauben wir, das größte Repetitorium in Deutschland zu sein«. Der Lehrkörper umfaßt 42 Personen. Ich lasse das mal dahingestellt und ergänze nur, daß die Zentrale von Alpmann und Schmidt in Münster ist, die von Wegner und Abels in Köln, und daß es noch eine Menge andere private Repetitoren gibt, große, kleine, mittlere.

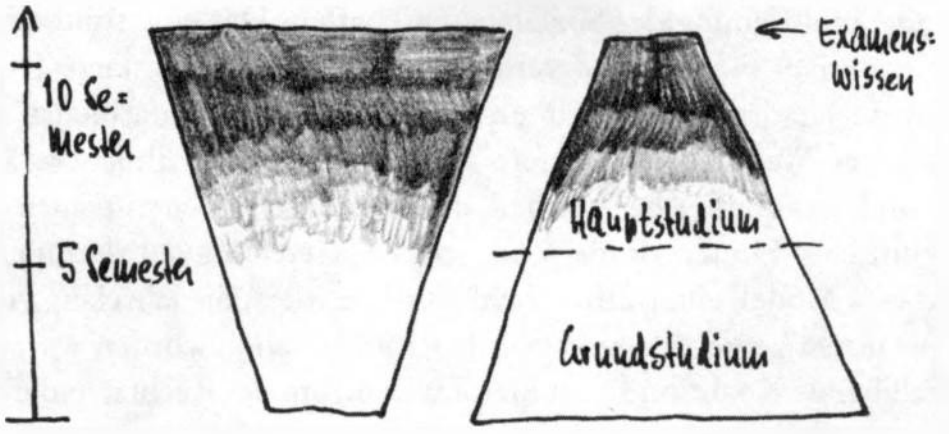
Tatsächlich verschwindet der größte Teil der Studenten nach einiger Zeit aus der Universität, geht nicht mehr in die Vorlesungen, macht nur noch schnell die Scheine, die man für die Zulassung zum Examen braucht, verläßt die heiligen Hallen und betritt sie erst wieder, um in der Bibliothek die Hausarbeit zu schreiben, wenn, wie in den norddeutschen Ländern, eine Hausarbeit im Examen geschrieben wird. In Süddeutschland schreibt man nur Klausuren, aber nicht vier, sondern acht oder neun. In der Zwischenzeit trifft man sich beim Repetitor, eine Einrichtung, die so alt ist wie das Staatsexamen, nämlich zweihundert Jahre. Die Räumlichkeiten sind meistens noch scheußlicher als in der Universität, das Gedränge größer, die Kosten hoch. Ein Jahreskurs bei Alpmann und Schmidt kostet zwölfhundert Mark, die gleiche Summe zahlt man bei Wegner und Abels für einen Intensivkurs von fünf Monaten. Ich warte immer darauf, daß endlich mal einer diese Kosten bei der Universität wieder einklagt, Amtshaftung nennt man das, wegen Verletzung der Ausbildungspflicht. Achtzig bis neunzig

Prozent aller Jurastudenten bereiten sich beim »Pauker« auf das Examen vor, oft schon im vierten oder fünften Semester, und wenn das nicht heißt, daß die Universität ihre Pflichten verletzt, dann weiß ich auch nicht, warum Reiseunternehmen neuerdings den Urlaubern schon Schadensersatz leisten müssen, nur weil das Hotel nicht in Ordnung war.

Das ist aber natürlich nicht das Entscheidende, das Wunder im Hinblick auf die 74 Prozent, die dann das Examen bestehen, nachdem sie zunächst einige Semester an der Universität zugebracht haben und den Rest beim Repetitor. Das Wunder besteht darin, daß sie es trotz Universität und trotz Repetitor schaffen. Denn der Repetitor ist nicht besser als die Universität. Er ist nur anders. Der Repetitor vermittelt Wissen, nicht Methode. Er vermittelt es schematisch, nicht systematisch. Ist die Universität der Inbegriff von Deduktion, die ausgeht vom systematisch geformten Begriff, von der Abstraktion, vom Allgemeinen zum Besonderen, wissenschaftlich, dann ist der Repetitor genau das Gegenteil, die reine Induktion, für die der einzelne Fall, das Besondere, im Zentrum steht, dessen Lösung nicht abgeleitet, sondern auswendig gelernt wird. Bei Alpmann-Schmidt sind es die berühmten Karteikarten, die man auswendig lernt, ohne die gedankliche Anstrengung dabei zum Äußersten zu treiben. Man paukt. Beim Pauker. Und fliegt manchmal trotzdem noch durch mit Pauken und Trompeten. Auch Alpinisten haben es schwer, und eine Chance haben, seit zweihundert Jahren, im Grunde nur die Autodidakten, die sich weder auf den Pauker verlassen noch auf die große Vorlesung bei Herrn Prof. Dr. iur., sondern es selber schaffen, selber lernen, mit Lehrbüchern, Kommentaren und weiß der Teufel wie. Das ist das Wunder der 74 Prozent, die in Berlin nur siebzig sind.

Noch etwas unterscheidet Juristen von anderen. Ich nenne es Pyramide und Trichter. Jedenfalls in den anderen sozial- und geisteswissenschaftlichen Fächern ist es so, daß man am Anfang, im Grundstudium, verhältnismäßig locker in der Breite lernt und dann, im sogenannten Hauptstudium, sehr viel intensiver sich spezialisiert. Das Blickfeld wird oben enger, der Blick geht tiefer. Die Pyramide. Ganz anders bei Juristen. Die Breite des Stoffes nimmt zu im Lauf der Zeit, und man muß am Ende auf voller Breite arbeiten, intensiver als vorher, denn im Examen muß man alles wissen, Zivilrecht, Strafrecht, öffentliches Recht.

Und hier hat sich tatsächlich einiges geändert seit 1872, als Theodor Muther schrieb. Der Stoff ist angewachsen, hat sich verdoppelt, verdreifacht. Damals konnte man es leicht in fünf bis sechs Semestern schaffen. Heute dauert es doppelt so lang. Auch der Umfang der Hausarbeiten hat sich etwa verdreifacht. Und sie müssen alles in einem Zeitpunkt wissen. Die eine Sternstunde dieses Staatsexamens mit der vollen Breite des Fachs. Der



JURISTEN UND ANDERE

Trichter. Das ist unerträglich. Man nennt das den Einheitsjuristen, der in der kleinen Einheit seiner kleinen Person das ganze Universum der juristischen Einzeldisziplinen vereinigt und nicht spezialisiert ist, wie man es anderswo meistens macht. Ein gewisser Ausdruck von Überspannung liegt deshalb auch häufig auf den Gesichtern der Examenskandidaten, die dann, wenn sie es geschafft haben, nur selten noch in der Lage sind, spontan, phantasievoll, menschlich zu reagieren. Der Leerlauf ist eingeplant. Am Ende des Studiums weiß der Student alles über Begrifflichkeiten, Vertragsabschlüsse, Verwaltungsakte, Straftaten. Aber fragen Sie ihn bloß nicht, was Gerechtigkeit ist. Das hat er nicht gehabt. Das kommt nicht dran, schon gar nicht im Examen. Sie werden so ausgebildet, daß sie immer in der Lage sind, die richtige Entscheidung zu treffen über Dinge, von denen sie überhaupt nichts verstehen. Höchste Rationalität im Detail, aber größte Irrationalität en gros. Ius est ars boni et aequi.

Nun hat man sich natürlich zu allen Zeiten mit der Frage beschäftigt, wie man da was ändern kann. Theodor Muthers Klage steht durchaus nicht am Anfang solcher Diskussionen. Viele Anläufe hat es gegeben, Irrläufe, Vorprescher, Rückzieher, Bedenklichkeiten, denn im Recht geht es ums Eingemachte. Um die Macht. Der letzte Versuch, Ende der sechziger Jahre, war die Kampagne der sogenannten »Justizreformer« um Wasssermann und Rasehorn, und sie wurde unterstützt durch Studentenrevolte und sozialliberale Koalition. Es gab Tagungen von Juristen aller Couleurs in der evangelischen Akademie Loccum und ein berühmtes »Loccumer Modell« der Juristenausbildung, weitgehend konzipiert von Rudolf Wiethölter in Frankfurt. Er war das intellektuelle Zentrum dieser Bewegung, versuchte eine Kombination von Frankfurter Schule und Rechtswissenschaft. Es ging also nicht nur um pädagogische Verbesserungen, sondern auch um emanzipatorische Neuerungen im Recht. Die Stichworte dafür: Einphasenausbil-

dung und Einbeziehung der Sozialwissenschaften. Das eine sollte die Ausbildung effektiver machen und verkürzen, indem man die starre Trennung von Theorie an der Universität und Praxis im Referendardienst ablöste durch stetigen Wechsel. Das andere sollte das Recht inhaltlich verändern, sozialer und demokratischer machen, indem die Studenten nun auch einiges über politische Hintergründe und soziale Gerechtigkeit lernten. 1969 wurde dieses Modell einer Öffentlichkeit präsentiert, die jahrelang von Studentenprotesten gepiesackt und nun langsam weich geworden war, so daß die sozialliberale Koalition selbst hier, im Zentrum des Rechts, in der Höhle des Löwen, oder besser: der Löwenbabys, mehr Demokratie wagen konnte. Man änderte das Deutsche Richtergesetz, in dem die Juristenausbildung geregelt ist. Es gab eine Experimentierklausel. Zehn Jahre lang, bis 1981, durfte die Einphasenausbildung probiert werden. Mehrere Bundesländer führten sie ein, an acht Universitäten. Drei davon, die Bösen, machten sogar Ernst mit Demokratie und Emanzipation und übernahmen auch die Einbeziehung der Sozialwissenschaften. Bremen, Hamburg II, Hannover. Ein Versuch in Gerechtigkeit. Er ist genauso gescheitert wie bei den anderen, Augsburg, Bielefeld, Konstanz, Trier und Bayreuth, den Guten, die sich auf rein technische Verbesserungen beschränkten. Gescheitert ist eigentlich nicht das richtige Wort. Denn die Ergebnisse, bei den Guten wie bei den Bösen, waren nicht schlecht. Die Ausbildungszeit verkürzte sich ganz entscheidend, nämlich um zwei Jahre. Und auch der Nachweis von Niveau gelang. Der Notendurchschnitt war nicht besser als in der herkömmlichen Zweiphasenausbildung. Die Justizminister durften im Grunde zufrieden sein. Aber 1982 kam die Wende von den Sozialliberalen zu den Liberalkonservativen. Und denen paßte die Richtung nicht, in die die Bösen gingen. Die konnte man nicht abschaffen, ohne auch den Guten an den Kragen zu gehen. Also wurde das Ganze gekippt, das Experiment für gescheitert erklärt und 1984 die Experimentierklausel gestrichen, die die Sozialliberalen 1981 noch einmal um drei Jahre verlängert hatten. Nichts mehr mit Rasemann und Wasserhorn.

Ende gut, alles gut? O nein, man konnte ja nicht einfach zum alten Zustand zurück. Irgendein Fortschritt mußte sein. Der Fortschritt war die Zwischenprüfung. Die war schon öfter vorgeschlagen worden, zuletzt von der sogenannten Husserl-Kommission, die 1961 eine Denkschrift mit einer vorzüglichen Analyse vorgelegt hatte. Jetzt, 1984, handelte man nach dem Motto, daß es nicht genügt, wenn einem nichts einfällt. Man muß es auch noch schlecht formulieren können. Also heißt die Zwischenprüfung jetzt studienbegleitende Leistungskontrolle. Sie wird nämlich auf das Examen nicht angerechnet und hat nur den Zweck, möglichst viele derjenigen Stu-

denten vor dem Examen offiziell und unfreiwillig scheitern zu lassen, die bisher – siehe hohe Abbruchquote – einfach inoffiziell und freiwillig das Feld geräumt hatten. Gut. Das ist ein gewisser Vorteil. Der Nachteil besteht nur darin, daß die anderen zusätzlich belastet werden und schon etwas früher zu den privaten Repetitoren gehen, die sich sehr schnell auf den neuen Bedarf eingestellt haben. Es gibt schließlich eine neue Prüfung. Außerdem ist nun auch am Anfang des Studiums fast kein Platz mehr für Fächer, in denen man ab und zu mal versuchen konnte, die Gerechtigkeit anzusprechen, nicht nur das Recht. Rechtsphilosophie, Rechtssoziologie, Rechtsgeschichte. Da am Anfang hat manchmal jemand hereingeguckt. Später konzentriert sich der ganze Schwarm ohnehin aufs Examen. Beim Pauker. Und nun?

Entscheidend bleibt das Staatsexamen. Die geballte Ladung am Ende eines Studiums, in dem man sie in den Hörsälen mit Vorlesungen weitgehend allein läßt. Abgerechnet wird zum Schluß. Da müssen sie alles wissen, bis auf das, was mit Gerechtigkeit zu tun hat. Kein Wunder, daß sich Unmut breitmachte im letzten Winter, sogar an manchen juristischen Fakultäten. Es knarrte im alten Gebälk, hörte sich an, als wäre die Zeit wieder reif für neue Versuche. Da bewegt sich doch einiges in der Politik, draußen und drinnen. Und 1992 kommt der gemeinsame Binnenmarkt, auch die Juristen können sich dann in ganz Europa als Anwälte betätigen, wenn sie denn zu Hause das Examen bestanden haben, die anderen bei uns, wir bei ihnen. Und die Deutschen sind im Nachteil bei der Konkurrenz, sie studieren zu lange. Also dürfen Vorschläge gemacht werden.

Ganz einfach, der Hebel ist schon da. Die Zwischenprüfung. Sie muß nur etwas verändert werden. Erstens findet sie zu früh statt, und zweitens muß sie eine richtige Zwischenprüfung werden. Sie beginnt schon im zweiten Semester, an den meisten Universitäten als Teil der Übung im Bürgerlichen Recht für Anfänger. Nach zwei Semestern läßt sich unmöglich feststellen, »ob der Student für die weitere Ausbildung fachlich geeignet ist«, wie es im § 5a des Richtergesetzes heißt, der den Rahmen für das Jurastudium gibt. Macht man das zwei oder drei Semester später, dann sieht es schon ganz anders aus. Außerdem bleibt so am Anfang wieder Zeit für Wesentliches. Die Gerechtigkeit. Also drei Klausuren in den Fächern BGB, Strafrecht, öffentliches Recht, die dann aber auch wie eine richtige Zwischenprüfung auf das Examen angerechnet werden, das Grundstudium abschließen und eine gewisse Sicherheit für die Weiterarbeit geben, die sich jetzt spezialisieren sollte, in einem Hauptstudium, wie anderswo auch. Das würde bedeuten, daß man für das Staatsexamen mindestens eines der drei Fächer abwählen kann. Der deutsche Einheitsjurist bleibt erhalten, der Stoff ist um ein

Drittel reduziert, das Studium kürzer und die Einheit von Lehre und Prüfung ein wenig größer.
Es ist ein Vorschlag zur Güte, keine radikale, aber eine Lösung, die ein wenig Erleichterung und Verbesserung bringt. Die Widerstände gegen die Abschaffung von Staatsexamen und Einheitsjurist sind so groß, daß es keine Aussicht gibt, sie zu überwinden. Was hier vorgeschlagen wird, bedeutet nur, daß der Staat ein wenig von seinen Kompetenzen an die Universität zurückgibt. Denn die Zwischenprüfung muß natürlich dort stattfinden, vielleicht eingebaut in die großen Übungen im BGB, Strafrecht und öffentlichen Recht. Auch der Einheitsjurist wird nur ein wenig spezialisiert, bleibt im Grundstudium voll erhalten und wird nur im Hauptstudium leicht uneinheitlich. Ein Kompromiß, der vieles verbessert und mit dem man erst einmal leben kann.
Für die norddeutschen Länder sollte er auch heißen, daß man die Hausarbeit abschafft. Sie findet jetzt auf einem Niveau statt, an das man früher nicht im Traume dachte, als man sie in Preußen einführte, ganz abgesehen vom Umfang der Arbeiten, die damals nicht halb so dick waren. Es ist ein Niveau, das später in der Praxis überhaupt keine Rolle spielt, allenfalls in den Urteilen der Oberlandesgerichte und des Bundesgerichtshofes. Niemand bildet die Studenten dafür aus. Auch hier reüssieren im Grunde nur die Autodidakten. Klausuren lernen sie in Examensklausurkursen. Examenshausarbeitskurse gibt es nicht, sind auch nur schwer möglich. Außerdem gibt es hier eine unerfreuliche Grauzone. Sie ist wohl nur dünn, aber es gibt sie. Hausarbeiten kann man kaufen. Mit der Notengarantie eines »Vollbefriedigend« werden 20 000 Mark genannt. Es wird auch gemunkelt, wohin man sich wenden soll. Wer genügend Geld im Hintergrund hat, wird nicht auftauchen in der Bundesdurchfallquote.
»Es ist nicht zu läugnen, daß die Studiosi Juris auf Universitäten nach der gemeinen Lehr-Art eines Theils von vielen Dingen nichts hören oder lernen, die ihnen doch zu wissen hochnöthig sind, anders Theils viel Dinge öffters mit großer Mühe und Fleiß lernen, die ihnen hernach im gemeinen Leben wenig oder nichts nutze sind.« Christian Thomasius, 1699. So ist es. Radikale Stoffreduzierung und ein bißchen mehr Gerechtigkeit. Es ist ja schon mal nachgefragt worden, vor kurzem, in einer Fernsehsendung der ARD über die Ausbildung der deutschen Juristen. Eine Studentin aus Köln antwortete, sinngemäß: »Gerechtigkeit? Nein, das kann ich Ihnen nicht so genau sagen. Ich bereite mich jetzt auf das Examen vor, beim Repetitor. Ich glaube, das gehört in die Rechtsphilosophie.« Versuchen wir es künftig mit der Schöpfung von Juristen, die wissen, was das ist. Recht und Gerechtigkeit.

JUNGE AUTOREN ERZÄHLEN:

So lebte ich unter verschiedenen Namen in verschiedenen Städten, ohne dadurch über das vertretbare Maß hinaus jemanden täuschen zu wollen. Geboren wurde ich nach dem zweiten Weltkrieg in den Wirren einer sogenannten Flucht. Die erste Stadt, an die ich mich erinnere, war so klein, daß ich nur eine Freundin hatte. **Bernd Cailloux, Die sanfte Tour. Erzählungen. 152 S. Brosch. DM 24,–.**

Und wie stellen Sie es sich vor«, fragte ich, »das Leben in einem Amphitheater?« »Nicht gerade gemütlich«, sagte Maria, »aber ich glaube, ich würde mich zu Hause fühlen. Ich wäre der Zuschauer und der Schauspieler, der Dichter hinter der Bühne und der Chor, der alles weiß. Ich wäre alles auf einmal, und ich denke, ich wäre dann zu Hause, wenn alles eins ist.« Maria schaute auf die Straße. Maria war ernst geworden, auf einmal zu ernst. Um sie aufzuheitern, sagte ich: »Sind Sie sicher, daß Sie als Mensch die Bühne betreten würden und nicht als Raubtier?« Sie lachte auf. Sagte nichts. Ich küßte Maria flüchtig auf den Mund.« **Volker Wachenfeld, Comparirot. Eine sizilianische Erzählung. (st 1608) 204 S. DM 12,–**

Hat der Fischhändler nur einen Zahn, leidet der Weinhändler an einem Sprachfehler. Jeder Passant ist als Kunde recht, sofort verwandelt der Händler sich in den dienstbeflissenen Diener. Den Rücken zu einem Knicks gebeugt, lockt er mich in die Wölbung, wo die Flaschen mit Spinnweb verklebt sind. Dieser Wein ist herrlich! lispelt er und ergreift eine mittelteure Korbflasche. Mit den Bewohnern Felbens kann man keine Geschäfte machen, vertraute er mir an. Sie verstehen etwas davon, flüstert er mir zu. Ausgerechnet mir, der ich mit Hemden der Firma KUST diesen Landstrich bereise. **Franz Böni, Am Ende aller Tage. Erzählungen aus fünfzehn Jahren. 264 S. Ln. DM 32,–**

Rosina, erklärt Lene schnell, leiht mir ihr Auto. Der Fahrtwind wird gut tun, sagt er, ich komme gern mit, aber willst du denn das überhaupt, mich, da steht sie schon in der Tür, schnell, denkt sie, bevor es einer bemerkt, dann los, ich hole nur das Auto, bin gleich wieder da, sie kommt ans Bett, küßt ihn kurz und fest auf den Mund, frühstücken können wir unterwegs, es ist schon ein Uhr. Ein Uhr also, dachte ich, noch immer zeigte meine Uhr unverständliche Zahlen, fünfundachtzig und drei, doch zum erstenmal schien es mir, als verberge sie ein eigenes Maß. **Thomas Hettche, Ludwig muß sterben. Roman. 184 S. Geb. DM 26,–**

Kosmetik brauchte es nicht für diese halbe Stunde am Rande der Tanzbühne. Weder Lippenrouge noch Parfum, es genügte die tägliche Waschung vor dem Holztrog mit eben der Kernseife, die sich auch für Windeln und Socken eignete, ein kantiges Stück, lehmbraun und von scharfem Geruch, das sich gut in den Händen halten ließ, lange ausreichte und Sauberkeit porentief garantierte. **Urs Faes, Sommerwende. 212 S. Geb. DM 25,–**

Auf einmal fließt mein Blut sehr langsam. Als sei es dicker geworden. Dicht vor meinen Augen auf dem Lack des Türrahmens die verwackelten dünnen und derben Bleistiftstriche der vergangenen Geburtstage. Ich kann mich nicht rühren. Eine unkalkulierbare, fortsaugende Gewalt nähert sich mir gleich einer haushohen Woge, nur lautlos. Mir ist heiß in der Wärme des Abteils. Ich reise heute aus der Stadt hierher. Ich habe ein Zuhause dort, einen Mann. Ich habe es geschafft. Ich bin sechsundzwanzig; was kommt dagegen an! **Angela Krauß, Kleine Landschaft. Erzählungen. 120 S. Ln. DM 25,–**

Max sagt, es sei kein Traum, es sei meine Arbeit, ich hätte mir diesen Auftrag erzeichnet, soll nicht mehr darüber nachdenken, soll arbeiten. Für Max ist die Welt ein Schachbrett, es gilt, die Regeln zu beherrschen, er trainiert jeden Tag am Computer, denn der Computer beherrscht die Regeln besser als jeder Partner. Was er frißt, ist gefressen und steht nicht mehr herum. **Anita Pichler, Wie die Monate das Jahr. Erzählungen. 136 S. Brosch. DM 19,80**

Petra hatte ihre Brille aufgesetzt, als sie um drei Uhr fast pünktlich erschien. Die Sonne strahlte, und sie küßten sich. Richard zog eine Leier hinter der Birke hervor, die er da vorsorglich und geschickt versteckt hatte. Sein Lied war fade, doch einhalb Minuten seufzte sie: »Ach«. **Split, Apfelsinen im Hals. Geschichten. (es NF 558) 120 S. DM 10,–**

SUHRKAMP VERLAG

HANSER
HANSE
HANS
HA
H

Leitideen zu einem wahren ökologischen Bewußtsein

Katastrophenstimmung überall resigniertes Sichfügen in den ökologischen Niedergang: Peter Kafka zeigt, daß es Wege aus der gegenwärtigen Schicksalsergebenheit gibt. Wir müssen nur die Aufstiegsgesetze der Evolution: Vielfalt, Gemächlichkeit und Selbstorganisation zu Prinzipien unseres Handelns machen.

Ca. 136 Seiten. Broschur
Ca. DM 14.80

Die Quellen an Energie und Materie, aus denen Arbeit und Wirtschaft zu schöpfen glauben, sind endlich und können verbraucht werden. Provozierend verdeutlicht der Publizist Christian Schütze, daß der Glaube an einen immer wachsenden Wohlstand, ein katastrophaler Irrtum ist.

104 Seiten. Broschur
Ca. DM 14.80

Carolin Krings
Auf die Menschheit losgelassen

Befunde aus dem Medizinstudium

Stolz, von der Zentralen Vergabestelle für Studienplätze eines Medizinstudienplatzes für würdig befunden zu sein, und heiter gestimmt, passierte ich im ersten Semester die scharfen Ausweiskontrollen zu Beginn des obligatorischen Biologiepraktikums. Diese Maßnahme sollte sogenannten Externen ohne reguläre Zulassung zum Studium den Quereinstieg erschweren. Es war eine gängige Praxis unter ihnen, z. B. montags in Heidelberg auf einem frei gebliebenen Praktikumplatz die Biologie zu absolvieren, dienstags und donnerstags sich unter die Teilnehmer des Chemiepraktikums der Uni Göttingen zu mischen, mittwochs den Terminologieschein-Forderungen in Bonn nachzukommen und freitags sich wieder in Heidelberg für eine von Tutoren geleitete Biologie-Lerngruppe einzufinden. Solch ein Härtetest blieb mir erspart, ob zu meinem Glück oder zu meinem Unglück, kann ich bis heute nicht sicher beurteilen. Einerseits erschien mir die medizinische Fakultät niemals als heilige Halle, und ich habe die Halbgottweihung nie so recht erfahren, andererseits hätte ich mich vielleicht nach einem echten Kampf um den Studienplatz mehr mit den gängigen Arztklischees identifizieren können und wäre heute eine zünftigere Medizinerin.

Inhaltliche Bestandteile meiner biologischen Übungen waren das Sezieren eines kleinen Haifischs und einer »noch warmen« Ratte. Indes ich jegliches Ekelgefühl fest im Griff hatte – ich verglich die Vorgänge mit dem Zubereiten eines Hühnchens für den Kochtopf –, holte mich ein anderes Gefühl hinterrücks ein. Es läßt sich nur in die banalen Worte fassen, daß ich etwas zerstörte, was mir nicht gehört. Der Hai, der nach Injektion gelber und blauer, langsam erstarrender Latexfarbe starb, damit ich daran die Phänomene des arteriellen und venösen Blutkreislaufs begreife, dieser Hai gehörte mir nicht! Mein damaliger Tischnachbar bekundete seinen Präpariererfolg damit, das zerlegte Tier wie nach beendeter Großwildjagd mit sämtlichem verfügbaren Präparierbesteck zu spicken.

Ich erreichte das Kursziel problemlos: sowohl die blau-gelben Gefäße des Hais als auch die inneren Organe der Ratte waren am Schluß sauber präpariert. Nach Begutachtung durch den Praktikumsassistenten wurden sie in-

klusive Restkadaver in blaue Müllsäcke geworfen und sachgerecht entsorgt. So weit, so gut. Nicht so gut ging es meinem Gewissen. Es beunruhigte mich, daß allein durch das legitimierte Ausmaß meiner Neugier bestimmt wurde, daß diese Tiere nicht weiterlebten. Das abgedroschene »Herr über Leben und Tod sein« bot sich mir schon zu Beginn des ersten Semesters an. Der Allmachtswahn, von dem angeblich jeder Medizinstudent zeitweilig befallen wird und der manchen zur lebenslangen Halbgott-in-Weiß-Inszenierung verleitet, dieser Allmachtswahn wollte sich nicht, zumindest nicht straflos, bei mir einstellen. Für die Seele ist das angebotene Stimulans des Machtgefühls in seiner Vermessenheit zweischneidig. Mir ist seitdem klar, was Mephistopheles in Goethes *Faust* meint, als er dem angehenden Medizinstudenten hämisch prophezeit: »Dir wird gewiß einmal bei deiner Gottähnlichkeit bange.«
Die späteren Erlebnisse im Anatomiekurs, wo menschliche Leichen seziert wurden, lösten weniger Beklommenheit aus; hier waren die Leute ja nicht für mich gestorben, sondern einfach nur so. Ich war glücklicherweise nur der Nutznießer ihres Todes und ihrer Verwendung für die Wissenschaft.

Rückblickend sehe ich in der Konzeptionslosigkeit der Ausbildung ein großes Problem. Folgende Beispiele aus meinem Studium mögen das verdeutlichen: Je nebensächlicher ein Einzelfach war, desto rüder wurde häufig die studentische Anwesenheit und Leistung kontrolliert. Die Kursleiter der Physik, der Hygiene oder auch der Gerichtsmedizin taten sich in der Verweigerung von Leistungsbescheinigungen besonders schulmeisterlich hervor, während es in so zentralen Fächern wie Innere Medizin oder Chirurgie keinen interessierte, wer was im sogenannten »Bed-side-teaching« gelernt hatte. Im Stationsalltag der klinischen Hauptfächer waren die zwangsläufig als Horde zu 6 bis 12 Leuten auftretenden Studenten ungebeten und lästig. Der von seinem Chef zum Studentenunterricht verdonnerte Assistent war darauf in der Regel nicht vorbereitet. Zum Zwecke der groben Orientierung über ihren Kenntnisstand wurden die Studenten entweder gefragt, in welchem Semester sie seien, oder was sie denn gerne hören möchten. Ob der improvisierende Assistent dann die richtige Ebene innerhalb des Spektrums zwischen ständig wiederholtem Grundlagenwissen und differentialdiagnostischen Spitzfindigkeiten fand, war meist Glücksache.
Die Schwierigkeit der Balance zwischen beiden Extremen wird auch im Lernstil deutlich, zu dem das nach wie vor eingesetzte »Multiple Choice«-Prüfungsverfahren zwingt. Mit dieser objektiven Methode lassen sich enorme Studentenzahlen zügig und mit begrenztem Aufwand prüfen. Den Studenten liefern solche Lernkontrollen aber nur scheinbar verläßliche Er-

gebnisse bezüglich ihres Wissensstandes. Die Fragenkombinationen erinnern in ihrem mutwillig (un-)logischen Aufbau häufig an Denksportaufgaben. Es wird einem das Hirn damit gegrillt, welche oder wie viele der angebotenen Antworten in ihren Einzelteilen richtig, falsch oder unsinnig verknüpft sind. Zur Klärung des jeweiligen Sachverhalts ist ein riesiges Reservoir zumindest passiv bekannter Fakten erforderlich. Dieses passive Wissen kann aber nur unzureichend für das zukünftige ärztliche Handeln ausrüsten.

Die Praxis der letzten Jahre, nach den bundesweit einheitlich durchgeführten Examina die jeweils gestellten Fragen zu veröffentlichen, um den nachfolgenden Prüfungskandidaten ihre Vorbereitungen zu erleichtern, hat sich als Bumerang erwiesen. Mit dem Argument, daß in jeder neuen Prüfung wieder zu einem bestimmten Prozentsatz (abgewandelte) »Altfragen« auftauchen, deren Beantwortung, weil auswendig lernbar, einfach sei, enthalten die Fragen die absurdesten Haarspaltereien. Da es keine präzisen Vorgaben gibt, wie weit die Kenntnis von Details oder exotischer Randerscheinungen vorausgesetzt werden darf, passiert es immer wieder, daß Fragen erdacht werden, die sich nachträglich als grundsätzlich unbeantwortbar herausstellen. Wenn dann selbst die größten Experten zu diesem Schluß gekommen sind, werden solche Fragen bei der Auswertung schlicht weggelassen. Der Student hat aber unter Umständen viele kostbare Sekunden der Prüfung an die Beantwortung verschwendet.

Mein Gesamteindruck nach sieben Jahren Medizinstudium ist folgender: Es herrscht verschwenderische Großzügigkeit im Materiellen und ärmlicher Geiz im Ideellen. Die Kosten für die Ausstattung eines einzigen Medizinstudienplatzes betragen insgesamt mehrere hunderttausend Mark. Dieses Geld bringt im wesentlichen der Steuerzahler auf. Doch trotz des enormen Budgets werden von den medizinischen Institutsverwaltungen immer wieder finanzielle Engpässe beklagt. An der Berliner Freien Universität machen die »preiswerten« Geisteswissenschaften im Vergleich zum Geld verschlingenden Medizin-Moloch harmlose Finanzposten aus. Trotzdem sind die geisteswissenschaftlichen Fächer der philosophischen Fakultät aufgrund der abgedroschenen Behauptung, daß ihr Nutzen kein unmittelbarer sei, viel stärker von finanziellen Kürzungen bedroht als die einzelnen Fachbereiche der Medizin. Ginge es nach einigen Herren der medizinischen Fakultät, würde sich das teuerste Flaggschiff der Freien Universität als »Medical School« aus dem Universitätsverband wegstehlen. Von einer solchen Abtrennung verspricht sich mancher, zukünftig von uniweiten Streiks und ähnlich lästigen Begehrlichkeiten der breiten Masse verschont zu bleiben.

Fraglos steht für die Medizinstudenten unproportional viel Geld zur Verfü-

gung. Die Schwerpunkte in der Haushaltsführung sorgen für gut bestückte Vorratslager; mir erschienen vor allem die Praktika im vorklinischen Abschnitt als wahre Materialschlachten, ganz nach dem Motto: immer zwei – ein Hai. Doch die Verschwendung hat noch einen anderen Grund: Weil die eigentlichen Eigentümer der universitären Sachwerte und Einrichtungen, nämlich die Steuerzahler, so anonym sind, betrachtet mancher Nutznießer die Hochschule als Selbstbedienungsladen ohne Kasse.

Verglichen mit dieser Verschwendung erschienen mir aus meiner Studentenperspektive die Personalausgaben wesentlich knapper kalkuliert. Entweder wurden Kurse wegen Personalmangels ganz gestrichen, oder man dehnte die Zuständigkeit eines Kursleiters auf die Teilnehmer von zwei oder mehr Kursen aus. Eine andere Sparsamkeitsvariante bestand in der Anstellung studentischer Hilfskräfte, die sich zwar oft redlich bemühten, aber bezüglich wichtiger Aspekte des Ausbildungsauftrags hoffnungslos überfordert waren. Hier fehlten die Professoren. Wenn diese vor der sozialen Verantwortung kneifen, die sie als Hochschullehrer mit dem nicht nur für Forschung, sondern auch für Lehre gezahlten Gehalt übernehmen, verlieren sie meiner Ansicht nach die Legitimation des Anspruchs auf völlige Freiheit in Forschung und Lehre.

Damit komme ich zum zentralen Punkt meiner Kritik an der gängigen Medizinerausbildung: der sträflichen Vernachlässigung der pädagogischen Hypothese vom Lernen am Vorbild. Sicherlich gibt es bei der Methodik rein intellektuellen Paukens zahlreiche individuelle Unterschiede – der eine lernt leichter anhand von graphischen Schautafeln, der andere prägt sich die Anwendungsgebiete eines Medikaments am leichtesten mit Hilfe eines Kassettenrekorders ein – aber das Spektrum möglicher Methoden reduziert sich bei so diffizilen Lerninhalten wie Verantwortlichkeit oder Beratung existentiell verängstigter Menschen. Meiner Meinung nach lassen sich solche Inhalte nur von einem Menschen vermitteln, der bereit ist, als Vorbild zu dienen. Das erfordert jedoch erstens nahen Kontakt von Lehrenden und Lernenden und zweitens die Wertschätzung z. B. obengenannter Lernziele beim Lehrenden. Zur Zeit befinden sich Hochschullehrer, die ihre Aufgabe so verstehen, in der Minderheit. Daß dem so ist, liegt wohl an den Selektionskriterien für eine heutige Hochschulkarriere.

Wie groß der Bedarf an unmittelbarer Verständigung zwischen Studierenden und Lehrenden ist und welche Defizite in dieser Hinsicht bestehen, macht möglicherweise die Schilderung einer sehr eindrucksvollen Verabschiedung deutlich:

Das Ende meines Leichenpräparierkurses fiel zeitlich mit dem endgültigen Ausscheiden eines sogenannten Altassistenten zusammen, der jahrelang

Studenten bei der schwierigen, weil tabubeladenen Tätigkeit des Sezierens betreut hatte. Dieser alte, aus Polen stammende Herr hatte es in seinem Leben nicht zu den höchsten akademischen Ehren gebracht, was dem Respekt seiner Studenten jedoch keinen Abbruch tat. Die Institutsleitung mußte ihn notgedrungen auch nach Erreichen des Pensionsalters zur Kursbetreuung einsetzen – die ständig wachsende Studentenzahl ließ nichts anderes zu –, obwohl der Stil des alten Herrn bei den Lehrstuhlinhabern fortwährendes Mißfallen auslöste. Ein Einwand betraf die Vergabe »zu guter« Noten bei den insgesamt sechs mündlichen Prüfungen des halbjährigen Kurses. Um solcherlei Wohlwollen unwirksam zu machen, erließ die Institutsleitung eine Bestimmung, nach der pro Kurs jeder Student nur einmal von dem Altassistenten geprüft werden durfte. Ein anderer Kritikpunkt der Professoren war sein unkompliziertes Verhältnis zu den in Formaldehyd aufbewahrten Leichenteilen. Als Folge seines jahrzehntelangen Umgangs damit behandelte er die Demonstrationsobjekte selbstverständlich als das, was sie waren. Daß dabei manchmal ein Oberarm über den Boden schleifte, wenn er schwerbeladen mit mehreren Armen zu uns kam, um komplizierte Fingersehnenfunktionen anschaulicher erläutern zu können, nahm ihm kein Student übel. So teilten wir auch nicht die Empörung der Lehrstuhlinhaber über die darin angeblich zum Ausdruck kommende Pietätlosigkeit. Dies war nicht das Verhalten eines kaltherzigen Zynikers; der alte Herr war vielmehr so beseelt von dem Wunsch, uns die wunderbaren anatomischen Gebilde begreiflich zu machen, daß er im Eifer des Unterrichtens manchmal den äußeren Schein außer acht ließ.

Als dann das Ende seines unwiderruflich letzten Präparierkurses gekommen war, veranstalteten seine Studenten ein strahlendes Fest für ihn. In der großen Eingangshalle des Instituts standen sie dichtgedrängt und fanden kein Ende in der Bezeugung ihrer Dankbarkeit. Er war wohl deshalb so beliebt, weil er seine Studenten unmittelbar ansprach und im Bemühen um die Vermittlung von Kenntnissen auf jede Distanz verzichtete. Für blasierte akademische Kühle war bei ihm kein Platz. In der Professorenschaft hingegen war man sorgsam darauf bedacht, jede platte Anschaulichkeit zu vermeiden. Rasterelektronenmikroskopaufnahmen, die selbst medizinische Laien wegen ihrer Plastizität faszinieren, wurden von seinen akademischen Kollegen geringschätzig als histologische Pornographie bezeichnet.

Als Studentin, die gerade erst ihr zweites Semester absolviert hatte, war ich etwas erstaunt über den Gefühlsüberschwang zahlloser älterer Kommilitonen. Zugleich wunderte es mich, daß die Abschiedsfeier ohne die Institutsleitung stattfand. Nur einmal sah ich einen der Professoren weiß bekittelt über den Flur huschen und in einem Labor verschwinden. Er machte dabei

den Eindruck wichtiger Geschäftigkeit. Nachdem ich mein Studium zu Ende gebracht habe, wundert mich heute diese gefühlvolle Verabschiedung sowie die Abwesenheit der Professoren nicht mehr. Dieses Erlebnis spiegelt vielmehr eine charakteristische Stimmungslage der Studenten wider: ein diffuses Gefühl des seelischen Alleingelassenseins in der Auseinandersetzung mit Tabus unserer Kultur.

Ich habe nur sehr verhalten mit den damaligen Kommilitonen über meine Gefühle der Überforderung gesprochen. Die Konfrontation mit Tod, seelenlosen Kadavern und banalem Ekel fand so unvorbereitet statt – als wohlbehütetes Kind meiner Zeit hatte ich bis dahin noch niemanden sterben sehen –, daß es mir am klügsten schien, die äußere Fassung zu wahren und das Erlebte bis zu einem Zeitpunkt größerer seelischer Kompetenz in einen entfernten Bewußtseinswinkel zu verdrängen. Unausgesprochen herrschte ein Konsens unter den Studenten, daß schon am weitesten fortgeschritten war auf dem Weg zum »richtigen Arzt«, wer sämtliche Gefühlshürden souverän überwand. Ich hatte nicht das Selbstbewußtsein, welches eine Studentin der Universität Düsseldorf 1988 an den Tag legte, als sie sich in ihrer Hilflosigkeit an den Dekan der medizinischen Fakultät wandte, um dort Informations- und Diskussionsveranstaltungen zu den Themen anzuregen, mit denen sie sich im Rahmen ihres Sezierkurses konfrontiert sah. Da das dort höflich bekundete Interesse aber zu nichts Konkretem führte, organisierte die besagte Studentin eine ganze Veranstaltungsreihe in eigener Regie. Die hohen Teilnehmerzahlen – zwischen 400 und 1000 je Veranstaltung – können wohl so interpretiert werden, daß angehende Mediziner der Hilfestellung bei der Auseinandersetzung mit den Tabus unserer Gesellschaft dringend bedürfen.

Tatsächlich sind Angebote dieser Art bisher kaum vorhanden. In den sogenannten »Balint-Gruppen« wird zwar der Versuch unternommen, zwischenmenschliche Probleme im Umgang von Arzt und Patient aus psychologischer Sicht zu verstehen und abzubauen, aber in den regelmäßig stattfindenden Treffen der Mediziner bleibt die Entlastung von intraindividuellen Nöten nebensächliches »Abfallprodukt«. Probleme mit der Materie Medizin an und für sich werden dort auch nicht erörtert. Ähnlich verhält es sich mit den »Balint-Gruppen« auf Studentenebene. Meist werden sie durch Eigeninitiative einzelner Studenten ins Leben gerufen. Die Unterstützung in Form von bewilligten Geldern für Fahrten und Portokosten oder Räumlichkeiten variiert stark von Uni zu Uni.

Ein Satz, den ich im Verlauf meines Studiums immer wieder hörte und der mich jedesmal ärgerte, obwohl er sicher anerkennend, wenn nicht gar bewundernd von den nicht-medizinischen Freunden gemeint war, lautete:

Kursbuch

Vierteljahreszeitschrift für Kultur und Politik

»Ein Fahrplan durch die Wirren der Gegenwart ist das Kursbuch auch nach zwanzig Jahren noch. Keine andere Zeitschrift erkennt so genau Probleme und Veränderungen der modernen Gesellschaft.« (Frankfurter Rundschau)

Die Themen der kommenden Hefte:

Das Chaos

Kursbuch 98 / November 1989

Stichworte zum Inhalt: Die Karriere des Chaos zum Schlüsselbegriff / Formeln für das Tohuwabohu / Chaos – ein neues Paradigma? / Die frohe Botschaft der Mathematik / Zufall, Katastrophe, Chaos / Wie rechnet die Natur? / Chaostheorie und Ökologie / Chaos im Angebot. Ein Marktbericht / Chaos in der Chefetage / Ökonomie und Chaos / Geregeltes Chaos: Modell Italien / Im Chaos der Triebe

Kunst

Kursbuch 99 / März 1990

Heute darf jeder. Darf machen, was er will, und sagen, es sei Kunst. Er braucht dann nur noch einen anderen, der raunende Worte darüber spricht, und einen dritten, der das Gemachte ausstellt – schon ist es Kunst und fordert uns auf, es zu bestaunen, zu segnen, zu kaufen. Was ist los mit der heutigen Kunst? Wie konnte innerhalb weniger Jahre aus dem Schwersten das Leichteste werden, die billige Subversion, die teure Selbstverwirklichung à la mode? Und nirgends ein Spielverderber, kein Ketzer, der von dem großen Ritual nicht geschluckt würde ...

Ich möchte das **Kursbuch** im Abonnement beziehen. Bitte lassen Sie es mir regelmäßig zuschicken. Im Jahresabonnement zu DM 34 für vier Hefte plus Portoanteil.

Mein Abonnement gilt ab einschl. Nr.:

Zusätzlich zu meinem Abo bestelle ich folgende Hefte zum Abopreis:

Ich bestelle folgende **Kursbücher** zum Einzelpreis:

Unterschrift des Bestellers:

Mir ist bekannt, daß diese Bestellung erst wirksam wird, wenn ich sie nicht innerhalb einer Woche (Datum des Poststempels) gegenüber dem Rotbuch Verlag widerrufe.

Datum/Unterschrift:

Einladung zum Abonnement

Das **Kursbuch** wird herausgegeben von Karl Markus Michel und Tilman Spengler; freie Mitarbeit: Hans Magnus Enzensberger; Redaktion: Ingrid Karsunke.

Das **Kursbuch** erscheint mit vier Heften im Jahr. Die Hefte haben einen Umfang von je ca. 190 Seiten. Einzeln kostet das **Kursbuch** DM 10.

Wenn Sie sich zu einem Abonnement entschließen, zahlen Sie pro Heft statt DM 10 nur DM 8.50 (ab 1990 statt DM 12 nur DM 10).
Bitte wenden Sie sich an Ihren Buchhändler. Ist Ihr Buchhändler unwillig oder keine Buchhandlung in der Nähe, schicken Sie uns bitte diese Karte. Wir sorgen dafür, daß Sie das **Kursbuch** regelmäßig, sofort nach Erscheinen erhalten (zum Abopreis plus Porto).
Übrigens: Wenn Sie jetzt abonnieren, können Sie bereits erschienene Hefte zum Abo-Preis nachbeziehen. Und: von jeweils 5 bestellten **Kursbüchern** erhalten Sie eins geschenkt!

Lieferbare Kursbücher

97: Uni-Not
96: Element II: Luft
95: Das Glück
94: Die Seuche
93: Glauben
92: Elemente I: Wasser
91: Wozu Geisteswissenschaften?
90: Die Medien
89: Blüh im Glanze
88: Gesundheit
87: Trennungen
86: Esoterik oder Die Macht des Schgicksals
85: GAU - Die Havarie der Expertenkultur
84: Sprachlose Intelligenz?
83: Krieg und Frieden – Streit um SDI
82: Die Therapie-Gesellschaft
81: MittelOstEuropa
80: Begabung und Erziehung
79: Der gute Geschmack
78: Lust an der Theorie
77: Politik machen
76: Die Mütter
75: Computerkultur
74: Zumutungen an die Grünen
73: Konservativismus im Angebot
72: Die neuen Kinder
71: Berichte zur Lage der Nation
70: Macht

Name _____

Straße _____

Ort _____

☐ Außerdem bitte ich Sie, mir Ihren Almanach »Das kleine Rotbuch« kostenlos zuzuschicken.

Bitte als Postkarte frankieren

Rotbuch Verlag
Potsdamer Str. 98

1000 Berlin 30

also Arzt sein, das könnte *ich* nie! Das bekundeten sie insbesondere dann, wenn das Gesprächsthema auf dunkle Seiten des Medizineralltags kam. Der vermeintliche Abstand zwischen dem Medizinstudenten und anderen Menschen wäre als reine Kopfgeburt bedeutungslos, wenn diese Kopfgeburt nicht auf die Ausbildung großen Einfluß hätte. Dabei entsteht folgender Teufelskreis: aus der falschen Annahme, bei den Medizinstudenten bestehe naturgegebene Immunität gegen Vorstellungen und Gefühle, welche der konstruktiven Berufsausübung abträglich sein könnten, wird die Entbehrlichkeit solcher Unterrichtsmaßnahmen abgeleitet, die seelische Kompetenz und Souveränität im Umgang mit problematischen Gefühlen steigern. So kann sich die irrige Vorstellung halten, es bestehe keine Notwendigkeit, etwas zu lernen, weil man es quasi bei der Geburt mitbekommen hat. So wie die Ente mit Schwimmhäuten geboren wird und Schwimmen bei ihr als didaktisches Problem nicht auftritt, so brauche der Medizinstudent den Umgang mit heiklen Gefühlen nicht zu lernen, weil er gegen solche immun ist. Dieser erstaunlicherweise auch bei manchem Arzt vorhandene Irrglaube ist unter dem Aspekt der Ausbildung sehr bequem: er erspart es nämlich den für die Medizinerausbildung Zuständigen, sich über die zugegeben schwierige Vermittlung auch seelischer Kompetenz während des Studiums den Kopf zu zerbrechen. Ich will nicht abstreiten, daß es zur konstruktiven Ausübung des Arztberufs eine gewisse Begabung gibt, so wie ein musikalisch begabter Mensch eher die Voraussetzungen erfüllt, Pianist zu werden, als ein unmusikalischer Mensch. Alle darüber hinaus an die Begabung geknüpften Unterschiede zwischen Medizinern und Nicht-Medizinern halte ich aber für künstlich und die daraus abgeleiteten Schlußfolgerungen für absurd.

Der angehende Medizinstudent ist über zwei Jahrzehnte von denselben gesellschaftlichen Normen und Tabus geprägt worden wie sein Mit-Abiturient, der sich dem Studium der Elektrotechnik oder dem Graphik/Design-Studium zuwendet. Auch wenn von Familie zu Familie weltanschauliche Varianten in der geistig-seelischen Erziehung bestehen, so zeigt sich doch gerade bei gesellschaftlich gängigen Vorstellungen, die im Zuständigkeitsbereich der Medizin eine große Rolle spielen, kollektive Übereinstimmung. Als Stichwort sei hier der Kult um das Jungsein und im Gegensatz dazu die Ablehnung des Verfalls im Alter genannt, oder auf einer anderen Ebene: Wertschätzung von aktiver Selbstbestimmung und Verurteilung passiver Ohnmacht. Solche dynamischen Vorstellungen sind für die meisten Arbeitsfelder sehr zweckdienlich, für ein Studium der Medizin aber bereiten sie denkbar schlecht, weil einseitig vor.

Die Problematik des Aktionismus um jeden Preis zeigt sich besonders dra-

stisch bei den Krankheitsbildern der alten Menschen. Diese haben oft mehrere Krankheiten gleichzeitig, sind in fremder Umgebung gelegentlich desorientiert und verwirrt und ziehen sich dann häufig in eine störrisch wirkende Abgeschlossenheit zurück. All das trägt für den jungen Mediziner zum Negativ-Image des Faches Geriatrie bei. Weil man nur begrenzt zeigen kann, was man alles gelernt hat, betrachtet mancher die ärztliche Tätigkeit auf geriatrischen Abteilungen als ehrenrührig. Weder bieten die alten Menschen schön isolierte, klare Krankheitsbilder, die ebenso klare Therapiekonzepte nahelegen, noch ist die geforderte intellektuelle Aufgeschlossenheit immer vorhanden, so daß ärztliches Bemühen um Patientendisziplinierung gelegentlich hoffnungslosen Abrichtungsversuchen gleichkommt. Es ist in der Tat frustrierend, wenn die exakte Diabeteseinstellung trotz wochenlangem Klinikaufenthalt nicht gelingt, weil ein alter Mensch nicht von der Überzeugung abläßt, daß z. B. nur der Genuß von Sahnetorte sein Leben noch lebenswert erhält. Rein medizinische Argumente führen in so einem Fall nur selten zum artigen Befolgen der Anweisungen. Also ist der Mißerfolg einprogrammiert und bestätigt das Vorurteil des Arztes, daß uneinsichtige Patienten nur mit entschlossen harter Hand geführt werden können. Bestärkt wird der Arzt oft noch in seiner Überzeugung durch den seelischen Rückzug und die passive Verweigerung des Patienten, der sich seiner Selbstbestimmung enthoben sieht. Wenn in solch verfahrener Situation dem Mediziner nur das dynamisch-technische Verhaltens- bzw. Handlungsrepertoire zur Verfügung steht, das er im Studium erworben hat, bleiben viele Chancen ungenutzt. Indem er sich in seinem Bemühen um effiziente Behandlung mißachtet sieht, macht sich bei ihm möglicherweise Enttäuschung breit; er braucht dann seelische Souveränität, damit seine Reaktion nicht den Charakter einer Bestrafung des Patienten bekommt.

Die Vorstellung, was und wie ein »guter Arzt« ist, unterliegt zeitlichem Wandel. Dementsprechend haben sich auch die Ausbildungsschwerpunkte wiederholt verschoben. Abgesehen von wechselnden Wissenschaftsmoden verändern sich die Ansprüche der Gesellschaft an ihre Mediziner. Neben der technisch optimalen Behandlung erhoffen sich meiner Erfahrung nach immer mehr Menschen vom Arzt Leistungen, die früher vom Pfarrer erbracht wurden. Nachdem sich die Medizin in diesem Jahrhundert zum fast allmächtigen Experten der menschlichen Existenz aufgeschwungen und Funktionen im religiösen Vakuum zahlreicher Menschen übernommen hat, darf sie sich ihrer Verantwortung nun nicht entziehen. Das heißt nicht, daß zukünftige Ärzte den Seelsorger ersetzen sollen. Das können sie gar nicht. Die in unserem Weltbild zwangsläufig naturwissenschaftliche Ausrichtung der Medizin führt deren Vertreter aber gelegentlich in Bereiche, in denen

nicht materialistisch gedacht sein will. Um z. B. in Fragen der Transplantationschirurgie eine abwägende Haltung einnehmen zu können, sollte schon in der Medizinerausbildung Wert auf die Vermittlung auch philosophischer und religiöser Dimensionen gelegt werden. Sonst besteht die Gefahr, daß empfundene Hilflosigkeit bei der Entscheidung existentieller Fragen durch besinnungslosen Aktionismus kaschiert wird. Unter Umständen wird damit aber, außer dem Gesicht des Arztes, nur wenig gewahrt.
Mir erscheint ein obligatorisches »Studium Generale« zu Beginn des Studiums zweckmäßig, um den Horizont der angehenden Ärzte den Erfordernissen entsprechend zu erweitern. Auch wenn nicht jeder Student solche Angebote als Bereicherung begrüßen würde, bin ich der Meinung, daß die Planer der Lehrinhalte mehr Gewicht darauf legen sollten. Nur so besteht prinzipiell die Chance, entscheidungskompetente Arztindividuen auszubilden. Tatsächlich ist die rasche Entwicklung in der medizinischen Forschung verantwortlich dafür, daß Außenstehende – wie Juristen oder Politiker – nur selten korrigierend in Entwicklungen eingreifen können. Das Argument fehlender Sachkenntnis wird in diesem Zusammenhang arg strapaziert. Deshalb muß man umso mehr auf die Selbstkorrekturfähigkeit der zukünftig verantwortlichen Mediziner bauen. Vielleicht können Inhalte aus der Psychologie, Soziologie, Philosophie und den Religionswissenschaften dem überhandnehmenden Machbarkeitsdenken ein Gewicht gegenüberstellen, so daß uns die Verwirklichung einiger technischer Möglichkeiten der Medizin erspart bleibt.
Der Streik der Studenten zu Beginn dieses Jahres war hoffentlich mehr als nur ein Strohfeuer. In den allgemeinen Chor der Unmutsäußerungen über die Studienbedingungen stimmten diesmal auch die Medizinstudenten ein, die bisher als streberhaft und politisch desinteressiert galten. Bei den teilweise brutalen Auseinandersetzungen mit Hochschulverwaltung und Polizei riskierten sie Gerichtsverfahren und Nachteile im Studium. Als positives Ergebnis der Streikwelle betrachte ich die in Gang gekommene Diskussion um die generelle Zielrichtung der zukünftigen Medizinerausbildung. Große Zustimmung hat unter den Studenten ein Modell der Gesellschaft für Medizinische Ausbildung gefunden. In dieser deutschen Sektion einer europaweiten Interessengemeinschaft zur Reformierung des Medizinstudiums befinden sich auch viele Professoren. Die Empfehlungen der Gesellschaft wurden im letzten Jahr dem medizinischen Fakultätentag sowie dem Bundesrat vorgelegt. Zusammengefaßt zeichnen sich vier wesentliche Tendenzen in dem Vorschlagskatalog ab:
1. Straffung der Lerninhalte unter dem Aspekt allgemeinmedizinischer Erfordernisse. Das heißt Abschaffung der naturwissenschaftlichen Pflicht-

praktika Physik, Chemie und Biologie, dafür aber komplexere, Methoden- und Einzelfach-übergreifende Vermittlung der praktisch wichtigen Themen. Die starre Trennung der Kursinhalte nach Vorklinik und Klinik soll wegfallen. Unter der Überschrift »Morphologie und bildgebende Verfahren« könnten z. B. Inhalte der Anatomie, der Histologie, der pathologischen Anatomie und der Radiologie im Zusammenhang gelernt werden. Dadurch ließe sich das wirklich Wesentliche leichter erkennen.
2. Zu den Kernfächern wie Innere Medizin, Chirurgie, Frauenheilkunde, Kinderheilkunde, Psychiatrie sollten Blockpraktika stattfinden, die jeden Studierenden mehrere Wochen pro Semester und Fach in den medizinischen Alltag einführen. Das wäre aber nur sinnvoll und den routinemäßig dort Arbeitenden nur zumutbar, wenn nicht mehr als jeweils ein Student anwesend wäre. Die praktische Durchführung erforderte also eine Senkung der Studentenzahlen, und es müßte auf bisher noch nicht mit der Lehre betraute Krankenhäuser und Arztpraxen zurückgegriffen werden. Dadurch könnte der inhaltlichen Einseitigkeit universitärer Elfenbeintürme entgegengewirkt werden.
3. Erweiterung des Angebots von Wahlpflichtveranstaltungen, die auch in der Medizin umstrittene Themen umfassen.
4. Bemerkenswert ist die Empfehlung, ärztliche Grundeinstellungen schon im Studium zu thematisieren und die Studenten zur selbstkritischen Reflexion aufzufordern.
Nach meiner Vorstellung könnten bei dieser Aufgabe die unter das Stichwort »Studium Generale« fallenden psychologischen, soziologischen, philosophischen und religiösen Inhalte konkrete Hilfestellung leisten. Der Medizinstudent sollte eine – auch von den Reformierern geforderte – patientenorientierte Haltung entwickeln. Da Gespräche mit dem Arzt von Kranken oft als unbefriedigend erlebt werden, halte ich das systematische Training einer patientenbezogenen Gesprächsführung für sehr sinnvoll. Bisher beschränkt sich die Anleitung der Studenten leider auf den »taschenpsychologischen« Rat, ärztliche Gespräche mit der offenen Frage »Was führt Sie zu mir?« zu eröffnen – um dann in Unkenntnis weiterer Gesetze psychologischer Gesprächsführung den Patienten doch einzuschüchtern und nur das zu erfahren, was der Arzt zu hören bereit ist.
Die Empfehlung der Kommission, den angehenden Mediziner in seinem sozialen Verantwortungsgefühl zu stärken, halte ich für sinnvoll und notwendig. Durch intensivere Auseinandersetzung mit verschiedensten Institutionen des Gesundheitswesens würde die staatliche Eingebundenheit – auch wenn immer wieder der Traum vom »freien« Arztberuf beschworen wird – und die zwangsläufig gesellschaftspolitische Rolle des Arztes deut-

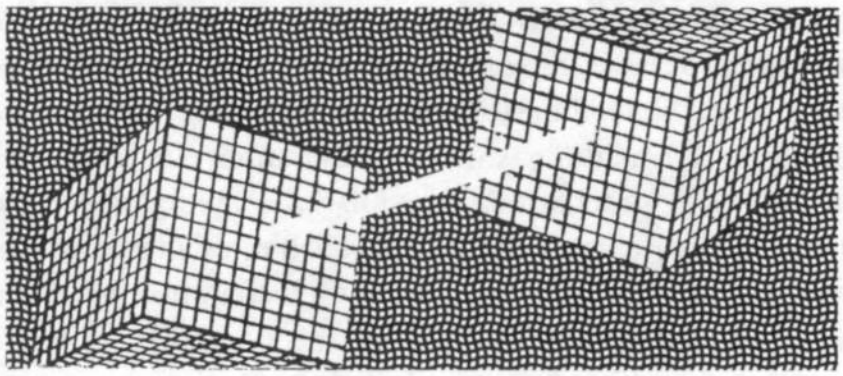
lich. Offenbar ist die ärztliche Bereitschaft und Befähigung zur Zusammenarbeit mit anderen Medizinern und mit Angehörigen anderer Berufe immer noch nicht so selbstverständlich, daß die Gesellschaft für Medizinische Ausbildung bei der Formulierung der Ausbildungsziele auf diesen Aspekt hätte verzichten können.

Das überlebte Herrschaftsklischee des Arztes ist sicher auch ein Grund für die Frustrationen des Pflegepersonals in Krankenhäusern. Unangebrachte ärztliche Arroganz und mangelnder Respekt vor dem körperlich-seelischen Dauereinsatz von Krankenschwestern und Pflegern schafft ein Klima, in dem auch optimal ausgebildetes und besser bezahltes Pflegepersonal nach wenigen Jahren beruflich umsattelt. Das Entsetzen, das die Krankenhausmorde in Wien und Wuppertal in unserer Bevölkerung ausgelöst haben, erscheint mir bigott, wenn eben diese Bevölkerung sich immer weniger zuständig fühlt für ihre Alten. Anhand der aufgedeckten Horrorstücke wird deutlich, daß Hunderte von Angehörigen, vor allem Kinder und Enkel, versagt haben, *bevor* überforderte berufsmäßige Helfer kapitulierten. Zur zukünftigen Vermeidung solcher Taten muß ein tragisches Mißverständnis aus der Welt geschafft werden: daß der medizinische Laie ja doch nichts helfen und ausrichten kann im Vergleich mit den erfahrenen Spezialisten. – Jeder ist Dilettant auf den meisten Gebieten, nur durch Zusammenarbeit aller Zuständigen kann in problematischen Fällen – wie dem hoffnungslosen Siechtums – noch etwas Menschenwürdiges zustande kommen.

Was ist der menschliche Geist? Wie funktioniert das Denken?

Dieses Buch erzählt die Geschichte einer geistigen Revolution: der neuen Kognitionswissenschaft.

Howard Gardner



Dem Denken auf der Spur

Vor etwa zehn Jahren haben Experten der verschiedensten Fachrichtungen erkannt, daß sie bei der Erforschung des menschlichen Denkens nur mit vereinten Kräften vorankommen, und eine neue Disziplin begründet: die Kognitionswissenschaft. Mit seiner informativen Darstellung erzählt Gardner die Geschichte dieser geistigen Revolution und bietet zugleich eine bislang konkurrenzlose Einführung in das neue Gebiet.

464 Seiten, Linson mit Schutzumschlag, 48,– DM/öS 374,–
ISBN 3-608-93099-X

Fordern Sie den Prospekt »Sachbücher« (P904077) an.

Klett-Cotta
Postfach 106016, 7000 Stuttgart 10

Bernd Mahr
Informatik

Wachstumsstörungen eines Wunderkinds

Die Zeitmaschine

Vor 200 Jahren verlieren Bürger und Bauern in Frankreich das Vertrauen in die feudale Herrschaft ihres Landes und verurteilen ihre Edlen zum Tode, die dies für ein Mißverständnis halten. Heute artikuliert sich das Mißtrauen der Studenten gegen die mit Freiheit in Forschung und Lehre bewehrten Professoren. Es kommt zu Pamphleten, Verhören und Prangerpublikationen. Möglichkeiten einer Professorenhatz werden öffentlich diskutiert: Verleumdung, Autodiebstahl, Möbelverrücken, Aktenklau und Schnüffeln im Privatleben. Die Abschaffung der Hochschullehrerschaft wird gefordert und das Studium in autonomen Seminaren. Die, die sich hier getroffen fühlen, halten das alles für ein Mißverständnis. Andere sind im Konflikt zwischen der mitreißenden Kraft der Bewegung und der Ständigkeit ihres Lehrstuhls. Aber sie möchten den Kampf von vor 20 Jahren nicht noch einmal verlieren. Die Studenten vereinnahmen Carl Schmitt und zitieren: »Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet.« Mir geht eines von Goyas Caprichos nicht aus dem Kopf: »El sueno de la razon produce monstruos« (Der Schlaf der Vernunft gebiert Monster).

Nicht alle Bewegungen sind von gleicher Bedeutung, und es würde wohl ein Mißverständnis sein, vergliche man die Podiumsführer von heute mit Fouché, Danton oder Robespierre. In dieser Hinsicht hinkt also der Vergleich. Doch wenn man sich dem Gemenge nicht entziehen kann und den aufgebrachten Massen ausgesetzt ist, die von Kommandos angefeuert im Hörsaal toben und um jeden Verstand gebracht scheinen, wenn man im Fachbereichsrat darauf warten muß, daß beim nächsten falschen Wort die Sitzung gesprengt wird, wenn Stink- und kleine Rauchbomben fliegen, wenn Musik aus dem Rekorder jede Diskussion niederdröhnt, wenn es Sabotage an den Ausbildungsrechnern gibt, verklebte Türschlösser, beleidigende Wandparolen, Hausbesetzung, Straßendemonstrationen und große Versammlungen, dann mischt sich bei allen Beteiligten mit der inneren Erregung und Wut auch das Gefühl des Historischen, und die Suche nach dem Sinn des Ganzen bleibt bei Vorbildern hängen. So werden Formen übertragen und es entwickelt sich Tradition. Im Rausch der Bewegung

triumphiert die Ästhetik über Angst und Verstand, die freigesetzte Kraft zerrt an der Verkleidung. In dieser Hinsicht also stimmt der Vergleich.
Im Herbst '88 begann eine Streikbewegung an den Berliner Universitäten, die den Fachbereich Informatik der TU nicht gleich zu Beginn, aber dann radikaler und länger ergriff. Der Vorlesungsboykott wurde hier erst im darauffolgenden Sommersemester beendet und die Auseinandersetzung in einem Grabenkrieg um die Institutionalisierung des Protests mit allen Mitteln der Moral, Angst, Verleumdung und Förmlichkeit bis zum heutigen Tage fortgeführt. Die Ziele der allgemeinen Bewegung entsprachen nicht wirklich den Problemen der Informatiker, die, wie keine andere Disziplin, vom Wirtschaftswunder profitieren, deren Arbeits- und Berufsaussichten ungetrübt blendend sind und die im gesellschaftlichen Ansehen nicht unangefochten, aber doch bewundert sind. Die Auseinandersetzungen in der Informatik haben eigene Themen und haben verhärtete Fronten zwischen Professoren und Studenten und zwischen weltanschaulichen Positionen zum Selbstverständnis des Fachs.

Professoren

Die Geschichte des deutschen Professors ist erforscht. Die Historiker zeichnen eine Instanz wechselnder Rollen. Seit dem Mittelalter unterliegt die gesellschaftliche Bedeutung der Universitäten stetigen Veränderungen, so daß auch die Aufgaben und das Erscheinungsbild ihrer Professorenschaft nicht einheitlich sind. Da sich offenbar Verständnis und Macht einer Rolle nicht ebenso verändern wie deren Bedeutung, hat sich, einer Sedimentation gleich, ein vielschichtiges und teils widersprüchliches Bild des Professors entwickelt, das kaum noch als Ganzes zum Vorbild und zur Annäherung an eine Rollenidentität taugt.
Der Professor als Lehrer, als Monument staatstragender Weltanschauung, als Gutachter und Berufungsinstanz, als Verwalter enzyklopädischen Wissens, als Didaktiker, als Forscher, als olympischer Sieger, der seinen Lehrstuhl an denjenigen abtreten muß, der die Lösung eines von ihm nicht lösbaren Problems kennt, als Manager, als Moderator und Dompteur, als Kleinunternehmer eines wissenschaftlichen Betriebes, als regionaler oder nationaler Kulturbotschafter, als Scholar, Dissident oder Doktorvater.
In der Informatik ist das Professorenbild noch weniger einheitlich als in anderen Fachgebieten. Da dieser Wissenschaft jede eigene Tradition fehlt und ihre Quellen die Elektrotechnik, die Mathematik, die industrielle technische Entwicklung und in zunehmendem Maße auch die Human- und Geisteswissenschaften sind, treffen hier Persönlichkeiten aufeinander, die

für das Wohlergehen des Fachbereichs und für das Bild einer ungeteilten Professorenschaft sich am besten aus dem Wege gehen. Die weltweite technologische Bedeutung der Informatik, der gewaltige Bedarf an wissenschaftlicher Forschung und Entwicklung und die auch in Zukunft steigende Nachfrage nach ausgebildeten Informatikern haben die Entwicklung der Informatik als Wissenschaft unter einen Leistungsdruck gestellt, der keinen Raum für fachliche Integration mehr läßt.
Ein Kollege hat ausgerechnet, daß die tägliche Arbeitszeit 36 Stunden betragen müßte, wollte er allen Anforderungen und Aufgaben, die sich aus diesem Leistungsdruck und aus der Rollenvielfalt im Alltag stellen, gerecht werden. In den Augen anspruchsvoller Studenten sind die Professoren faul und vernachlässigen ihre Hauptaufgabe, die Lehre. Sie stecken zuviel Energie in ihre mehr privat gesehenen Interessen, die Forschung. In den Augen radikal denkender Studenten hat die Instanz des Professors seine Legitimation verloren und damit auch das Recht, unter Berufung auf die Freiheit von Forschung und Lehre diese selbst zu bestimmen. Autonomie und Demokratie sollten das Lernen bestimmen, fordern sie. Auf die Frage, wie dies zu gestalten sei, antwortet ein Student: Man habe lernen müssen, daß ein erschreckender Mangel an Utopien herrsche. Man müsse begreifen, daß man für die Entwicklung von Utopien Zeit benötige.

Studenten

Lustig ist das Studentenleben wohl nicht mehr. Es wird wenig gelacht, und allgemein mangelt es an Zeit. Termine und die arbeitsteilige Erledigung der Studienpflichten bestimmen den Tag. Bereits im dritten Semester meldet sich die Hälfe der etwa zweihundert Studenten einer Vorlesung bei der Frage, wer nebenbei zwischen 10 und 20 Stunden arbeite. Bei den übrigen hundert, die zur Vorlesung nicht erschienen sind, ist der Prozentsatz eher noch größer. Die Frage nach dem Grund, warum nur etwa zwanzig der zweihundert Anwesenden das Lehrveranstaltungsskript lesen, wird mit Zeitmangel beantwortet. Gefordert werden Termine für das Skriptstudium. Das sind Gegebenheiten, die sich in einer einzelnen Lehrveranstaltung nur mit Maßnahmen ändern ließen, die das Prinzip der Freiwilligkeit und Eigenständigkeit des Lernens auf den Kopf stellen. Die universitäre Ausbildung ist hier auf eine harte Probe gestellt. Das Arbeitsangebot für Informatikstudenten ist drängend und verlockend, so daß Studenten nur noch in Ausnahmefällen ein Vollzeitstudium absolvieren. In den höheren Semestern arbeiten fast alle schon als Informatiker. Sie teilen ihre Aufmerksamkeit und wandeln zwischen zwei Welten. Ein Studienangebot, das auf breites Er-

kenntnisinteresse und verantwortliches Engagement setzt, geht fehl und ist auch durch begleitendes Marketing nicht erfolgreich. Längst spielen studentische Firmengründungen für Berlin als Technologie-Zentrum eine geschätzte und gehegte Rolle.

Daß Studenten arbeiten müssen, gilt als selbstverständlich. Das Argument der Professoren, sie hätten als Studenten die Arbeit auf die Semesterferien beschränkt, sie hätten sich während des Semesters ganz dem Studium und weiteren wissenschaftlichen Interessen gewidmet, und sie hätten dabei finanzielle Armut und Verzicht auf die in der Arbeit steckende soziale Bestätigung in Kauf genommen, dieses Argument verkennt die veränderte Zeit: Vor zwanzig Jahren war die begründete Hoffnung auf soziale Anerkennung und Entlohnung nach einem erfolgreich beendeten Studium eine Kraft, die half, die Unbill der Armut und mangelnden gesellschaftlichen Anerkennung zu ertragen. Heute ist diese Hoffnung getrübt. Sozialer Ausgleich im späteren Beruf ist längst nicht mehr gesichert, so daß vorweggenommener Stolz kein brauchbares Gefühl mehr ist, sondern eher Selbstbetrug. Arbeit während des Studiums sucht den Ausgleich sofort und ist längst ein Merkmal der Selbstbehauptung. Informatikstudenten könnten den Ausgleich wohl abwarten, aber sie sehen in der Beschränkung aufs Studium offenbar die schlechtere Alternative.

Nicht jeder, der Informatik als Studienfach wählt, ist bereit, den technologischen Charakter dieser Wissenschaft fraglos zu akzeptieren. Viele sehen in dessen Kritik ihr Thema und suchen nach den gesellschaftlichen und philosophischen Dimensionen des Fachs. Bateson, Heidegger und Luhmann werden studiert und die Rolle der Informatik in der Dritten Welt. Informatik und Militär, Computerkultur und Technikkritik sind Studienthemen, die manchem Studenten das Gefühl einer Heimat geben und das Gefühl von Wissenschaft.

Den 2500 Berliner Informatikstudenten stehen im Fach Informatik nicht mehr als 18 Professoren gegenüber, von denen einige nur nominell wahrnehmbar sind. Studentische Tutoren und akademische Mitarbeiter tragen die Hauptlast der Lehre. Eine veraltete Prüfungsordnung aus der Gründerzeit des Fachbereichs, eine liberale Prüfungs- und Anerkennungspraxis und ein breites, ausuferndes Lehrangebot geben dem Studium keine Struktur und bieten nur wenigen Studenten den Raum für eine Wahl und die Entwicklung ihrer Interessen. Die Informatik, dadurch ein ungewollt schwieriges Studienfach, ist für die meisten Studenten ein Ort, an dem sie scheitern. Nicht, weil die Hürden zu hoch sind oder der vorgegebene Weg keine Abweichungen erlaubt, sondern weil das Fach einer Wüste gleicht, deren Reichtum und Oasen Spürsinn und Orientierung verlangen.

Derweil an der Freien Universität bereits gestreikt wird, entzündet sich die Auseinandersetzung in der Informatik mit der Vorlage eines Entwurfs zu einer neuen Studien- und Prüfungsordnung. Die großen Vorlesungen werden gesprengt und die Studenten von ihren Kommilitonen im großen Lichthof über das Machwerk der Kommission, die zur Erarbeitung des Entwurfs eingesetzt ist, aufgeklärt.
Eine Anhörung der Studenten zu den Inhalten des Entwurfs kehrt sich um und wird zum Verhör der Kommissionsmitglieder: In einem Hörsaal, der wegen seiner runden Form und der steil ansteigenden Sitzreihen Löwengrube genannt wird, sitzen vorne an einem Tisch Mitglieder des anonymen Aktionsrates und dicht gedrängt in den Reihen und auf den Treppen etwa 600 Studenten. Die fünf Mitglieder der Kommission werden getrennt und erhalten vorbereitete Plätze in der untersten Sitzreihe. Auf einem Blatt, das ihnen ausgehändigt wird, stehen die Verhaltensregeln: Keine Diskussion, Beschränkung der Redezeit auf zwei Minuten, direkte Beantwortung der Fragen, kein Abweichen vom Thema oder vom vorgesehenen Programm. Ein Student dirigiert mit vorbereiteten Plakaten die Reaktion der Massen: Buh, Applaus, Gelaber, Trommeln. »Sprechen Sie sich für oder gegen die Hochschulpolitik von Senator Turner aus, ja oder nein?« – »Wie wollen Sie es leisten, mit dem vorliegenden Entwurf die Studenten zur Verantwortung zu erziehen, geben Sie eine Antwort!« – »Warum gibt es keine Wahlfreiheit im Grundstudium, erklären Sie die Gründe!« Nach zwei Stunden in diesem Kessel voller Haß, Mißverständnis und Spannung belehrt ein Student die Kommission, schreiend, wie außer sich: Man habe zuerst zu klären, was Informatik sei, und dann müsse man die Ordnung deduzieren.
Über Wochen werden die Sitzungen des Fachbereichsrates gesprengt. Dem Rat wird die Legitimation zur Beratung und Beschlußfassung abgesprochen, da er nicht viertelparitätisch (gleichviele Vertreter der Studenten, sonstigen Mitarbeiter, akademischen Mitarbeiter und Professoren mit gleichem Stimmrecht) zusammengesetzt sei und daher unzeitgemäß in einer Zeit der Demokratisierung der Hochschulen. Die Studenten fordern seine Selbstentmachtung und das Bekenntnis seiner Mitglieder zur Loyalität gegenüber einer viertelparitätischen Vorschaltkommission. Sie sind hart und martialisch, aber auch anders; sie schmeicheln und bieten sich an und sind voller eifersüchtiger Phantasien über das intime Verhältnis der Professoren zur Macht. Sie möchten beteiligt werden und erklären ganz offen ihr Ziel: Es gilt, ein Monument zu stürzen. Das Monument des Professors, nicht nur symbolisch, sondern abstrakt und deshalb ohne Ansehen der Person.

Häufiger finden in dieser Zeit Besprechungen der Hochschullehrer statt. Es herrscht brüchige Einigkeit zwischen den Fraktionen und weit verbreitete Ratlosigkeit; aber prinzipielles Verständnis für die allgemeine Lage der Studenten. Der vereinzelte Ruf nach sofortiger Solidarität mit den Streikenden findet kein Gehör. Die Reaktion auf den studentischen Haß ist bei den meisten abwartend. Sie wollen in einer paritätisch besetzten Verhandlungskommission mit den Studenten wieder ins Gespräch kommen und warten auf einen Forderungskatalog. Pläne zur Rettung des Semesters werden gemacht und das Angebot, alternative Formen des Lernens zu erproben. Die Dreingabe der Professorenmehrheit im Fachbereichsrat wird nicht ernsthaft diskutiert, und so findet auch ein Kommentar zum Minderheitenvotum im Hochschulurteil des Bundesverfassungsgerichts von 1973 nur anerkennendes Interesse.

Die Podien der Auseinandersetzung sind von nur wenigen Studenten beherrscht. Es gibt keine Gruppe, die für alle spricht. Jeder hat seine eigene Meinung, die nicht die der anderen ist. Gespräche mit Einzelnen klären nur mit dem Einzelnen. Die große Beliebigkeit, die jeden berechtigt und jede Aktion individualisiert, ohne Programm und scheinbar ohne Ziel, führt dazu, daß die studentische Bewegung anonym bleibt. Liberalität und Offenheit sind jedoch auch Taktik, denn die Spontaneität ist oft aufgesetzt und die zur Schau gestellte Beliebigkeit nur Schein. Vollversammlungen und Diskussionen sind immer gut angelegt und zielgerichtet geleitet. Die meisten Studenten haben den Verlust des Wintersemesters leicht verschmerzt. Bald nach Beginn des Streiks verstärken sie ihre Nebenarbeit und stehen zusammen unter dem Banner der Solidarität.

Mit dem Ende des Streiks wird eine viertelparitätische Verhandlungskommission gebildet, die die Streikforderungen diskutiert und präzisiert. Wenig später wird die alte Studien- und Prüfungsordnungskommission durch eine neue viertelparitätische Kommission ersetzt, deren Aufgabe die Erarbeitung eines neues Entwurfs ist. Anläßlich der Wahl des Dekans wird ein viertelparitätisches Leitungsgremium eingesetzt, das die Fachbereichsgeschäfte führt. Einer studentischen Initiative folgend befürwortet der Fachbereichsrat die Einrichtung einer mit zwei akademischen Mitarbeitern bestückten Didaktikberatungsstelle, deren Aufgabe die didaktische Supervision und die Erstellung von Lehrveranstaltungsbeurteilungen ist. Für die vorbereitende Planung beantragt der Fachbereich zwei Tutorenstellen. Die Besetzung weiterer Gremien steht noch aus, ebenso wie die Maßnahmen zur Institutionalisierung der autonomen Seminare.

Der Bruch zwischen Professoren und Studenten ist nicht gekittet. Die Kommissionen zerfallen durch die Grundsätzlichkeit ihrer Debatten. Die

Arbeit wird immer noch von denselben gemacht, und die Ausweglosigkeit treibt alle auseinander. Macht kommt von machen. Aber die Studenten wollten sich auf ein Mitmachen erst dann einlassen, wenn ihnen der Erfolg ihres Tuns durch die neue Demokratie gesichert ist. Nun sind wir bald soweit.

Das Fach Informatik

Informatik ist als Wissenschaft jung und noch keine zwanzig Jahre in der Universität als Disziplin vertreten. Deshalb stellt sich die Frage, ob ein Verständnis ihrer Situation überhaupt Aufschluß über die Lage der Universität gibt und ob die Zukunft der Universität überhaupt etwas mit der Informatik zu tun hat. Prognosen gehen in die Extreme. Manche sehen in der Informatik die alles usurpierende und universale Grundlagenwissenschaft, andere warten darauf, daß sie zu einem Fachgebiet schrumpft, sei es, weil sie methodisch in anderen Gebieten, wie etwa der Mathematik, aufgeht, oder sei es, daß sie austrocknet, weil die Welle der technologischen Entwicklung, auf der sie schwimmt, im Sand der Anwendungen und der Alltagstechnik versickert ist.
Für eine Universität wie die TU in Berlin hat die Informatik eine wichtige Rolle. In der Zahl ihrer Studenten, in der Menge des Personals und im Drittmittelaufkommen, in jedem dieser Merkmale rangiert sie im Vergleich mit den anderen Fachbereichen auf einem der obersten Plätze. Sie zieht Investitionen und Forschungsmittel an, die anderen Fachgebieten verlorengehen, und sie zieht Aufmerksamkeit auf sich, die anderen Fächern fehlt. Über diese wichtige Rolle hinaus ist sie aber auch ein Beispiel für die Universität: Gesellschaftliche, technologische und kulturelle Veränderungen wirken zum Teil sehr direkt auf sie. Ihre Abhängigkeit von der Förderungspolitik des Staates und der Europäischen Gemeinschaft und ihre Sensibilität gegenüber den Schwankungen wissenschaftstheoretischer Grundpositionen zeigt deutlicher als bei anderen Fächern die Widersprüche der Universität und ihrer Funktion in der Gesellschaft. Da die Informatik im ökonomischen und technologischen Trend liegt, kann sich der Fachbereich allerdings vieles leisten, ohne die Drohung der Universität wirklich fürchten zu müssen, in die Ecke gestellt zu werden.
Der Aufbau der Informatik als Fachwissenschaft hat seine Wurzeln in sogenannten DV-Programmen der Bundesregierung, die in der Zeit von '67 bis '79 die Forschung und zukunftsorientierte Entwicklung auf dem Gebiet der Datenverarbeitung förderten. Die Erkenntnis einer »technologischen Lücke« hatte Mitte der sechziger Jahre den direkten Fluß von Finanzmit-

teln an Industrie und Universität zur Folge. Inzwischen ist diese Förderung in andere Formen übergegangen. Direkte Kooperation mit der Industrie und europaweite Verbundprojekte mit industriellen und ausländischen Partnern sind für die Universität die wichtigsten Quellen der Forschungsförderung geworden. In großen Programmen (EUREKA, ESPRIT, RACE) wird die Informatik dadurch in externe Aktivitäten eingebunden, die leicht die Friedlichkeit der hausinternen Lehre und Forschung stören.
Neben dem Aufbau der Informatik in den Universitäten, zentral als eigener Fachbereich oder eingebettet in andere Disziplinen, sind Großforschungseinrichtungen entstanden, die durch Kooperationsverträge die Verbindung zur Universität halten. Die große Konkurrenz um Leistung und Nachwuchs, die drängende Förderungspolitik, die rasante technische Entwicklung, die wachsende Vielfalt der Themen und die fehlende Tradition haben im Fach Informatik einen gewaltigen Leistungsdruck erzeugt. Manche Professoren widmen deshalb der Lehre nur noch ein Partikel ihrer Zeit, und das Handwerk des Forschens gehört der Vergangenheit an.

Der Inhalt des Fachs

Informatik ist ein Gebiet, in dem man viel phantasieren kann und Ideen verwirklichen darf.
In den Anfangsjahren hatte das Fach elementare Themen: Die Programmierung, der Aufbau der Rechner, die Theorie der Automaten und Sprachen und die Frage nach den Grenzen der Berechenbarkeit. Diese Themen sind geblieben, aber es sind neue dazugekommen. Durch die Potenz heutiger Rechnersysteme, die Möglichkeit der Verteilung von Rechen- und Speicherleistung und die Qualität der Massenhaftigkeit sind ganz andere Fragen aufgeworfen: die Mittel der Beschreibung, die Strukturen der Organisation, die Formen der Kommunikation, die Prinzipien des Entwurfs, das Verhalten der Prozesse, die Werkzeuge der Entwicklung, die Simulation der Architektur, das Modell der Benutzung oder die Auswirkung der sozialen Einbettung. Mit diesen Fragen sind viele neue Themen gekommen, technische Probleme, zuvor nicht bekannte Anwendungen, mathematische Aufgaben und soziale Modelle und Urteile.
Mit der wachsenden Komplexität der Systeme und mit ihrer Öffnung und Universalität sind Fragen und Themen abstrakter geworden, vielschichtiger und brisanter. Brisanter in Hinblick auf den Wert der mit ihnen verbundenen Investition und brisanter in ihrer Wirkung auf Gesellschaft und Kultur. Die technische Lösung alleine genügt meist nicht mehr und auch nicht die Gewitztheit eines Einzelnen. Für einen Konsens in den Anforderungen,

eine sichere Beurteilung und für die Frage nach den Grenzen der Machbarkeit fehlt eine Theorie, die der Allgemeinheit und Vieldimensionalität der Fragen gerecht wird. Einzeltheorien und Einzelanschauungen bestimmen das Gebiet.
Um Informatik als Fach in der Universität zu vertreten, müßten daher alle Beteiligten zusammenwirken, denn die vielen einzelnen Fragen und Themen sind voneinander nicht unabhängig und treten in neuen technischen Entwicklungen, wie etwa bei offenen Kommunikationssystemen, alle zusammen auf. Hier wird also breite und tiefe Kenntnis zugleich gefordert und darüber hinaus die Beschäftigung mit Themen, die den Bereich klassischer Ingenieurstätigkeit verlassen. Für ein solches Zusammenwirken und eine solche Breite und Tiefe ist Struktur erforderlich und eine Einigung in den Grunddingen. Obwohl das Fach Informatik so jung ist, sind seine Gliederungs- und Aufgabenmuster heute nicht mehr adäquat und müssen geändert werden. Die Änderung dieser Muster vollzieht sich zur Zeit in der Sache und lokal. Lehrveranstaltungen haben neue Inhalte, die Forschungsthemen und Projekte verfolgen neue Ziele. Die Änderung dieser Muster verlangt aber irgendwann auch die Änderung der Struktur, d. h. der Studien- und Prüfungsordnung, der Teilung des Fachs in Fachgebiete und der Gliederung des Fachbereichs in Institute.
Am Fachbereich Informatik der TU Berlin ist eine Änderung der Struktur längst überfällig. Seit zehn Jahren werden hier Lösungen gesucht, die den Inhalten des Fachs gerecht werden und die Individualität der Beteiligten respektieren. Viele Initiativen hatten aber nur weitere Brüche zur Folge und im Laufe der Zeit Lähmung und Depression. Jetzt, durch den Streik und die Notwendigkeit, die Prüfungsordnung an das Berliner Hochschulgesetz anzupassen, ist der Fachbereich auf eine Zerreißprobe gestellt und muß seine verbliebene Fähigkeit und Kraft zur Einigung und konstruktiven Entwicklung zeigen. Es ist unklar, ob das gelingt, denn neben der politischen und interessengebundenen Fraktionierung gibt es weltanschauliche Differenzen, die nicht miteinander vereinbar sind. Es gibt viele Schattierungen, aber im wesentlichen gibt es zwei Seiten, die eine und die andere.

Die eine Seite
Sie sucht den Menschen und den Prozeß, Individualität in der Allgemeinheit, das Subjekt im Argument, die Wertung im Urteil, die Integration im System und die Partizipation in der Entwicklung. Als kalt und unmenschlich scheut sie, was im alltäglichen Umgang fehlt: Distanz und Profession. Nähe und ungeteilte Berechtigung machen es nicht leicht. Sie gefährden den Diskurs. Wenn die Person im Argument steckt, ist die Frage des Wider-

spruchs eine Frage der Moral. Die Unantastbarkeit der Person hindert dann die Angreifbarkeit der Gedanken. Nichts ist so noch dingfest und weniges noch handhabbar. Bei einer allgemeinen Berechtigung gilt zu vieles, als daß ein Widerspruch noch zählen würde. Es wird dann entweder nicht mehr widersprochen oder nicht mehr zugehört, und so ist Raum für den größten Unsinn. Freiraum für alles, in dem sich nichts mehr abgrenzt – aus Angst vor Diskriminierung.

Die andere Seite

Sie sucht den Fortschritt und das Ergebnis, den Erfolg im Tun und das Neue als Ziel. Das Reale, das Dinghafte, die Wirklichkeit und das Wunschfreie sind ihre Objekte, die sie bewegen will. Als Träumerei, unerträglich und versponnen scheut sie jedes philosophische Gerede, und sie verachtet die Forderung nach dem Subjekt wie den Sand im Getriebe. Dieser traditionsreiche Opportunismus, der sich so willig der Pragmatik fügt, eliminiert den Diskurs. Er ersetzt ihn durch Planung. Entscheidend sind dann die Strategien der Verwirklichung und die Formen des Umgangs. Studenten erlernen die Tadellosigkeit, und Professoren lassen sich zu Managern schulen. Freundschaft zeigt sich in Verbindlichkeit und Vertrauen, und die Einigung schon im Schweigen, wie bei den Hamburger Kaufleuten. So entsteht Raum zum Handeln, und es bietet sich Gelegenheit, die Dinge zu bewegen. Dann lassen sich die Ergebnisse benennen und die Erfolge beziffern.

Universität als Lebensraum

Auf der einen Seite ist dieser Lebensraum ein Ort der Selbsterfahrung und auf der anderen Seite eine Produktionsstätte.

Wo die Selbsterfahrung gesucht wird, geht es auch um Verwirklichung und Gestaltung. Topfpflanzen, Plüschsofas, Nierentisch und Ikea möblieren die Arbeitsräume und machen daraus Wohnzimmer. Wandplakate, Plastikbecher, Kuchenreste vom letzten Gruppenbesprechungsfrühstück, Restposten von Flugblättern, Industriereklame und alte Übungszettel zeigen aber eher die intellektuelle Obdachlosigkeit, die mancherorts im Zuge der Verbürgerlichung der Lehrjahre den Studienplatz zum Asyl hat verkommen lassen. Zu oft mißverstehen wir diese Verrümpelung als Engagement. Wo die Erfahrung des Ich in der Gemeinschaft gesucht wird und die Auseinandersetzung des Selbst mit dem Thema, wo Formen gefordert werden, die es erlauben, sich einzubringen, da wird auch gefrühstückt – mit allen Konsequenzen, die dies für die Möblierung hat.

Anders präsentiert sich der Lebensraum als Produktionsstätte. Wo ein Institut Versuchsabteilung für industrielle Prototypen ist, wo präcompetitive Forschung und Entwicklung stattfindet, wo ein Lehrstuhl Auftragnehmer der Auftragsforschung und die Universität Medium für den Wissenstransfer ist, in der Universität als Innovationszentrum und Ausbildungsstätte für den industriellen Nachwuchs, da liegen Zeitschriften aus, sind Vorführterminals verfügbar, gibt es Overhead-Projektoren und Textbausteine für die Erstellung von Folien. Laserdrucker, Telefaxgeräte und Macintosh's gehören hier zum Inventar. Wo Industriekooperation die Forschung beherrscht, kommt auch mal Firmenbesuch – und dann muß das Kopiergerät in der Nähe stehen.

Universität als Suchraum für Sinn und Geist

Die Bestimmung der Universität als Bildungsstätte ist längst nicht mehr haltbar. Sie hat eine veränderte gesellschaftliche Funktion und ist zum Ausbildungsplatz geworden. Zum Platz für eine Berufsausbildung. Nicht alle Professoren sehen das so und auch nicht alle Studenten. Für die ersteren hat ja zumeist die Universität als Bildungsstätte die Funktion der Berufsausbildung erfüllt, so daß hier der Druck der Veränderung nicht erlebt wurde, und für die letzteren ist durch den Wunsch nach Bildung und die Angst vor der Industrie die Universität oft Fluchtraum, in dem sie ihre späte Adoleszenz verbringen.
Wenn 20 Prozent eines Jahrgangs die Universität besuchen, kann ihr Bildungsanspruch nicht alleine ihre Aufgabe definieren. Abgesehen davon, daß dies volkswirtschaftlich kaum tragbar wäre, bestehen ja auch in der Realisierung die größten Probleme. Nicht, daß bei der großen Zahl der Studenten die Intelligenz im Mittel so sehr abgenommen hätte oder in der Varianz soviel zugenommen und Bildung deshalb nicht möglich wäre, nicht in dieser Hinsicht, sondern durch die dezidierten Berufsinteressen der meisten Studenten ist Bildung Mangelware, aber auch schwer zu verkaufen.
Die Merkmale dieser Situation bestimmen auf drastische Weise den Universitätsalltag und bilden, zusammengenommen, ein Schreckgespenst: die Massenuniversität. Massenveranstaltungen, Studentenströme ohne gemeinsames Ziel, Orientierungslosigkeit und, in Folge davon, Sprachlosigkeit sind solche Merkmale. Dem gegenüber stehen ein heftiges Individualisierungsbegehren, die Flucht der Dozenten und ihre Orientierung nach außen, die fachliche Vereinfachung und die allgemeine Didaktisierung. Wenn überdies Investitionen und Ressourcen vom Kurrikularnormwert abhängen, der die Betreuungsdichte bestimmt, wenn Studenten nur über ein Losverfahren

der Besuch von Lehrveranstaltungen erlaubt werden kann, und wenn schließlich entweder der Numerus clausus zur Beschränkung der Studentenzahlen oder der Ausbau der Studienplätze um 300 Prozent gefordert wird, dann ist in einem Fach wie der Informatik die Frage nach Sinn und Geist schon fast esoterisch.
Die Klage, der Universität fehle der Geist, wird gerne gehört, auch dann, wenn die Kläger nicht sagen können, was eigentlich fehlt. Frühere Ideale sind heute Utopien der Vergangenheit. So mündet die Klage in Suche, die Suche nach dem Geist, der die universitäre Kultur trägt und sich in der Ethik des Alltags artikuliert. Doch scheint mir, daß dieser Geist wohl niemals erlebt wird, sondern erst in der Rückschau erkannt. Jetzt, denke ich, können wir deshalb nur nach dem Sinn fragen, ohne auch hier klar zu wissen, was genau dies sei. Wenn Sinn eine Qualität von Verbindung ist und damit Abgrenzung und Auszeichnung der verbundenen Dinge von den übrigen, dann braucht dieser Sinn das Kleine, das Überschaubare, das sinnlich Wahrnehmbare, d. h. das, was in der Massenhaftigkeit verschwindet. Aber nicht jeder, der deshalb den Menschen sucht, findet den Sinn, und ebensowenig ist Geist schon in der viertelparitätischen Besetzung der Gremien zu finden. Mißverständnisse, zuviel Vagheit und zuviel des Guten machen die Suche so schwer.
Die gegenstandsfreie Suche nach Sinn und Geist ist Thema in der Universität und ist in der Informatik von der Frage nach deren Erkenntnisbegründung und Einfluß auf die soziale Dimension nicht getrennt. Die Technikkritik hat dabei die philosophischen Grundlagen erreicht und die Guten von den Bösen getrennt. Das aristotelische, kartesische, mechanische, rationale, positivistische, pragmatische, logisch-empirische, universale und effektivistische Denken ist suspekt geworden. Es wird für den technischen Dämon verantwortlich gemacht. Dem Aristotelischen wird das Platonische entgegengestellt, der Sachverwaltung der Sphären der Dialog über die Tugend. In diesem Dialog lebe der Mensch, und dieser Dialog schaffe Sinn. So entsteht ein Traum. Der Traum der Universität als Raum für Sinn und Geist.

Der Bericht der Kommission

Am 15. Januar 1977 trat die ›German Universities Commission‹ in West-Berlin zusammen und begann ein 14-tägiges Besuchsprogramm bei Universitäten und Regierungsinstitutionen. Bestehend aus Universitätsprofessoren und Direktoren von Forschungseinrichtungen aus Frankreich, Italien, Dänemark, England, Australien und den USA, beschäftigte sich die Kommis-

sion nach mehr als dreijähriger Vorarbeit mit der Untersuchung zur Lage der Universitäten in der Bundesrepublik Deutschland.
Für den ›International Council on the Future of the University‹, dessen erklärtes Ziel es ist, die Bedingungen für Forschung und Lehre in den Universitäten zu erhalten und zu verbessern, legt die Kommission einen *Bericht über Deutsche Universitäten* vor (Klett 1978), der mit folgender Analyse beginnt:

»In den letzten 10 Jahren hat Westdeutschland eine rapide Demokratisierung seiner Universitäten erlebt. Ausgelöst durch den Druck der Studentenbewegung an der Freien Universität Berlin, hat diese Entwicklung zu einem bundesstaatlichen Reformgesetz geführt, dem Hochschulrahmengesetz, das 1976 verabschiedet wurde und das die Grundsätze für die Demokratisierung aller Hochschulen aufstellt. Die Reform beruht auf einem Prinzip, das aus den Bemühungen der Gewerkschaften in den sechziger Jahren erwuchs, eine stärkere Beteiligung der Arbeiter an den Managemententscheidungen im Industriebereich (›Mitbestimmung‹) zu entwickeln. Die erste Reform an der Freien Universität Berlin 1967 forderte die Beteiligung von Universitätsmitgliedern an allen Entscheidungsgremien und trug zur Entstehung des drittelparitätischen Universitätskonzepts bei (Studenten, Assistenten und Professoren), das dann zum ›Gruppenprinzip‹ wurde, welches die Grundlage aller nachfolgenden Universitätsreformen in Deutschland bilden sollte.«

In diesem nüchternen und gehaltenen Ton, aber nicht ohne Engagement in den Formulierungen befaßt sich die Kommission mit dem, was sie in den 14 Tagen ihrer Besuche gesehen hat und was ihr in Gesprächen aus dem Alltag berichtet wurde. Ihr Thema ist die Frage der universitären Autonomie. Sie glaubt zu erkennen, daß der Übergang zur Massenuniversität in der Bundesrepublik und in Berlin mit einer allgemeinen Politisierung und Radikalisierung einhergegangen ist, sie sieht in der Einwirkung des Staates auf die Universität eine mit der Wissenschaft nicht vereinbare Maßnahme der Steuerung, und sie erkennt im Prinzip der Mitbestimmung die »abwegige« Vorstellung, »eine Universität könne zu einer demokratischen Gesellschaft en miniature werden«.
Sie beklagt den Einfluß parteipolitischer Interessen in Universitätsangelegenheiten und ist über die ideologische Kontrolle bei Examensarbeiten, Berufungsfragen und Forschungsangelegenheiten erschrocken. Wissenschaftliche Forschung erfordere »Einsamkeit und Freiheit«, zitiert die Kommission Wilhelm von Humboldt, und gibt zu bedenken, daß dieser wohl utopische und anachronistische Anspruch in seiner inneren Schlüssigkeit besonders dann respektiert werden müsse, wenn die Bedingungen dafür so ungünstig seien wie heute.
Die Kommission ist überrascht, daß die deutschen Universitäten die Zulassung der Studenten nicht selbst regeln, und berichtet: »Das gesamte Zulassungsverfahren wird von einer einzigen zentralen Instanz kontrolliert, die

ihren Sitz in Dortmund hat: Ein programmierter Computer.« Sie verweist nicht ohne Erstaunen auf das in der Bundesrepublik verbriefte Recht zur Studienförderung durch die Familie oder den Staat und empfiehlt:

»Der immense Druck, den die hohen Studentenzahlen auf die deutschen Universitäten ausüben, macht ein sehr viel strikteres System von Zwischenprüfungen in allen größeren Fächern notwendig. Diese sind erforderlich, um ungeeignete Studenten auszusieben, die gegenwärtig geradezu eingeladen werden, Jahre mit der Verfolgung unrealistischer Ziele zu verschwenden. Die Zwischenprüfung sollte in allen Fächern verbindlich gemacht und streng durchgeführt werden.«

Die Kommission sieht im Hochschulrahmengesetz die Verankerung des Gruppenprinzips, das, nach ihrer Erkenntnis, unausweichlich zu größerer Politisierung führt und im übrigen »einfach nicht praktikabel ist«.

Sie resümiert: »Soweit wir sehen konnten, ist die Praxis ›partizipatorischer Demokratie‹ im akademischen Entscheidungsprozeß äußerst zeitraubend und beeinträchtigt die Qualität akademischer Arbeit. Wir haben nicht einen einzigen vernünftigen Grund für die Übertragung des Mitbestimmungsprinzips von der Wirtschaft auf die Universitäten finden können. Wo es um Berufungsfragen, Prioritäten und Studieninhalte geht, ist das Prinzip vollkommen unangebracht. Die Regelung dieser Angelegenheiten ist das grundlegende, wenn nicht sogar ausschließliche Recht des Lehrkörpers.«
Das Gruppenprinzip, so urteilt die Kommission, ist für alle Beteiligten »mit großen Kosten verbunden, die kaum übersehen werden können. Die politischen und administrativen Veränderungen, die eine breite Partizipation garantieren sollen, erfordern einen Aufwand, der nur geleistet werden kann, wenn die Mitarbeiterstäbe erweitert werden oder die für Forschung und Lehre zur Verfügung stehende Zeit gekürzt wird. Die Folge davon ist in vielen Fällen, daß die repräsentativen Gremien immer weniger repräsentativ sind. Viele Wissenschaftler und erst recht ernsthafte Studenten weigern sich, ihre Arbeit der Politik zu opfern, während umgekehrt andere Universitätslehrer und Studenten die politische Betätigung wissenschaftlicher Arbeit vorziehen, für die sie möglicherweise weder emotional noch intellektuell hinreichend ausgerüstet sind. Und schließlich gibt es viele Wissenschaftler, die sich – angetrieben von einer tiefen Sorge um die zentralen Werte der Universität und einer besonderen Zivilcourage – gezwungen sehen, wertvolle und potentiell schöpferische Jahre ihres Lebens mit endlosen Sitzungen zu verbringen« ...

Der Blick des äußeren Betrachters

Obwohl der Einfluß von Parteien und Gruppierungen mit allgemein politischen Zielen auf die Universität heute weniger groß ist als vor zwölf Jahren, hat der Kommissionsbericht in dem, was er betrachtet, an Aktualität kaum verloren. Änderungen des Hochschulrahmengesetzes und der Hochschulgesetze der Länder haben den Grad der Mitbestimmung seither zwar wieder eingeschränkt, der gegenwärtige Kampf um die Demokratisierung der Hochschulen wirft jedoch alle in dem Bericht zur Sprache gebrachten Fragen wieder auf.

Unter dem Eindruck langer und aufreibender Auseinandersetzungen über Fragen der Mitbestimmung, Neugestaltung und Studienreform erscheint der Bericht der Kommission auf eigenartige Weise schmerzlich. Obwohl er, auf seinen Gegenstand bezogen, ultrakonservativ, idealistisch und antidemokratisch ist, läßt sich für ihn kein politischer Standort finden. Dazu fehlt die nötige Eingebundenheit der Kommission in die interessenbestimmten Handlungs- und Diskussionszusammenhänge. Die erbarmungslose Distanz zwischen der Kommission auf der einen Seite, die als Delegation von außen, ausgerüstet mit der Bewußtheit ihres Sachverstands und ihrer unabhängigen Rolle und Meinung, sagt, was sie sieht, hört und denkt, und den Mitgliedern der inspizierten Universitäten auf der anderen Seite, die wie eine eingeschlossene Gesellschaft, niedergedrückt von der Schwerkraft der Verwicklung und Betroffenheit, sich sagen lassen müssen, worunter sie leiden, diese erbarmungslose Distanz verbietet es, der Kommission Befangenheit zu unterstellen oder die Vertretung ständischer Interessen und den Versuch der Rückgewinnung von Macht. Auch wird man ihr kaum Naivität vorwerfen können, denn da ist nichts, das sie hätte besser wissen müssen. Die Verbannung in eine politische Ecke wäre ein bewußter Akt der Abwehr. Auch läßt sich die Position der Kommission nicht auf einen politischen Ort fixieren, denn diese Position liegt quer zum Spektrum der Meinungen.
Was machen wir nun mit dem Bericht der Kommission? Ich sehe keinen ehrlichen Grund, ihn zurückzuweisen, aber auch keine Möglichkeit, ihn entgegenzunehmen. Er würde sich dabei verändern, denn die Position des Unpolitischen läßt sich politisch nicht vertreten, die Frage der Aufhebung der Mitbestimmung in den Gremien nicht durchsetzen, und auch der Staat wird sich die Autonomie gegenüber dem Staat nicht abringen lassen.
Ich muß erkennen, daß ich politisch gefangen bin und daß die Kommission das sieht.

Diskriminieren, Spalten und Integrieren

Befragt, was sich ändern muß, kann ich keine fertige Antwort geben. Vieles natürlich – aber dafür muß vieles bedacht werden, damit die Verantwortung für die Veränderung auch tragbar ist.
Nur noch in seltenen Fällen bescheinigt das Universitätsdiplom eine Ausbildung, die man wissenschaftlich nennen könnte, und nur wenige Studenten arbeiten später als Wissenschaftler. Mit dem Wunsch, soziale Ungerechtigkeiten zu vermeiden und soziale Chancen auszugleichen, hat sich ein in Angebot und Anforderungen vereinheitlichter Studiengang entwickelt, in dem wir alles für alle in einem tun. Damit einhergehend ist die Fähigkeit

verlorengegangen, Konsequenzen aus der Erkenntnis zu ziehen, daß einer etwas besser kann als die anderen. Obwohl mit dieser Situation niemand glücklich ist, ist sie doch aus sich heraus kaum veränderbar. Die Forderung nach Demokratisierung der Hochschulen scheint dabei solche ohnmächtige Unterscheidungslosigkeit auch noch ideologisch zu stärken. In einem alternativen Studienordnungsentwurf, den jetzt eine Gruppe von Studenten, akademischen Mitarbeitern und Professoren vorlegte, wird die freie Wahl der Studieninhalte gefordert: Jeder studiert seine Sicht der Informatik. Zwar wird auch hier erkannt, daß das Einheitsangebot nicht mehr stimmt, aber der Vorschlag, dies zu heilen, tötet die Identität des Fachs, individualisiert sie und ersetzt sie durch die allgemeine Beliebigkeit. So geht es nicht.

Es wäre realistisch, viele Studenten von dem Anspruch der Wissenschaftlichkeit zu befreien und ihnen eine gute Berufsausbildung anzubieten, die es ihnen erlaubt, im Einklang mit ihrer fachbezogenen Nebenarbeit zu studieren. Anderen Studenten sollte ein wissenschaftliches Studium angeboten werden, das mit dem Nachweis der Befähigung zu eigenständiger wissenschaftlicher Arbeit, der Promotion, abgeschlossen wird. Nach dem Vordiplom, wenn für die meisten Studenten Fähigkeiten und Interessen erkennbar sind, könnten sich die Studienrichtungen teilen. Durch ausgewählte Nebenfächer und durch eigenständige anwendungsbezogene Studiengänge innerhalb der Informatik könnte so zielgerichtet studiert werden. Die Identität des Fachs als Wissenschaft würde sich im wissenschaftlichen Studiengang entfalten und wäre von dem berufsbezogenen Anwendungsdruck befreit.

Die Informatik-Berufsausbildung an der Universität ließe sich mit der Arbeitspraxis integrieren. Jetzt schon führen viele Firmen und Institutionen Studenten als feste Arbeitnehmergruppe in ihrer Personalplanung und bemühen sich um Diplomarbeiten nach Absprache. An dieser Praxis ist nur schlecht, daß sie mit unseren wissenschaftlichen Ausbildungszielen im Konflikt steht. In den meisten Fällen, die ich erlebt habe, ist sie zum Nutzen aller Beteiligten ausgegangen.

Forschung und Lehre wären bei einer solchen Aufteilung nicht getrennt, denn die Forschung könnte in den wissenschaftlichen Studiengang integriert werden, wahrscheinlich viel besser als bisher, und die Forscher wären die Lehrer der Berufsausbildung. Schließlich könnte sich das Studium von seiner künstlichen und oft nur vermuteten Praxis befreien und sich klarer als bisher den Methoden und Fakten widmen. So könnte es gehen. Es wäre, glaube ich, einen Versuch wert.

Marianne Schuller
Textilien
Literaturwissenschaft in der Krise?

Nach wie vor beschäftigt sich die Literaturwissenschaft am liebsten mit der Krise. Mit der Krise der Literaturwissenschaft. Sie lastet schwer auf den literaturwissenschaftlichen Gemütern. Sie durchzieht jede Institutsratssitzung und gibt, nach wie vor, für Tagungen und Symposien Anlaß. Besonders angesehen ist die sogenannte Legitimationskrise. Sie wird mehr oder minder als ein gesellschaftliches Unrecht verhandelt, das dem Fach von seiten ›der Gesellschaft‹ zugefügt wird. Anstatt die kritischen Reflexionspotentiale der Literatur und Literaturwissenschaft hellhörig aufzunehmen, würdige sie diese »zum unzeitgemäßen ›Bildungsballast‹« herab.[1] Woher rührt der Entzug einer gesellschaftlichen Legitimation? Die Einleitung zu dem Sammelband *Wozu noch Germanistik?* von 1989 gibt eine komprimierte und doch weit gespannte Antwort. Sie lautet: »Heute jedoch wird die Frage, was Germanistik eigentlich soll, dem Fach massiv durch eine ökonomische, technologische und ideologische Entwicklung aufgedrängt, die ihre Zuflucht allein in wirtschaftlicher Expansion, einer grenzenlosen Technologiegläubigkeit und einem Reflexionsstop sucht, worin der Begriff der Zukunft aufgehen soll.«[2] Was also wird der gesellschaftlichen Zukunft entzogen, wenn der Literaturwissenschaft die gesellschaftliche Legitimation entzogen wird? Die Antwort: »Emanzipation, Mündigkeit, Autonomie, intersubjektive Verständigung und Selbstreflexion, die bis in die siebziger Jahre hinein als Ausgangspunkte wissenschaftlichen Erkenntnisinteresses in der Germanistik und als Handlungsmaxime im Deutschunterricht diskutiert wurden ...«[3]

Wenngleich die Beschäftigung mit der Krise der Literaturwissenschaft nicht nur im pathetischen Ton, sondern vielstimmig und mit vielen Zwischentönen vorgetragen wird, so ist vielleicht doch ein Fluchtpunkt auszumachen: Die Krise erweist sich als Verlust der Anerkennung der Kritik, die zum Selbstverständnis der Literaturwissenschaft gehört(e) wie das Amen in der Kirche. Es handelt sich sozusagen um eine Krise der Kritik. Damit aber treten »Kritik und Krise« in ein konstitutives Verhältnis. Diesem Konstitutionsverhältnis ist Reinhart Koselleck in seinem gleichnamigen Buch mit

dem Untertitel »Ein Beitrag zur Pathogenese der bürgerlichen Welt«[4] nachgegangen. Nicht nur hat das Wort ›Kritik‹ zusammen mit ›Krise‹ den gemeinsamen Ursprung im griechischen ›krino‹[5], sondern das kritische Verfahren selbst ist es, das, nach Koselleck, die ›Krise‹ hervortreibt. Sofern nämlich das kritische Verfahren zur Ausbildung der Geschichtsphilosophie führt, wird Geschichte der Kritik ausgesetzt und unterworfen. Vor dem Richterstuhl der Kritik aber kann sie nicht bestehen: sie wird gleichursprünglich krisenhaft. »Krise und Geschichtsphilosophie«, so ein Resümee Kosellecks, »erweisen sich damit als eine gegenseitig sich ergänzende, innerlich zusammenhängende Erscheinung. Ihr Zusammenhang gründet in dem kritischen Prozeß, den das Bürgertum gegen den Staat angestrengt hatte. Aus der Kritik entspringt die Geschichtsphilosophie, die Kritik ist der Vorbote der Krise.«[6]

In jüngster Zeit hat Lyotard die große geschichtsphilosophische Erzählung der Aufklärung, »worin der Heros der Wissenschaft an einem guten ethisch-politischen Ziel, dem universellen Frieden, arbeitet«[7], als einen grundlegenden Legitimationsdiskurs des modernen Wissens und seiner Institutionalisierung seit dem 19. Jahrhundert bestimmt. Die geschichtsphilosophische Narration, die selbst literarisch verfährt, nämlich ist in der Lage, eindeutige Subjektpositionen zu klären und widerstrebende, mit dem Wissen selbst gegebene Tendenzen zu vermitteln. In dieser Funktion, die im emphatischen Konzept der »Bildung« kulminiert, wird sie auch zur Grundlage der Humboldtschen Universitätsreform. Einerseits nämlich ist das Wissen indifferent gegenüber ethisch-moralischen Postulaten, zum andern aber soll es, in den Worten Humboldts, der »geistigen und sittlichen Bildung (der Nation)«[8] dienen. In der geschichtsphilosophischen Narration, sozusagen dem Bildungsroman der Geschichte, werden diese beiden unterschiedlichen und widerstrebenden Tendenzen vereinheitlicht. Entsprechend besteht die geschichtsphilosophisch legitimierte Bildung nach Humboldt »nicht nur im Erwerb von Kenntnissen durch Individuen, sondern in der Ausbildung eines durch das Wissen und die Gesellschaft vollständig legitimierten Subjekts«.[9] Selbstverständlich taucht die geschichtsphilosophische Narration als Legitimationsdiskurs nicht mehr ungebrochen auf. Auch nicht in der Literaturwissenschaft. Und doch schlängelt sie sich, kryptisch und inhaltlich umbesetzt, noch immer durch die nicht enden wollende Rede ihrer Krise. Mehr noch: die Brüchigkeit der geschichtsphilosophischen Erzählung selbst ist es, die dem melancholischen Habitus vieler Literaturwissenschaftler Vorschub leistet. Sie ermöglicht es auch noch, individuelle Krisen, wie sie auch einen Literaturwissenschaftler nach zwanzig Jahren Lehre und vielleicht nach zwanzig Jahren Ehe oder ähnlicher Ver-

hältnisse ankommen, als Symptom eines geschichtsphilosophischen Verhängnisses zu verstehen.

Warum sich diesem Diskurs im Zuge der Literaturwissenschaft zuwenden, wie sie sich heute in ihren unterschiedlichen Formationen darstellt? Weil die geschichtsphilosophische Grundierung der Literaturwissenschaft dazu tendiert, die wirklich auftretenden Schwierigkeiten und Herausforderungen nicht angemessen wahrzunehmen. Ebenso tendiert sie dazu, als Kehrseite derselben Medaille, innovative Forschungsrichtungen innerhalb der Literaturwissenschaft zu marginalisieren. Und schließlich tendiert sie dazu, theoretische Einschnitte und Innovationen sich in einer Weise zu assimilieren, die ihnen das Statut der Mode verleiht. In dieser Hinsicht ist die herrschende ›feministische Literaturwissenschaft‹ geradezu tonangebend.

Eine unübersehbare Herausforderung für die Literaturwissenschaft ist durch die Medienentwicklung eingetreten. Sie muß für die Literaturwissenschaft eine Art Choc darstellen. Warum? Nicht nur aus Sorge um die gesellschaftlichen Kommunikationsformen, nicht nur aus Sorge um die beschworene Emanzipation und Mündigkeit des Subjekts und des sogenannten intersubjektiven Verstehens. Sondern, viel schlichter und naheliegender, weil die Literaturwissenschaft sich traditionell auf die vom Bildungsbürgertum getragene Lese- und Schreibkultur verpflichtet hat. Und aus dieser Kultur gehen ja selbst die Fiktionen vom autonomen Subjekt hervor: sie sind Abkömmlinge der Lese- und Schreibkultur, wie sie sich seit dem 18. Jahrhundert durch die Alphabetisierungskampagne und die Durchsetzung des Buchmarktes etabliert hat.

Vor allem durch die Studentenbewegung der sechziger Jahre hat sich eine Veränderung vollzogen, die Jutta Kolkenbrock-Netz in einem Diskussionspapier im Rahmen einer Tagung an der Evangelischen Akademie Loccum bündig charakterisiert hat: es ging im studentischen Projekt der sechziger Jahre um »die Transformation der Germanistik von einer *nationalen Legitimationswissenschaft*, die tief in die Geschichte des deutschen Faschismus verstrickt war, zu einer *kritischen Gesellschaftswissenschaft bzw. Kulturwissenschaft*, die nicht auf den Gegenstandsbereich der ›schönen Literatur‹ eingeschränkt ist«.[10] Diese Transformation, die eine Reihe weiterer Veränderungen im Gefolge hat, ist bis heute nur unzureichend eingelöst. Aber die Medienentwicklung fordert die Literaturwissenschaft noch in ganz anderer Weise heraus.

Zwar gibt es eine gefächerte Diskussion über die Medien und die ›neuen Medien‹ auch innerhalb der Literaturwissenschaft.[11] Aber sie zerfällt häufig genug in Fraktionierungen und bleibt in ideologischen Abwehrgesten stekken. Warum ideologisch? Weil die Problematik der ›neuen Medien‹ gar

nicht entfaltet, sondern über einen Schirm von kulturkritischen Diskursen ferngehalten wird. Die Elemente, den kulturkritischen Abwehrdiskurs auszustatten, liegen in der Luft: Vereinnahmung des ›Subjekts‹ durch die neuen Informationstechnologien und damit Vereinnahmung durch eine von der Industrie lancierte Politik, zum Beispiel. Und, zuguterletzt, das Verstummen und Verschwinden des Literarischen. Die traumatische Rede vom Schrumpfen der Literaturwissenschaft zur ›Neuen Altgermanistik‹ macht die Runde. Aber, so ist zu fragen, wird den anvisierten Schreckensbildern nicht in dem Maße Vorschub geleistet, wie sie durch diesen Typ kulturkritischer Rede ferngehalten werden sollen? Von welchem Ort ergeht denn eine solche Rede? Wähnt sich der Literaturwissenschaftler nicht, indem er so spricht, immer noch als das repräsentative Subjekt, das, dank Bildungshorizont und institutioneller Situierung in einer ›Bildungsanstalt‹, zum Herrn der Dinge avanciert? Handelt es sich nicht um die phantasmatische Resistenz eines philosophisch begründeten Intellektuellen-Mythos? Eines Intellektuellen-Mythos, der darauf baut, daß die Welt an ihn Fragen von philosophischer und praktischer Relevanz richtet? Bei Lyotard heißt es in einer resümierenden Reflexion des Unterschieds zum 18. Jahrhundert am Beispiel des Philosophen: »Wir haben uns vielmehr zu fragen, ob die Welt heute noch eine derartige Frage an ihn richtet. Ob sie überhaupt eine Frage an ihn richtet.«[12] Und wenn die Nachfragen ausbleiben, dann nimmt der Mythos die schwarze Farbe der Melancholie an. Sie übertüncht auch häufig noch die drängende Forderung, Fragen an sich selbst und an die eigenen Kompetenzen zu stellen. Ist denn ein Literaturwissenschaftler gerüstet für die Beschreibung und Analyse der sogenannten ›neuen Medien‹? Ist es möglich, ohne ausreichendes technologisches Wissen in eine kritische Auseinandersetzung zu treten? Und was heißt ›ausreichendes technologisches Wissen‹? Reicht ein kulturkritischer Diskurs aus, um die Informationstechnologien zu rekodieren? Fragen dieser Art also betreffen die Begrenztheit der eigenen Kompetenzen und Wissensbestände, die nicht schon als ›kritisches Potential‹ in die Waagschale der Mediendebatte zu werfen sind.

In dem Maße aber, wie diese Verwechslungen praktiziert werden, vergrößern sich die Schreckensbilder ›der Medien‹, die ihrerseits der Kulturkritik wieder Nahrung zuführen. Ein nahezu selbstlaufendes System. Demgegenüber und nahezu abgekoppelt vom literaturwissenschaftlichen Gang der Dinge etablieren sich medientheoretische Zentren. Sie stehen in der literaturwissenschaftlichen Landschaft da wie unzugängliche erratische Blöcke. Oder auch, wenn das Bild zu altmodisch ist, wie ein unzugänglicher Theorie-Maschinen-Park. So etwa seit kurzem am Literaturwissenschaftlichen Seminar der Ruhr-Universität Bochum. Bewundert viel und viel geschol-

ten: Friedrich A. Kittler. Schon der Gestus, in dem seine beiden medientheoretischen Grundbücher[13] verfaßt sind, enthält den impliziten Hinweis auf eine Begrenztheit des literaturwissenschaftlichen Diskurses, sofern sein Metier das Medium der Schrift ist und bleibt. In dem Maße nämlich, wie die Schrift, Kittler zufolge, verblaßt und verschwindet in neuen Speichertechniken, können auch diese nicht mehr im Medium der Schrift repräsentiert werden. Was bleibt? Nachträgliche Erzählungen ihrer Vorgeschichten oder auch: Friedrich Kittler als letzter Autor im Zeitalter der Medien. In *Grammophon Film Typewriter* steht in ironischer Wende eines ausgekosteten Abschieds zu lesen: »Technologien aber, die die Schrift nicht bloß unterlaufen, sondern mitsamt dem sogenannten Menschen aufsaugen und davontragen, machen ihre Beschreibung unmöglich. Mehr und mehr Datenströme vormals aus Büchern und später aus Platten oder Filmen verschwinden in den schwarzen Löchern oder Kästen, die als künstliche Intelligenzen von uns Abschied nehmen, zu namenlosen Oberkommandos unterwegs. In dieser Lage bleiben nur Rückblicke und das heißt Erzählungen. Wie es dazu kam, was in keinem Buch mehr steht, ist für Bücher gerade noch aufzuschreiben.«[14] Es handelt sich auch um einen Abgesang, aber eher einen fröhlichen im Sinne Nietzsches. Wie weit er theoretisch haltbar ist, kann hier nicht diskutiert werden. (Handelt es sich bei Kittler nicht um einen sich totalisierenden produktionstheoretischen Ansatz, der, etwa im Unterschied zu Benjamin, die Fragen der Wahrnehmungsweisen unter den Bedingungen der neuen Technologien ausschlägt?) Wohl aber kann darauf verwiesen werden, daß eine Auseinandersetzung mit den theoretischen ›Würfen‹ Kittlers im Rahmen der offiziellen Literaturwissenschaft hierzulande eher vermieden wird. Warum? Aus Angst, dort könnte abgeschafft werden, wovon die Literaturwissenschaft spricht? Muß sie denn davor Angst haben? Warum kann sie denn nicht ihr vornehmstes Geschäft, nämlich die Kritik, auch hier ins Feld führen? Gerät ihre Kritikfähigkeit nicht nur gegenüber ›der Gesellschaft‹, sondern auch intern in eine Krise?

Denn dieses seltsame Schweigen – dem auf der anderen Seite eine modische Beredsamkeit entspricht – breitet sich auch jenseits der großen, in Buchform vorliegenden Entwürfe zum Problem der Medien und der ›neuen‹ Medien aus. So etwa im Hinblick auf die medientheoretischen Ansätze meines Kollegen Klaus Bartels. Während Kittler mehr oder minder mit der Durchsetzung der Alphabetisierung um 1800 beginnt, bezieht Bartels den medialen Kampf um ›Bild und Schrift‹, wie er vor allem im 17. Jahrhundert geführt worden ist, in seine Theorie der Medien mit ein. Im Raum einer Geschichte und Theorie der Fiktionalisierung sieht Bartels den Sieg der Schrift und des Literalen als stationär an: durch die Fotografie im 19. Jahr-

hundert ziehen mit aller Macht die Bilder wieder ein, die aber ihrerseits, wie auch noch die imaginäre Bilderflut des Films, literarisch rekodierbar schienen. Mit den neuen Technologien, so Bartels, wird auch die literarisch-anthropomorphe Rekodierbarkeit außer Kraft gesetzt. Und damit auch, so Bartels, eine durch die Fixierung auf die Lese- und Schreibkultur etablierte Grundlage der Literaturwissenschaft. Für Bartels, der auf der Integration technologischen Wissens besteht, heißt das: »Die elektronischen Maschinen der heutigen ... Generation lassen sich nicht mehr ... literarisch rekodieren, denn sie übersteigen das menschliche Fassungsvermögen ... Im Gegensatz zu den kinetischen Maschinen sind die elektronischen Maschinen nicht als ›Individuen‹, sondern vor allem in der Vernetzung leistungsfähig. Die Vernetzung ist nicht mehr darstellbar, denn sie ist weltweit. Chaplin schuf mit dem riesenhaften Fließband, Fritz Lang mit dem Riesenmaul der Stadt Metropolis anthropomorphe, individuelle Bilder der Maschine. Die anthropomorphe Rekodierung eines international vernetzten Maschinenkollektivs fällt schwer.«[15] Nach Bartels folgt daraus eine Neuorientierung literaturwissenschaftlicher Verfahren gerade in dem Maße, wie sie das Feld der Fiktionen und der »Eingebildeten Texte«[16] zu ihrem Gegenstand hat: »Es ist an der Zeit, daß die Wissenschaften von der Fiktion, die Geisteswissenschaften also, dies einsehen, bevor sie sich in Erzählwissenschaften verwandeln, die anfallende Zivilisationsschäden durch das Erzählen von Sensibilisierungsgeschichten, Bewahrungsgeschichten und Orientierungsgeschichten kompensieren.«[17] In anderen Worten: auch der Horizont der Literaturwissenschaft ist keineswegs nur verstellt. Im Gegenteil: es stellen sich höchst dringliche Fragen, die keineswegs vom geschichtsphilosophischen Paradigma gelöst und kulturkritisch einkassiert werden können. Vielmehr gilt es, sich vom geschichtsphilosophischen Paradigma zu lösen, um Fragen stellbar zu machen.

Aber muß man sich erst an den Rand der Literaturwissenschaft begeben, um Fragestellungen innovativen Typs entdecken zu können? Ganz und gar nicht. Vielmehr sind im Zuge einer produktiven Strukturalismus-Rezeption seit den siebziger Jahren theoretische und praktisch wirksame literaturwissenschaftliche Konzepte entwickelt worden, die den melancholischen Habitus auch im Gewande einer »Linken Melancholie«[18] empfindlich treffen können. In diesem Zusammenhang denke ich vor allem an das von Jürgen Link eröffnete Arbeitsfeld. Während heute die Rede vom ›Diskurs‹ gang und gäbe ist, liegt bei Jürgen Link ein ausgearbeitetes literaturwissenschaftliches Konzept vor, das die strukturale Relektüre der Marxschen Texte durch Louis Althusser[19], die Semiotik, die Diskurstheorie Michel Foucaults und das kulturtheoretische Konzept Gramscis in systematischer Weise mit-

einander koppelt. Dabei geht Link von den diskurstheoretischen Untersuchungen Foucaults aus (der sich ausschließlich Texten und nicht anderen technischen Medien zugewandt hat). Entscheidend ist vor allem die Theorie der »diskursiven Formationen«[20], unter denen Foucault die arbeitsteilig ausdifferenzierten Wissensbereiche der Moderne und ihrer Machteffekte begreift. In dem Maße, wie Foucault an der Rekonstruktion der funktionalen Koppelungen der unterschiedlichen diskursiven Formationen oder der »Spezialdiskurse« (Link) interessiert war, hat er in exemplarischen Analysen zu Medizin, Psychiatrie, Pädagogik, Sprachwissenschaft und Politökonomie[21] nicht etwa eine neue Humanwissenschaft, sondern eine Theorie der Humanwissenschaften entwickelt. Nach Foucault sind es vor allem die Humanwissenschaften, in deren Zentrum ›der Mensch‹ auftaucht, die eine integrale oder integrierende Koppelung der divergierenden Wissensfelder bewirken. Sie sind es, die ›normalisierende‹ Verfahren ausbilden, deren Normalitätsdispositiv durch Subjektivierung ›den Menschen‹ formieren. Mit Foucault und Gramsci[22] kann Link sagen: »Das Normalitätsdispositiv ist also ein Modellfall von Hegemonie als Beieinander von Wissensverteilung, Diskursintegration, Subjektbildung und Assoziation.«[23]
Hier nun setzt die literaturwissenschaftliche Arbeit an. In zweifacher Hinsicht: zum einen in der Rekonstruktion der hegemonialen Diskursintegration und zum andern in der theoretischen und praktischen Generierung von antihegemonialen Diskurspraktiken. Denn den Untersuchungen Jürgen Links und seiner Mitarbeiterinnen zufolge verläuft die gesellschaftlich notwendige Diskursintegration vor allem über elementar-literarische Verfahren.[24] Sie bilden ein diskursives Netz aus, das Link als »Interdiskurs« bezeichnet. Nach Link verdichtet sich der Interdiskurs zu sogenannten »Kollektiv-Symbolen«, deren Rekonstruktion einen Schwerpunkt der Arbeit bildet. Nicht nur das Kollektiv-Symbol ›Auto‹ hat hier seinen Platz, sondern es wird auch eine historische Perspektive eröffnet. So zum Beispiel Arbeiten zum »Ballon« in der Zeit der Französischen Revolution.[25] Dieses literaturwissenschaftliche Projekt aber koppelt sich keineswegs von der »Hochliteratur« ab. Im Gegenteil. In seiner semiotischen, diskurstheoretischen und sozialgeschichtlichen Fundierung erweist sich das Konzept als eine literaturtheoretische Erweiterung. Denn wie etwa die Arbeiten zu Goethe, Jean Paul, Kleist und Hölderlin zeigen, leben auch die Texte der Hochliteratur von interdiskursiven oder kollektivsymbolischen ›Verwendungen‹. In anderen Worten gesprochen: das Konzept der ›Intertextualität‹, wie es vor allem von Julia Kristeva in grammatologischer Umschrift von Bachtins ›Dialogizität‹ entfaltet worden ist, wird durch Link zu größerer Komplexität ergänzt.

Seit 1982 nun gibt es ein weiteres Forum für dieses theoretisch-praktische literaturwissenschaftliche Projekt: *kultuRRevolution. zeitschrift für angewandte diskurstheorie.*[26] Herausgeber: Ulla Link-Heer, Jürgen Link. Es handelt sich um ein Projekt, das die gegenwärtig herrschenden, aber dennoch falschen Alternativen auszuhebeln sucht: hie ›alternativ‹, dort ›theoretisch avanciert‹; hie ›akademisch‹, dort ›spontan‹ und ›lebensnah‹, usw. Auch die Grenze zwischen dem ›Innen‹ und dem ›Außen‹ der Institution Universität wird porös. Tertium datur. Es handelt sich also um ein Laboratorium, das auch das Machtgefälle zwischen ›Theorie‹ und ›Praxis‹ zu durchkreuzen sucht. In diesem Sinne ist nicht nur der Untersuchungsgegenstand, nämlich die Entwicklung antihegemonialer Diskurstheorien und Diskurspraktiken, die eine Dekonstruktion der hegemonialen Diskurspraktiken einschließen, sondern das Arbeitsverfahren selbst ›antihegemonial‹ projektiert.

Ziemlich anders sieht es in dem Felde der Literaturwissenschaft aus, das mancherlei Hoffnungen geweckt hat.[27] Ich meine den Feminismus und seine literaturwissenschaftlichen Artikulationen. Er wird inzwischen selbst hegemonial verwaltet und gehandhabt. Ein flottierender Prozeß ist inzwischen institutionalisiert und damit auch reterritorialisiert. Sein Firmenzeichen heißt: ›feministische Literaturwissenschaft‹. Das hat vor allem staatliche Gründe. Gegenwärtig nämlich vollzieht sich ein staatlicher Modernisierungsschub, der den Frauen die Beteiligung an gesellschaftlich machtrelevanten Positionen mehr und mehr ermöglicht. Das Stichwort heißt ›Quotierung‹. Es hält auch Einzug in die Universität. Ohne Zweifel ist dieser Prozeß als fordernde Antwort auf den Ausschluß von Frauen aus dem Feld der Wissenschaft wahrzunehmen. Dieser Ausschluß, der sich im Hinblick auf ›Aufstiegs- und Karrieremöglichkeiten‹ noch heute auswirkt, hat eine lange Vorgeschichte. In Preußen etwa wurde den Frauen erst 1908 das Recht zum Hochschulstudium zuerkannt, und die Habilitation einer Frau im Bereich der Literaturwissenschaft gelang erst Melitta Gerhard 1926. Der Kampf gegen die Ausschlußverfahren ist also mehr als gerechtfertigt. Und doch mischt sich in die Siegesmeldungen auch Unmut. Warum?

Nach mehr als zehn Jahren Beschäftigung mit sogenannten ›Frauenfragen‹ ist die damit verbundene Arbeit nicht mehr dem Interesse oder auch Desinteresse von einzelnen Forscherinnen anheimgestellt. Vielmehr müssen sich heute alle Frauen, wenn sie die Aussicht auf eine akademische Karriere nicht von vornherein an den Nagel hängen wollen, mit ›Frauenforschung‹ befassen. Denn Frauen haben, wenn überhaupt, nur noch eine Chance für eine sogenannte ›Frauenstelle‹. Das bringt, wie es Barbara Hahn in einem Vortrag formuliert hat[28], den inzwischen nicht mehr ganz neuen Typus der

›Konvertitin‹ hervor. Es handelt sich um eine institutionell erzwungene Konversion, die nicht zuletzt das nach wie vor lebendige Engagement von Frauen überschattet. Die institutionell erzwungene Konversion hat höchst bedenkliche Einschränkungen zur Folge, die sich auch theoretisch auswirken. Denn nicht nur wird damit die Wahl der Forschungsgegenstände eingeschränkt – es muß sich, wie auch immer, um ›Frauen‹ handeln –, sondern die Forscherin selbst wird immer wieder in ihrer weiblichen Geschlechtsidentität angerufen. Diese, die unweigerlich das Oppositionalschema männlich – weiblich restituiert, ist es, die ihr den Platz in der ›Frauenforschung‹ sichert und diese damit zugleich definiert. Eine Frau ist eine Frau ist eine Frau. In anderen Worten: das viel beschworene Denken der Differenz als Auflösung ideologischer Identitäten und Subjektformationen erstarrt im alten patriarchalen Muster der Opposition. Nur wird es jetzt den Frauen nicht mehr im Zuge eines »Normalitätsdispositivs« aufgezwungen, vielmehr betreiben sie es, ganz im Sinne des »Normalitätsdispositivs«, inzwischen selber. Tertium non datur?

Was aber bedeutet diese Entwicklung für die ›feministische Literaturwissenschaft‹? Zunächst einmal hat das politische und wissenschaftspolitische Signal ›feministisch‹ seinen Platz und damit auch seine konnotative Bedeutung geändert. Denn in dem Maße, wie die ›Frauenforschung‹ einen Platz zugewiesen bekam, ist das Zusatzwort ›feministisch‹ nicht mehr Fanal eines politischen Aufbruchs, sondern Zeichen etablierter Zugehörigkeit zur Wissenschaftsfamilie. Diese Plazierung kann ja durchaus als ehrenwert empfunden werden. Nur eben politisch revoltierend ist sie nicht mehr. Und hier lacht des Teufels Großmutter. Denn selbstverständlich versteht sich die ›feministische Literaturwissenschaft‹ als eine grundlegende Kritik, die der logozentrischen und phallozentrischen Struktur der Wissenschaft und ihrer Vernunftpostulate auf der Spur ist.

Hier schließt sich eine weitergehende, die theoretische Fundierung der sogenannten feministischen Literaturwissenschaft betreffende Problematik an. Sie bleibt so lange ein Dilemma, wie sie durch repräsentative Machtgesten im Habitus und im literaturwissenschaftlichen Diskurs verdeckt wird. Denn die theoretischen Ansätze, auf die sich die herrschende feministische Theoriediskussion innerhalb der Literaturwissenschaft stützt, stammen fast allesamt von Männern. Es handelt sich vor allem um einen Theorieimport aus Frankreich, der als Strukturalismus und Poststrukturalismus inzwischen ohnehin zum Theorie-Tresor der Literaturwissenschaft auch hierzulande gehört. Lévi-Strauss, Lacan, Foucault, Barthes und Derrida werden als die Väter gelesen, die allerdings begleitet werden von ›den Französinnen‹ mit Julia Kristeva und Luce Irigaray an der Spitze.

Was aber ist daran bemerkenswert? Bestimmt nicht das Faktum selbst. Bemerkenswert ist vielmehr die Weise der diskursiven Aufnahme und Verbreitung durch die ›feministische Literaturwissenschaft‹. Denn welche Aufgabe hat sie übernommen und eilfertig ausgeführt? Die theoretischen Einschnitte und epistemologischen Brüche, die durch Foucaults Diskurstheorie, durch Lacans strukturale Relektüre der Psychoanalyse Freuds und durch Derridas grammatologische Dekonstruktion des abendländischen Logozentrismus bewirkt worden sind und die das Geschlechterverhältnis beileibe nicht ungeschoren lassen, haben sich im feministischen Diskurs zu einer integralen und integrierbaren Einheit verschmolzen.[29] Darin liegt ihre unübersehbare Anfälligkeit für akademische Diskurskonjunktur und Mode, die, schön verschwistert mit dem staatlichen Modernisierungsschub, im Aufwind begriffen ist.

Warum aber eignet sich gerade die ›feministische Literaturwissenschaft‹ so gut für diese ideologische Diskursintegration, die geradezu als feministischer ›Interdiskurs‹ vom Normalisierungstyp bezeichnet werden kann? Weil, ob gewollt oder nicht, die unterschiedlichen theoretischen Diskurse unter dem Zeichen eines ›weiblichen Subjekts‹ positiviert werden. Ob gewollt oder nicht: zwar wird von der ›Dezentrierung des Subjekts‹, zwar wird von der grammatologischen Konzeption der Schrift als Niederschlag eines irreduziblen Aufschubs, der das positive Wissen als ein bloßes Fragment abwirft, zwar wird von der Kategorie des Anderen als konstitutiver Heterogenität ohne Umschweife und ohne Stolpern gesprochen und geschrieben. Aber es handelt sich um positivierte Aussagen, die die Formation des ›eigenen‹ Diskurses in keiner Weise tangieren. Er bleibt, als akademischer, sich selber gleich. Und kann eben deswegen, immer aufs neue und spielend leicht, konjunkturell umbesetzt werden. In dem Maße, wie das männliche Subjekt, dem alle Konstruktionen der Subjektphilosophie galten, glücklich abgedankt hat, kehrt es nun als ›weibliches‹ wieder. Nicht mehr als zwei Geschlechter? Wenn aber in der Schreibweise im Modus ihrer selbstrückbezüglichen Thematisierung das Sprechen des Anderen selbst zum Zuge kommt, wenn nicht nur über den Aufschub gehandelt wird, der auch das Wissen als Aufschub des Wissens bewerkstelligt und es als Kategorie der Aneignung und des Eigentums fahren läßt, wenn etwa die Psychoanalyse ›nach‹ Freud nicht nur als Bildungsgut zur Absicherung von akademischen Subjekten funktioniert, sondern das Schreibverfahren affiziert, wie etwa in den Texten von Eva Meyer[30], dann setzt, jedenfalls hierzulande, wiederum ein seltsames und beharrliches Schweigen ein. Ein Schweigen, das auch aus dem Raum der institutionalisierten feministischen Literaturwissenschaft kommt. Zufall? Oder nicht doch ein höchst

beredtes Schweigen, das von anderen Frauen sehr wohl vernommen wird?

Was tun? Sich jenseits des repräsentativen Feminismus plazieren, der, wie alle repräsentativen Unternehmungen, zur Arrondierung von monolithischen Einheiten führt. Eine Figur der Macht. Vielleicht auch einfach den Mund nicht so voll nehmen. Nicht so voll mit theoretischen Annektionen und nicht so voll mit der ganzen Geschichte der Frauen. Schon dadurch konstituiert sich immer wieder ein einheitliches Sujet mit Namen ›Frau/Weiblichkeit‹. Das es nicht gibt. Vielmehr Plädoyer für einen Plural. Unterschiedliche Arbeitsfelder eröffnen und die unterschiedlichen kulturellen und textuellen Positionierungen dekonstruieren, die das Verhältnis der Geschlechter festlegen. Aber auch durcheinanderbringen und verwirren. Denn das wird in dem Maße sagbar werden, in dem der integrale feministische Diskurs porös wird. Zum Beispiel Lektüren entwickeln, die nicht ein ›männliches‹ Traditionsgefüge nachstellen. Etwa unter dem Phantasma einer ›authentischen weiblichen Geschichte‹. Vielmehr die Tradition selbst befragen und ihr abgestecktes Feld durch Vervielfältigungen verändern. Das heißt, zum Beispiel, nicht einfach einen feministischen Kanon erstellen, der die Texte von Frauen zu identifikatorischen Gegenständen entfremdet. Denn die Kanonisierung, wie sie vor allem den Texten der Romantikerinnen auf fatale Weise zuteil geworden ist und ihre Lektüre längst festgelegt hat, ist schon eine Normalisierung. Vielmehr Texte lesen lernen, die kein Werk sind. Zum Beispiel Briefe. Zum Beispiel Briefe, die noch gar nicht ans Licht der Tradition gekommen sind. Also zu edierende Texte, zum Beispiel, die wir, getrimmt auf Autorschaft und Werk, kaum zu lesen in der Lage sind. Jenseits eines feministischen Spiegelkabinetts, im Zuge einer »Semiotik des Weiblichen« (Eva Meyer) also die Bewegung der Differenz als produktive Arbeit des Lesens und Schreibens ins Spiel bringen. Und darüber auch andere Gegenstandsfelder eröffnen.

Das Plädoyer für den Plural (nicht zu verwechseln mit ›Pluralismus‹) bezieht sich auch auf die Literaturwissenschaft. Es fällt schwer, von der Einheit des Faches zu sprechen. Zeichen einer unabwendbaren oder nur durch konservativ-geschichtsphilosophische Kritik zu heilenden Krise? Oder ist der Plural auch Zeichen einer heilsamen Krise der Kritik? Jedenfalls war (und ist vielleicht noch) der Plural immer bedrohlich. Nicht zuletzt für die Einheit des Subjekts. Ob sich daraus auch die Vorliebe für *den* Weltgeist und *die* Einbildungskraft gegenüber den literarischen Geistern und Einbildungen herschreibt?[31] Ich möchte also für den Plural plädieren. Deswegen habe ich mich auch einigen Arbeitsfeldern und nicht dem ›Ganzen‹ zugewendet. Das Plädoyer für den Plural gilt sowohl für die Auseinanderset-

zung im Zuge der medialen Auffächerungen – nicht entweder Medien oder Literatur – als auch für die Forschungen innerhalb des literarischen Feldes. Nur: Auseinandersetzungen, die müßte es geben. Sie werden auch noch auf andere Weise erschwert: dadurch, daß es, jedenfalls in den sogenannten Geisteswissenschaften, so gut wie keine Stellen für wissenschaftlichen Nachwuchs gibt. Das ist der Skandal. In jeder Hinsicht. Auch in der Hinsicht, daß der Prozeß der Auseinandersetzung innerhalb der Literaturwissenschaft umso leichter durch die Regularien der Macht der Institution und ihrer Vertreter ersetzt werden kann. Die Krise der Kritik, so scheint mir, könnte produktiv sein. Vielleicht würde sie sogar fröhlich von jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zur Kenntnis genommen. Aber dazu kann es gegenwärtig nicht kommen. Denn die Krise der jungen Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen ist eine heillose Katastrophe.

Man kann, jedenfalls in den sogenannten Geisteswissenschaften, geradezu von einer Liquidierung des einstigen Mittelbaus sprechen. Um ein Beispiel zu nennen: am Literaturwissenschaftlichen Seminar der Universität Hamburg gibt es, bei über zwanzig Professoren und Professorinnen, eine einzige Assistentenstelle. Ansonsten sind die jungen Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, sofern sie sich in Lehre und Forschung an der Universität qualifizieren möchten, nur auf die Möglichkeit von Lehraufträgen verwiesen. Abgesehen davon, daß die Mittel für Lehraufträge äußerst knapp bemessen sind und die Bezahlung miserabel ist, sind damit noch weitere Schwierigkeiten verbunden: es kann sich keine Kontinuität der Arbeit ausbilden. Denn die Lehraufträge werden, nach langwierigen Entscheidungsprozeduren, von Semester zu Semester neu vergeben. Die Kurzfristigkeit oder Kurzatmigkeit aber wirkt sich, zum System erhoben, sowohl für die Lehrenden als auch für die Studierenden ungünstig aus: weder können sich die Studierenden wirklich auf die Lehrenden und die jeweils eröffneten Problemfelder und Fragestellungen einlassen, noch ist den Lehrenden die Möglichkeit einer kontinuierlichen Entfaltung und Erprobung ihrer forschenden Lehrtätigkeit gegeben. Sind damit die Chancen wissenschaftlicher Innovationen von Anfang an gefährdet, so stellt sich auch nolens volens ein unübersehbarer Zynismus ein. Indem nämlich ein großer Teil der Lehre, zumal im Grundstudium, durch Lehraufträge ›abgedeckt‹ wird, handelt sich die Universität auf diese Weise billige und, korporationsrechtlich gesehen, ohnmächtige Arbeitskräfte ein. Da aber der Nachweis von Lehrtätigkeit für Bewerbungen in der Regel unabdingbar ist, sind diese Stellen, die als karge Brosamen vom Herrentisch der Institution fallen, notwendigerweise auch noch begehrt.

Und weitere Arbeitsmöglichkeiten für Wissenschaftler und Wissenschaftle-

rinnen innerhalb der Universität? Da gibt es zunächst die sogenannten ABM-Stellen, also die vom Arbeitsamt bezahlten, auf höchstens zwei Jahre bewilligten ›Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen‹. Zum einen können diese Stellen nur von Akademikerinnen und Akademikern wahrgenommen werden, die mindestens ein Jahr ›Leistungsbezüge‹ vom Arbeitsamt bekommen, d. h. die mindestens ein Jahr Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe bezogen haben. Zum andern sind diese Stellen an begrenzte Projekte geknüpft, die in den Bereich des wissenschaftlichen ›Service‹ fallen. So werden denn Archive erschlossen oder Bibliographien erstellt. Und wem kommt diese Arbeit tendenziell zugute? Den Inhabern von Stellen, den Professoren und Professorinnen. Und nach, im besten Falle, zwei Jahren ist der Traum vorbei. Nach der anonymisierten Arbeit geht der Weg zurück in die Anonymität der Arbeitslosigkeit.

Aber noch ein weiteres Feld hat sich aufgetan: die sogenannte Drittmittel-Forschung. Es handelt sich dabei um Forschungsprojekte, die nicht von der Universität, sondern von Stiftungen finanziert werden. Am höchsten rangiert dabei die Deutsche Forschungsgemeinschaft. Wenn überhaupt, so sind auf diesem Wege akademische Arbeitsplätze einzuwerben, die auch eine wissenschaftliche Qualifizierung ermöglichen. Aber auch dieser Weg ist kein Königsweg. Abgesehen davon, daß es sich auch hier jeweils um zeitlich begrenzte Projekte handelt, abgesehen davon, daß die Antragsstellung in der Regel langwierig und risikoreich im Hinblick auf die Bewilligung ist, ergeben sich für die Erwählten schwerwiegende Probleme. Eingespannt in das eine Forschungsprojekt, müssen sie ihre Qualifizierung mit einer hochgradigen Spezialisierung erkaufen. Die Spezialisierung aber kann sich als Hindernis für eine weitere akademische Karriere auswirken, sofern sie Gefahr läuft, die Breite des Faches aus dem Auge zu verlieren. Wie immer man es also dreht und wendet: die weitgehende Liquidierung des Mittelbaus, der ja auch ein korporationsrechtliches und damit hochschulpolitisches Statut hat(te), wirkt sich in den sogenannten Geisteswissenschaften in jeder Hinsicht lähmend und insofern katastrophal aus. Und diese Katastrophe hat auch ihre ausgedünnt komische Seite. So ist die Generation der Mitvierziger in professoraler Stellung dazu verdammt, bis ans Lebensende die Youngsters der Wissenschaft zu spielen. Mit Addidas an den Füßen und Jeans an den Beinen, schlipslos die Männer und nur noch selten im Kostüm die Frauen, spielen wir, allmählich ergrauend, notgedrungen die Jugend als Dauerzustand nach. Wie sollte man da, angesichts dieser Komik, nicht melancholisch werden.

Und die Studierenden der Literaturwissenschaft? Ein weites Feld. Ein zu weites Feld, um darüber gültig zu befinden. Denn auch hier wirkt sich der

Abstand der Generationen inzwischen deutlich aus. Als eine Art Fremdheit, über die kein ephemeres ›Du‹ hinweghilft. Kenne ich das ›Leben‹ der Studentinnen und Studenten? Den immer wieder beschworenen Erfahrungszusammenhang? Kenne ich die Musik, die sie hören? Die Filme und Videos, die sie sehen? Ich weiß ja nicht einmal, ob die Fremdheit ein Effekt der Mystifikation der Fremdheit ist. Jedenfalls folgt aus diesen Fragen, die nicht zuletzt im Zuge des letzten Streiks sich als Selbstbefragungen aufgedrängt haben, daß auch hier die Rede nicht vom ›Ganzen‹ sein kann. Nicht von den Studierenden schlechthin.

Zunächst einmal: es gibt, trotz hochgesetztem numerus clausus, viele Studierende der Literaturwissenschaft. Sehr viele. So waren beispielsweise im Bereich ›Deutsche Sprache und Literatur‹ 1988 an der Universität Hamburg 1342 Studierende eingeschrieben. Das ist um so verwunderlicher, als die Berufsaussichten denkbar schlecht sind. Denn der einstige gerade Weg ins Berufsleben, also in den Lehrberuf an Schulen, ist mehr oder minder versperrt. Dem entspricht der eklatante Rückgang des Staatsexamens als Hochschulabschluß, während das Magister-Examen gegenwärtig seinen Siegeszug antritt.

Wie aber sehen die Studienbedingungen aus? In der Regel sind die Seminare heillos überfüllt. Sechzig bis achtzig Teilnehmende in einem Seminar sind keineswegs die Ausnahme. Damit sind, um es vornehm auszudrücken, ›Kommunikationsschwierigkeiten‹ und ihre psychisch belastenden Auswirkungen vorgezeichnet. Aber auch im Hinblick auf die sogenannten Lehrmittel stellen sich Probleme ein: angesichts der restriktiven Haushaltsmittel können Bücher und andere Medien nicht in ausreichendem Umfang angeschafft werden. Der *run* auf die nicht vorhandenen Bücher, auf Termine für Kameras und Video-Geräte gehört zum Alltagsgeschäft der Studierenden. Auch dies ist ein Grund für die hohe Zeit der Copy. Was aber hat es mit der Copy auf sich? Jenseits von kulturkritischem Räsonnement gibt es eine Fatalität: die Copy nämlich, sofern sie, was üblich ist, vom Seminarleiter oder von der Seminarleiterin bereitgestellt wird, ist immer auch eine stillschweigende Selektion, die stillschweigend fortwirkt. Sie reduziert und verkennt, stillschweigend, das Statut von Texten. Nicht nur von literarischen, sondern auch von theoretischen.

Die Studienbedingungen also sind, worauf auch die Streikbewegung insistiert hat, schlecht. Die Berufsaussichten ebenfalls. Der promovierte Taxifahrer, die promovierte Teilzeitangestellte bei der Post sind keineswegs ein literarisches Klischee, sondern klischeehafte Realität. Und doch stellen sich, meinem Eindruck zufolge, seltsame Ambivalenzen ein. In dem Maße nämlich, wie der Lebensweg nicht mehr sicher vorgezeichnet ist, etwa in den

Stationen Schule – Hochschule – Schule, melden sich auch neue Energien und Interessen zu Wort. Sozusagen abwegige. Eine, jedenfalls meinem Eindruck zufolge, ›Lust am Text‹. Es geht nicht nur um die Akkumulation und Verwertbarkeit des literarisch-literaturwissenschaftlichen Wissens, sondern es artikuliert sich eine Lust auf das und an dem, was dem verwertbaren, akkumulierbaren Wissen immer entgeht. Es artikuliert sich eine Lust an Lektüren, die nicht in der hermeneutischen Wiederholung des vermeintlichen Sinns steckenbleiben. Dem korrespondiert eine Neugierde auf Texte, die aufgrund des traditionellen Kanons eher marginal geblieben sind. Es setzt sich also eine List gegenüber der staatlichen Unvernunft in Gang, die, wie vielleicht auch der Streik gezeigt hat, für den Staat keineswegs nur gemütlich ist. Meinem Eindruck zufolge kann jedenfalls keineswegs die Rede sein von einer durchgängigen Apathie der Studierenden. Vielmehr zeichnet sich, von Fall zu Fall und keineswegs durchgängig, ein schöner Zug ab, der eher die abgesteckten, apathisch konventionalisierten Grenzen der Literaturwissenschaft attackiert.

Spielt sich hier eine neue Idyllisierung ab? Eine Abkehr von der abweisenden Realität etwa im Hinblick auf die schlechten Berufsaussichten? Ich glaube nicht. Mir scheint vielmehr, daß sich darin auch eine Auflehnung gegen die vorgezeichnete Misere artikuliert. Der vorgezeichneten Misere wird ja von studentischer und von institutioneller Seite auf verschiedene Weise begegnet. Der vielversprechende Weg liegt in der zunehmenden Tendenz, sich im Zuge von Aufbau-Studien für einen Beruf im Feld der offiziellen Kultur zu konditionieren. Beispielsweise für den Bereich des Journalismus. Da kann man, wenn man kann, nach dem Hochschulabschluß in die Journalisten-Schule eines großen Verlages gehen und daraus hervorgehen als einer, der mit allen Wassern gewaschen ist. Vergleichbare Tendenzen zeichnen sich jetzt auch für den Bereich des Theaters oder des Films ab. Und diese Tendenzen werden von seiten der Institution Universität unterstützt. Auch, wie in Hamburg, trotz der allgemeinen Finanzmisere, mit Geld. Es handelt sich um kleine, kostspielige Studienorganisationen, die ein paar wenigen Studierenden vorbehalten sind. Diese Antwort ist eher systemkonform. Nicht nur im Hinblick auf die Auswahl der happy few, die vielleicht als Elite konzipiert sind, sondern vor allem im Hinblick auf die hochgradige Spezialisierung in beruflicher Absicht.

Umso mehr aber könnte man sich hingezogen fühlen zu jenen schwierigen Neugierden und Neugierigen, die den Wissensbestand nicht nur reproduzieren und stratifizieren, sondern ihn auf seine Fragwürdigkeit hin befragen und auch antasten. Umso mehr aber gälte es, Arbeitsprojekte und Arbeitsweisen zu entwickeln, die dieser schwierigen Neugierde Rechnung tragen.

Vor kurzem hat Eberhard Lämmert für eine neue Beweglichkeit in Lehre und Forschung Vorschläge gemacht[32]: für eine neue Beweglichkeit, die nicht jedes Arbeitsprojekt gleich institutionalisiert und bürokratisch festschreibt und eben deswegen auch offen bleiben kann für neue Problematiken und Fragestellungen. Aber Lämmert hat auch und unmißverständlich auf die Schwierigkeit hingewiesen, die neue Beweglichkeit angesichts des durchorganisierten Studien- und Lehrbetriebs und der diesbezüglichen Geldknappheit durchzusetzen. Und doch: gerade angesichts der neuen/alten Macher und inzwischen auch Macherinnen im studentischen Feld und im Feld der Lehrenden gibt es gute Gründe für die Schwierigen im Lande, auch im Lande der Literaturwissenschaft. Ehe es keine Zeit mehr für ihre produktive Zukunft gibt, ist es an der Zeit, sich ihrer zu erinnern. Auch von seiten der wissenschaftlichen und kulturellen Institutionen. Also auch von unserer Seite, die wir, mit Privilegien ausgestattet, in der Institution sind.

Anmerkungen

1 J. Förster, E. Neuland, G. Rupp (Hrsg.): *Wozu noch Germanistik? Wissenschaft – Beruf – Kulturelle Praxis*, Stuttgart 1989, S. 1.
2 Ebd., S. 1.
3 Ebd., S. 3.
4 Reinhart Koselleck: *Kritik und Krise. Ein Beitrag zur Pathogenese der bürgerlichen Welt*, 2. Aufl., München 1969.
5 Ebd., S. 188-191 (= Anm. 151, 155, 156, 157).
6 Ebd., S. 154.
7 Jean François Lyotard: *Das postmoderne Wissen. Ein Bericht*, Wien 1986, S. 14.
8 Wilhelm von Humboldt: »Über die innere und äußere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin« (1810), zit. nach Lyotard, op. cit. S. 99.
9 Lyotard, ebd., S. 100.
10 Jutta Kolkenbrock-Netz: *Krise des Studiums – Krise der Wissenschaft?* Tagung an der Evangelischen Akademie Loccum, Juni 1986 (Loccumer Protokolle V/86).
11 Vgl. etwa den neuen Sammelband *Ansichten einer künftigen Medienwissenschaft*, hrsg. von R. Bohn, E. Müller, R. Ruppert, Berlin 1988.
12 J.-F. Lyotard: *Grabmal des Intellektuellen*, Wien 1984, S. 47/48.
13 F. A. Kittler: *Aufschreibesysteme 1800, 1900*, München 1985; ders.; *Grammophon – Film – Typewriter*, Berlin o. J. (1987).
14 Kittler: *Grammophon*, op. cit., S. 3/4.
15 Klaus Bartels: *Das Verschwinden der Fiktion*, 1988, S. 252.
16 So der Titel eines Sammelbandes: *Eingebildete Texte. Affairen zwischen Psychoanalyse und Literaturwissenschaft*, hrsg. von J. Hörisch/G. Ch. Tholen, München 1985.
17 Klaus Bartels, op. cit., S. 253.
18 Walter Benjamin: »Linke Melancholie«, *Ges. Schriften*, Bd. III, Frankfurt 1972, S. 279.

19 Louis Althusser/Etienne Balibar: *Das Kapitel lesen*, 2 Bde., Reinbek 1972.

20 Michel Foucault: *Archäologie des Wissens*, Frankfurt 1973.

21 Vgl. vor allem Michel Foucault: *Die Ordnung der Dinge. Eine Archäologie der Humanwissenschaften*, Frankfurt 1971; *Wahnsinn und Gesellschaft. Eine Geschichte des Wahns im Zeitalter der Vernunft*, Frankfurt 1969; *Die Geburt der Klinik. Eine Archäologie des ärztlichen Blicks*, München 1973.

22 Antonio Gramsci: *Philosophie der Praxis*, Frankfurt 1967.

23 Vgl. J. Link: »Kulturrevolutionäre Strategien und Taktiken – Damals und heute« (Vortrag an der FU Berlin, Mai 1988) in: *kultuRRevolution* 21/1989.

24 Vgl. z. B. J. Link: *Elementare Literatur und generative Diskursanalyse* (mit einem Beitrag von J. Hörisch und H.-G. Pott), München 1963.

25 Ich zitiere exemplarisch nur einige Titel: J. Link, A. Drews, U. Gerhard: »Moderne Kollektivsymbolik. Eine diskurstheoretisch orientierte Einführung mit Auswahlbibliographie«, in: *IASL* (1. Sonderheft Forschungsreferate), 1985; »Die Revolution im System der Kollektivsymbolik. Elemente einer Grammatik interdiskursiver Ereignisse«, in: *Aufklärung* 2/1986, S. 5-23; »Trauernder Halbgott, den ich meine! Hölderlin und Rousseau«, in: *LiLi* 63/1986, S. 86-114; »Literaturanalyse als Interdiskursanalyse. Am Beispiel des Ursprungs literarischer Symbolik in der Kollektivsymbolik«, in: *Diskurstheorien und Literaturwissenschaft*, hrsg. von J. Fohrmann und H. Müller, Frankfurt 1988, S. 284-312; vgl. auch: *Literaturwissenschaftliche Grundbegriffe*, München 1974 und, zusammen mit Ulla Link-Heer, *Literatursoziologisches Propädeutikum*, München 1980.

26 *kultuRRevolution. zeitschrift für angewandte diskurstheorie*, hrsg. von Jürgen Link/Ulla Link-Heer, Klartext Verlag, Viehofer Platz 1, 43 Essen 1.

27 Vgl. hierzu Marianne Schuller: »Erfolg ohne Glück? Über den Widerspruch von Weiblichkeitsrolle und Karriere«, in: *Kursbuch* 58/1979, S. 101-115.

28 Ich beziehe mich hier auf einen Vortrag von Barbara Hahn, den sie an der Universität Essen im SoSe 1989 gehalten hat. – Zum Problem von ›Frauen und Wissen‹ vgl. Marianne Schuller: »Vergabe des Wissens. Notizen zum Verhältnis von weiblicher Intellektualität und Macht«, in: *Konkursbuch* 12/1984 (= *Autonome Frauen. Schlüsseltexte der Neuen Frauenbewegung*, hrsg. von Ann Anders, Frankfurt 1988, S. 174-187).

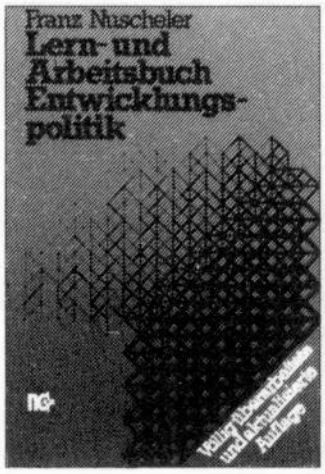
29 Vgl. den Vortrag von Barbara Hahn, op. cit.

30 Ich nenne exemplarisch: *Zählen und Erzählen. Für eine Semiotik des Weiblichen*, Wien/Berlin 1983; *Versprechen. Ein Versuch ins Unreine*, Frankfurt 1984; *Architexturen*, Frankfurt 1986; *Die Autobiographie der Schrift*, Frankfurt 1989.

31 Vgl. *Eingebildete Texte*, op. cit.

32 Vgl. Eberhard Lämmert: *Frankfurter Rundschau*, 9. Mai 1989; *Die Zeit*, 14. Juli 1989.

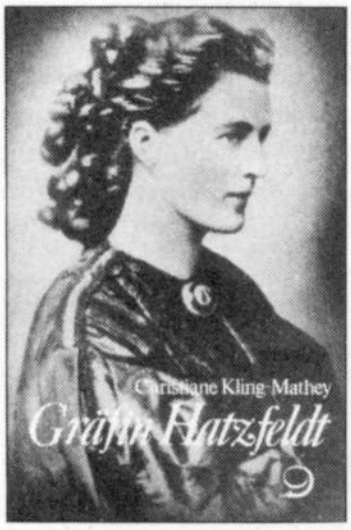
»Damit das Denken nicht die Richtung verliert«



420 Seiten. 19,80 DM

4 Bände
1.800 Seiten. 49,80 DM

360 Seiten. 19,80 DM



332 Seiten. 38,00 DM

528 Seiten. 24,80 DM

336 Seiten. 29,80 DM

Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH, Bonn

Jens Rehländer
Abschied von Tübingen

Lokomotivführer wollte ich nie werden. Aber Tierarzt. Später dann Schriftsteller oder Journalist. Jedenfalls habe ich während der Oberstufenzeit an der Herschelschule in Hannover nur darauf gewartet, endlich mein Abiturzeugnis in Händen zu halten, um studieren zu können. Denn ohne Studienabschluß würde es bestimmt unmöglich sein, in dem schon damals überlaufenen Journalismus Fuß zu fassen. In der Schule versuchte ich mit sparsamsten Einsätzen meiner Kräfte die Hürden zu nehmen, die man mir auf der Zielgeraden in den Weg stellte. Immer guten Noten hinterherzujagen war nicht meine Sache. Die Geisteswissenschaften, so glaubte ich, seien frei vom Numerus clausus.

Biologie, Chemie und Mathematik verstand ich nicht, also habe ich die Unterweisungen darin bloß erlitten. Auch schienen sie mir keinesfalls vonnöten, um zu wissen, was die Welt in ihrem Innersten zusammenhält. Meine Welt waren die Bücher, die ich zu Hause las, und meine Über-Väter deren Verfasser. Über Thomas Mann wußte ich spätestens seit der Lektüre seiner Tagebücher mehr als seine eigene Familie. Ich habe angefangen zu rauchen, weil Heinrich Böll es tat, kaufte die erste Klassik-Schallplatte, weil alle geistreichen Autoren Richard Wagner hören, und beschloß, im Alter von 25 Jahren meinen ersten Roman zu schreiben. Bis dahin würde ich bestimmt mit einer Frau geschlafen und so die menschliche Leidenschaft in ihrer tiefsten Dimension ausgekostet haben – was ja die Bedingung ist, um große Literatur zu schreiben. An einem Samstagmorgen im Mai war es soweit. Die Abschlußzeugnisse wurden verteilt. Mit Hohn blickte ich auf manche Mitschüler herab, die nun die Summe ihrer jahrelangen, mitunter rücksichtslosen Punktejagd in Händen hielten, um bei der Volksbank, dem Regierungspräsidium oder einer Spedition in die Lehre zu gehen. Oder gar nicht wußten – und das waren viele –, was sie mit dem Abitur anfangen sollten.

An diesem Samstagmorgen war meine Studienbewerbung für Geschichte und Germanistik schon unterwegs nach Göttingen. Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten – und traf mich wie ein Schlag ins Gesicht. Auf einem

Computervordruck teilte mir die Universität mit, daß meine Abiturnote nicht ausreiche. Man habe mich auf die Warteliste gesetzt. In vier Semestern, voraussichtlich, käme ich mit dem Studium an die Reihe.
Die Absage empfand ich als schreiendes Unrecht. Ahnten die Erbsenzähler in Göttingen denn nicht, daß sie einem vielversprechenden Talent das Herz brachen? Was, um Himmelswillen, sagen denn Durchschnittsnoten über die ganz speziellen Fähigkeiten aus, mit denen einer in der Schule nicht zum Zuge kommt?
Nach Tagen tiefer Depression trat ich die Flucht nach vorn an und schrieb mich an meiner Numerus-clausus- und imagefreien Heimat-Universität Hannover ein, um nicht tatenlos herumsitzen zu müssen.
Viel ist nicht passiert in diesem einzigen Semester. Den Dozenten in einem Seminar über die Aufklärung konnte ich kaum sehen, weil 120 Kommilitonen mir den Blick versperrten, und überhaupt lag der Universitätsbetrieb zumeist brach, weil die Institute – aus Gründen, die ich nicht kannte – dauernd in der Hand studentischer Putschisten waren.
Nach Monaten ständiger Ernüchterung gab es Grund, neuen Mut zu fassen: Mit einer lokalgeschichtlichen Studie, die ich noch im letzten Schulhalbjahr abgeschlossen hatte, wurde ich beim Schülerwettbewerb deutsche Geschichte mit dem Preis des Bundespräsidenten ausgezeichnet und – ungeachtet meiner Abiturnote, ihr Göttinger Apparatschiks! – Stipendiat in der Studienstiftung des deutschen Volkes.
Es gab also doch noch Hellsichtige, die – wie ich – an mein Talent glaubten. Mit einem rückzahlungsfreien monatlichen Stipendium in der Tasche, wechselte ich in einen Ort, der weit genug von Hannover entfernt war, um meinen Schritt ins neue Leben auch geographisch zu dokumentieren, dessen Universität einen guten Ruf hatte und der nach seiner Anlage und Umgebung wie geschaffen dafür war, in natürlicher Abgeschiedenheit nur noch das zu tun, was ich immer wollte: mich rund um die Uhr der Literatur und Geschichte zu widmen. So kam ich nach Tübingen und immatrikulierte mich für den Magisterstudiengang Rhetorik, neuere deutsche Literatur und Zeitgeschichte.
Aber Enttäuschungen wurden mir auch hier nicht erspart. Noch bevor ich mich in neue Erkenntnissphären emporschwingen konnte, blieb ich ganz tief unten am Kleingedruckten der Studienordnung kleben. Darin stand, zum Beispiel, daß bis zur Zwischenprüfung ein Latinumsnachweis beizubringen sei. An der Schule hatte ich Französisch gewählt, um meine Zeit nicht mit dem Pauken einer toten Sprache zu vergeuden. Nun hatte mich die Schule wieder eingeholt.
Ein ganzes, unendlich zähes Jahr wurden wir in einer Baracke an der Tübin-

ger Brunnenstraße gedrillt: Caesars *Bellum Gallicum* und *De Bello Civili*. Seite für Seite, Satz für Satz, Wort für Wort. Zwei-, dreimal die Woche, je zwei Stunden, dazu Hausarbeiten, die täglich Stunden kosteten. Der uns abrichtete, war auch im Zivilleben Lateinlehrer, am Ludwig-Uhland-Gymnasium. Ein Sozialisationsagent, der virtuos war in der sanften Beherrschung seines psychologischen Raffinements. Uns, einen Haufen Zwanzig- bis Dreißigjähriger, dressierte er genauso, als hätte er es mit schüchternen Pennälern zu tun. Kein Wunder, denn wir benahmen uns wie schüchterne Pennäler.

Statt den Sinn der Veranstaltung in Frage zu stellen – die in den gleichen Studiengängen andernorts oft lange schon abgeschafft ist –, saßen wir im Clubhaus, auf der Neckarmauer am Zwingel, unweit vom Hölderlinturm, nutzten jede Busfahrt, Mittagspause, Klositzung und jedes Wochenende dazu, Grammatik und Vokabeln zu lernen. Wir atmeten erleichtert auf, wenn es im Repetitorium den Nachbarn traf, und lachten mit, wenn einer sich zum Deppen machte oder zum Deppen gemacht wurde. Mit zitternden Fingern schrieben wir vor Stundenbeginn Hausaufgaben vom Nachbarn ab und spürten das Herz bis zum Hals klopfen, wenn einer dieser zahllosen Tests zurückgegeben wurde. Kurz vor der Abschlußprüfung suchten mich hysterische Heulkrämpfe heim. Nach Monaten, die ich durchgehalten hatte, wollte ich nun alles hinwerfen, weil ich die Prüfung ja doch nicht bestehen würde. Ich habe sie bestanden. Gerade noch und mehr aus Versehen. Es war einer der glücklichsten Tage meines Lebens.

Den eigentlichen Zielen meines Studiums war ich aber keinen Schritt näher gekommen. Immer noch blieben mir nichts als sehnsuchtsvolle Blicke auf die Veranstaltungslisten der Hauptseminare. Ich stand ganz unten, in den trüben Gefilden der Anfänger, wo Studienordnungen garantieren, daß keiner vom vorgeschriebenen Weg abweicht. Bevor ich mitreden durfte über »Hölderlins Abhandlung ›Über die Verfahrungsweise des poetischen Geistes‹« oder »Das Frühwerk Stefan Georges«, mußte ich Scheine in Sparten sammeln, mit denen ich nach der Zwischenprüfung nie wieder etwas zu tun haben würde: Linguistik und Mediävistik statt neuere Literatur, Augustus und das Prinzipat und Mittelalter statt Zeitgeschichte.

Wer in diesen sogenannten Einführungen, Übungen und Repetitorien nicht die vorgeschriebene Anzahl von Scheinen in den vorgeschriebenen Schwerpunkten erworben hatte, konnte keine Zwischenprüfung machen. Wer aber mit dem Ablauf des 5. Semesters kein Zwischenprüfungszeugnis vorweisen konnte, wurde mit dem Rausschmiß bedroht.

Wir alle fügten uns ins Ritual: Die frustrierten Dozenten, denen jedes Semester eine Anfängerveranstaltung aufgenötigt wurde, und die Studenten,

die wir für die geistige Ablage lernten – wohlgemerkt lernten, nicht dachten. Was sollte es mich interessieren, wann welcher Buchstabe die 1. und 2. Lautverschiebung erlebt hat? Oder wie es um den Forschungsstand im Falle des Ammianus Marcellinus bestellt war?
Die Wiederbeschwörung schulischer Fertigkeiten – Auswendiglernen, Aufsagen, Vergessen – war mit der Lateinprüfung also nicht zu Ende. Mit Gruseln erinnere ich mich an die Auftritte in einem Proseminar für mittelalterliche Geschichte. Zwar sei die Universität eben keine Schule, sagte der Professor – die Anfertigung mittelalterlicher Papstregesten war sein Lebenswerk –, doch wer die wichtigsten Jahreszahlen und die bedeutendsten Herrschernamen stets im Kopf habe, könne es im Studium weit bringen. Also lernten wir alles auswendig: die Ottonen und Staufer, wer mit wem gegen wen, wann, wo und warum. Das wurde hin und wieder abgefragt: Dann mußten alle aufstehen, und wer's zuerst wußte, durfte sich wieder setzen. Wer am Schluß als Doofmann übrigblieb, dem wurden zwar keine Eselsohren aus Pappe an den Kopf geheftet. Doch durfte der Unglückliche sich fortan einer besonders intensiven Förderung durch den Professor sicher sein.
Keine solche Kathedergröße wilhelminischer Art, sondern das furchtbare Gegenteil – antiautoritär – war der junge Linguistik-Dozent, dem die schwere Aufgabe zugefallen war, unter anderem auch mich, der ich ja eigentlich Literatur studieren wollte, von der Notwendigkeit und dem Nutzen »logischer Partikel« und anderer fragwürdiger Elemente aus der Sprachwissenschaft zu überzeugen.
Zum Eklat kam es bereits in der ersten Sitzung, fünf Minuten nach seinem Eintreffen. Weil wir dort saßen, wo Tische und Stühle zu diesem Zweck angeordnet waren und ein Platz vor der Tafel für ihn freigeblieben war, hatten wir uns in seinen Augen von vornherein als miese Duckmäuser entlarvt. Obrigkeitstreu, verspießert bis in die letzte Pore – und, in letzter Konsequenz, wohl das gleiche Potential bildend, das den deutschen Faschismus erst möglich gemacht hat. Warum, zum Teufel, säßen wir nicht kreuz und quer durcheinander und auch auf dem Boden oder unterm Tisch? Aber nicht mal mehr dafür würden Mumm und Motivation der heutigen Studentengeneration ausreichen. Er hingegen, damals... Und noch bevor die magische Jahreszahl mächtig und respekteinflößend im Raum stand, hatten drei Vertreterinnen der Lila Liste die Chance erkannt und ihre Stimmen erhoben: Er sollte mal die Luft anhalten, denn von einem Mann würden sie sich gar nichts vorschreiben lassen. Und dann sei das zahlenmäßige Übergewicht männlicher Kommilitonen überhaupt unzumutbar, weil sie ihnen keinen Raum zur weiblichen Selbstentfaltung ließen.

Das gefiel dem Dozenten. Das Problem wurde in seiner delikaten Vielschichtigkeit erörtert – an passenden Stellen unterbrochen von sprachtheoretischen Anmerkungen, denn schließlich sollte ja auch was gelernt werden –, und als sich andeutete, daß auch an diesem Nachmittag der Endsieg des Feminismus nicht zu erringen war, wurde verabredet, daß die anwesenden Frauen ab sofort autonom seien und den Rest des Semesters darauf verwenden sollten, in einem männerfreien Raum ein Thesen-Papier abzufassen; Thema: »Die Vergewaltigung der Frau durch die Männersprache.«

Um die begehrten Scheine zu bekommen, die der einzige Grund für meine Teilnahme an den meisten Proseminaren waren, mußten Referate gehalten, Hausaufgaben und oft auch Klausuren geschrieben werden. Einen solchen Abschlußtest hatte ich auch in einem Proseminar für alte Geschichte zu bestehen. Grundlage der Klausur war eine lateinische Quelle. Mein Tischnachbar – eigentlich wollte er, wie ich, Zeitgeschichte studieren – hatte mit dem Text Probleme. Ich merkte es an seinen zitternden Knien und den Schweißperlen auf der Stirn. Grausiges Geschick: Ohne Übersetzung der Quelle konnte er die Fragen nicht beantworten. Ohne Fragen keine Klausur. Ohne Klausur kein Schein. Er hätte im nächsten Semester erneut alte Geschichte belegen müssen, wenn ich ihn nicht hätte abschreiben lassen.

Ein Professor äußerte, daß es für einen Studenten völlig egal sei, worüber er eine geisteswissenschaftliche Arbeit anfertige. Wichtiger sei vielmehr, wie er sie präsentiere. Und was zeichnet eine gute geisteswissenschaftliche Leistung aus? Daß man für ihre schriftliche Niederlegung weiße Din A4-Blätter verwendet, die – einseitig – mit der Schreibmaschine beschrieben werden, daß die Blätter numeriert sind (auf der ersten Seite beginnend) und links einen Korrekturrand von fünf Zentimetern haben. Normaler Text wird mit eineinhalbzeiligem Abstand geschrieben, engzeilig dagegen schreibt man Zitate von mehr als vier Zeilen, die zudem durch einige Leeranschläge einzurücken sind. Deckblatt und Namen sowie Adresse und Semesterzahl des Verfassers nicht vergessen!

Es ist wahr: Durch die von Seminar zu Seminar immer wieder trainierten Formalismen erlernte ich das geisteswissenschaftliche Arbeiten im Nu. Zwar mußte man im Kopfe wendig bleiben, weil mancher Dozent ein Anhänger der »Anti-a. a. O.-Fußnotenschule« war und einem alles mit dem Rotstift ausmerzte, was nicht mit »ebd.« angemerkt wurde. Doch kristallisierten sich bald einige Regeln heraus, die man beachten sollte, um Germanistik und Geschichte mit Gewinn zu studieren: Für Referate und Hausarbeiten wähle man ein möglichst unscharfes Thema. Der Vorteil: Alle aufgestellten Thesen und Behauptungen bleiben selbst dann noch originell, wenn

sich auch das Gegenteil als Unsinn beweisen läßt. Zweitens sollte das zu analysierende Werk nicht zu umfänglich sein. Kein Literaturstudent käme auf die Idee, den *Zauberberg* für eine Untersuchung heranzuziehen, wo bereits das Querlesen des Wälzers zuviel Zeit kostet; schließlich muß man auch in parallelen Seminaren noch Scheine machen.

Bei der Bearbeitung ist in folgenden Schritten vorzugehen. Hat man Pech und es trotzdem mit einem Werk von mehr als hundert Seiten zu tun, informiere man sich anhand der einschlägigen Literaturlexika über den Inhalt des Buches. Die oftmals in den Artikeln mitenthaltenen Interpretationen geben ersten Aufschluß darüber, was bei der eigenen Forschung herauskommen soll. Zur Vorsicht erkundige man sich, welche Meinung der Professor zum Forschungsgegenstand vertritt. Die Arbeit ist darauf anzulegen, diese Meinung zu unterstützen. Vorteilhaft ist es, wenn zu diesem Zweck auch Publikationen des Professors herangezogen werden können. An Sekundärliteratur herrscht auch für die absurdesten Themen kein Mangel, weil alles längst schon mindestens zweimal untersucht worden ist. Erfolgversprechend und zeitsparend ist es, den Beitrag eines Kommilitonen abzuschreiben, der das gleiche Thema vor zwei Jahren erforscht hat, als das gleiche Seminar schon einmal beim selben Professor abgehalten wurde. Bei der Sekundärliteratur ist aus möglichst vielen verschiedenen Titeln zu zitieren, um das Literaturverzeichnis der eigenen Arbeit imposant aufzublähen. Beim Durchblättern findet sich immer irgendein Zitat, das gerade ins eigene Konzept paßt. Doch Vorsicht vor Verwechslungen: Niemals einen Sekundärliteraten zur Unterstützung eigener Positionen verfremden, den man auf der vorherigen Seite mit einem anderen Zitat als Idioten entlarvt hat. Ein schlüssiger Argumentationsstrang läßt sich effektvoll vortäuschen, wenn man sich bei der Widerlegung von Forschern an jene hält, deren Unvermögen der Professor in seinen Veröffentlichungen bereits nachgewiesen hat. Wegen passender Argumente: s. ebd. (oder a. a. O.).

Seit dem Tag meiner Immatrikulation war ich nicht mehr dazu gekommen, Bücher aus purem Interesse zu lesen. Dabei war die Bibliothek im Neuphilologikum mit ihrer Friedhofsruhe mein Zuhause. Hier, wo man ein Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung ablegen muß, bevor man sein Taschengeld als Buchsortierer verdienen darf – hier kaute ich wieder, was ich von anderen abschreiben würde, konzipierte Thesenpapiere und wurde ein Weltmeister im Fotokopieren. Die Kommilitonen taten nichts anderes: Überall saßen sie, jeder für sich, an ihren Tischen und fertigten Exzerpte an, eingemauert von sekundären Bücherhalden, in denen das zu interpretierende Einzelwerk dauernd verlorenging. Das Antlitz des Weltgeistes bekam ich nie zu sehen. Nur seinen Arsch.

Die bürokratische Engstirnigkeit des Universitätsapparates hatte ihr Pendant in der Bevölkerung des »Weltdorfes Tübingen« (Volksmund). Die schwäbische Gesinnung – Biedermeier im Herzen, Kontoauszüge im Kopf und die nagende Ungewißheit darüber, was wohl die Nachbarn über einen selber »schwätzet« – besiegt die Menschlichkeit. Kein Wunder, daß einer aus dem 13. Stock sprang und die Psychotherapeutische Beratungsstelle der Universität vor dem jährlichen Ansturm Hunderter Studenten kapituliert hat. Wie die Zwänge, denen man beim Studium ausgesetzt ist, ihre Fortführung im Privaten finden, erlitt ich in der Liegnitzer Straße zu Tübingen.
Schon bei der Lektüre des Mietvertrages hätte ich stutzen müssen. Da gab es als Anlage eine Inventarliste, in der jeder einzelne Wohnungsteil katalogisiert war, als hätte man es in meinem Fall mit einem Kleptomanen zu tun. Ein Passus darin dokumentierte die Dekorationsanstrengungen des Vermieters – und sollte als Putzanweisung für einen eventuellen Auszug verstanden werden: Daß die »Webläufer Küche gewaschen, Velourläufer Diele geputzt und abgesaugt« worden seien; daß der »Teppich des großen Wohnzimmers im Freien geklopft, gebürstet und einen Tag lang gelüftet wurde« und man »die Kunststoffböden naß gewischt und mit Pflegemittel (›Glänzer‹) behandelt« habe. Dazu gesellte sich eine Wohn-Anweisung, die neben vielem anderen die Aufforderung enthielt, daß »der Mischhebel für Warm- und Kaltwasser an der Dusche mindestens 2mal wöchentlich zu bewegen ist« und »die Perlatoren an den Wasserhähnen monatlich abzuschrauben und von Rückständen zu befreien sind«.
Der Ärger ließ nicht lange auf sich warten. Abends um halb elf stand der Vermieter, der über mir wohnte, an meiner Türe und rief zur Ordnung, weil der Umzug noch nicht beendet war und wir gerade eine schwere Waschmaschine in die Wohnung hievten. Zwei Tage später beklagte er sich, weil ich nachts pinkeln war und er danach nicht wieder einschlafen konnte. Dann wollte er wissen, ob ich denn jeden Morgen duschen wolle. Er würde immer nur samstags baden – und ich nehme an, dasselbe Wasser mußte auch für die Frau noch reichen.
Endgültig gespannt wurde das Verhältnis, als er nächtliche Gespräche an meinem Küchentisch verbieten wollte und davor warnte, in seinem Hause losen Lebenswandel einzuführen: Bei einem seiner Kontrollgänge hatte er herausgefunden, daß ich in meiner Wohnung Damen empfing, die auch frühmorgens noch da waren.
Eine dieser Patrouillen brach mir am Ende das Genick. Nach eigenem Bekunden hatte der Hauseigner gehört, daß in meiner Wohnung nachts ein Fenster geklappt wurde – aber nicht wieder geschlossen. Im Morgenmantel schlich er sich sodann in die Novemberkälte vors Haus, sah das geöffnete

Fenster – und legte mir anderntags den Auszug nahe. Die Wände würden auskühlen, die Heizkosten steigen. Ich nahm das Angebot an.
Wer nun aber glaubt, daß Alltagsfrust unser ständiges Thema gewesen sei, den kann ich beruhigen. Weder in den Lehrveranstaltungen noch im Gespräch untereinander gestand man sich seine Unzufriedenheit mit den Verhältnissen und die Angst vor der Zeit nach dem Studienabschluß ein. Darum las ich jüngst mit Erstaunen in der Zeitung, daß im Gefolge der letzten bundesweiten Studentenscharmützel, im Dezember 1988, auch in Tübingen 5000 Kommilitonen eine Menschenkette gebildet haben – drei Kilometer lang, von der Neuen Aula bis zu den naturwissenschaftlichen Bauten auf der Morgenstelle –, um »mehr Platz, mehr Geld« zu fordern. Nach den daran anschließenden Weihnachtsferien aber war die revolutionäre Luft raus. Die Studenten selbst, ganz schwäbische Tradition, hatten den Aufruhr in bürokratische Kanäle gelenkt. Am Hegelbau proklamierte ein Transparent den Beschluß der »HistorikerInnen«: »1. Abbruch des aktiven Streiks, 2. Wöchentlich rotierender Schwerpunktstreiktag, 3. Nächster Streiktermin: Mi., 18. 1.« Und daneben die Forderung: »Krabbelgruppen und Kitas für unsere Kinder!« Und was war auf einer Wandzeitung unter der Überschrift »Konkrete Vorschläge zur Verbesserung des Studiums« zu lesen? Daß man, bitte sehr, diesen und jenen, dann näher bezeichneten Forschungsbereich mit mehr Sekundärliteratur ausstatten sollte.
Nein, zur Rebellion waren wir nicht fähig. Eigentlich waren wir genau die Generation Studenten, vor denen uns die 68er immer gewarnt haben: anspruchslos, was die ins Studium mitgebrachte Eignung, Bildung, das Talent und Studienerwartungen betraf, unpolitisch, unsolidarisch, dafür aber arrogant und egozentrisch. Eigenverantwortliches Arbeiten mit selbstgesetzten Schwerpunkten – ein Traum, den ich rasch begraben mußte.
Daß mit der geisteswissenschaftlichen Ausbildung keine Scheibe Brot zu verdienen war und zumeist auch das beste Zeugnis nicht soviel wert war wie das Papier, auf dem es stand – das war uns künftigen Magistern und Lehramtskandidaten klar. Trotzdem waren die immer viel zu schick gekleideten Betriebswirtschaftler und Juristen für uns nur Schnösel. Und wir taten ungerührt, wenn wir in Wahrheit neidisch auf die Schwarzen Bretter in den naturwissenschaftlichen Abteilungen schauten, wo es von Stellenangeboten nur so wimmelte.
Das Streiten über Sinn, Unsinn und Perspektive der Geisteswissenschaften überließen wir den Schreihälsen der K-Gruppen, die mit Handzetteln in der Mensa und auf der Wilhelmstraße für ihre Teach-ins warben (der Terminus ist abschreckend genug). Daß wir die Kritik für uns behielten, schuf zwar Magengeschwüre, aber keine Studiennachteile. Nur zwei Möglichkeiten

waren denkbar, um mit der rauhen Wirklichkeit zurecht zu kommen: sich frühzeitig rühren, schon während der Studienzeit Kontakte zum wirklichen Leben knüpfen (der Chefredakteur des *Schwäbischen Tagblatts:* »Wer in unserem Lokalteil hospitieren will, sollte schon für die zehn besten Zeitungen geschrieben haben.«) oder das Ende des Studiums so weit wie möglich hinauszögern. So sind sie in den Hauptseminaren und Bibliotheken bis heute allgegenwärtig: die x-semestrigen und die verheirateten Doktoranden mit Kindern.

Friedrich Hölderlin hat, im Wandel der ideologischen Moden, für Generationen Tübinger Studenten als Vorbild gedient. Von der Eberhardbrücke oder der Platanenallee auf der Neckarinsel hat man einen Blick auf den Turm, in dem er 34 Jahre auf seinen Tod wartete. Als man sich '68 anschickte, auch der Eberhard-Karls-Universität den »Muff von 1000 Jahren« auszutreiben, stilisierte der Wahl-Tübinger Ernst Bloch Hölderlin zum Revolutionär: Mit Hegel und Schelling, seinen Stubenkameraden im Evangelischen Stift, habe Hölderlin am 4. Jahrestag der Bastille-Erstürmung um den Freiheitsbaum die Carmagnole getanzt. Es steht für den Stimmungswandel der Studenten, daß sie ihren Lokalheiligen inzwischen anders betrachten: als nur noch tragische Figur. Selten dagewesene Erfolge feierte eine Laienspielgruppe, die Hölderlin in diesem Sinne auf den Brettern ihrer Freilichtbühne am Neckar vorführte: als einen, der vor der starrsinnigen Wirklichkeit kapituliert und den Rückzug in das Gehäuse seiner inneren Welt antritt.

Die Studienstiftung des deutschen Volkes immerhin hielt unerschütterlich zu mir – obwohl ich Geisteswissenschaften studierte. Einmal im Jahr kam mein Sachbearbeiter aus der Bonner Zentrale vorbei, um sich über mein Wohlergehen zu informieren. Mit meinen Problemen konnte ich mich an einen Tübinger Vertrauensdozenten wenden, und im Sommer fuhren wir in ein Alpendorf, um auf der grünen Wiese über Gott, die Welt und den Geist so zu diskutieren, wie ich es an der Universität gern getan hätte. Es stimmt, ich war privilegiert – und dafür dankbar. Aber dem Sinn meines Studiums kam ich deswegen trotzdem nicht auf die Spur.

Einen Silberstreif am Horizont immerhin gab es auch in Tübingen: das Seminar für Allgemeine Rhetorik. Hier wurde nicht studiert, um was zu werden, sondern um sich an Literatur zu bilden. Werke wurden nicht zu Tode interpretiert, sondern respektiert. In Creative-Writing-Seminaren, einem Import aus den USA, lernte man sich auszudrücken und eigene Ideen gegen die Kritik anderer zu verteidigen. Der geistreiche Plausch hatte den Vorrang vor der Theorie, etwa den Lehren Quintilians und Ciceros – die man sich infolge des geweckten Interesses dann aus freien Stücken selbst

aneignete. Man war zur Kreativität gezwungen, denn es gab kaum Sekundärliteratur zu kopieren.
Uneingeschränkter Herrscher und Publikumsmagnet war Walter Jens. Studenten sagten ihm nach, er lese täglich 500 Seiten. Ich glaubte es. Denn wenn er im Seminar aus dem Stegreif zu einem Exkurs anhob, geriet der ihm unversehens zu einem Abriß der abendländischen Kulturgeschichte. Gern legte er auch Zeugnis ab über seinen intimen Umgang mit den Größen des Geistes. Motto: »Als ich damals mit Max Frisch bei Hans Mayer in Leipzig war, sagte Uwe Johnson: ›Die Bachmann kommt schon wieder zu spät.‹« Oder: »Als ich am Silvesterabend mit Ernst Bloch auf dem Österberg in die Sterne blickte...« Aber er wollte uns nicht das Gefühl geben, nur ahnungslos zu sein: »Na, Kinder, was fängt so an?« fragte er einmal: »›Je, den Düwel ook, c'est la question, ma très chère demoiselle!‹« – »*Buddenbrooks*«, riefen wir. Stolz!
Vorlesungen hielt Jens nicht, wie es üblich gewesen wäre, in einem der beiden Hörsäle des Neuphilologikums, sondern abends um 20 Uhr c.t. im Festsaal der Neuen Aula. Nie ging es dabei um Studienstoff im engen Sinne, sondern um den Geist an sich. Seinem bewußten Auftritt als Star angemessen, waren natürlich nicht nur die 25 Schüler seines jeweiligen Seminars anwesend, sondern der Saal war bis auf den letzten Platz voll mit »toute Tübingen«. Und sechs Monate später erschienen die Vorträge gedruckt bei Kindler.
Die Anwesenheit seiner Schüler in den Sitzungen kontrollierte Jens mit einer Strichliste, wobei er nie anzumerken vergaß, das sei nur pro forma und interessierte ihn im Grunde nicht. Referate hörte er sich an, verzichtete aber lieber darauf, sie sich auch noch schriftlich vorlegen zu lassen, und verteilte Scheine und Noten wohlwollend, aber nach eigenem Gutdünken. Fast alle, die bei ihm lernten und schrieben, wollten natürlich Schriftsteller und Journalisten werden.
Selbst ich bin es am Ende noch geworden: Journalist. Trotz des Studiums. Nach der Zwischenprüfung, im April 1987, erlöste mich mein Traumberuf vom Trauma Studium.
Es hat eine Weile gedauert, bis ich das verquaste Akademikerdeutsch wieder losgeworden bin. Ich muß nicht mehr so tun, als hätte ich Ahnung von dem, worüber ich schreibe – ich muß Ahnung haben. Und was ist als Ertrag meines Studiums der Geisteswissenschaften geblieben? Ich beherrsche die Tastatur einer Schreibmaschine – wenn auch nur mit einem Finger.

Claus Leggewie
Politologie: Wissenschaft oder Kaderschmiede?

Kein Wort über die Mafia

Studentin S., drittes Semester, vom Katheder einführend und ausschweifend mit den »Grundzügen des politischen Systems der Bundesrepublik« traktiert, beklagt sich über diesen echt weltfremden Stoff. Wenigstens einen Hinweis hätte sie erwartet auf jene subpolitischen Abgründe, in die sogar die *Tagesschau* bisweilen Einblick gibt: Abgründe von Bestechlichkeit meint sie, und daß diese unsere Bundes- längst zur ordinären Bananenrepublik verkommen sei, in der korrupte Cliquen den Lauf der Dinge auskungeln und die *arcana republicae* hüten, während die Kameras stur weiter auf den leeren Plenarsaal und Kanzler Kohls Besuchersofa halten. In der Tat: Mafiöse Nebenstaaten zersetzen »die Politik«, von Bogota über Zürich bis Taschkent, doch die routinierten *political sciences* handeln das Stichwort »Politik & Verbrechen« ungerührt unter den Miszellen ab. Und was die heimische Szene betrifft: Auch Bonner Journalisten wissen genauer als jeder Lehrstuhlinhaber für Politologie, *who gets what, when and how* (so die klassische Formel von Harold Lasswell). Zu wenig werden neue politische Gegenwirklichkeiten vom zuständigen Fach gesichtet und bedacht, das nach dem Krieg ausdrücklich als »Demokratiewissenschaft« mit besonderem Aktualitäts- und Bildungsanspruch angetreten ist. Im Zeitalter erdumspannender Verflechtungen, transnationaler (Medien-)Konzerne und politischer Entscheidungen, die auf Jahrhunderte berechnet sein müßten (es aber nicht sind), geht das kleine Einmaleins der Demokratie nicht mehr ohne weiteres auf: Volkssouveränität, Öffentlichkeit, Mehrheitsregel – was ist das heute und gilt das noch? Ob herrschaftsfreie Kommunikation möglich ist, wie politische Urteilskraft wiederherzustellen wäre und was es mit ökologischer Demokratie praktisch auf sich hat, bleibt zumeist den Philosophen und Verfassungsjuristen überlassen, wo nicht ein abstrakter Ethikdiskurs jede institutionelle Phantasie in tödlichem Lamento ersterben läßt.
Übrigens: Studentin S. hat die Konsequenzen gezogen. Sie macht jetzt in einer »Antifa-Ini« selber Politik und jobbt die meiste Zeit in einer Naturkost-Kooperative. Als Kader für die Neue Politik fällt sie einstweilen aus. Sie muß ja leben.

Hier irrt Herr Franke

Politikwissenschaftler gilt gemeinhin nicht als anständiger Beruf. Auf einer Arbeitgebertagung in Osnabrück 1988 hat Heinrich Franke, Präsident der *Bundesanstalt für Arbeit*, der Öffentlichkeit sein Versagen auch als Erzieher kundgetan: »Ich habe nicht verhindern können, daß zwei meiner Kinder Politikwissenschaft studieren – eine brotlose Kunst« (zit. nach *FR* 17.9.88). Nun, wir wissen nicht, was Herr Franke folgsameren Abiturienten und Abiturientinnen empfiehlt. Wir empfehlen als erstes die Erhöhung der Sozialwissenschaftlerquote in seiner Anstalt (mit dem subversiven Auftrag, diese in ihrer ganzen Wirkungslosigkeit vorzuführen), sodann eine nüchterne Betrachtung der Einkommens- und Arbeitsmarktstatistiken. Auch Franke kolportiert wider besseres Wissen das Vorurteil vom Taxifahrer *Dr. disc. pol.:* doch knapp zwei Drittel der Politologen *sind* im Berufsleben qualifikationsgerecht untergekommen, und insgesamt sind sie *nicht* überdurchschnittlich von Akademikerarbeitslosigkeit betroffen.[1] Gewiß: Bezahlt werden sie schlecht, gemessen etwa an Wirtschaftsprüfern, Biochemikern oder Ärzten, und Politologen stecken relativ häufiger in befristeten Arbeitsverhältnissen, wackligen Honorartätigkeiten und aussichtslosen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Aber eine Unternehmensberatung hat kürzlich für Politikwissenschaftler im fünften Berufsjahr sogar ein Durchschnittsgehalt von 4200 DM ermittelt – das macht immerhin 700 Mark mehr, als beispielsweise ein Durchschnittsarchitekt verdient.

Heinrich Franke wird nun auf seine Fürsorgepflicht für die eigenen und fremder Leute Kinder pochen. Denn natürlich ist kaum abzusehen, wie die derzeit rund 15 000 Studierenden der Politischen Wissenschaft künftig ebenso glimpflich unterzubringen sein werden. Die wachsende Professionalisierung des Faches seit den sechziger Jahren kann dem explosionsartig wachsenden Angebot an Diplomanden, Doktoranden und Magistern wohl kaum standhalten. Nach dreistelligen Wachstumsraten 1965-1975 und noch einmal einem Plus von 61,2 Prozent zwischen 1980 und 1985 ist der bisher deutlich bevorzugte Teilarbeitsmarkt – Hochschulen, öffentliche Verwaltungen und Forschungsinstitute – ziemlich dicht, trotz des UNiMUT vielleicht noch zu verdankenden Geldsegens. Politikwissenschaftler werden künftig vor allem auf private Arbeitgeber und den »alternativen Sektor« angewiesen sein.[2] Erstere sind im Hinblick auf Politikwissenschaftler ein Muster an Selbstgenügsamkeit, letzterer ist ein Hort der Selbstausbeutung. Vielleicht wissen sie einfach zu wenig über Politikwissenschaftler.

Who's who in political sciences?

Wissenschaftler neigen dazu, zünftigen Klatsch und Tratsch in szientifische Form zu kleiden. In den Vereinigten Staaten ist es gang und gebe, die innere und äußere Reputation wissenschaftlicher Fächer und Fachvertreter einem Test auszusetzen und die Ergebnisse in Form regelrechter Hitparaden zu publizieren: Wer wieviel und wo veröffentlicht, wer wie oft zitiert und rezensiert wird, und wie bekannt und angesehen einer ist, entscheidet jenseits des Atlantiks nicht nur über den Neuigkeitswert von Party-Gesprächen, sondern über Gehälter, Berufungen und die Höhe von Forschungsmitteln. Dieses professionspolitische Instrument des *ranking* wird methodisch bekrittelt, ist aber akzeptiert und weithin üblich. Nicht so in der Bundesrepublik. Bei uns räsonniert man lieber ohne Namensnennung über die »Lage der Politikwissenschaft« und tratscht, urteilt und entscheidet über Listenplätze, Forschungsanträge und Festschriftenbeiträge beim *small talk* am Rande von Konferenzen (was die US-Kollegen zusätzlich tun). Deutsches Berufsbeamtentum und professorale Parzellenwirtschaft schließen diesen »amerikanischen« PR-Firlefanz und Starkult eigentlich aus, aber 1986 hat sich dennoch einer getraut, Licht ins Dunkel der informellen Reputationshierarchien zu bringen.[3]

Als *wichtigster Vertreter* der Zunft gilt demnach der Heidelberger Lehrstuhlinhaber *Klaus von Beyme,* zuständig für die klassischen Gebiete »Politische Theorie« und »Vergleichende Regierungslehre«, ein ausgesprochen produktiver und vielseitiger Schreiber, u. a. beteiligt am *Funk-Kolleg Politik* von 1987. In Fachdebatten brilliert er mit erstaunlichen Detailkenntnissen über die Institutionen selbst entlegenster Kleinstaaten, und er hat die westdeutsche Politikwissenschaft auch auf internationaler Ebene repräsentiert. Die höchste Reputation in der *breiteren Öffentlichkeit* maßen die (wenigen) Auskunftswilligen dem Münchner Kollegen *Kurt Sontheimer* und dem Tübinger Emeritus *Theodor Eschenburg* bei; die beiden sind häufig als Gäste von TV-Spätsendungen, als Rundfunkkommentatoren und als Kolumnisten großer Wochenblätter und überregionaler Tageszeitungen wahrzunehmen. Als bedeutendster *Politikberater* wurde *Fritz W. Scharpf* identifiziert, damals noch als Leiter des bekannten Berliner *Wissenschaftszentrums* tätig, jetzt Ko-Direktor des Kölner *Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung* und im übrigen Mitglied der SPD-Programmkommission. Er rangierte knapp vor *Thomas Ellwein,* einem sozialliberalen Verwaltungsreformer aus Konstanz.

Bemerkenswert war, daß trotz einer beträchtlichen ideologischen Polarisierung der Politikwissenschaft, die sich Anfang der achtziger Jahre in eine

»rechte« und eine »linke« wissenschaftliche Vereinigung gespalten hat, bei dieser Prestigeskala weitgehende Übereinstimmung bestand zwischen »kritischen Theoretikern« und »Fliegenbeinzählern«, die sich früher bei jeder Gelegenheit spinnefeind waren. Überhaupt bestätigten die Enquêteure in eigener Sache der westdeutschen Politikwissenschaft einen Hang zum Konsens – ein Umstand, der noch genauer zu untersuchen sein wird. Ein wenig umstritten waren lediglich Fachvertreter, die sich besonders stark parteipolitisch aus dem Fenster hängen, wie z. B. der »gewendete« Bonner Zeithistoriker *Karl Dietrich Bracher* und sein der CDU noch näherstehender Nachfolger *Hans-Dieter Schwarz*, auf der anderen Seite der damalige Inhaber des (einzigen) Lehrstuhls für »Politische Wissenschaft und Soziologie« in Bielefeld, *Claus Offe*, der gelegentlich grüne Sympathien anklingen läßt. An Flügelmännern mangelt es dem Fach sonst wahrlich nicht: den radikalnationalistischen *Bernard Willms* findet man in jedem rechten Salon oder Hinterzimmer, aber in *Johannes Agnoli* verfügt das Fach auch über einen unbeugsamen APO-Fundi. Genug geklatscht. Das alles interessiert die Republik wenig, auch nicht, daß Politik- und Geschichtswissenschaft sich gegenseitig gern den Vortritt lassen, wenn es darum geht, welches Fach nun eigentlich den Dr. Helmut Kohl promoviert hat ...

Bevor dieser Generalist in die Bonner Elefantenrunde tritt, machen sich die eigentlichen Matadore der Gegenwartspolitologie Konkurrenz: in der ARD das *infas*-Team, beim ZDF (in der Regel um eine Nasenlänge besser) die *Forschungsgruppe Wahlen e. V.* aus Mannheim. Politikwissenschaft – das ist für die meisten Zuschauerdemokraten politische Marktforschung, Hochrechnungen zwischen Sportschau und Talkrunde, die Sonntagsfrage. Diese Politbarometer machten Politologen ebenso populär wie die Meteorologen: denn übers Wetter weiß jeder so gut Bescheid wie der Stammtisch mit Frau Noelle-Neumann über die »verletzte Nation« und Klaus Liepelt über das »Schrumpfen der Mitte«. Die trügerische Sicherheit allerdings, mit der sie dem Wahlvolk per »Wählerwanderungsbilanz« Aufschluß über seine geheimsten Regungen und Desertionen geben, macht die Zampanos ein wenig verdächtig.

Daß nun erstmals nach der Kommilitonin S. von einer Frau die Rede war, liegt daran, daß Politikwissenschaft, mit nur knapp fünf Prozent weiblich besetzten Hochschullehrerstellen und anders als die Soziologie, eine fast exklusive Männerdomäne geblieben ist. Immerhin hat der Herrenclub 1988 mit *Beate Kohler-Koch* eine weibliche Vorsitzende an die Spitze der »linken« *Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft* (DVPW) gewählt. Die rechte Konkurrenz, die *Deutsche Gesellschaft für Politikwissenschaft* (DPG) ist nicht nur darin Nachzüglerin: Sie ist auch nicht (was Sinn der

Spaltung war[4]) an die von der *Deutschen Forschungsgemeinschaft* (DFG) verwalteten Fleischtöpfe herangekommen. DFG, *Stiftung Volkswagenwerk* u. a. finanzieren die begehrten Drittmittelprojekte. Sie vertreten damit forschungspolitische Interessen von Staat und Wirtschaft und verteilen knappe Gelder, aber als Türhüter fungieren angesehene, von der *scientific community* selbst gewählte Kollegen (bislang eben nur aus den Reihen der DVPW).[5]

Politik als Nebenberuf

Im Troß der bürokratisierten Parteien und Beamtenparlamente ziehen die Politikberater, darunter neben altetablierten Juristen und Ökonomen eine wachsende Abteilung aus Politikwissenschaftlern. Laut »OSI-Verbleibsstudie« waren um 1980 rund fünf Prozent der Absolventen bei Parteien gelandet[6], und diese waren gleichzeitig die größten Nachfrager von politologischem Beratungs-*know how*, vor allem zum Zwecke der »Problemerkennung«. Hinzurechnen muß man jene, die in den parteinahen Stiftungen untergekommen sind, von denen insbesondere die *Konrad-Adenauer-Stiftung* und die *Friedrich-Ebert-Stiftung* eigene sozialwissenschaftliche Forschungsabteilungen unterhalten. Ist diese Politologisierung der Politik das letzte Stadium der Kaderproduktion? Daß Politikwissenschaftler selbst Politiker geworden sind, wie z. B. prominente Mitglieder der Berliner »Betonriege« oder auch der Berliner Professor und zeitweilige AL-Abgeordnete *Martin Jänicke*, ist wohl die Ausnahme. Eher bilden sie den »Rahmen« von Politik, die *backstage*-Equipe der Ratgeber und Redenschreiber. Unser Kanzler z. B. wird nicht nur vom Neuhistoriker *Michael Stürmer*, sondern auch vom Mainzer Politologen *Werner Weidenfeld* beraten, zur Zeit Sonderbeauftragter für die Heilung der angeknacksten deutsch-amerikanischen Beziehungen. Zwei angesehene außen- und sicherheitspolitische Forschungsinstitute, die *Stiftung Wissenschaft und Politik* in Ebenhausen (Leiter: M. Stürmer) und die *Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik* in Bonn (Leiter: Karl Kaiser) speisen ihre politikwissenschaftliche Kompetenz, anders als manche regierungsnahen Denkfabriken in angelsächsischen Ländern, nur unter Wahrung größtmöglicher Eigenständigkeit in den politischen Entscheidungsprozeß ein. Ist solche akademische Politikferne der Grund dafür, »daß Politologen als Sachverständige auch in Gebieten nicht sonderlich gefragt sind, die in ihr Fach fallen«, und bei uns »bisher bei der Beratung von Politikern keine entscheidende Rolle« spielen?[7]

Kleine Geschichte des Kaderbegriffs

Den Begriff des *Kaders* haben wir hier in sehr läßlicher Weise eingeführt und seinem herkömmlich französischen Bedeutungsfeld entfremdet: *Cadres* hießen seit der *levée en masse* Ausbildungsoffiziere, die nach Abschaffung des Adelsregiments dem ständig fluktuierenden Rekrutenheer einen »Rahmen« (von lat. *quadrum*) und Halt gaben. Kader blieben bei der Fahne, während der Rest nach Abschluß des Exerzierens entlassen und ersetzt wurde. Kader bleiben, wo die Revolution vorbei ist, oder treten auf den Plan, wenn eine zu machen ist: Lenin befehdete die Zarenautokratie mit einer generalstabsartigen »starken Kerntruppe«, den späteren Funktionären kommunistischer Kaderparteien und Mitgliedern der *Nomenklatura*. Kaderpolitik heißt in der DDR die »planmäßige Heranbildung, Erziehung und Befähigung von Nachwuchskräften sowie der Einsatz von Kadern zur Führung, Leitung, Planung und Mitarbeit auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens« – da lassen sich entsprechende -Abteilungen, -Reserven, -Akten und natürlich der übliche -Mangel bilden. In der neueren französischen Terminologie sind *cadres* die hochbedeutsame, zeitgeist- und lebensstilbestimmende Schicht leitender Angestellter in Unternehmen und Staatsapparat, die sich z. B. auf den Bänken der *Sciences po* in der Rue St. Guillaume oder als sog. »Enarchen« nebenan in der Verwaltungshochschule qualifiziert haben.

Ein Kader im modernen Sinne umrahmt also die Politik (Quadratur des Zirkels!). Er vereint politische Intelligenz mit einer Managerrolle; aber er beansprucht nicht, wie *chefs* und *leaders*, selbst die Intendanz. Geläufig und polemisch aufgeladen wurde der Begriff bei uns, als angeblich um die »Freiheit der Wissenschaft« besorgte Universitätslehrer (darunter Politologen wie Hans Maier und politische Philosophen wie Ernst Nolte) die westdeutschen Hochschulen zu *Kaderschmieden* degeneriert sahen, und zwar nicht zuletzt unter dem schädlichen Einfluß der einschlägig bekannten *stud. phil.* oder *stud. rer. pol.* Dutschke, Rabehl & Co. und der Politikprofessoren Gottschalch, Kühnl, Agnoli, Krippendorff und anderer.[8] Wissenschaft als Kaderschmiede – ein Verdacht war in der Welt. Wohin in der vierzigjährigen Geschichte von Politik & Wissenschaft der Zweiten Republik die politologische Kaderproduktion jeweils tendierte – zum Unteroffizier von *freedom & democracy*, zum spätleninistischen Parteiaufbau (AO), zum *encadrement* der Politik durch planende Technokraten oder neuerdings zum rosa-grünen Polit-Unternehmertum, sei nun in vier Phasen historisch rekapituliert.

Die fünfziger Jahre – Politologen auf dem Kinderbänkchen: polity[9]

»Siebenhundertfünfzig Menschen drängten sich im Einführungssemester in den viel zu kleinen Räumen mit den Kinderbänken, oft nach langen Anmarschwegen in unbeleuchteten Straßen ohne Verkehrsmittel ... ohne ausreichende Lehr- und Lernmittel ... die zusammengewürfelte Schar junger Menschen, die meist nur das Kriegshandwerk gelernt hatten, zusammen mit bereits in Amt und Würden stehenden Politikern ...«

Vom Kriegshandwerk zur Staatskunst – Otto Suhr über die Anfänge der Politikwissenschaft 1949.[10] Was für keine andere Wissenschaft im Nachkriegsdeutschland zutrifft, gilt für die Politologie vielleicht: die »Stunde Null«. Anders als bei der Soziologie und erst recht bei den eifrig in Dienst genommenen Geisteswissenschaften ist es trotz fleißigen Quellenstudiums nicht gelungen, mehr als minimale braune Spurenelemente und NS-Kontinuität zu finden. Das wenige, was sich vor 1933 als eigenständige Politikwissenschaft etabliert hatte, wurde von den Nazis vertrieben bzw. konnte nur völlig verdreht, als »Auslandswissenschaft«, genutzt werden. Was sich nach 1945 wieder einfand, war personell und programmatisch eindeutig antinationalsozialistischen Ursprungs. Die entscheidende Berliner Gründergeneration (außer Suhr: Otto Heinrich von der Gablentz, Gert von Eynern, dann Ernst Fraenkel) setzte sich aus allen nichtkommunistischen Sparten der (inneren) Emigration und des Widerstands zusammen. Der Anstoß für die (Neu-)Gründung dieser Disziplin war also erstens außerwissenschaftlich: der »Republik ohne Republikaner« in einer durch nationalsozialistische Modernisierung und Barbarei aus den Fugen geratenen Gesellschaft antitotalitäre Sicherungen einzubauen, und zwar im Sinne der westlichen Besatzungsmächte und mit ständigem Blick auf das Exempel »Weimar«. Manche »Anti-Politologen« sehen in der Einführung der »Wissenschaft von der Politik« nach 1945 bis heute eine Fortsetzung des Zweiten Weltkriegs mit den Mitteln der *Reeducation;* trotzig reklamieren sie mehr deutsches »Lagebewußtsein« (Hans-Joachim Arndt).[11] Der Kabarettist Werner Finck hatte seinerzeit folgenden Dialog im Programm: *Amerikaner:* »Hier habt ihr die Demokratie!« – *Trizonesier:* »Moment, wir haben keine Zeit. Aber geben Se her, für später!« – So präventiv wurde dann auch der Gegenstand Politik definiert: als »Kunst, die Führung menschlicher Gruppen zu ordnen und zu vollziehen« (Arnold Bergstraesser), als »Kampf um die rechte Ordnung« (Suhr) des Gemeinwesens und das regelgerechte Funktionieren der Institutionen im Wechselspiel von Regierung und Opposition, Parteien und Parlament. Exempel war immer die angelsächsische (und selten, am ehesten bei Carlo Schmid, die französische) Demokratie; aber was sonst, wenn nicht das britische »Westminster-Modell«, der westli-

che Verfassungsstaat und das große Vorbild USA, sollte die Politikwissenschaft heranziehen, um ein Gegenmodell gegen den historisch falsifizierten Sonderweg des Deutschen Reiches zu entwerfen? Politologie war, wie es einer ihrer bedeutendsten Lehrmeister formuliert hat, Anleitung zum »Verfassungspatriotismus« (Dolf Sternberger) – und das ist bis heute richtig.

Völlig hat es aber an deutscher Gelehrtentradition nicht gemangelt. Dies gilt vor allem für eine gewisse teutonische Theorielastigkeit; in ihrem Widerstand gegen die »Soziologisierung« der Politik schlossen auch die Anti-Mandarine der importierten *political sciences* gern an die ältere deutsche Staatsrechtslehre und »Polizeywissenschaft« an. Eine zusätzliche, bisweilen auf Imitation angelegte Westbindung ergab sich aus dem seinerzeit obligaten Paradigma des Antitotalitarismus, das bekanntlich nicht immer nützlich war zur Erforschung des wirklichen NS-*Behemoth*. Man muß auch hier in Rechnung stellen, daß die westdeutsche Politikwissenschaft ein Kind der Berliner Blockade und erklärtes Gegenstück zur marxistisch-leninistischen Gesellschaftslehre bzw. zum »Histomat« drüben war. Nur in Marburg, wo ab 1951 *Wolfgang Abendroth* Schule bildete, sah man das nicht ganz so eng. Politikwissenschaft lehrte aber auch dort, wie Staat und Demokratie *sein sollten*, nicht wie sie tatsächlich funktionierten (oder eben nicht). *Ernst Fraenkel*, der auf dem Umweg über das umkämpfte Korea aus dem Exil ans OSI zurückgekehrt war, bezeichnete die Politologie, deren Vertreter ja aus verschiedenen Fakultäten von Geschichte bis Nationalökonomie zusammengewürfelt waren, als eine »Integrationswissenschaft«, die unter (eingeschränkt!) pluralistischem Blickwinkel zu fragen habe,

»ob in einem politischen Gemeinwesen die institutionellen, intellektuellen, wirtschaftlichen, sozialen und moralischen Bedingungen erfüllt sind, die es ermöglichen, die Lösung der jeweils anfallenden innen- und außenpolitischen Tagesprobleme zu erreichen, die den praktischen Bedürfnissen einer wirksamen Regierung und Verwaltung und den Mindestanforderungen eines geläuterten Gemeinwohls Genüge tut ... Eine Politikwissenschaft, die nicht bereit ist, ständig anzuecken, die sich scheuen wollte, peinliche Fragen zu stellen, die davor zurückschreckt, Vorgänge, die kraft gesellschaftlicher Konvention zu arcana societatis erklärt worden sind, rücksichtslos zu beleuchten, und die es unterläßt, freimütig gerade über diejenigen Dinge zu reden, über die ›man nicht spricht‹, hat ihren Beruf verfehlt. Politologie ist kein Geschäft für Leisetreter und Opportunisten.« (1963)[12]

In dieser besonderen Praxisorientierung ist, zweitens, die *außeruniversitäre* Ausgangslage der normativen »Demokratiewissenschaft« zu erkennen: ihr wichtigstes Zentrum war ja die *Deutsche Hochschule für Politik* (DHfP) in West-Berlin, aus der Weimarer Zeit als Einrichtung der politischen Erwachsenenbildung übernommen. In der alten Reichshauptstadt hatte man (vor allem sozialdemokratische) Parteifunktionäre instruiert; 1949 war wie-

der an eine Art Volkshoch- oder Abendschule gedacht, in der Lehrer, Verwaltungsleute, Mandatsträger, Sozialpädagogen und Kommunalpolitiker das »Handwerk der Demokratie« erlernen sollten. Doch überwog vom ersten Semester an der »Vollstudent«, der den verpaßten Hochschulabschluß nachmachen wollte. Die DHfP drängte also in Richtung Universität, doch auch die *Freie Universität* wollte erst mal gar keine Demokratie(wissenschaft) und führte einen zähen Abwehrkampf gegen die Einrichtung politologischer Lehrstühle in der angeblich politik-, ideologie- und praxisfreien Alma mater. So dauerte es Jahre, bis das dann nach dem verstorbenen Otto Suhr genannte Institut mit eigenem Diplomabschluß vollständig etabliert war. Bis zum Jahr 1960 kam die westdeutsche Demokratie insgesamt mit einem kleinen »Orchideenfach« aus: 24 Professorenstellen, davon 14 im restlichen Bundesgebiet, für 316 Hauptfachstudenten der Politikwissenschaft (gleich 1,7 Prozent der Studierenden insgesamt). Aus dieser ersten Schülergeneration gingen wichtige Publizisten, Hochschullehrer und Politiker hervor; das Gros studierte Politikwissenschaft für die Politische Bildung bzw. Sozialkunde an der Schule: der vorherrschende Kadertyp dieser Zeit war der Demokratielehrer. Was davon bleibt, ist der Vorsprung westlicher politischer Kultur vor der Restauration einer deutschen Sonderwegstradition – und der Verdacht blinder Affirmation einer bloß oberflächlich angeeigneten Demokratie.

Ein Hauch von *fifties* begleitet das Fach: In den fünfziger Jahren bildete sich der bis heute klassische Studienkanon heraus (Politische Theorie, Regierungslehre der Bundesrepublik, Vergleichende Politikwissenschaft, Außenpolitik und Internationale Beziehungen, Politische Bildung). 1951 gründete sich ferner die bis heute führende wissenschaftliche Vereinigung (DVPW)[13] und, in Konkurrenz zur alten *Zeitschrift für Politik*, das wichtigste deutschsprachige Fachorgan *Politische Vierteljahresschrift* (seit 1960). Auch die in Tausenden Proseminaren ausgeleierte Methodentrias (normativ-ontologisch, empirisch-deduktiv, dialektisch-historisch) formte sich damals aus, genau wie die Konkurrenz der übrigen politikwissenschaftlichen Schulen in Marburg, Heidelberg, Frankfurt, Freiburg, München und (mit einem Schwerpunkt empirischer Sozialforschung) in Mannheim. 1957 erschien schließlich das erste Nachschlagewerk für ein größeres Publikum, an dem Generationen heutiger Lehrer ihr Politikverständnis erworben haben: *Staat und Politik* von Ernst Fraenkel und Karl Dietrich Bracher.

Die sechziger Jahre – Es darf etwas mehr sein: politics

In den sechziger Jahren wuchs das »Orchideenfach« allmählich zum »Massenfach«, wenn man die 1970 erreichte Relation von rund 3400 Hauptfachstudenten zu 63 Professoren schon so nennen will. Die neuen Studenten interpretierten Demokratie- zur Demokratisierungs- und gelegentlich zur radikalen Oppositionswissenschaft um: zur fundamentalen »Kritik der Politik« die einen, zur pragmatischen Planungshilfe für die allfälligen Reformen die anderen – für *mehr* Demokratie jedenfalls.[14] Es ging nun um *wirkliche* politische Prozesse und um deren Grundkoordinaten Macht, Herrschaft, Legitimität. Zielstrebige Revolutionäre waren die wenigsten Studenten und »Mittelbauer«, aber daß Leisetreten hier verpönt war, war ihnen wohl zu Ohren gekommen. Doch die meisten Demokratielehrer der ersten Generation wußten in ihrem Alterspessimismus überhaupt nichts anzufangen mit der heraufziehenden Leidenschaft, sich politisch auszuzeichnen. Ernst Fraenkel z. B. reagierte auf die Veröffentlichung einer harmlosen studentischen Vorlesungskritik im *FU-Spiegel* – »daß die Politologie mit einer ideengeschichtlichen Abhandlung der ›Theorie der Demokratie‹ nicht auskommt« – mimosenhaft mit den Machtmitteln eines Ordinarius, der er eigentlich nicht war. Auch die liberalen Politologen der zweiten Generation (wie Karl Dietrich Bracher und Kurt Sontheimer) waren traumatisiert, als sie sahen, wie manche 68er-Studenten ihre Kritik an der autoritären Adenauerschen Kanzlerdemokratie oder an der Kontinuität antidemokratischen Denkens auffaßten und radikalisierten. Die Politikwissenschaft und speziell wieder das Berliner OSI, eigentlich eine Bastion sozial-liberalen Reformgeistes, kamen im Verlauf der Studentenrevolte in eine ungewollte Avantgarderolle, vor allem von außen durch die Ammenmärchen der Springer-Presse und die Racheakte der selbsternannten Gralshüter der »Freiheit der Wissenschaft«, von innen durch einen ungestümen, aus heutiger Sicht völlig anachronistischen Linksradikalismus mancher Studenten und Assistenten. Vielversprechende Ansinnen auf wissenschaftlichen Pluralismus (»Marx an die Uni«, »Kritische Universität«), gegen die widerspenstigen Theoretiker desselben eingeklagt, erstarben in der verbissenen Orthodoxie der »Grundkurse«; konfliktunfähige Hochschulfraktionen begaben sich auf den »albanischen Weg« in die Selbstisolation. Weitreichende Experimente der inhaltlichen und institutionellen Studienreform (Drittelparität und Mitbestimmung von Lehre und Forschung) endeten in zäher Gremienbürokratie und antiintellektuellem Vandalismus, der am OSI einmal nur knapp vorm Fenstersturz eines »Professorenschweins« haltmachte. Bei der (immer noch strittigen) Bewältigung dieser Vergangenheit des Faches mag mancher

Kombattant von damals die Sage von den revolutionären Kaderschmieden und roten Parteihochschulen in Berlin, Bremen, Marburg usw. forterzählen – aber die Ära, in der »Sozialistische Arbeitskollektive« (SAKO's) den »revolutionären Kampf voranzutreiben« meinten, blieb nur eine Episode. Die »Kaderproduktion« jedoch verschob sich: diese Ära hat Dutzende heute tätiger Studienräte und Erwachsenenbildner geprägt, denen aufgrund des späteren Stellenstops bedauerlich wenig jüngere gefolgt sind. Sie hat bestehende Institutionen der Politikwissenschaft verjüngt, wie die höchst lebendigen Kongresse der um viel kritischen Nachwuchs erweiterten DVPW in den siebziger Jahren belegen, und sie hat überlebensfähige neue hervorgebracht, z. B. die Zeitschriften *Leviathan* und *Prokla*. Von '68 aus hat der Marsch dann in ganz verschiedene Institutionen geführt: reformistisch in eine fahrende SPD-Parteihochschule, revisionistisch in die glasnostgebeutelte *UZ*-Redaktion, in ein bombardiertes Maoistenhauptquartier und schwarz-alternativ sogar auf die siebte Etage des Adenauer-Hauses. Was diese »Kader« bei allen Unterschieden eint, ist ihre distanzierte Nähe zur Macht und ein *materialer* Begriff von Politik, der erst einmal registriert, wie sie *ist*, bevor er sagt, wie sie *sein soll*, und dann in kleinen Schritten darangeht, sie zu *machen* – und eine gehörige Portion politischer Melancholie. Eine emphatische »Kritik der Politik« (Johannes Agnoli), die noch heute dem radikalen Imperativ der *Abschaffung* von Herrschaft folgt, wirkt demgegenüber schon fast wie eine Neuauflage der älteren, normativen Demokratielehre.

Die siebziger Jahre – Die Neue Nützlichkeit: policy

Seit den siebziger Jahren bekam die Politologie einen Schwung neuer Stellen (1980: 201 Professoren) und einen Haufen neuer Studenten (rund 8400). Und sie kam in dieser Periode sozial-liberaler Reformen und Hoffnungen, wie die meisten glaubten, endlich zu sich selbst. In einem damals gängigen, systemtheoretisch inspirierten Lehrbuch wird Politik »wertneutral« und rein beschreibend definiert als »gesellschaftliches Handeln ..., welches darauf gerichtet ist, gesellschaftliche Konflikte über Werte verbindlich zu regeln« (Gerhard Lehmbruch). Damit war nicht nur Politik als *politisch-administratives System* und Politik- als (Bereich der) Sozialwissenschaft uminterpretiert, sondern auch ein Ziel der nun anstehenden *policy studies* vorgegeben: die Wissenschaft zur Anwendung zu bringen, also die diversen und zahlreichen staatlichen Interventionen auf ihrem langen Weg von der Formulierung bis zur Implementation vernünftiger zu gestalten, zu steuern, zu verbessern und ihre Ergebnisse am Maßstab der ursprünglichen Poli-

tikziele zu evaluieren.[15] In dem Maß, wie seit der Regierung Brandt/Scheel Projektgruppen, Sachverständigenräte, Entbürokratisierungsbürokratien, Enquetekommissionen usw. eingesetzt wurden (und darin nicht bloß die übliche juristisch-administrative Expertise erwünscht war), richtete die Politikwissenschaft korrespondierende *think tanks* nach amerikanischem Muster ein: das Berliner *Wissenschaftszentrum* ist eine solche Institution, die *Hochschule für Verwaltungswissenschaft* in Speyer eine andere – und ca. 300 bis 400 weitere arbeiten ständig oder gelegentlich auf den diversen Feldern von *Policy analysis* und *Consulting*. Politologische Forschung wurde jetzt hauptsächlich »Politikfeldanalyse« und (Teil der) »Verwaltungswissenschaft« – deutsche und amerikanische Tradition kommen hier erneut zusammen. Die Aufmerksamkeit verlagerte sich damit von den traditionellen politischen Institutionen und Entscheidungszentren (Parteien, Regierung, Parlament) zu den Bürokratien – *policy research* bekam dadurch einen stark »realistisch-exekutivischen« Zug, der andererseits durch einen anfangs fast naiven Glauben in die Biegsamkeit des »Gehäuses der Hörigkeit« und die Reformierbarkeit des politischen Systems konterkariert war. Aus dem aristotelischen Wolkenschloß der »guten Ordnung« und den dialektisch-kritischen Großtheorien der Gesellschaft entlassen, entdeckten Politologen die Finessen der Real-Politik und ein weites Feld immer neuen Wissens über deren Prozeduren und Zusammenhänge. Damit kam es zu einer unüberschaubaren und von niemandem mehr zu integrierenden Departementalisierung des Faches. Die eben noch größten Kritiker der Fachidioten wurden flugs selber welche: Experten für Technologie-, Arbeitsmarkt-, Struktur-, Bildungs-, Umwelt- und Medienpolitik (womit auch die Rangfolge der wichtigsten Arbeitsfelder angegeben ist). Doch erstaunlicherweise beförderte gerade diese Zersplitterung zunächst den bedrohten Konsens: *Policy analysis* und Politikberatung wurden in einer Periode ökonomischen und politischen Keynesianismus der kleinste gemeinsame Nenner von »Theoretikern« und »Empiristen« jeder Couleur, zumal die Annäherung von Politik und Wissenschaft einen formidablen Zuwachs an Stellen, Geldern und Reputation verhieß. Das eigentümliche, systemtheoretisch gefärbte Idiom wird von Rechten wie Linken fließend beherrscht. Der sich gegenseitig verstärkende Trend: Professionalisierung der Politologie und Verwissenschaftlichung der Politik, verschob das *encadrement* nachhaltig in die »französische« Richtung. Das mächtige Monopol der Juristen & Betriebswirte ist freilich nicht richtig geknackt worden.

Mit der neuen Nützlichkeit wuchs zwar die lang ersehnte gesellschaftliche Relevanz der Wissenschaft von der Politik; aber so mancher engagierte Experte für die allerneueste Bindestrich-Politik litt bald unter seiner Be-

triebsblindheit. Claus Offe hat die Kollegen Politikberater 1977 zu Recht gewarnt, die kritische Funktion der Sozialwissenschaften nicht aus den Augen zu verlieren und legitimationsbeflissenen Politikern bei Gelegenheit lieber das ganze Ausmaß ihrer notorischen Realitätsverleugnung vor Augen zu führen. Andere blieben aus anderen Gründen skeptisch; der Anti-Soziologe Friedrich Tenbruck etwa hält den noblen Aufklärungsanspruch der Sozialwissenschaften ohnehin für völligen Quatsch, der heitere Systemtheoretiker Niklas Luhmann verspottet den extravaganten politischen Steuerungswunsch z. B. der Umweltpolitik als blanke Illusion. Desillusioniert über den geringen Erfolg ihrer Mühen sind in der Tat die meisten Politikberater über kurz oder lang. Die Verwaltungen und politischen Profis bleiben in der Regel hartnäckig resistent gegen die »angewandte Aufklärung«, und die Wissenschaftler fühlen sich an vielen Punkten schlicht überfragt oder fehl am Platze.[16] Zu guter Letzt hat der auf die Dauer frustrierende Hilfsdienst beim *muddling through* viele Politikfeldanalytiker wieder zu theoretischen Grundsatzfragen und im magischen Dreieck zu *politics* und *polity* zurückgeführt. Politische Ideengeschichtler, marxistische Staatstheoretiker und empirische Planungsexperten treffen sich heute meist in einem erfahrungsgesättigten kritischen Institutionalismus. Wird sie das auch wieder etwas mehr für die altehrwürdige Institution Universität interessieren – für die Seminare und die jungen Leute? Sie sind Stellvertreter neuer sozialer Akteure »draußen im Lande«, die, gleich ob bewegungsförmig oder in Parteien neuen Typs, das arg staats- und elitenbezogene Schnittmuster von *public policy* hilfreich durchkreuzt haben. »Über uns wächst ein Loch und wir tun nichts«, beschrieb kürzlich ein Sozialdemokrat die Lage; der Kreis der Berater zuckte schuldbewußt mit den Schultern. Von der allseitigen Krise des Expertentums ist der Politologe nicht verschont geblieben.

Die achtziger Jahre – Renaissance des Politischen?

Man sieht: mit politologischen Kadern ist weder Staat noch Revolution zu machen. Das könnte gerade eine Stärke des Fachs sein, dessen Schwächen nun blank liegen. Politikwissenschaft, als antifaschistische und antikommunistische Bildungsinstanz aufgebaut, hat ihren Anfangsaffekt gegen die Extreme selbst zur Ideologie gemacht. Heute, angesichts falscher *Republikaner* z. B., steht auch sie vor den Ruinen politischer Kultur. Denn Bürger, im emphatischen Sinne, möchten in den heutigen Industriegesellschaften die wenigsten sein. Der Populismus der siebziger Jahre und die Neue Rechte der achtziger zeigen vor allem den Verfall der politischen Urteilskraft an. Es

herrscht die pure Gedankenlosigkeit gegenüber einem *bonum commune*, dessen karikaturale Schwundformen (»Gemeinsamkeit der Demokraten«) in der Ära Flick & Barschel bei jüngeren Leuten nur noch Hohn und Abscheu provozieren. Sie haben sich woanders politisch aufgeklärt als in den Zentralen der Politischen Bildung, der man hierzulande die Zeit genommen und die Zähne gezogen hat: Sozialkunde wurde zugunsten von Geschichte oder Erdkunde bzw. »harten Fächern« gestrichen und vernachlässigt. Unterdessen ist an den Schulen der Nation die Hölle los. Politische Erzieher im besten Sinne des Wortes sind gefragt – die heutige Politikwissenschaft kann sie kaum noch ausbilden.

Das Odium der roten Kaderschmiede wurde ihr 1968 zu Unrecht auferlegt; die Politikwissenschaft drängt, genau wie die Demokratie selbst, auf eine immanente Weise zur »normalisierten Durchschnittlichkeit« (Helmut Plessner). Sie scheint mir ziemlich immun gegen revolutionäre wie neokonservative Übertreibungen; von ihr wird weder das Skript der Fundamentalopposition noch das der Wende geschrieben. Es tut mir leid: *Sciences po* haben nicht nur in Paris immer irgendwie die Krawatte um. Deswegen finden kragenlose, exzentrische Geister auch so wenig Freude daran. Gleichwohl behielt bei uns die Politische Wissenschaft den linken *touch* und taugte sogar noch zu rebellischen Übungen: Als das Berliner OSI im Januar '89 stolz seinen vierzigsten Geburtstag feiern wollte, waren die UNiMUT-Okkupanten schon da und sprayten das OSI eingedenk jüngerer Fälle von »Klassenjustiz« (gemeint war Ingrid Strobl) in ISI um ... Das war traurig für die Dekane, und die Festversammlung mußte auf eine sicher wieder exzellente Rede Richard von Weizsäckers verzichten. Aber es war vielleicht gut für die Politikwissenschaft. Denn statt der Honoratioren und Spektabilitäten ist die Studentin S. an die Uni zurückgekehrt und hat ihr Studium, halb-autonom versteht sich, wieder aufgenommen. Sie will, aber subito!, Viertelparität, Frauenforschung und kritische Interdisziplinarität, mit der sympathischen, fast »alteuropäisch« anmutenden Präambel, daß Wissenschaft von allen privaten und Einmischungen der Macht unabhängig, aufklärerisch und der Emanzipation der Gattung dienlich zu sein habe.

Zwischen Überlast und Unterforderung

Man höre aber, wie Insider die gegenwärtige Lage zum Beispiel am Großbetrieb OSI (50 Professorenstellen für 6500 Studierende) beurteilen: »fünfzig Professoren und kein Institut« (Claus Koch), ein »professoral bestimmtes Schrebergartensystem« (Bodo Zeuner), dessen Lehrangebot ein »zusammenhangloser Warenhauskatalog« ist (Martin Wildermuth). Das »konser-

vative« Argument, daß Geld allein den Universitäten nicht hilft, ist stichhaltig; eine innere, von ganz unten kommende Studienreform muß auch im Fach Politikwissenschaft hinzukommen. Sie betrifft vor allem den verlotterten Lehrbetrieb. Dessen erstes Manko: wer was wann und warum lehrt, bleibt – immer unter dem Banner des hehren Prinzips der Freiheit von Forschung und Lehre – zu sehr den einzelnen Hochschullehrern überlassen. Das nächste Lehrprogramm wird üblicherweise in fahrigen Institutsversammlungen per Zuruf und halbautomatisch aus den lästigen Pflichtveranstaltungen des Grund- und Hauptstudiums collagiert; bei den Kürthemen für Fortgeschrittene sind die wenigsten dieser professoralen Parzellenbauern auf ein inhaltliches Korrektiv oder auch bloß eine zeitliche Koordination mit Kollegen und Studierenden erpicht.
Zweites Manko: das Diskussions- und Arbeitsklima in den meisten Seminaren. An den Instituten der großen Universitäten drückt gewaltige quantitative »Überlast«; das durchschnittliche Dozenten/Studenten-Verhältnis ist heute fast wieder so ungünstig wie vor 15 Jahren (etwa 1:50). Betreuung und Beratung sind da in aller Regel Fehlanzeige; daß einen die Profs mit Namen kennen, ist selten. Die meisten Kurse sind aber nicht nur zu voll, sondern auch zu oberflächlich und richtungslos. Für Außenstehende und Neulinge sind sie ohnehin merkwürdige Veranstaltungen: ständig auf der Suche nach dem eigenen Thema, in einer Art selbstreflexiver Dauerschleife: worum geht es eigentlich gerade? Mal wird gut deutscher *Scene*-, mal hochgestochener *Science*-Jargon gesprochen, und die jeweiligen Sprachgemeinschaften werfen sich gern gegenseitig »totale Abgehobenheit« vor. In Nullkommanichts ist man hier von der alltäglichen Petitesse zur Großen Theorie der Moderne durchgestartet – und *vice versa*. Die Grenze zum »wirklichen Leben« ist offen, und das Land, das sich hinter der Seminartür auftut, ist verführerisch weit. Auf einem solchen Jahrmarkt der »Interpretationen« schrammen die Diskutanten bisweilen hart an den Gemeinplätzen des akademischen Stammtischs vorbei. Die Arbeitshaltung der Seminare, dieser neben Feldforschung und Eigenlektüre wichtigsten Arbeitsform in den diskursbestimmten Sozialwissenschaften, ist insgesamt unernst und humorlos zugleich. Der Fluktuation von Teilnahme und Engagement entspricht die Unverbindlichkeit der Resultate – ein bißchen dünn für Leute, die gern die »Gattungsfrage« stellen und vom gefährdeten Überleben der Menschheit ausgehen. Es muß ja nicht gerade *Metaplan* sein; aber ein wenig Nachhilfeunterricht in den elementaren Techniken ergebnisorientierter Diskussion und Moderation täte Seminarleitern und -teilnehmern gut ...
Drittes Manko: die mangelnde Profilschärfe der politologischen Lehrveranstaltungen. Eine große Zahl von »Hobby-Studierenden« möchte nur einen

vagen politisch-sozialen Orientierungsbedarf stillen. Viele verlieren irgendwann die Lust und geben auf, bevor sie sich überhaupt zu echten Politik*wissenschaftlern* aufgeschwungen haben. Damit bleiben sie ewig hinter dem spontanen Durchblick ihres Nachbarn oder der Gemüsefrau an der Ecke zurück. Zu oft wird ein Seminar mit der Strategiedebatte einer politischen Partei oder mit der Graswurzelarbeit einer Friedensgruppe verwechselt. Ein Seminar ist nun aber vor allem ein Seminar, und es muß die passende Form finden zwischen theoriegeleiteter Debatte, praktischer Verallgemeinerung und kommunikativem Eigensinn.

Als Achillesferse der Politikwissenschaft gilt ihre fehlende Berufsperspektive. Doch gerade hier eröffnen sich Wege, das gerissene Band zwischen akademischen Institutionen, sozialer Lebenswelt der Studierenden und Arbeitsmarkt wieder zu knüpfen. Es studieren unterdessen Jahrgänge, die von Kind an mit der ökonomischen und sozialen Dauerkrise und unsicheren Berufsaussichten leben. Eine Änderung ist nicht in Sicht. Studierende der Sozialwissenschaften haben das kapiert, früher als noch auf die schnelle Mark hoffende Kommilitonen in anderen Fachbereichen. Sozialwissenschaftlerkarrieren sind oft ein Puzzle aus Studium, Jobben und Welterfahrung. Überdurchschnittlich viele beginnen oder münden in alternativen Projekten aller Art, womit die althergebrachte Situation »nach dem Studium« oft schon im dritten Semester eintritt. Hochschullehrer können darin zumeist nur eine Beeinträchtigung des »ordnungsgemäßen Studiums« erblicken. Dabei liegt in jedem Verlust auch eine Chance: die »soziale Welt« (auch die Erfahrung eines von *hire and fire* geprägten Teilzeitarbeitsmarktes oder der Eigenarbeit in einer Wohngemeinschaft) kann sehr viel besser ins Studium einbezogen werden als bei früheren »Vollzeitstudenten«. Eine solche Öffnung der Seminare für »das Leben« muß nicht zwangsläufig zu Handwerkelei, Lebenshilfe oder Theorielosigkeit führen: allgemeine Hypothesen und Theoreme mit den »Problemen des Tages« zu konfrontieren, wie es Max Weber gefordert hat, ist allemal ein Erkenntnisgewinn – sofern die Universität solche Lernprozesse organisiert. Und die Gesellschaft, die dieses gewaltige Experimentierfeld als Abstellplatz für arbeitslose Akademiker mißachtet (siehe oben Herrn Franke), müßte einen Erkenntnistribut einklagen, z. B. neue Tarifvertragsmodelle oder neue Formen des lokalen Sozialstaates. Warum also nicht dezentrale Service-Einrichtungen von Politologen in der jeweiligen Uni-Region und warum nicht, wie Heinz Hartmann für die Soziologie vorschlägt, Veranstaltungen vor Ort, im Betrieb und in der Behörde, bei der Polizei und beim Planungsamt? Ich weiß, welches Elend sich oft hinter dem Wort »Projektstudium« verbirgt: schlecht organisierte Praktika unter miserabler Anleitung. Aber »Lehrfor-

schungsprojekte« (oder ähnliche Veranstaltungen in einer mittleren Studienphase) sind immer noch der beste Ort, um mit Lehre und Forschung auch den Aufklärungsanspruch und die Praxisorientierung der Sozialwissenschaften wieder zu vermitteln.[17]

Renaissance des Politischen?

Doch ist die Überlast noch auf ganz anderem Gebiet zu spüren: Daß wir heute in einer »Umbruchsituation« stehen, pfeifen die Spatzen von den Dächern: der Ost-West-Konflikt geht zu (welchem?) Ende, und die Institutionen der parlamentarischen Demokratie ächzen unter der Last des Politikversagens. Auf »Revolution!« kommt heute nur noch der Genosse Mandel. Wenn die Politikwissenschaft als Ideengeberin ökologischer Demokratie und zivilisierter internationaler Beziehungen eine Rolle spielen will, dann sicher nicht aus der aparten Lage wissenschaftlicher Akademien und An-Institute, sondern nur aus den Ruinen der beschriebenen Universitätsmisere heraus. Sie bleibt zur Reformwissenschaft prädestiniert, hängt aber nicht mehr an der Leine des alten »politischen Keynesianismus« (Kastendiek). Die Euphorie der siebziger Jahre ist abgeklungen, vor allem der utopische Überschuß aufgezehrt, der noch im Brandtschen Demokratisierungsgebot enthalten war. Heute scheint aber wieder ein Ruck durch die Zunft zu gehen: die sozial-ökologische Reparatur der Industriegesellschaft hat wenig vom früheren Aufbruch zu neuen Ufern, ist aber gleichwohl ein *ex negativo* faszinierendes Projekt. Dazu bedarf es nicht bloß technisch-administrativen *Knowhows*, sondern demokratietheoretischen Tiefgangs und institutioneller Phantasie. Um beides zu gewinnen, braucht man gar nicht den politologischen Kanon umzukrempeln: Zum Beispiel die alte Komparatistik wird atemberaubend aktuell, wo in heute »plurikulturellen Gesellschaften«, in denen wir uns »alle fremd sind« (Julia Kristeva), der »Systemvergleich« gewissermaßen internalisiert wird. Die Neugierde gegenüber anderen Provinzen, die Christian Meier für die eurozentrische Geschichtswissenschaft gefordert hat, fängt vor der eigenen Haustür an. Nicht minder zeitgemäß ist die noch ältere Ideengeschichte politischen Denkens, da heute klarer denn je wird, daß »Minima zu garantieren statt Maxima zu realisieren« sind (Claus Offe); eine »Renaissance des Politischen« wird nicht in einem radikalen Jenseits, sondern im hinter uns liegenden Steinbruch der klassischen Polis und der bürgerlichen Republiken stattfinden.

Das Politische, das sich schon im Sozialen aufgelöst (und privatisiert) zu haben schien, meldet sich zurück, jedoch nicht immer *comme il faut:* Die

Rechte reklamiert mit Nachdruck *Regierbarkeit*, einen endlich wieder starken, dezisionsfähigen Machtstaat, der Freund und Feind säuberlich scheidet. Ihr neuerer Zweig, die populistische Bewegungsrechte, fügt einen Schuß neues Heldentum hinzu und betreibt auf der Suche nach *Identität* die nationalistische Distinktion des Deutschen vom Fremden. An der Formulierung und praktischen Erprobung von Alternativen kann die Wissenschaft von der Politik nicht nur ein kontemplatives Interesse haben: herauszufinden also, wie in einer individualisierten Weltgesellschaft und in der gewöhnlich unfriedlichen Koexistenz der »Kulturen« ohne Dauerrekurs auf die Zwangsmittel des Gewaltmonopols und ohne permanenten Ausnahmezustand politische Verständigung eingeübt werden kann. Dazu bedarf es eines, ich würde fast sagen: unternehmerischen Geistes, wie er heute in Teilen der Alternativökonomie und eben auch in der verpönten »Yuppie-Kultur« unterfordert steckenbleibt. Die Kader von heute wären wohl politische Entrepreneure aus allen möglichen Firmen und Freibeuter aus allen politischen Weltmeeren. Ich träume von einer offenen Universität, die diese wahrhaft modernen Impulse der »zivilen Gesellschaft« gegen eine geist- und besinnungslose Modernisierungspolitik und ein reaktionäres Rollback mobilmacht.

Anmerkungen

1 Angaben nach der »Verbleibsstudie« über Absolventen des West-Berliner Otto-Suhr-Instituts, der größten Ausbildungsstätte für Politikwissenschaftler, von R. Ebbighausen u. a.: »Berliner Politologen auf dem Arbeitsmarkt – Suche nach einer neuen Identität?«, in: *Politische Vierteljahresschrift* 24, 1983, S. 113 ff., und Peter Grottian: »Politikwissenschaftler auf dem Arbeitsmarkt«, in: *PVS*, Sonderheft 17/1986, S. 78 ff., sowie DVPW-Rundbrief Nr. 100, S. 43 ff.

2 Über Möglichkeiten, das gerissene Band zwischen Ausbildung und Arbeitsmarkt wiederherzustellen, Peter Grottian in: *Was heißt und zu welchem Ende betreiben wir Politikwissenschaft? Kritik und Selbstkritik aus dem Otto-Suhr-Institut*, Opladen 1989, S. 143 ff.

3 Harro Honolka: »Reputation, Desintegration, theoretische Umorientierungen«, in: *PVS* SH 17/1986, S. 41 ff.

4 Zu diesem Vorgang vgl. Claus Leggewie, »Politologen-Politik«, in: *Frankfurter Hefte* 2/1984, S. 7 ff. Die konservative Sezession geschah im übrigen 1983 in merkwürdiger Zeitverzögerung, nachdem die Polarisierung der Zunft zwischen Rechts und Links (auch ein Generationenwechsel) längst abgeklungen war und alles auf den üblichen Konsens hinarbeitete. Vgl. als »Manifeste« der Abtrünnigen z. B. Ulrich Matz: »Bemerkungen zur Lage der deutschen Politikwissenschaft«, in: *Zeitschrift für Politik*, 1/1985, S. 7 ff., und Karl Dietrich Bracher u. a.: *Entwicklungslinien der Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland*, Melle 1982 (Konrad-Adenauer-Stiftung).

5 Die Urteilssicherheit der Gutachter, so hat eine selbstkritische Untersuchung festgestellt, ist relativ gering; sie greifen gern auf Kriterien der Reputation und Theoriequalität zurück, weniger der Machbarkeit, der entstehenden Kosten oder der praktischen Relevanz des Forschungsvorhabens. Aber im Fall von Beanstandungen und Mäkeleien am Projektantrag sind sie dann doch meist bereit, den Kollegen keine Steine in den Weg zu legen (was dann der zentrale Apparat für sie tun muß), so Ilse Harmann/Friedhelm Neidhardt: »Die Politische Wissenschaft auf dem Prüfstand der Deutschen Forschungsgemeinschaft«, in: *PVS* SH 17/1986, S. 89 ff. Beispiele für laufende Forschungsprojekte: Die DFG fördert das Schwerpunktprogramm »Theorie politischer Institutionen«, die Stiftung Volkswagenwerk »Demokratische Industriegesellschaften im Wandel« und z. B. das Projekt »Stadt und Arbeitslosigkeit« über kommunale Arbeitsmarktpolitik. Weitere Förderer politikwissenschaftlicher Forschung sind u. a. die Stiftungen Fritz Thyssen, Robert Bosch, Werner Reimers, Krupp, Bertelsmann, Henkel und die Deutsch-Britische Stiftung für das Studium der Industriegesellschaften, ferner Ministerien, Parlamente und Enquetekommissionen von Bund und Ländern und die EG.

6 Knapp die Hälfte der Berliner Politologen »verblieb« in Hochschulen und Forschungsinstituten, rund 20 Prozent in öffentlichen Verwaltungen, supranationalen Organisationen etc., sieben Prozent in den Medien, fünf Prozent im Alternativsektor und vier Prozent in der Privatwirtschaft (nach Grottian, Anm. 1, S. 82).

7 Einen Einblick gibt Christine Landfried: »Politikwissenschaft und Politikberatung«, in: *PVS* SH 17/1986, S. 100 ff.; vgl. auch Wolfgang Bruder: *Sozialwissenschaften und Politikberatung*, Baden-Baden 1980; Helmut Klages (Hg.): *Arbeitsperspektiven angewandter Sozialforschung*, Opladen 1985; Wissenschaftszentrum Berlin (Hg.): *Interaktion von Wissenschaft und Politik*, Frankfurt 1977.

8 Vgl. das Frühwerk von Ernst Nolte: *Universitätsinstitut oder Parteihochschule? Dokumentation des Habilitionsverfahrens Kühnl*, Köln 1971, und immer noch lesenswert Wilfried Gottschalch: »Lehrfreiheit und Politik. Gegenerklärung zu der Anschuldigungsschrift des Senators für Wissenschaft und Kunst vom 13. 2. 1969«, in: *Das Argument*, 50/1969, S. 1 ff.

9 Im »magischen Dreieck« von *polity – politics – policy* erschließen sich nach dem übereinstimmenden Urteil der meisten Politikwissenschaftler die drei Dimensionen von Politik: *Polity* bezeichnet den formalen Ordnungsaspekt (Normen, Organisationen, Institutionen) der Politik, *politics* den Ablauf und Prozeßcharakter von Politik (Entscheidungen, Interessenvermittlung, Herrschafts- und Legitimationsprobleme), *policy* die Inhalte und Gegenstände von Politik, vor allem die Art und Weise staatlicher Aktivität in den diversen Problemfeldern der Gesellschaft. Ich beschreibe diese drei Dimensionen hier einmal versuchsweise als historische Abfolge der Akzentsetzung im Fach.

10 Zitiert nach Gerhard Göhler/Hubertus Buchstein: »Die ersten fünfzehn Jahre – von der ›Deutschen Hochschule für Politik‹ zum ›Otto-Suhr-Institut‹«, in: *Leviathan* 1/1989, S. 127 ff., hier S. 132; vgl. zum folgenden Johannes Weyer: »Politikwissenschaft im Faschismus 1933-1945: die vergessenen zwölf Jahre«, in: *PVS* 4/1985, S. 423 ff., dazu die Kritiken von K. Lenk, *PVS* 2/1986, S. 252 ff., Blachstein/Göhler ebda. 3/1986, S. 330 ff., und zuletzt Beate Wagner: »Politikwissenschaft in Deutschland 1933-1945«, in: *1999*, 2/1989, S. 27 ff., sowie Buchstein/Walther: »Politikwissenschaft in der Emigrationsforschung«, in: *PVS* 2/1989, S. 342 ff.

11 Arndt ist der ›Revisionist‹ unter den Politologen, vgl. *Die Besiegten von 1945. Versuch einer Politologie für Deutsche samt Würdigung der Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1978.

12 »Die Wissenschaft von der Politik und die Gesellschaft«, in: *Gesellschaft – Staat – Erzie-*

hung, 3/1963, S. 273 ff. Zur älteren Beschreibung des *state of the art* vgl. H. Schneider (Hg.); *Aufgabe und Selbstverständnis der Politischen Wissenschaft*, Darmstadt 1967.

13 Dazu Arno Mohr: »Die Durchsetzung der Politikwissenschaft an deutschen Hochschulen und die Entwicklung der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft«, in: *PVS* SH 17/1986, S. 62 ff., und Hans Kastendiek: *Die Entwicklung der westdeutschen Politikwissenschaft*, Frankfurt 1977.

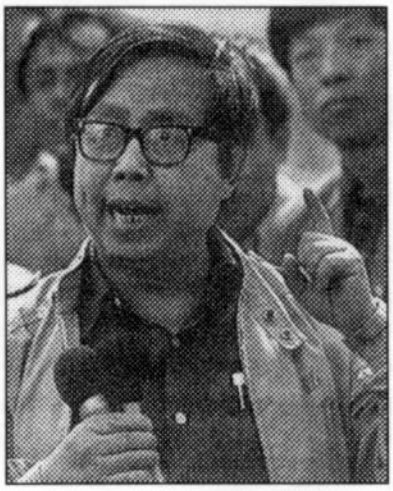
14 Dazu im Rückblick Martin Wildermuth/Bodo Zeuner: »Zwanzig Jahre OSI-Reform«, in: *Leviathan* 1/1989, S. 140 ff., und die Beiträge in: *Was ist und zu welchem Ende* ... (Anm. 2); Klassiker der kritischen Politologie sind etwa Johannes Agnoli/Peter Brückner: *Transformation der Demokratie* (1967) oder G. Schäfer u. a.: *Der CDU-Staat* (1966) und die Beiträge in der *Berliner Zeitschrift für Politologie* bzw. in der *Sozialistischen Politik* (1969-1971).

15 Als Bilanz die Beiträge eines DVPW-Symposiums: Hans-Hermann Hartwich (Hg.): *Policy-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen 1985; interessant auch das Streitgespräch zwischen Fritz W. Scharpf und Niklas Luhmann auf dem letzten Politologentag in Darmstadt 1988, abgedruckt in *PVS* 1/1989, S. 1 ff. Zur Professionalisierung s. H. H. Hartwich: *Politikwissenschaft. Lehre und Studium zwischen Professionalisierung und Wissenschaftsimmanenz*, Leverkusen 1987. Es besteht hier der Streit, zu welchem Ende man eigentlich ausbildet: um den eigenen Diplomanden und Magistern möglichst viel Fachwissen im Wettbewerb mit Juristen und VWL'ern mitzugeben oder um den Kommilitonen aller Fakultäten eine Art Studium Generale anzudienen – politologische Engführung versus sozialwissenschaftliche Generalinformation.

16 Zum Verhältnis von Sozialwissenschaften und Praxis jetzt Ulrich Beck/Wolfgang Bonß (Hg.): *Weder Sozialtechnologie noch Aufklärung*, Frankfurt 1989, vgl. auch Claus Leggewie: »Sie wissen fast alles und wissen auch nicht mehr«, in: *Die Zeit* 26/1989, S. 56.

17 Zu diesem ganzen Komplex außer den Beiträgen von Grottian und Jänicke/Mez in: *Was ist und zu welchem Ende* ... (Anm. 2) die DVPW-Lehrenquete in Hans-Hermann Hartwich, 1987 (Anm. 15) und Heinz Hartmann: »Mängel im soziologischen Lehrangebot«, in: *Soziale Welt*, 1-2/1989, S. 220 ff.

Die autorisierte Ausgabe der Reden und Schriften des „chinesischen Sacharow“ Fang Lizhi.



Soeben erschienen:

Der Band enthält auch die Texte, die Fang Lizhi in der Nacht des Massakers unmittelbar vor seiner Flucht in die amerikanische Botschaft nach Hongkong durchtelefonierte.

Der ehemalige deutsche Botschafter in Peking, Erwin Wickert, schildert in seiner Einführung die Bedeutung Fang Lizhis als Idol der chinesischen Intellektuellen und Studenten.

Hrsg. Helmut Martin
192 Seiten
Leinen, DM 29,80
ISBN 3-88680-345-7

Siedler

Luchterhand Literaturverlag

Natascha Wodin
Einmal lebt ich

Eine Frau macht sich auf den Weg in die Vergangenheit. Als Tochter russischer Emigranten im letzten Kriegsjahr geboren und in einer Flüchtlingssiedlung in der deutschen Provinz aufgewachsen, bleibt sie eine Fremde im Wirtschaftswunderland. »Von der extremen Erfahrung des Einzelnseins handelt diese Geschichte, von einem urmenschlichen Zustand, den der Heimatlose und Unzugehörige im Äußersten erlebt.«
Roman. 240 Seiten. Geb. DM 29,80

Rady Fish/
Michael Schneider
Iwan der Deutsche

Eine deutsch-sowjetische Reise aus der Vergangenheit in die Gegenwart
Ein sowjetischer und ein deutscher Autor schreiben gemeinsam ein Buch: Rady Fish berichtet, was er in der Bundesrepublik, Michael Schneider, was er in der Sowjetunion gesehen, gehört, erfahren hat. So entsteht ein Doppelbild: die sowjetische Kriegs- und Nachkriegsgeneration aus der Sicht eines deutschen, die westdeutsche Kriegs- und Nachkriegsgeneration aus der Sicht eines sowjetischen Autors. Ein großes Thema, ein eindringliches und ermutigendes Buch, das dazu beitragen wird, unser Denken zu verändern.
288 Seiten. Gebunden. DM 32,–

Dieter Eue
Alles Kino

Ein Trip durch die Republik
Was sind das für Menschen, die täglich dort sitzen, wo wir einkaufen: vor Hertie, Woolworth, C & A? Mit Schildern, auf denen steht: »Ich habe Hunger und bitte um eine kleine Spende. Danke.« Was sind das für Menschen, deren Besitz in zwei Plastiktüten Platz hat? Dieter Eue ist für ein halbes Jahr selbst zum »Nichtseßhaften«, zum Bettler geworden.
248 Seiten. Broschur. DM 22,–

Tatjana Tolstaja
Stelldichein mit einem Vogel

Mit ironischer Distanz beschreibt die junge Leningrader Autorin in ihren Erzählungen mit Vorliebe »Sonderlinge«, Menschen, deren phantastische Vorstellungen mit einer illusionslosen Wirklichkeit zusammenstoßen, dem banalen Alltag in der UdSSR heute.
Erzählungen. 160 Seiten
Gebunden. ca. DM 28,–

ernst jandl
idyllen

Ernst Jandls Verse nehmen die Dinge beim Wort. Was er zu sagen hat, sagt er direkt, unverblümt. Unter Jandls Hand braucht es nicht viel, und die schlichtesten Worte offenbaren ihren makabren Sinn.
Gedichte. 208 Seiten
Broschur. DM 25,–

Aysel Özakin
Die blaue Maske

Roman
Luchterhand Literaturverlag

Der neue Roman der türkischen Autorin: die Geschichte einer Suche und zugleich eine bittere Bilanz.
Roman
ca. 192 Seiten. Gebunden. ca. DM 24,–

Jürgen Zimmer
Die Teekampagne

Skizze einer anderen Ausbildung

Beginnen wir hinter den sieben Bergen und Meeren, auf den Philippinen. Der Ort heißt Cardona und liegt am flachen Laguna Lake, nicht weit von Metro Manila. Auf dem See hat sich illegaler Großgrundbesitz ausgebreitet. Reiche haben mit engmaschigen Bambuszäunen hektargroße Flächen abgegrenzt und züchten Fische. Der See gleicht einem Wabenraster. Wachtürme mit bewaffneten Vigilantes markieren, wo das Recht auf Eigentum für die einen anfängt und für die anderen aufhört. Den kleinen Fischern von Cardona bleibt immer weniger Fläche des Sees, die Fänge reichen zum Überleben nicht mehr aus.

Die Lehrerin Purita ist von der Idee besessen, in Cardona eine Schule zu gründen, von der Kinder und sie selbst leben können. Nicht Fische fangen, sondern Enten und Schweine züchten. Sie lassen sich auf dem Markt gut verkaufen. Die Kinder der Fischer sollen lernen, nicht mehr vom fast versperrten See zu leben, sondern das Land zu nutzen. Die Lehrerin hat sich in Manila mit anderen beraten, die auch die Idee einer Productive Community School verfolgen: Am Smokey Mountain, dem qualmenden Müllberg der Stadt, soll eine Schule entstehen, die vom Recycling lebt, in Tondo eine, die gegen den Junk Food antritt und reichhaltiges, billiges Essen herstellt; in Santa Mesa will eine Schule Spielzeug produzieren, am Roxas Boulevard eine andere zum Straßenrestaurant werden – Schulen in Slums, die keine Schulen der alten Art mehr sein wollen, sondern denkende Betriebe, kleine Fische mit scharfen Zähnen, die die großen Fische nicht auffressen, wohl aber zwicken können.

Die Lehrerin Purita weiß, daß sie ihre kolonialpädagogischen Vorstellungen über Bord werfen muß. Mögen auch die Aufgabenstellungen einigermaßen bekannt sein, die Lösungswege und Lösungen sind es nicht. Lernen im Ernstfall findet in Unsicherheiten statt. Der Mangel an Kapital – die zusammengekratzten Pesos langen gerade für ein Schwein – muß durch ein Mehr an Wissen kompensiert werden. Sie und ihre Kinder müssen lokale Meister im Schweine- und Entenzüchten werden. Sie müssen Züchter und Tierärzte befragen, Bücher lesen, in denen längst nicht alles über Schweine und Enten

steht, sie müssen die Tiere beobachten und lernen, wie man Kalkulationen erstellt, die nicht nur Ausdruck von Wunschdenken sind.
Die Konturen der Schweine- und Entenzuchtschule von Cardona werden deutlicher. Alles wird zum Lehrplan: der Bau von Schule und Gehegen, die Marktanalyse, die Versorgung der Tiere, das Marketing, die Investitionspolitik, das Kalkulations- und Rechnungswesen, die Arbeitsorganisation und Selbstverwaltung. Elementare Kulturtechniken können innerhalb des produktiven Zusammenhangs gelernt werden. Es gibt mehr Sinn, Tagebücher über Schweine zu schreiben, wenn es dem Wohlbefinden der Tiere und der Ertragslage dient. Die alten Fächer taugen nichts mehr, jedenfalls nicht so, wie sie ihre Wissensbestände anbieten. Die neuen Fächer, sagt die Lehrerin, sollen sich an den Schlüsselproblemen der Zucht orientieren. Die neuen Schulfächer heißen z. B.: »Wie man Schweine glücklich macht«; denn, so die These der Kinder, glückliche Schweine bekommen viele kleine Schweine, und die kriegen, einmal groß geworden, noch mehr Babys. Also alles über die Psychologie von Schweinen lernen, sie genau beobachten und sehen, daß sie wie du und ich sind, mal eifersüchtig, mal schlecht gelaunt oder zu Streichen aufgelegt, in jedem Fall sensibel. Ein anderes Fach, »Wie man möglichst kostenneutrale Fütterungskreisläufe erzielt«, führt auf die Spur der Wasserlilien, die auf dem See in den Grauzonen diesseits der Bambuszäune als Unkraut kleine Felder bilden. »Wasserlilien«, sagt ein Nachbar, »können wir trocknen und den Schweinen verfüttern.« Aber die Enten? Es gibt einen Fisch, der die Exkremente der Enten für eine Delikatesse hält. Und es gibt Schnecken, die die Exkremente von Fischen mögen. Enten wiederum fressen gern Schnecken. Hausaufgabe: Wieviel Wasser braucht man in einem Teich, um 800 Enten nicht nur glücklich schwimmen zu lassen, sondern unter der Oberfläche auch für genügend Sauerstoff zu sorgen, so daß die Fische an den Exkrementen der Enten nicht ersticken? Wieviele Fische braucht man für wieviele Schnecken und wieviele Schnekken für wieviele Enten? Wo kommen sie her, unter welchen Bedingungen mehren sie sich? Kann forschendes Lernen dieser Art sich mit den Erkenntnissen der philippinischen Lehrpläne begnügen? Nie und nimmer? Eben.
Nichts geht glatt in der schmuddeligen Wirklichkeit. Die Vision am Horizont kann sich in graue Staubschleier auflösen. Schweine können von der Pest dahingerafft, die Schnecken vom nächsten Taifun auf Nimmerwiedersehen unter den Schlamm gedrückt werden. Es mag ja sein, daß glückliche Schweine viele Junge kriegen, aber die Frage ist doch, ob Kinder darauf warten können, ohne vorher selbst zu hungern. Wer bringt ihnen bei, unproduktive Zeit zu vernichten und, während das erste Schwein trächtig ist, Erdnußbutter zu produzieren und zu verkaufen? Wer schützt vor der fal-

schen Erwartung des schnellen Gewinns, wer gibt ihnen den langen Atem, wer erklärt ihnen, daß sie wie arme Irre eigentlich nichts anderes mehr tun dürfen, als Tag und Nacht ihrem gemeinsamen Unternehmen zu dienen, daß ein Konzept von »self-reliance economics« mit der großen Idee und dem Begeisterungssturm allein nicht auskommt, sondern in der Größe von Kieselsteinen in Wirklichkeit überführt werden will? Überlassen wir die Productive Community School von Cardona mit Respekt vor ihrem Mut dem ungewissen Schicksal, kehren wir heim nach Berlin.

Den Haien die Beute wegschnappen

Es ist Mittagszeit im November 1988. Vor der Mensa der Freien Universität fliegende Buchhändler mit mageren Umsätzen. In der Mensa ein Tisch, an dem Schlange gestanden wird. Zwei verkaufen Tee. Keinen mit Aroma, sondern das Feinste vom Feinen: Darjeeling von den Hängen des indischen Himalaja, Ernte 1988, Finest Tippy Golden Flowery Orange Pekoe. »Ihr hattet sonst immer First Flush«, moniert eine studentische Kundin, die nach zwei Kilo verlangt. First Flush, wird ihr erklärt, sei zwar ein besonderes Qualitätsmerkmal. Da aber in der Region in dieser Zeit, in der die Teeblätter des First Flush hätten gepflückt werden müssen, gestreikt worden sei, hätten sie von der Teekampagne die Qualität FTGFOP1 gekauft. Die sei fast genauso gut. Die Kundin packt ihre beiden gut verschweißten Tüten, bekommt Gedrucktes auf Recyclingpapier dazu und zahlt 66 DM. Sie weiß, dies ist um etwa 40 Prozent billiger als im Teegeschäft. Sie hat 100 Prozent Darjeeling gekauft und nicht 40 oder 60 Prozent »Darjeeling«, der mit anderen Teesorten niederer Qualität versetzt ist. Sie weiß: Dieser Tee ist rückstandskontrolliert, auf der Packung werden die Ergebnisse dieser Analyse mitgeteilt. Und selbst wenn sich unsere Käuferin unter Lindan noch eher etwas vorstellen kann als unter Metoxychlor, Quintozen oder Ethion, gibt ihr die Auskunft doch ein beruhigendes Gefühl, daß statt der amtlichen Höchstmenge von 0,2 mg weniger als 0,001 mg Lindan im Tee enthalten und daß auch bei anderen Stoffen die Differenz zwischen amtlich zulässiger und gefundener Menge extrem ist. 10,0 mg Metoxychlor sind erlaubt, unter 0,001 mg enthalten. Schließlich geht sie mit der Gewißheit nach Hause, nicht bei einem Konzern gekauft zu haben, der durch Ausbeutung der Dritten Welt im Reichtum schwimmt. Die Teekampagne zahlt den Indern bessere Preise und finanziert Entwicklungshilfe.
An diesem Mittag im November räumen gegen 14.30 Uhr die beiden Studenten, die den Tee verkaufen, die leeren Kartons beiseite. In den drei letzten Stunden haben sie 9000 DM Umsatz erzielt. Sie haben Tee in Groß-

packungen verkauft, 250 g zu 9 DM, 500 g zu 17 DM und 1000 g zu 33 DM. Die Kunden kaufen Tee nicht für die nächste Woche, sondern fürs kommende Jahr. Die Kampagne endet Weihnachten, die nächste wird erst wieder im Oktober beginnen.

Wer sind sie? »Wir«, schreibt die Teekampagne, »sind eine eigenständige Firma, die von der ›Projektwerkstatt an der Freien Universität‹ gegründet wurde. Wir meinen, daß universitäres Wissen in die Lage versetzen sollte, ökonomische und soziale Handlungsfähigkeit für die Praxis aufzuspüren.« Wir, heißt das übersetzt, sind eine Alternative zu einigen steinzeitpädagogischen Vorstellungen von Kolleginnen und Kollegen nebenan in den Seminaren der Universität.

Der Lernerfolg in dieser Firma, die sich in § 3 ihrer Satzung Selbstlosigkeit vorschreibt, läßt sich nicht in Seminarscheinen, sondern in Zahlen einer Handelsbilanz eigener Art ausdrücken: 1985 verkaufte sie 3½ to Tee, 1986 waren es schon 13 to, 1987 wurden 35 to und 1988 85 to verkauft. Während die Bayer AG Leverkusen im Juni 1989 »wieder mit hervorragendem Abschluß« für 1989 rechnet, weil die Verkaufserlöse von Januar bis Mai gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um 13 Prozent gesteigert worden seien, legt die Teekampagne um die 300 Prozent Umsatzsteigerung jährlich zu. In Berlin hat sie 120 Prozent des Teemarktes dieser Kategorie erobert, verkauft also mehr Darjeeling, als je zuvor verkauft worden ist. Nicht nur in der Mensa, sondern in 38 Depots, in Geschäften, die vorher mit Tee nichts zu schaffen hatten. Tee der Teekampagne gibt es im »Lila Lämpchen«, in der »Jonglerie«, bei »Tolle Wolle« oder »Titanic Reisen«, in der »Schuhschaukel« und beim »Knopfhandel«, in kleinen Läden, die im Westen Berlins eine gesprenkelte Topographie darstellen und von Spandau bis Kreuzberg, von Zehlendorf bis Wedding verteilt sind. Sie verkaufen den Tee ohne Aufschlag, verdienen nichts dran, und tun es doch zum eigenen Nutzen. Es kommen mehr Kunden als sonst, und mit dem verkauften Tee wächst die Chance, daß ein Kunde sich auch für das übrige Sortiment des Ladens interessiert. Viele kleine Läden wollen mittlerweile Depot werden, nicht, weil sie dem Motto »das alternative Spektrum verkauft alternativen Tee« anhängen, sondern weil die Teekampagne für ihre Depots auf Plakaten, durch Zeitungsanzeigen und Informationsblätter wirbt, Käufer anlockt und unbekannte kleine Läden dadurch bekannter macht.

Richtung Westen blüht der Versandhandel, von dort treffen täglich Stöße von Bestellungen ein. Solange die Kampagne läuft und der Vorrat reicht, wird bedient. Danach wird vertröstet: Entweder bekommen die »lieben Freunde des guten Tees« ihren Scheck zurück, oder ihre Bestellung wird für den nächsten Herbst vorgemerkt.

Die Teekampagne ist eine gläserne Firma. Über die Verwendung der Überschüsse wird öffentlich Rechenschaft abgelegt. Ihre Kalkulation wird jedermann als Beigabe in die Hand gedrückt. Pro 100 g und auf einen Verkaufspreis von 3,60 DM bezogen zahlt sie 1,41 DM an das Erzeugerland (mit einem Lohnanteil von 0,30), für die Fracht von Kalkutta nach Hamburg 0,06 DM, von Hamburg nach Berlin 0,03 DM, für Tee- und Mehrwertsteuer 0,65 DM, für Rückstandsanalysen 0,05 DM, für Abfüllung, Tüte und Etikett 0,25 DM, für Büro, Zinsen und Lager 0,25 DM, für Informationsmaterialien und Werbung 0,34 DM und für mögliche Prozeßkosten 0,16 DM.
Prozeßkosten? »The big fishes eat the small ones«, sagen die Philippinos. Die Teekampagne ist die Geschichte vom kleinen Fisch, der der großen Haifischgesellschaft die Beute streitig macht: Wir, sagen die von der Teekampagne, verkaufen höchste Qualität zum halben Preis und handeln gerechter mit der Dritten Welt. Wir ersetzen den Mangel an Kapital durch unser universitäres Wissen. Wir spüren dieses Wissen auf, wo immer es in den Archiven oder Köpfen verschüttet oder versteckt sein mag.
Manchmal überfällt die kleine Firma Angst. Dann zum Beispiel, wenn die großen Fische das Maul aufreißen, Anwälte losschicken und die Gerichte bemühen. »Es ist«, sagt Günter Faltin, Hochschullehrer und Erfinder der Teekampagne, »wie wenn man mit einem Ruderboot einem Schlachtschiff Paroli bieten wollte.« Der kleine Fisch muß wendig und umsichtig sein, viel wissen und noch mehr nachdenken. Die dicken Fische sind träge. Ihre Intelligenz gleicht der bürokratischer Großorganisationen. Ihre Wendemanöver dauern. Silicon Valley? Die Geschichte von den Studenten und Professoren und ihrem Computer, der später IBM in die Wade biß? Nicht ganz: Der kleine Fisch Teekampagne will nicht dem maroden Geist der Großen verfallen. Er ist ein bißchen Robin Hood und Karl Marx und Schumpeter und Schumacher, eine Paraphrase des Themas vom kleinen denkenden Betrieb, einem, der sozial verantwortlich handelt, dem es nicht egal ist, was er produziert oder vertreibt.

Unternehmer von unten

Zehn Jahre früher hat das alles begonnen, mit Studenten, die Handelslehrer werden wollten. Faltin, damals als Hochschullehrer gerade an die FU berufen und von Mißtrauen gegenüber konventioneller Universitätsausbildung geprägt, fand, daß gute Pädagogik dort beginnen könne, wo nicht die Simulation realer Verhältnisse unter scheinbar sicheren Parametern, sondern die Inszenierung des Ernstfalls versucht wird: Wenn ein Betrieb spannend ist,

dann ist das gute Pädagogik. Ein guter Handelslehrer kann nicht werden, wer sich dem Streß des Marktes entzieht und mit nur akademischem Wissen vollstopft, sondern einer, der gelernt hat, in Unsicherheiten zu entscheiden, Katastrophen zu meistern, Kärrnerarbeit auf sich zu nehmen und unternehmerische Qualifikationen entwickelt. Unternehmerische Qualifikationen? Bah! Sich auch noch aktiv ins schmutzige Geschäft begeben, mit den Haien verkehren und selbst einer werden? Bei Pädagogen und Vertretern anderer »weicher« Fächer sitzt der Affekt gegen Ökonomie oft tief, mündet in hilfloser Verweigerung gegenüber dem Moloch Wirtschaft, im täglichen Gang zum Alternativladen (und dem Glauben, dieser Laden verhalte sich zu kapitalistisch kontrollierten Gebieten exterritorial).

Unsere allgemeinbildenden Schulen entlassen ökonomische Analphabeten. Die klassische Aufgabenteilung zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem – hier die Vermittlung von Qualifikationen, dort die Bereitstellung von Arbeitsplätzen – funktioniert zureichend nicht mehr. Es genügt nicht, so Faltin, Qualifikationen für bereits existierende Arbeitsplätze auszubilden, wichtiger wird die Befähigung zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Hier bei uns. Und noch mehr in Ländern der Dritten Welt, deren rudimentäre berufliche Bildung Lernende oft genug auf nicht vorhandene Arbeitsplätze hin entläßt.

Arbeitsplätze werden in industrialisierten Ländern gegenwärtig vor allem in Klein- und Mittelbetrieben, aber auch im Alternativ- und Selbsthilfesektor geschaffen, in Ländern der Dritten Welt vornehmlich im informellen Sektor. Also unternehmerisch tätig werden. Ein Unternehmer anderer Art werden. Den Wucherungen des Kapitalismus von innen her Gelände abtrotzen. Ein Paradox? Träumereien vom postindustriellen Betrieb? Ist es nicht auch eine Alternative, für unternehmerische Eigeninitiative statt für Lohnarbeit zu qualifizieren? Zielt die deutsche Vorstellung von praxisorientierter Berufsbildung nicht einseitig auf Arbeitnehmerdasein? Gibt es inzwischen nicht kleine Firmen, die ihre Durchsetzungsfähigkeit gerade daraus beziehen, daß ihre Angehörigen ein Team bilden, die Firma gemeinsam besitzen und bei aller Funktionsteilung jedenfalls nicht in einen steuernden und einen malochenden Teil auseinanderfallen? Wird über alternative Zukünfte nicht auch auf den Territorien »Markt« und »Betrieb« entschieden? Das Modell vom Markt mag mehr schlecht als recht das beste aller bisher erprobten Modelle sein, gefährdet ist es wie das Modell Demokratie dadurch, daß Mafiosi die Macht an sich reißen und anderen den Zugang versperren.

Der Unternehmer von unten als Künstler, der Eigenwilliges entwickelt und den gesellschaftlichen Reichtum nicht in die eigene Tasche wirtschaftet,

sondern umverteilt und dem Gemeinwohl überantwortet: So ähnlich steht es in der Soziallehre des Rudolf Steiner, und eben die ist von der Mehrzahl seiner anthroposophischen Jünger verdrängt worden. »Small is beautiful« heißt – übersetzt – dann nicht Idylle im Kleinen, sondern größere Beweglichkeit, mehr Effizienz, höhere Qualität, gerechtere Preise. Die Wertediskussion kann auf ihre ökonomischen Grundlagen zurückgeführt werden. Die Firma von unten erweist ihre Durchsetzungskraft gerade dadurch, daß es ihr nicht egal ist, was sie produziert, daß sie soziale Verantwortung gegenüber ihren Produkten und Produzenten zeigt, daß sie nicht scheffelt und ausplündert, niemanden über den Löffel balbiert und trotzdem oder gerade deswegen erfolgreich ist.

Gottlieb Duttweiler, der Migros-Gründer, als Vorbild: der Schweizer, der in den zwanziger Jahren in Brasilien Kaffee pflanzt und sich nach seiner Rückkehr in Zürich über die hohen Kaffeepreise erregt. 50 Prozent dafür, daß der Kaffee über den Ladentisch gereicht wird, 25 weitere Prozent für den Grossisten. Es ist die Zeit, in der die Monopolherren die Weltmarktpreise hochhalten, Hunderte von Schiffsladungen mit Mais und Weizen verbrennen, Millionen Säcke Kaffee im Meer versenken, Hunderttausende Tonnen Früchte vernichten, Schafe samt ihrer Wolle verscharren und Baumwolladungen zu Straßenbelägen einstampfen. Duttweiler geht zum Statistischen Amt in Zürich und vergräbt sich in Zahlen. Das teure Pflaster glänzt durch besonders hohe Lebensmittelpreise. Duttweiler extrapoliert aus den Zahlenhalden die Gründe für diesen Sachverhalt: zu viele Marken derselben Qualitätsstufe, überhöhte Lagerkosten und Zinsen, teure Ladeneinrichtungen, zu viele verdorbene Waren durch zu lange Lagerungen, zu hohe Frachtkosten wegen zu geringer Bestellmengen, Preisdiktate der Markenartikelfabrikanten, Verkauf in kleinsten Mengen. Duttweiler liest Henry Ford: Es komme darauf an, sich auf extrem billige Gebrauchsartikel höchster Qualität zu konzentrieren. Duttweiler kauft große Mengen an Zucker, Kaffee, Reis und Seife und organisiert seine erste Kampagne. Er baut Lieferwagen zu fahrbaren Läden um und überzieht die Stadt mit einem Netz billiger Einkaufsquellen. Der Trust der Spezereihändler versucht, Duttweilers System zu blockieren; Stadträte verbieten ihren Beamten den Einkauf bei Migros und beschwören den Untergang des Mittelstandes. Migros wächst und beißt sich durch. Heute, 60 Jahre später – über 40 000 Mitarbeiter, über eine Million Genossenschafter – ist Migros zum großen Konzern aufgebläht. Heute frißt er die Kleinen. Ein Schuß Gemeinwohl und respektierliche Mitbestimmung als Teil des Marketing. Die Nachfahren beschwören Duttweilers »sozialen Kapitalismus« und erzeugen Schauer auf altsozialistischen Rücken.

Die Teekampagne interessiert nicht das Ende, sondern der Anfang der Migros-Geschichte. Am Anfang steht auch bei der Teekampagne die Analyse von Fehlern bisheriger Statthalter, am Anfang wird Vorhandenes neu entdeckt, werden gängige Interpretationen auf den Kopf gestellt, Mythen zerstört. Guter Tee wird überteuert verkauft. Mit dem Namen Darjeeling wird Schindluder getrieben. Der Tee Board of India schätzt, daß weltweit jährlich 40 000 to Tee als Darjeeling verkauft, von den Indern aber nur 10 000 to exportiert werden. Da wird auf Kosten der Produzentenländer gemischt. Der Teehandel ist nicht zimperlich, was »Geschmacksanreicherungen« minderer Sorten durch künstliche Aromatisierungen anbelangt.
Ja, sagen einige Marxisten, dieser Markt samt seinen Gesetzen mache eben alle gleich und alle gleich schlecht. Nein, sagen die Organisatoren der Teekampagne, der Markt ist bunt, man muß anders sein als andere. Der Markt verlangt nach Erfindern, Künstlern und Neuerern.
Als Aristoteles den Handel neben dem gemeinen Betrug und der Prostitution zur Todsünde erklärte, tat er dies mit dem Hinweis, daß Händler Erzeugerpreise drücken und Verkaufspreise heben würden. Die Teekampagne macht es umgekehrt. Die Teepreise werden billiger, die Erzeuger bekommen mehr. Billiger werden heißt, das Mehr an Wissen zu mobilisieren. Dabei kippen dann »eherne Gesetze« des Marktes. Zum Beispiel das Gesetz von der »Sortimentsbreite«: Die Teekampagne verkauft nur eine Sorte Tee, weil das die Abwicklung vereinfacht und den Apparat klein hält. Oder das Gesetz, die Ware müsse »das ganze Jahr über verfügbar« sein: Unsinn, sagen die von der Teekampagne, man könne den Jahresumsatz auch in drei Monaten erzielen, dadurch billige Großeinkäufe tätigen und Lagerkosten sparen. Individuelle Vorratshaltung ist billiger als jede Lagerhalle. Tee ist nicht gleich Salat, Tee hält seine Qualität das Jahr über. Großpackungen sind billiger als viele kleine, Geld wird gespart, wenn Tee nicht in Beuteln, sondern in verschweißten großen Tüten verkauft wird. Billiger kann man werden, indem man die Kette parasitärer Zwischenhändler durchbricht, den Exporteur, den Importeur, den Groß- und den Einzelhandel beiseite läßt. Lieber direkt importieren und verkaufen. Im Ergebnis führt das Nachdenken zu größeren Handlungsspielräumen: zu niedrigeren Preisen für die Käufer, höheren Preisen für die Inder, zu Geld für umfangreiche Rückstandskontrollen.

Hin und her

Die Teekampagne überwies den Indern in den ersten Jahren einen doppelten Lohnanteil. 1986 zum Beispiel verkaufte sie 13 to Tee, erwirtschaftete

34 000 DM an eigenen Löhnen für die meist studentischen Mitarbeiter und überwies 32 000 DM nach Indien. Im indischen Dorf Punalal entstanden mit rücküberwiesenen Überschüssen Wasserspeicher und Baumschulen. »Children plant and take care of trees«, heißt die Philosophie der »Integrated Reforestation«. Die Kinder übernehmen Patenschaften für die Bäume, sorgen für Wasser und dafür, daß die Ziegen sie nicht kahl fressen.
Die neue Weltwirtschaftsordnung im Kleinen erarbeiten, zeigen, daß es geht, und auch die Kunden wissen lassen, wohin das Geld fließt. Selbstverständlich? Nicht doch. Deutsches Wettbewerbsrecht sieht nicht vor, Auskunft über die sozial sinnvolle Verwendung erwirtschafteter Überschüsse zu geben. Der Teehandel prozessiert gegen die Teekampagne und läßt ihr verbieten, »wörtlich oder sinngemäß« mit diesem Hinweis zu werben: »Wir wollen unseren Handel nicht auf den niedrigen indischen Löhnen aufbauen. Deshalb überweisen wir den indischen Lohnanteil ein zweites Mal. Der Anteil indischer Löhne beträgt bei einem Kilogramm Darjeeling etwa 3,– DM. In unserem Verkaufspreis sind weitere 3,– DM je Kilogramm zusätzlich enthalten. Für uns fallen 30 Pfennige auf 100 Gramm nicht ins Gewicht, für Indien bedeuten doppelte Löhne viel.« Und/oder auch nicht mit diesem Satz: »Wir verdoppeln den indischen Lohnanteil.« Dies verstoße, befindet das Landgericht Hannover im Februar 1988, gegen die guten Sitten, sei emotionalisierende Werbung, appelliere an das Mitgefühl und die soziale Hilfsbereitschaft der Kunden. Die Firma mache sich dieses Gefühl »für eigennützige Zwecke planmäßig zunutze«, ohne daß ein sachlicher Zusammenhang mit den Eigenschaften des angebotenen Tees bestünde. Aber wo steckt denn der Eigennutz? »Die Gesellschaft erstrebt keinen Gewinn«, heißt es in ihrer Satzung. Doch, sagt das Finanzamt – in seiner Auffassung von kaufmännischem Verhalten gegenüber Produzenten der Dritten Welt nicht minder ignorant als das Gericht –, die Überweisung des doppelten Lohnanteils nach Indien sei die Überweisung eines Gewinns, und der sei zu versteuern – auch im Nachhinein. Statt doppeltem Lohnanteil ein halber doppelter Lohnanteil, der Rest für den deutschen Fiskus? »Das ist das ›Aus‹ für den doppelten Lohnanteil«, gibt die Teekampagne bekannt. Nach diesem Urteil entscheidet die Teekampagne, die Hälfte des bisherigen doppelten Lohnanteils, 1,40 DM pro Kilo, für einen höheren Teepreis in Indien auszugeben und mit den restlichen 1,60 DM eine Rücklage für mögliche neue Gerichtsverfahren zu bilden, im Gedenken an Gottlieb Duttweiler, dessen Kampagne damals einem durch die etablierte Geschäftswelt inszenierten Hindernislauf glich.
Unter dem Strich wird einer deutschen Firma die Aufklärung darüber verboten, in welcher Weise sie einen gerechteren Handel mit der Dritten Welt

praktiziert. Die deutsche Steuerbehörde erweist sich in diesem Zusammenhang nur als ein anderer Ausdruck von Gefräßigkeit der reichen Welt. Unter dem Strich wird dieses Skandalon andauern, solange Rote und Grüne nicht durch detaillierte Gesetzgebung bei uns wenigstens einige Voraussetzungen der New Economic Order schaffen.

Der kleine Fisch Teekampagne muß nachdenken. Der große Fisch hat an anderer Stelle zugeschnappt als erwartet. Keine Dumpingpreise, sondern Rechtsanwälte. Ein zweiter Prozeß geht verloren: Die Teekampagne darf sich nicht mehr über die schlechte Qualität aromatisierter Tees auslassen, darüber, daß die »Veredelung« schlechter Teesorten durch künstlich hergestellte Aromen zum Vorteil der Teehändler und zum Nachteil der Verbraucher gereiche. Streit entsteht über den Sprachgebrauch des deutschen Lebensmittelrechts, den Begriff des »naturidentischen Aromas«. Das volle Himbeeraroma beispielsweise enthält mehr als 200 Komponenten. »Naturidentisches Himbeeraroma« ist der Rechtslage nach jedoch schon die synthetische Herstellung nur einer Hauptkomponente, es ist das Himbeerbonbon, das an Himbeere erinnert und dennoch mit falschem Geschmack auf der Zunge liegt. Ist das »Aroma« aromatisierter Tees künstlich hergestellt oder nicht? Der normale Verbraucher höre bei »künstlich hergestellt« nur »künstlich«, argumentiert der Teeverband, und dies, pflichtet das Gericht bei, sei keine Verbraucherinformation, sondern unzulässiger Vergleich mit der Konkurrenz, egal, ob die Aussage stimme oder nicht. So wird der Teekampagne untersagt, ihren Text über aromatisierte Tees weiterhin zu verbreiten.

Ein dritter Angriff bleibt ohne Folgen. Der Verband des Tee-Einfuhr- und Fachgroßhandels kündigt im Rundschreiben 1/1988 an, regelmäßig gegen Firmen vorzugehen, »die in auffälliger Weise auf Besonderheiten ihres Angebotes in Bezug auf Analytik und besondere Qualität wie Rückstandsarmut oder Rückstandsfreiheit deutlich hinweisen«. Er bittet die sehr geehrten Damen und Herren bei dieser Gelegenheit »im Gesamtinteresse der Branche und zur Aufrechterhaltung eines guten Images des Tees« dringend darum, vorliegende Ergebnisse von Rückstandskontrollen »nicht für Hinweise zu benutzen, daß Ihre Tees besonders schadstoffarm oder ständig rückstandskontrolliert sind«. Die Verwendung solcher Hinweise in der Werbung schaffe ein »bestimmtes Negativimage«. Vernebelung der Verbraucher durch Synthetikaroma und Desinformation, dazu Kerzenlicht und Kandiszucker und viel Gewinn für die großen Fische. Weltweit heißen sie Unilever (700 Mio. US-Dollar Umsatz) und – von ihm aufgekauft – Bond Liebig (400 Mio. US-Dollar), Standard Brands, Nestlé oder Lyons; in der Bundesrepublik sind es die Teekanne GmbH, die Ostfriesische Tee-Gesell-

schaft und die Meßmer GmbH. 1987 wurden bei uns für 900 Mio. DM Tee verkauft. Der Teeverkauf stagniert, und den großen Fischen knurrt schon leicht der Magen.
Der kleine Fisch wiederum beißt schnell an anderer Stelle zu. Der Tee Board of India hat ein Markenzeichen eingeführt, um gegen die Vermischung von Darjeeling mit anderem Tee vorzugehen. Der Tee Board hat der Teekampagne dies Markenzeichen verliehen, ein Signet mit einer Teepflükkerin, die eine Pflanze hochhält. Die Teekampagne sagt: Wir verkaufen 100 Prozent Darjeeling, wir beteiligen uns nicht an faulen Mixturen. Und – leiser: Wir bedauern, daß die Inder in ihrer Not, und um wenigstens die größten Verfälschungen zu verhindern, das Darjeeling-Siegel auch schon an Firmen vergeben, die »Darjeeling« mit nur 60 Prozent Darjeeling anbieten.
Im Windschatten der Teekampagne versuchen Trittbrettfahrer und Imitatoren ihr Glück. 1987 verkauft die Firma Christine De Sousa täuschend ähnlich aufgemachte Packungen unter der Bezeichnung »Tee Kampagne«, 1988 unter »Teeaktion, Darjeeling First Flush«, obwohl es First Flush in jenem Jahr nicht gibt. Die Firma Ökotopia bietet ihre Tüten 1988 als »Darjeeling Aktion, First Flush« an und kupfert auch die Sätze auf der Rückseite der Teekampagnen-Packungen ab. Was der Firma De Sousa noch als marktübliche Skrupellosigkeit unterstellt werden kann, gerät im Fall von Ökotopia zur schlechten politischen Pointe. Auch Ökotopia ist an der Freien Universität entstanden, auch sie ist mit Günter Faltin entwickelt worden, ein leicht mißratener Vorläufer der Teekampagne. Anfang der achtziger Jahre wurde die Firma im Kreuzberger Mehringhof gegründet, die Handelsschullehrer- und Lehrlingsausbildung sollte in Zusammenarbeit mit der Universität praxisnah erfolgen. Kaffee aus Nicaragua und Landwein aus Südfrankreich wurden gehandelt. Mit dem Ende der Aufbauarbeit und nunmehr einer Million Umsatz wuchs die Begehrlichkeit von Studentinnen und Studenten, die Firma ohne ihren universitären Teil als Privatbetrieb fortzuführen. Die basisdemokratischen Entscheidungsstrukturen erlaubten diesen Coup. Eine kurzsichtige Entscheidung, meint Faltin. Denn damit sei ein entscheidender Hebel, die Nutzung der Ressource Universität, ausrangiert worden. Und mithin auch die Chance, der willkürlichen Verwertung von Wissenschaft durch die herrschende Praxis eine kleine Alternative entgegenzusetzen. Seither dümpelt Ökotopia vor sich hin. Ihre Inhaber maulen über die überlegene Arbeit der Teekampagne, es sei doch logisch, daß sie selbst die »ständige Kampagnen-Idee« nicht durchhalten könnten. Warum nicht? Weil eine palavernde Fraktion von Pädagogen, Firmeninhaber darstellend, noch längst keine Firma begründet, die die Bezeichnung alternativ verdient?

Alternativ ist eine Firma nicht schon dann, wenn sie guten Willen und teure Preise mit alternativen Umgangsformen verbindet – viel Diskussion, geringer Zuwachs an professionellem Know how, wenig Lohn, wenig neue Impulse –, wenn niemand da ist, der die ökonomischen Innovationen erarbeitet und praktisch umsetzt. Dazu gehört, das Gebiet auch im Detail mindestens genausogut zu kennen wie die Großen und weiterreichende Alternativen zu entwickeln. Das erfordert viel Disziplin und Anstrengung, ist forschendes Lernen.

Den Kopf herausstrecken

Die Verfassung und gegenwärtige Arbeitsorganisation der Teekampagne sind durch diese Vorerfahrungen geprägt. Gegen die Möglichkeit persönlicher Vereinnahmung ist Vorsorge getroffen. Die Teekampagne ist alternativ, weil sie dem Markt der Monopole zugunsten der indischen Produzenten und deutschen Verbraucher Gelände abnimmt. Sie ist alternativ, weil sie innerhalb der Universität den Veranstaltungen, in denen didaktisch gefilterte Realität doziert wird, um Längen voraus ist. Sie ist nicht alternativ, was ihre innere Organisation anbelangt. Die Verwirklichung des Traums vom selbstverwalteten Betrieb, in dem alle das Sagen haben und jede Entscheidung von allen getragen wird, erlebt ihre Schwierigkeiten. Es ist die Erfahrung eines »Management by Champignons«: Kaum, sagt Faltin, stecke einer den Kopf heraus und habe eine ausgefallene Idee, würden die anderen zuhauen und den Kopf rollen lassen. Der Anfänger werde beklatscht, auch wenn er dummes Zeug rede. Das sei schlechte Sozialpädagogik, aber keine alternative Ökonomie. Die kollektive Kontrolle, daß nur ja kein Champignonkopf größer werde als alle anderen, finde ihr Kompensat in einer Fülle versteckter Hahnenkämpfe. Oben das Bild vom geschlossenen Kollektiv, unten Sozialdarwinismus mit psychischem Druck und Elend, mit Verletzungen, um die sich kaum jemand kümmere, mit Sündenböcken, denen keine Appellationsinstanz offenstehe. Die Brutalität einer solchen Praxis könne man an ihren vielen Opfern erkennen, die sich mit Dauerschäden durch die Hintertür davongemacht hätten.
Muß das so sein? Sind nicht Modelle betrieblicher Selbstverwaltung weiterzuentwickeln, und gibt es nicht bei uns wie anderswo einen großen Bedarf nach eben dieser Perspektive? Die Teekampagne praktiziert eine offene Hierarchie. Der zweite Mann, Peter Lange, deckt in diesem Projekt der ökonomischen Guerilla die Flanke, hält Universitätswirren von der Teekampagne fern, solange Faltin in Nordthailand beispielsweise die Voraussetzungen einer Kampagne mit rückstandsarmem braunem Reis recher-

chiert. Den Studierenden, die ein oder zwei Kampagnen mitmachen, steht ein kleines Team gegenüber, das für Kontinuität sorgt und Wissen weitergibt. Auch ehemalige Studentinnen und Studenten zählen zu diesem Stamm. Jede Kampagne bringt Erfahrungszuwachs, zeigt neue Bruchstellen, will ausgewertet sein. Alle – außer Faltin – erhalten reguläre Löhne, für viele soll eine ökonomische Perspektive auf Dauer entstehen, nicht nur für die Mitarbeiter der Teekampagne, sondern auch für die Partner, die Inder und die kleinen Läden in Berlin.

Lernen in der Teekampagne heißt für Faltin, mehr und mehr Besessenheiten freizusetzen. Besessene wühlen sich wie die Eroberer Lem'scher Welten durch Bibliotheken, entwickeln ihre Utopien aus den trockenen Zahlenkolonnen des *Handelsblattes*, tüfteln wie die Studentin Andrea über der Frage, wie man mit Computern Kunden individuell betreuen kann. Die Firma als ein Raum, Spleens freizusetzen, den Spleen des Studenten Kurt zum Beispiel, an der Universität wilde Rocknächte für 5 DM Eintritt zu organisieren, oder das Faible des Peter Lange, versteckte Minen rechtzeitig zu orten. Die Kunst besteht darin, diese Besessenheiten für die Teekampagne aufzuspüren, zu unterstützen, einzubauen und die Fortentwicklung der Kampagne dadurch mitbestimmen zu lassen.

Die Entscheidungen der Teekampagne sind Entscheidungen in Unsicherheit. Nichts ist eindeutig. Keine Studentin, kein Student wußte, ob Tee sich kiloweise verkaufen läßt, ob Kunden den Sinn erkennen würden, nur eine Teesorte zu kaufen und die nur während einer begrenzten Zeit. Sind Verbraucher klug genug, Preisvergleiche anzustellen, merken sie, daß der Tee der Teekampagne nur halb so teuer ist wie der Tee der Konkurrenz? Lernen sie, zwischen Darjeeling und »Darjeeling« zu unterscheiden? Soll die Expansion auf den westdeutschen Markt über Depots oder über Versand erfolgen? Wie kann man groß werden und dabei klein bleiben?

Nebenan auf dem Campus, im Zweistundenrhythmus der Seminare, befindet eine Didaktik der anderen Provenienz weitgehend über Bekanntes. Der Transfer von verschulten Lernsituationen mit festen Parametern zu Situationen, in denen ständig Entscheidungen über nicht hinreichend Bekanntes getroffen werden müssen, mißlingt leicht. Nebenan werden Literaturlisten verteilt, Referate vergeben, anderthalb Seiten Thesen vorgelesen, wird ein bißchen diskutiert oder mal ein Videoband eingelegt. Nebenan, bei den Erziehungswissenschaftlern, müht sich das »Plenum für unkonventionelle Maßnahmen«, ein Fossil der kleinen Studentenbewegung des Wintersemesters 88/89, um Rückerinnerung an hochschuldidaktische Träume der sechziger Jahre: an das Projektstudium, an enge Theorie-Praxis-Bezüge, an Ber-

lin-dienliche Forschung. Nach dem ersten Drittel des Semesters werden viele Seminare leerer. Das Leben findet anderswo statt.

Widersprüchliche Bilder stellen sich ein bei der Idee, die Universität als Teekampagne zu veranstalten. Nein, nein, nicht insgesamt, aber vielleicht so, daß in ihr – oder besser: von ihr nach draußen hin – mehr und mehr Projekte entstehen, die Ernstfälle darstellen und sich an der Auseinandersetzung um Zukunft beteiligen. Welche Universität? Die eine des abgeschiedenen Nachdenkens und der geschlossenen Fenster? Oder die andere, willfährige, die einer ausplündernden Enklavenwirtschaft der Industrie über neue Konkordats-Institute Raum gibt? Hier zu wenig Praxis und dort eine Praxis mit falschem Zungenschlag?
Bleiben wir im Umfeld der Teekampagne. Hangeln wir uns am Seil akademischer Vernetzung entlang – Teekampagne/Projektwerkstatt/Institut für Arbeits- und Berufspädagogik/Fachbereich Erziehungs- und Unterrichtswissenschaften –, bleiben wir bei den Pädagogen. Das Prinzip des sich einmischenden, forschenden Lernens auf die Ausbildung von Pädagogen zu übertragen, begänne damit, die Fenster ganz weit aufzumachen. Bilder der Berliner Schullandschaft tauchen auf. Da geht es kreuz und quer zu. Praxis ist nicht statisch, sondern in Bewegung. Asbestbelastete Monsterschulen zeigen Risse, sie könnten eingeebnet und als kleine Bunte-Blumen-Schulen wieder aufgebaut werden (als Einheitsschulen, die dennoch nicht wie graue Mäuse daherkämen). Behinderte Kinder wollen und sollen in Regelschulen integriert, die Sonderschullehrer umverteilt werden. Reps und Antifas prügeln sich auf dem Schulhof. Polnische Aussiedlereltern verbieten in vorwegexekutierter Assimilierung ihren Kindern, weiter die Muttersprache zu sprechen. Berlin als multikulturelle Stadt braucht Schulen, in denen die wichtigsten Sprachen der Einwanderer – Türkisch vor allem – unterrichtet und anerkannt werden, und Rahmenrichtlinien, die ihren Ethnozentrismus ablegen. Versäumte Lektionen der alten und der neuen Reformpädagogik wollen nachgeholt werden: die Überwindung des Frontalunterrichts, die Lockerung des 50-Minuten-Taktes von Stunden zugunsten von Projekten, die Wiederherstellung des Verhältnisses von Schule und Nachbarschaft. Denn allüberall verschärfen sich die Rahmenbedingungen, aus kleinen Klassen werden wieder große. Die Schulkollegien vergreisen.
Wenn Praxis Bewegung bedeutet, dann ist ein studentisches Praktikum mehr, als in der letzten Reihe einer Klasse zu hospitieren und Beobachtungsprotokolle darüber anzufertigen, ob die Lehrerin vorne Mittel- und Feinziele auseinanderhalten kann. Theoriegeleitetes praktisches Lernen hieße dann, universitäres Wissen auf die gemischten Verhältnisse zu bezie-

hen und mit anderen – Eltern, Schülern, Lehrern – quadratzentimeterweise bessere Zustände zu schaffen. Der Campus in Dahlem liegt weit weg vom Schuß, der Fachbereich müßte in der Stadt Satelliten bilden, Depots, die näher am Geschehen sind. Von dort aus könnten Studentinnen und Studenten kleine Unternehmen gründen – zum Beispiel die Unternehmen »Wir beteiligen uns konkret an der Integration behinderter Kinder« oder »Wir sind bei der Entwicklung interkultureller Nachbarschaftsschulen dabei« oder »Reps, wir reden mit Euch«. In Dahlem ließen sich die Schrecken der bewegten Praxis theoretisch aufarbeiten. Der Campus als Forum der Diskussion um Utopie und Wirklichkeit, als Ort des gelegentlichen Müßigganges, als Tank- und Ladestelle für die durchs Leben da draußen irritierten Studierenden und erschöpften Lehrenden. Manche Studentinnen und Studenten wären auf diese bewegliche Universität besser vorbereitet als ihre Meister, denn sie fahren ja schon Taxi, handeln ja schon mit Wein, renovieren gegen Entgelt Wohnungen, schieben Nachtwache, sickern in den informellen Sektor ein und lernen in vielen klitzekleinen Teekampagnen.

Fernab, auf den Philippinen, gibt die kleine Schule in Cardona ihren Geist auf. Das eine glückliche, trächtige und bald auch gebärende Schwein, das den Start ermöglichen sollte, konnte samt seiner Nachkommenschaft dem ökonomischen Druck nicht standhalten. Als die kleinen Schweine fett genug geworden waren, nahm sich jedes Kind ein Tier, trieb es zufrieden nach Hause und fand, daß die Schule ihren Zweck erfüllt hatte.

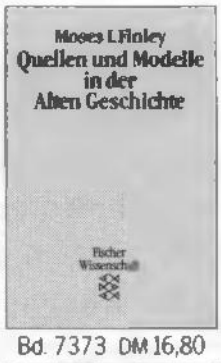
P. S. für Teetrinker: Teekampagne, c/o Projektwerkstatt, Patschkauer Weg 5, 1000 Berlin 33, Tel.: 030-8 31 56 46

Bd. 7395 DM 16,80

Bd. 7403 DM 24,80

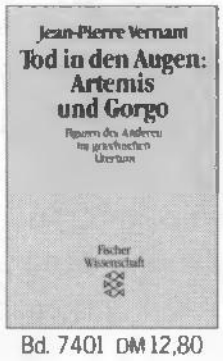
Perspektiven einer neuen Geschichtsschreibung

Bd. 7357 DM 12,80



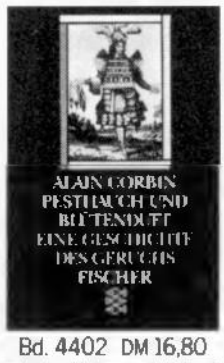
Bd. 7373 DM 16,80

Bd. 7371 DM 29,80

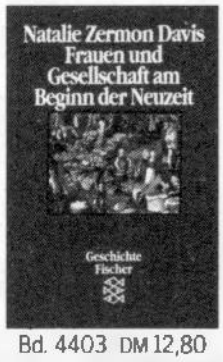


Bd. 7401 DM 12,80

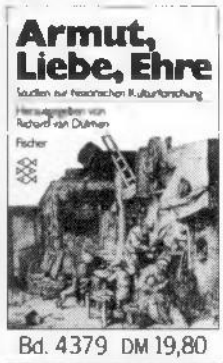
Bd. 7408 DM 16,80



Bd. 4402 DM 16,80



Bd. 4403 DM 12,80



Bd. 4379 DM 19,80

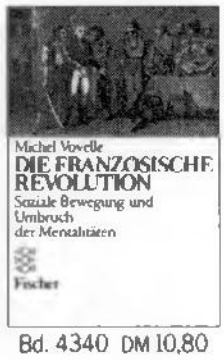
Fischer Taschenbuch Verlag

Bd. 3460 DM 24,80

Bd. 4352 DM 14,80

Bd. 6404 DM 12,80

Bd. 4341 DM 16,80



Bd. 4340 DM 10,80

Reinhard Breuer
Die physikalische Ständegesellschaft

Beschreibung einer Initiation

1.

ZÜNFTE »nennt man die fachgenossenschaftlichen Handwerkerverbände in den besonderen Formen, die sie im mittelalterlichen Städtewesen erhalten haben... Es entstanden so nicht allein die Verbietungsrechte gegen alle Pfuscher..., sondern auch... die Beschränkung der Innungen auf eine geschlossene Zahl von Meistern oder wenigstens die äußerste Erschwerung jeder Vermehrung der Meisterzahl durch lästige Bedingungen, endlich der Zunftzwang im engsten Sinne, nämlich eine solche Abgrenzung der Gebiete einzelner Handwerke durch die Zunftartikel, daß auch Meister ganz verwandter Handwerke daran gehindert wurden, mit ihren Fabrikaten das so abgegrenzte Gebiet zu überschreiten.« *Brockhaus (13. Auflage, 1886)*

Als ich noch in einer großen Universitätsstadt lebte, lernte ich im Biergarten einen jungen Wissenschaftler kennen, der gerade aus den USA an das Max-Planck-Institut zurückgekommen war. Irgendwie beneidete ich ihn, denn ich dachte tatsächlich, daß er nun das seltene Privileg genieße, den Schleier vom Altar der Wahrheit zu reißen.

So jedenfalls stellte ich mir das Innenleben der Universität und – noch gesteigert – der heil'gen Hallen der Max-Planck-Gesellschaft vor. Und in der Tat: Über sein Weizenbier gebeugt berichtete der Freund von reger Aktivität im In- und Ausland. Er hieß Franz Xaver Veit, war 27 Jahre alt und »frisch promoviert«. Obwohl er über Dinge Bescheid wußte, nach denen ich nicht einmal fragen konnte, schien er umgänglich, wenn auch nur sporadisch am Alltäglichen interessiert.

Zur Zeit unserer ersten Begegnung hatte er gerade eine Monographie vollendet, ein größeres Werk wohl, das in dem unter Forschern angesehenen Springer-Verlag erschien. Offenbar brachte ihn das auf den Einfall, sich damit an der Universität zu »habilitieren«. Sein Gruppenleiter riet ihm zu, »wenn er noch etwas zulegte«. Hätte er gewußt, wohin dieser Entschluß führte, hätte er es vermutlich gelassen. Noch heute spricht er nur ungern über die Vorkommnisse. Aber schon die Andeutungen, die ich ihm entlokken konnte, lehrten mich das Fürchten. Konnte es sein – so dachte ich bei mir, denn Franz Xaver war in solchen Urteilen sehr zurückhaltend –, daß die Schule der Besten, die das Land beherbergte, ihrem Nachwuchs bisweilen mit vorsätzlicher Grausamkeit begegnete?

Warum überhaupt Habilitation? Franz Xaver belehrte mich: Wenn jemand nach einer Professur strebt, dann tut er das besser in habilitiertem Zustand, genauer mit der »Dreifachqualifikation Diplom-Dissertation-Habilitation«. Mit dem Diplom beschließt der Student offiziell sein Studium. Danach kann er, sofern ein Professor ihn läßt, eine Doktorarbeit oder Dissertation verfassen, womit er seinen Namen um den reputierlichen Titel »Dr.« erweitert. Erst im dritten Schritt, zumeist aus der Position eines Hochschulassistenten heraus, besteht die Chance, sich ein drittesmal zu qualifizieren: durch das Abfassen einer weiteren »Schrift«, der Habilitationsarbeit. Danach sollte die Welt offenstehen – zur Professur!

Franz Xaver bewarb sich also beim Dekan für Physik – natürlich nicht, wie ich gemeint hätte, um die Habilitation, sondern »um die Möglichkeit, sich bewerben zu dürfen«. Das ging so: Ein Habilitationsverfahren wird nur dann »eröffnet«, wenn die Fakultät dies gestattet. Ob sie dies gestatten soll, beschließt sie nach einem öffentlichen »Vorstellungskolloquium« durch den Delinquenten (wie ich meinen Freund im folgenden nennen will). Also bewarb er sich um die Möglichkeit, sich in einem Vortrag vorstellen zu dürfen, worauf ihm beschieden würde, ob er sich um die Habilitation bewerben dürfe – das »Verfahren« also eröffnet sei. Das Thema sei selbst wählbar, teilte der Dekan dem Delinquenten mit, er solle aber das Arbeitsgebiet kenntlich machen, und wie der Delinquent seine Beiträge darin einbette.

»Ich hatte Glück«, freute sich Franz Xaver. »Ein halbes Jahr vor mir hatte ein anderer Theoretiker aus dem MPI den gleichen Vorstoß gewagt und sich ›vorgestellt‹. Der hielt sich genau an diese Regel – und wurde abgelehnt! Einige Experimentalphysiker hatten in der geheimen Sitzung danach moniert, sie hätten nichts verstanden; Pech für ihn.« Gewitzt stellte sich der Delinquent auf die Lage ein, erweiterte das Springer-Buch um seine neuesten Arbeiten, reichte bereits die komplette »Schrift« ein. Vor der Vorstellung hatte er jedoch noch eine Tätigkeit zu absolvieren, die nicht obligatorisch, für »Außenstehende« jedoch dringend angeraten wurde: das »Klinkenputzen«, das heißt ein Besuch bei allen Professoren, die an dem »Verfahren« teilnehmen würden und somit der Habilitationskommission angehörten. Verhaltenstheoretisch gesehen ist es der Versuch, durch ein individuelles Gespräch einen persönlichen Eindruck zu hinterlassen und so die Beiß- oder Tötungshemmung zu verstärken. »Klinkenputzen« bezeichnet die Mühe, die es dem Delinquenten bereitete, Gesprächstermine bei zehn Professoren zu ergattern, die natürlich alle von Terminnöten gebeutelt durchs Semester rasten. Freilich gewann dabei nicht nur jeder Professor einen Eindruck von dem Delinquenten, sondern auch der Delinquent einen

Eindruck von den Professoren – und fand alsbald die Regel bestätigt, daß sich auch in Arkadien Erhabenes mit Mickrigem zu mischen pflegt. Während der »alte Professor« gezielt eine einschlägige Fachfrage stellte (die den Delinquenten ratlos ließ) und der »junge Professor« ehrlich Sinn und Zweck des Klinkenputzens in Zweifel zog (»wegen mir nicht«), verweigerte der diensthabende Astronomieprofessor Begegnung und Telefonat. Mühsam nahm statt dessen eine Sekretärin die Fragen entgegen, legte dann den Hörer hin, kam nach Minuten wieder, um die Antwort zu übermitteln – und das wiederholt, bis das Gespräch nach etwa zehn Frage-Antwort-Runden in der Ablehnung einer Begegnung mündete.
Seiner Bewerbung um die Bewerbung wurde gleichwohl stattgegeben, Termin am nächsten Semesterbeginn. In einem düsteren Seminarraum versammelten sich die Professoren der »Sektion«, und er stellte sein Theorienwerk, auch für Experimentalphysiker verständlich, vor. Der Astronomieprofessor tauchte gar nicht auf, der »alte Professor« hatte wiederum eine Frage, die unverblümt den Kernpunkt des Vortrags in Frage stellte. Durch einen dummen Zufall aber hatte der Delinquent über diese Frage vorher schon einmal nachgedacht und konnte sie ohne zu schnaufen beantworten. Als diese Hürde genommen war, ließ man ihn erst einmal laufen. Auch in der geheimen Diskussion danach entschlüpfte einem Experimentalphysiker lediglich die Bemerkung, das sei ja alles so verständlich gewesen, das könne man auch in der Tageszeitung lesen; das sollte aber wohl nur zeigen, daß man sehr wohl einige populäre Aufsätze des Delinquenten in der Presse wahrgenommen hatte. In Erwartung eines schriftlichen Bescheids vergingen zwei Monate, und als der Delinquent nach diversen Telefonaten erfuhr, daß er einen solchen Bescheid nicht erhalten würde, reichte er seine Unterlagen – die gleichen wie zuvor – abermals ein. Er war 29 Jahre alt.

2.

LEHRLINGE: »Zur Aufnahme als Lehrling ist Anzeige beim Handwerksältesten, Beibringung der nöthigen Zeugnisse und nach einer Probearbeit (14 Tage bis 4 Wochen) das wirkliche Aufdingen in der nächsten Versammlung der Zunft, das Einschreiben in das Verzeichniß der Lehrlinge gegen Erlegung des Einschreibegelds erforderlich. Manche Zunftgesetze bestimmen eine mindeste Dauer der Lehrzeit, gewöhnlich 3-5 Jahre, welche, wenn der Lehrling kein oder nur geringes Lehrgeld bezahlt, verlängert zu werden pflegt.
Nach Ablauf der Lehrzeit erfolgt gegen gewisse Gebühren die Lossprechung, ebenfalls in einer Versammlung der Zunft nach abgelegter Probe, dem sogenannten Gesellenstück, worauf der Lehrbrief ausgefertigt wird. Der losgesprochene Gesell soll sein Handwerk nicht immer an einem und demselben Orte betreiben, sondern durch die Wanderschaft sich auch mit dem Gewerbebetrieb in anderen Ländern bekannt machen ...
Wo sog. Gesellenbrüderschaften bestehen, sehen die Gesellen keinen von der Zunft losgesprochenen Lehrling als Gesellen an, bis er sich auch von ihnen zum Gesellen hat sprechen lassen,

erst dann heißt er ein ›gemachter Gesell‹, während er bis dahin ein ›Jünger‹, ›Lohner‹, ›Bursch‹, ›Mittler‹ genannt wird. Der Hauptzweck dieser Brüderschaften ist die Bezahlung des Herbergsvaters und die Unterstützung kranker und alter Handwerksgesellen.« *Meyer (2., gänzlich umgearbeitete Auflage, 1867)*

Wer sich habilitiert hat, wird noch lange kein Professor; aber ohne Habilitation wird er es in der Regel erst recht nicht. Im Jahre 1987 schlossen 1036 Habilitanden ihr Verfahren ab (1980: 915), davon 286 in Mathematik und Naturwissenschaften. Nur jeder sechste wird einmal auch Professor. Auch 23 Frauen tauchen in der Statistik auf (1980: 46). Im Durchschnitt waren alle 39,4 Jahre alt – und das Durchschnittsalter steigt noch. In der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts lag es bei 26, Anfang dieses Jahrhunderts bei 33 Jahren. Eine andere Statistik besagt auch, daß Naturwissenschaftler ihre besten Ideen vor dem 30. Lebensjahr zu haben pflegen. Und nur knapp fünf Prozent aller Habilitanden stammen von außeruniversitären Instituten. »Ein überraschend niedriger Wert«, moniert der Philosophieprofessor Hans Lenk, »wenn man die wissenschaftliche Kapazität von Max-Planck-Instituten, Wissenschaftszentren, Großforschungseinrichtungen usw. betrachtet.« Bildungspolitiker aller Innungen beklagen dies alles und vieles mehr. Aber keiner wagt wirklich, an dem Verfahren etwas zu ändern. Der Hamburger Rechtsprofessor und Kultursenator Ingo von Münch zitiert einen Kollegen: »Man wird dabei zum letzten Mal so richtig gedemütigt.« Aber: »Insgesamt überwiegen die Vorteile die Nachteile.«

Das klang doch merkwürdig, und ich las nach, was die Experten dazu meinten. 1969 befand die Westdeutsche Rektorenkonferenz, »daß das Habilitationsverfahren selbst zu viele Elemente unkontrollierten Ermessens enthält, den Nachweis didaktischer Befähigung vernachlässigt, dafür aber ein den Erfordernissen moderner Forschung vielfach nicht angemessenes Gewicht auf die Vorlage einer umfangreichen Habilitationsschrift legt«. Im selben Jahr kritisierte der heutige Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, Heinz Staab, die Qualität der Habilitation als Ausleseverfahren: »Dadurch, daß Fristen von vornherein nicht vorgesehen sind, kommt manche Habilitation, gegen die berechtigte Einwände bestehen, durch hinreichend hartnäckiges Instistieren und genügendes Sitzfleisch des Habilitanden dann schließlich auf dem ›Gnadenweg‹ doch noch zustande.« Er plädierte für einen »Fortfall der Habilitation« zugunsten befristeter Dozenturen, um die »Verstopfung der Universitätsstellen durch überalterte und schließlich resignierende Dozenten zu vermeiden«.

In die gleiche Kerbe schlug im letzten Jahr auch Bildungspolitiker Jürgen Möllemann: »Absolute Sicherheit für Qualität bietet die Habilitation, blickt

man in die Geschichte zurück, sicherlich nicht.« Nur im Blick auf ein veraltetes »Zunftdenken« sei es verständlich, daß immer noch »eine Art Gesellenstück, eben das magnum opus in Gestalt der Habilitationsschrift«, verlangt wird. Aber selbst der Zunftgedanke erfordere keine Habilitation. »Ihm wird durch den Berufungsakt hinreichend Rechnung getragen. Kaum einer wird Hochschullehrer, den seine Kollegen ablehnen, was immer mit der Habilitation geschieht.« Sie nütze selbst den Universitäten nicht, da »die Habilitation in ihrer gegenwärtigen Ausgestaltung nicht geeignet ist, die Lehrbefähigung des Nachwuchses zu überprüfen«.
Schlimmer noch: Der Politiker diagnostiziert eine Selbstabschottung der Akademien bei sinkendem Prestigewert der Habilitation. Denn »ein Abschluß mit einer Art von Examen, das nur in der Universität in Ansehen steht und nur hier Geltung hat, kann im Einzelfall oder generell zu Problemen führen«. Was sollte das Ganze also, andere Länder schienen »ohne« besser zu fahren: »Der Umstand, daß die amerikanischen Wissenschaftler sich nicht habilitieren, wird selten erwähnt. Der Ruf und der Standard der amerikanischen Wissenschaft leidet darunter offensichtlich nicht.«
Wenn das die Auspizien waren, was wollte mein Freund dann eigentlich? So weit ich ihn kannte, liebte er seine Forschung heiß und innig, aber als Märtyrer des Wissenschaftsbetriebs schien er mir ungeeignet. »Ich weiß, daß die Chancen fast gleich Null sind, auch mit Habilitation an einer Uni unterzukommen. Aber schaden wird es wohl nicht – wie das Goldene Sportabzeichen«, verkündete er mir frohgestimmt. Der Frohsinn sollte ihm bald vergehen. Monate nach der zweiten Einreichung der Unterlagen wurde dem Delinquenten mitgeteilt, daß er zuerst »Lehrerfahrung« zu erwerben habe. Wie das? Sollte nicht erst die mit der Habilitation erteilte »Lehrbefähigung« mit anschließend verliehener »Lehrbefugnis« – die alte Venia legendi – einen in den Stand setzen, Lehrerfahrung zu sammeln? Egal. Die Bestimmungen besagten wohl, daß man sich um Lehrbefähigung nur dann bewerben könne, wenn man Lehrerfahrung bereits nachweise. Gemeint war damit aktive Teilnahme am »Übungsbetrieb« in der Theoretischen Physik, also der Betreuung mehrerer Übungsgruppen, deren wöchentliche Hausaufgaben korrigiert und in den Gruppen besprochen werden müssen. Dazu Klausuren.
»Kein Problem«, sagte Franz Xaver. »Ich habe ja schon als Student zwischen Vor- und Hauptdiplom drei Jahre lang als Hiwi [Wissenschaftliche Hilfskraft] Übungen zur Theoretischen Physik abgehalten; und in den USA sogar ein Semester als Teaching Assistent.« Genug Lehrerfahrung?
Irrtum. Diese Regelung hatte die Sektion offenbar erst kurz vorher neu geschaffen. Gab es einen Ausweg, eine Übergangsregelung? Der Delin-

quent arrangierte ein Gespräch zwischen dem MPG-Präsidenten und dem amtierenden Dekan, mit dem Ergebnis, daß die Regel auf Herrn Veit noch nicht angewandt werden solle. Doch die Freude war nur von kurzer Dauer. Die Sektion kippte die Verabredung. Der Akademische Direktor am Telefon: »Diese Zusage des Dekans konnten Sie doch höchstens als wohlwollende Absichtserklärung nehmen.« Daraufhin bot der Delinquent an, statt Übungen Vorlesungen abzuhalten. Das wurde sofort abgelehnt: »Der Forschungsvorteil, den Sie bei Max-Planck (gegenüber unseren Assistenten) genießen, muß ausgeglichen werden«, sagte ein Professor trocken. Und die Lehrerfahrungen als Hiwi?

Bei unserem nächsten Kneipenbesuch zog Franz Xaver höhnisch grinsend einen zerknautschten Brief aus der Tasche. Der Dekan hatte wieder geschrieben: »Es wurde festgestellt, daß diese Lehrtätigkeit *vor* der Ablegung der Diplom-Hauptprüfung erfolgte. Das Leitungsgremium hat dies nicht für ausreichend erachtet im Sinne eines Nachweises über Lehrerfahrung. Tatsächlich ist bisher noch keine Lehrtätigkeit, die zu einem so frühen Zeitpunkt [nämlich vor dem Hochschulabschluß] ausgeübt wurde, als Lehrerfahrung anerkannt worden.« Aber immerhin: der Teaching Assistent wurde anerkannt, für drei Semester Übungsleitung wurde das Habilitationsverfahren auf Eis gelegt.

Unverzüglich bewarb sich der Delinquent um Betreuung von Übungen. Was anstand, war die Kursvorlesung »Quantenmechanik«. Die Vorlesung hielt ein Professor, den ich »den Widersacher« nennen will.

Der Delinquent traf den Widersacher auf dem Flur: »Sie wollen sich also habilitieren?«

»Äh . . ., ja, die Arbeit ist ja schon fertig . . .«

»Also, hören Sie mal. Ich bin hier seit 13 Jahren Professor – und bei mir hat sich noch keiner habilitiert.«

Hörte der Delinquent da den stummen Nachsatz ». . . und so soll es auch bleiben, nicht nur bei mir . . .«?

Ebenso wie die Assistenten hatte er zwei Übungsgruppen zu versorgen. Der Widersacher stellte die Aufgaben. Üblicherweise bediente man sich dazu existierender Aufgabensammlungen oder griff nach Rechenexempeln, deren Lösungen vorlagen. Anders der Widersacher. Er sagte: »Ich stelle nur neue Aufgaben. Ich habe zwar die Lösung, aber ich zeige Sie Ihnen nicht.« Das kostete Schweiß. Seine Übungsbetreuer, etwa fünf an der Zahl, bestellte der Widersacher jeden Freitag Nachmittag ein und ließ sich von ihnen die Lösungen vortragen, um sie mit der zu vergleichen, die er schon hatte. Jede Sitzung zog sich in den Abend und geriet allemal zur eigenständigen Prüfung. Auch der Delinquent mußte seine Lösung vorrechnen, ei-

nen Formelmarathon. Als er zu Ende war, die Sonne sank bereits, die Kehle verspürte den ersten Stechdurst, da sagte der Widersacher: »Sieht ja gut aus, aber kann man es nicht auch anders berechnen – etwa soundso?«
»Ja, natürlich, dauert aber.«
»Na, dann machen Sie doch mal.«
Der Delinquent begann, an der Tafel zu improvisieren, und nach eineinhalb Stunden stand dasselbe Ergebnis tatsächlich wieder an der Tafel.
Ein andermal ging es um die Heisenbergsche Unschärferelation. Unversehens geriet die Diskussion auf den Begriff der Zeit in der Quantenmechanik. Der Widersacher redete Unsinn. Der Delinquent widersprach, die Assistenten pflichteten ihm bei. Der Widersacher fühlte sich umringt – und brach das Thema ruckartig ab. Danach kam es zu ersten persönlichen Kontakten zu den Assistenten, allmählich tauten sie auf und »packten aus«. Einer versuchte Franz Xaver zu trösten: »Meistens sind es die Mittelmäßigen, die soviel Zeit investieren, um ihre eigenen Leute zu quälen.« – Kein Wunder, daß sie alle bald in die Industrie abgewandert sind – unhabilitiert, versteht sich.

3.

MEISTER »kann in der Regel jeder Gesell werden, der seine Lehr- und Wanderzeit gehörig bestanden hat... Die Zeit, in welcher ein Meisteraspirant an dem Orte, wo er sich niederlassen will, gewohnt und gearbeitet hat, heißt die Sitz- oder Muthzeit. Das Meisterstück ist den versammelten Innungsgenossen vorzulegen, die es für gut befinden oder verwerfen; doch kann im letzteren Fall der Abgewiesene auf obrigkeitliche Untersuchung und Prüfung des Meisterstücks durch die Innung eines benachbarten Orts antragen. Ist das Meisterstück gebilligt worden und der Stückmeister hat das Meistergeld entrichtet und das Bürgerrecht erlangt, so kann er sofort den Meisterspruch verlangen, der vor versammeltem Handwerk erfolgt und gewöhnlich mit einem Meisteressen verbunden ist. Häufig wird dem Meister darüber eine förmliche Urkunde (Meisterbrief) ausgestellt. Durch die Erlangung des Meisterrechts erhält der Handwerker in der Zunft die Befugniß, auf eigene Rechnung das Gewerbe auszuüben, Gesellen und Lehrlinge zu halten.« *Meyer (2., gänzlich umgearbeitete Auflage, 1867)*

Zwei Jahre vergingen, ich hatte Franz Xaver aus den Augen verloren. Aber eines Tages, am Müslistand bei Karstadt, beugten wir uns über dieselbe Packung. »Was macht die Habil?« entfuhr es mir. Er schien gealtert, aber dank seiner modischen Kleidung trotzdem »voll im Trend«. Hatte er nun vor, das System stromlinienförmig zu unterwandern, vielleicht durch provokative Überanpassung? Ich behielt meinen Verdacht für mich.
Seine Übungskurse hatte er absolviert, auch seine Forschung kam voran, berichtete er. In den zwei Jahren, in denen das Habilitationsverfahren wegen der Übungskurse geruht hatte, sei es ihm gelungen, zusammen mit seinem sonst sehr kooperationsscheuen Max-Planck-Gruppenleiter einige

Arbeiten zu publizieren. Immerhin: Die Übungen hatte er zur Zufriedenheit absolviert.
Die Gutachten waren bestellt, aber ein auswärtiges traf nicht ein – ausgerechnet vom amerikanischen Doktorvater des Delinquenten, der sich bitten ließ. Peinlich, peinlich, das Warten kostete wieder ein halbes Jahr und warf kein gutes Licht auf den Delinquenten. Der Widersacher forderte daraufhin ein »Obergutachten« an. Was das sei, wollte ich wissen. Tja, entgegnete Franz Xaver, so genau wisse er das auch nicht, das sei ja auch alles sehr vertraulich. Vermutlich sollten die vorliegenden Gutachten begutachtet werden, eine Art Meta-Gutachten. Der Obergutachter hatte aber nur bemängelt, daß das Thema der Habilitation mit dem Thema der Dissertation verwandt sei. Nun ja, dem war so. Aber das war es nicht, was Franz Xaver wirklich bekümmerte. Der Widersacher hatte sich wieder etwas einfallen lassen.
Rechtzeitig zu Beginn des Sommersemesters hatte das Dekanat den »Umlauf« der Habilitationsakte gestartet. Wenn alle Vorleistungen erbracht, die Lehrerfahrung gesammelt, die Gutachten an Bord und positiv ausgefallen sind, dann wird das Konvolut in der Sektion in Umlauf versetzt und wandert über die Schreibtische von rund 30 Professoren. Im günstigen Fall sei das innerhalb eines Semesters gerade noch zu schaffen, so daß am Semesterende das öffentliche »Abschlußkolloquium« durchgezogen werden könne. Wo war dann das Problem, wunderte ich mich. Tja, genau im Umlauf. Als der Delinquent sich bei der Dekanatssekretärin freundlich nach dem Umlaufstand erkundigen wollte, erfuhr er, daß der Widersacher den Umlauf gestoppt, genauer: unterbrochen hatte. Und warum? Franz Xaver rief ihn an, und es muß sich etwa folgender Dialog entsponnen haben:
»Ja, Grüß Gott, hier Franz Xaver Veit. Frau X sagte mir, Sie hätten den Umlauf unterbrochen – wieso das denn?«
»Grüß Gott, Herr Veit. Ach ja, wegen Ihrer Habilitation, das mußte ich doch tun, was denken Sie! Die Habilitationsschrift ist ja schon zwei Jahre alt, habe ich gesehen. Was haben Sie denn seither gemacht? Das geht aus den Unterlagen nicht hervor.«
»Ja sicher, Herr Professor Widersacher, vor zwei Jahren habe ich die Schrift ja eingereicht, und seither mußte ich die Übungen abhalten, wie Sie ja wissen . . ., und da liegen doch die neuen Publikationen bei, die mit meinem Gruppenleiter.«
»Ja, aber ohne Gutachten, das geht nicht, da muß eine Begutachtung her über Ihre letzten zwei Jahre.«
So geschah es. Als neuer, nun fünfter, Gutachter wurde – der Gruppenleiter des Delinquenten bestimmt. Der kam dadurch in die interessante Lage,

Arbeiten begutachten zu müssen, an denen er selbst beteiligt war. Unangenehmer jedoch: Das neue Gutachten inklusive der Begutachtung des Gutachtens durch die Sektion dauerte natürlich. Das Verfahren fiel aus dem Semester, der Abschlußvortrag wurde auf den Beginn des Wintersemesters verschoben, Franz Xaver war vor kurzem 33 geworden.
In den zwei Jahren schien mir mein Freund nicht nur gealtert, sondern auch gereift zu sein. Höchstens ein Hauch Verbitterung war seiner Stimme anzumerken, wenn er etwa erzählte, daß seine »Post-Doc-Stipendien« allmählich zur Neige gingen und er sich wahrscheinlich wieder ins Ausland begeben werde, Angebote lägen vor. Was die Habilitation angehe, habe er sich erkundigt. Die Promotion oder Habilitation sei der einzige Vorgang, bei dem die MPG-Herren etwas von der Uni wollen. Und da werde »ausgeglichen« – der Delinquent war nur ein austauschbares Opfer. Noch bevor er selbst habilitiert war, fühlte sich Franz Xaver rehabilitiert. Zufällig sprach er mit einem Max-Planck-Direktor über den Widersacher. »Ich kenne ihn. Der Mensch ist wissenschaftlich nicht kompetent«, tröstete der Direktor Franz Xaver. Im übrigen wisse er selbst, daß die Universität Habilitationen »von außen« mit Winkelzügen bekämpfe. Da würden bei ausländischen Studenten die Masterarbeiten nicht als dem Diplom gleichwertig anerkannt, auch nicht, wenn sie von amerikanischen Top-Universitäten stammen. Da müsse ein Habilitand seine Schrift aus dem Englischen ins Deutsche übertragen – »Eine sinnlose Strafarbeit, die nur wertvolle Forschungszeit kostet«, sagte der Max-Planck-Direktor. Die Uni habe daraufhin in einem Rundschreiben erklärt: »Nur ein Zwergstaat kann es sich leisten, eine Habilitation in einer fremden Sprache zuzulassen.« Und bei Ablehnungen, erfuhr er weiter von dem erbosten Max-Plancker, würde man sich zum Teil die Gründe erst schaffen, auf die man sich dann berufe.
Franz Xaver hatte auch mit Manfred Eigen in Göttingen gesprochen. Der Nobelpreisträger von 1967 am MPI für Biophysikalische Chemie wußte ebenfalls ein Liedchen zu singen vom Habilitieren. Eigen hatte sich zwar auf Anraten seines Lehrers Karl Friedrich Bonhoeffer (»Das haben Sie nicht nötig«) nie an der Uni Göttingen um eine Habilitation beworben; aber die Angst bestand schon, daß er gute Studenten ans MPI abwerben könnte. »Jedenfalls war man nicht daran interessiert«, hatte Eigen erzählt, »daß ich in Göttingen Vorlesungen hielt, das kam explizit bei meiner Wahl in die Göttinger Akademie zum Ausdruck.« Zum Schluß wartete der Biochemiker noch mit einer hübschen Anekdote auf: »Als ich 1967 den Nobelpreis bekam, rief ein Reporter im Rektorat an und war erstaunt, von der Sekretärin zu hören, daß ich dort nicht bekannt sei. Auf sein Drängen hin versprach die Sekretärin nachzuforschen. Am folgenden Tag sagte sie ihm dann

sehr erleichtert: ›Sehen Sie, ich kann ihn gar nicht kennen, denn er ist bei uns nicht habilitiert.‹« Je vergnügter Franz Xaver darüber wurde, daß es anderen noch schlechter erging, desto beunruhigter wurde ich. Begann er etwa schon seinen gesunden Menschenverstand zu verlieren?

Ich stürzte in heftiges Sinnieren. Ob ein Gebäude beschädigt ist, zeigt sich ja nicht immer daran, daß es sichtbar wankt, sich Risse vom Fundament zum First schlängeln, Scheiben klirren oder Dachziegel fallen. Auch ein Gebäude, das allzu fest dem Spiel der Kräfte trotzt, mag gefährdet sein. Unversehens, an einem schönen, vorlesungsfreien Sonntagnachmittag, gibt es dann ein dumpfes Dröhnen, Vögel fliegen verstört auf, Radfahrer drehen verblüfft die Köpfe – irgendwo hinter einer Allee mit Kastanienbäumen geht plötzlich ein Tempel zu Boden. Lange noch steht eine Staubwolke über der Szene, die sich langsam auf die Köpfe der herbeigeeilten Gaffer senkt.

Die Universitäten sind zweifach Opfer der Zeiten geworden, obwohl derzeit mehr Studenten als je durch ihre Drehtüren geschleust werden. In den sechziger Jahren wurden neue Hochschulen gegründet auf Teufel komm' raus und die Leute bis zum Mittelmaß angeheuert. Die Reformansätze im Windschatten der »Studentenrevolution« versackten in unproduktiver Gremienbürokratie oder wurden im »Roll-back« weggekehrt. Wieder erstarrt, verschanzen sie sich heute und treiben eher hilflos dahin, industrieartig betrieben von frustrierten »Lehrkörpern« einerseits, geduldet von meinungsarmen, beflissenen Studenten andererseits. Von der Max-Planck-Gesellschaft wurden die Unis zur Zweitklassigkeit degradiert. Aber schizophren klagen sie über unflexible, schülerhafte Studenten und machen zugleich jedem das Leben schwer, der die Uni wechseln, der ins Ausland gehen, der vom Ausland kommen oder der sich »von außen« an der Universität habilitieren will. Ständisches Denken und ängstliche Verteidigung der Pfründe gängeln den Geist unserer Akademien. Hinter überfüllten Hörsälen tobt ein quälender Kampf um schwindende Gelder, um die wenigen Stellen, um Reiseanträge und um Drittmittel. In den Fakultäten herrscht Kleinkrieg, der die Talentiertesten schon früh aus den Unis treibt – in die Industrie oder wieder nach Amerika. Die Professoren erweisen sich als unfähig, die Lust an der Lehre, die Lust an der Forschung wieder zu erwekken. Heilmaßnahmen lassen sich nicht verordnen und bleiben daher vergeblich: Das Heisenberg-Programm, das Jung-Habilitierten eine fünfjährige Qualifikationsphase bescheren sollte, verschiebt die Halde nicht weniger hochtalentierter »Sozialfälle« nur um fünf Jahre; neue Wege mit Privatuniversitäten – in den USA der Normalfall – werden behindert oder so geduldet, daß sie zum Aufgeben freiwillig bereit sind. Im kalten akademischen

Stellungskrieg verstärkt jeder die Mauern seines Elfenbeinturms. Festgezurrt zwischen Hybris und Ohnmacht schüren sie den Verdacht, daß sich unsere Hochschulen vom Rest der Gesellschaft abkoppeln. Das Bildungsgebäude wankt, aber die meisten warten nur darauf, es stürzen zu sehen.

4.

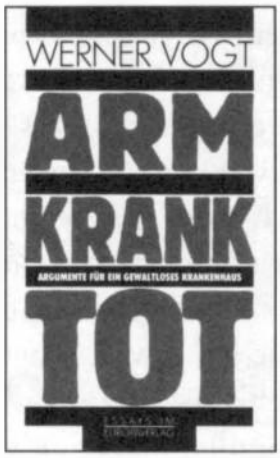
PRIESTER: »die Verwalter des religiösen Kultus... Die Unterhaltung der Priester floß aus Opferdeputaten, Erstlingen und Zehnten, den abgenommenen Schaubroden, den Strafgeldern für levitische Verschuldung, dem Lösegeld der Erstgeburt... die Priesterkaste [bildete] eine geschlossene und geachtete Korporation, welche die religiösen Vorstellungen des Volkes durch symbolische Gebräuche anregte und aussprach... Auch als politische Berather scheinen sie schon frühzeitig thätig gewesen zu sein. Unter den Königen traten sie zuweilen noch als Vermittler zwischen Volk und Fürsten auf; später aber, als das Verderbniß des Volks immer weiter um sich griff, sehen wir sie gewöhnlich auf der Seite der Könige und Fürsten gegen prophetischen Freimuth. Schon Ihre Vorliebe für Hintansetzung des Geistigen...« *Meyer (2., gänzlich umgearbeitete Auflage, 1867)*

Im November sollte das abschließende Habilitationskolloquium stattfinden; im Februar darauf sollte, wenn ich recht verstanden hatte, sein Vertrag als Wissenschaftlicher Mitarbeiter auslaufen. Danach war er arbeitslos. Gab es für ihn keine Welt mehr außerhalb von Max-Planck und Universität?
Der Showdown lief. Franz Xaver hatte bereits seinen Themenvorschlag für den Abschlußvortrag eingereicht, er klang sehr wissenschaftlich. Nach der Habilitationsordnung sollte darüber »eine wissenschaftliche Aussprache durchgeführt« werden, nachdem offenbar bereits »die pädagogische Eignung festgestellt« und »die Befähigung zu selbständiger Forschung geprüft« worden waren. Zwei Passagen fielen mir noch auf: »Der Dekan teilt dem Bewerber den Termin mit und fordert ihn gleichzeitig zur Einreichung von fünf Thesen auf.« Und eine Art Ausfallregelung: »Nichterscheinen des Bewerbers zur wissenschaftlichen Aussprache führt zur erfolglosen Beendigung des Verfahrens...«
Da hatte man wohl schon schlechte Erfahrungen gesammelt. Aber die »Thesen«, was war denn das? Ja, die mußte der Bewerber »verteidigen«, und mindestens drei davon sollten fachlicher Art sein. Franz Xaver hatte seine Thesen schon parat. Unter den »fachlichen« Thesen war nur eine, mit der ich etwas anfangen konnte. »Die Expansion des Universums«, behauptete Franz Xaver da kühn, »ist nicht meßbar.« Die Tiefen des Alls waren mir zwar recht egal, aber mehrfach war mir doch zu Ohren gekommen, daß sich das Universum ständig ausdehne – ein Witz? Die eine der nichtfachlichen Thesen lautete: »Wichtige Grundlagengebiete sind an bundesdeutschen Universitäten zu wenig vertreten« – eine Binse, versuchte ich

meinen noch unhabilitierten Freund zu warnen, da ließ sich doch höchstens über das »wichtig« streiten. Die andere versprach mehr Zündstoff: »Die Geringschätzung von ›Populärwissenschaft‹ unter den Wissenschaftlern trägt zu einer weitverbreiteten Fehleinschätzung der Wissenschaft bei.«
Trotzdem schienen mir die Thesen von vornherein eine zweischneidige Sache zu sein, vermutlich mit Absicht. Entweder war die These falsch, dann gab es nichts daran zu verteidigen; oder sie war erkennbar wahr, dann gab es daran nichts zu bezweifeln. Eine These mußte also ihren Wahrheitsgehalt verdeckt tragen, in der Formulierung jedoch kontrovers erscheinen – gab es das überhaupt?
Ich hatte Franz Xaver gebeten, mich zu dem Vortrag einzuladen, nicht so sehr, weil mich das Fachliche interessierte, das nicht. Nein, ich wollte einmal mit eigenen Augen sehen, wie eine »wissenschaftliche Aussprache« vor dem »Fachbereichsrat und der Habilitationskommission« stattfindet. Dann wollte ich hinterher aber auch auf Franz Xavers Fête gehen, bei der wohl kein Auge trocken bleiben würde. Der Tag kam, ich setzte mich in die letzte Reihe des fast zu kleinen Seminarraums. Mein Freund hatte zur Rückenstärkung einige Max-Planck-Professoren »mitgebracht«; ihn selbst sah ich zum ersten Mal in Krawatte und Anzug.
Die Universitätsprofessoren zogen ein wie die Gladiatoren, darunter auch »der Widersacher«. Es war schwül im Saal, die Stimmung stand auf »Sturm«. Der Dekan, es war der dritte, seitdem der Delinquent seinen ersten Antrag gestellt hatte, eröffnete die Veranstaltung mit einer kurzen Schilderung des Lebenslaufs und wissenschaftlichen Werdegangs. Dann sprach der Delinquent. Ich wußte, daß er den Vortrag an seinem Institut schon einmal »probegehalten« hatte, aber er schien dennoch nervös, als hätte sich die Stimmung im Saal auf ihn übertragen. Nach exakt 45 Minuten – Vorschrift! – hatte er alle seine Overhead-Folien erläutert. Die Diskussion wurde eröffnet, der Widersacher hatte eine Frage, die Antwort des Delinquenten gefiel ihm nicht. Die Debatte wucherte. Nach knapp einer Stunde, schien mir, hatte Franz Xaver fast einen Blackout. Er konnte eine Frage nicht beantworten, auf eine andere redete er offenbar leichten Unsinn, halblaute Zwischenbemerkungen häuften sich, der Ton wurde aggressiver.
Der Diskussionsleiter leitete zu den »Thesen« über. Meine Intuition hatte nicht getrogen. Man verbiß sich in die »Expansion des Universums«, die angeblich unmeßbar ist. Ein jüngerer Theoretiker erhob sich schließlich und sagte, das sei ja trivial, und wenn das einzig Kontroverse an den Thesen ihre Formulierung sei, dann könne man ja gleich nach Hause gehen. Womit er sicher nicht unrecht hatte.

Dem Delinquenten stand der Schweiß auf der Stirn, seine Stimme klang ausgedörrt. Wie er mir später gestand, lag ihm in diesem Augenblick eine spitze Antwort auf der Zunge, er habe sie sich aber verkniffen. Alles wartete gespannt, alles schien möglich. Gerade noch rechtzeitig erhob sich nun sein Gruppenleiter und sagte mit ätzendem Unterton, daß, wer diese These für trivial halte, die Kosmologie nicht kapiert habe; sprach's und setzte sich. Doch damit waren die Fronten sichtbar geworden, die »Aussprache« ging in die offene Feldschlacht über. Die Schwäche der letzten These über die Populärwissenschaft spießten die Uni-Professoren – wie ich erwartet hatte – nun mit Vergnügen auf. Von einer öffentlichen Fehleinschätzung der Wissenschaft war keinem etwas bekannt, die Technikfeindlichkeit habe andere Ursachen, und unverstandene Wissenschaft sei nur die Schuld schlechter Wissenschaftsjournalisten. Damit hatten die Anwesenden nach zweieinhalb Stunden hitziger Debatte sozusagen das Messer gezogen. Denn pikanterweise war damit die Schuldbehauptung der These hinreichend personalisiert, ohne daß auf die populären Schriften des Delinquenten angespielt werden mußte.

An irgendeinem Punkt brach der Diskussionsleiter die Runde mehr ab, als daß er sie beendete. Im Gewühl des Aufbruchs und Stühlerumpelns sah ich Franz Xaver etwas verdattert beim Rednerpult herumstehen. Ich schob mich auf ihn zu und sagte ermunternd: »Na, die haben dich ja nochmal richtig zur Brust genommen.« Offenbar hatte ich aber den falschen Scherz gemacht. In der anschließenden, geheimen Aussprache entschied der Fachbereichsrat »unter Berücksichtigung eines Vorschlags der Habilitationskommission«, daß der Delinquent »alle Habilitationsleistungen erbracht« habe. Währenddessen waren wir schon in Franz Xavers Wohnung gezogen und ließen die Korken knallen. Nach Mitternacht habe ich ihn sogar tanzen gesehen, obwohl er doch – wie mir seine Lebensabschnitt-Teilzeitpartnerin gestand – Tanzen strikt ablehnte. Ein Professor ist Franz Xaver jedenfalls nie geworden.



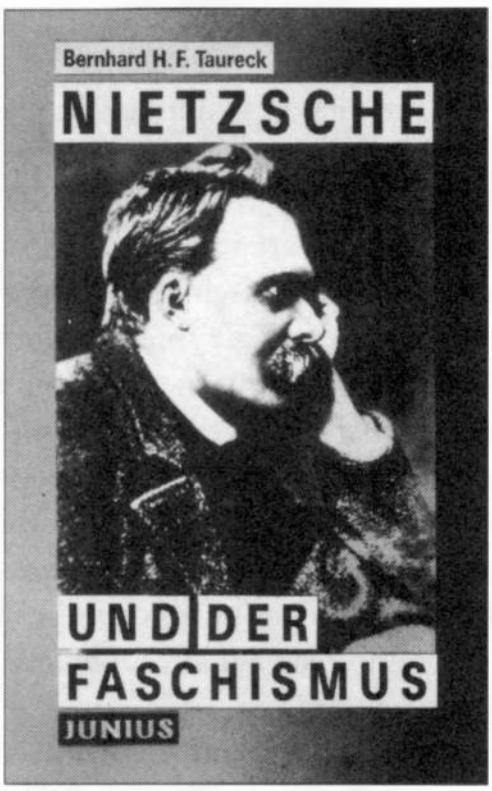
Werner Vogt
Arm Krank Tot
Paperback,
156 Seiten,
DM 26,80,
öS 188,–

Die Medizin sollte dem Leben dienen. Tatsächlich setzen sich die gesellschaftlichen Strukturen im Krankenhaus fort. Gewalt reagiert. Es geht aber nicht darum, Einzeltäter aufzuspüren und Symptome zu verändern. Eine grundsätzliche Reform der Medizin müßte auch Rückwirkungen auf die Gesellschaft haben. Und umgekehrt.

Manuel Azcárate
Die Europäische Linke
Paperback,
288 Seiten,
DM 39,80,
öS 298,–

Nicht nur ein mit größter Sachkenntnis geschriebener Abriß der sozialistischen und kommunistischen Bewegung in den letzten hundert Jahren, sondern vor allem auch ein wertvoller Beitrag für die Diskussion um zukunftweisende Alternativen für die Linke in Europa. Für den Autor sind die neuen sozialen Bewegungen – in West und Ost – die Keimzellen tiefgreifender revolutionärer Veränderungen.

EUROPAVERLAG



Die politischen Züge in der Philosophie Nietzsches sind geprägt von radikalem Streben nach politischen Endlösungen: gegen Nihilismus und vermeintlichen Verfall setzt er den Willen zur Macht, Ausrottungspläne und den Kastenstaat.

Bernhard H. F. Taurecks Studie verdeutlicht Wege und Irrwege bisheriger Interpretationen. Klar umreißt sie die Wirkungen der Philosophie Nietzsches auf den italienischen Faschismus und den deutschen Nationalsozialismus.

Bernhard H. F. Taureck
Nietzsche und der Faschismus
224 Seiten, illustriert
Broschur · 28,00 DM

Junius Verlag GmbH
Stresemannstraße 375 · 2000 Hamburg 50

Ulrich K. Preuß
Demokratie in der Hochschule

1.

Alle ächzen unter der Last der akademischen Selbstverwaltung: die vielen Professoren und wenigen Professorinnen beklagen die Zeitverschwendung, die wissenschaftlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen betrachten sie bestenfalls als eine ungeliebte Pflichtübung, die Studierenden zeigen durch ihre Beteiligung an den Wahlen der akademischen Gremien – wenn es hochkommt, sind es 30 Prozent –, was sie davon halten, und die sonstigen Mitarbeiter langweilen sich bei den meisten Verhandlungsgegenständen, die sie als Statusgruppe nicht betreffen. Allfällige Ausnahmen sind natürlich sofort zugestanden. Der geschäftige Eifer quasi-berufsmäßiger Gruppenvertreter, die den ganzen Gremienbetrieb in Gang halten und die man wohl für jede Statusgruppe und an jeder Universität findet, widerlegen die Regel dagegen nicht – sie sind ihr beredter Ausdruck. Vielleicht liegt diese Lustlosigkeit an den begrenzten Mitbestimmungsmöglichkeiten der nicht-professoralen Gruppen, die sich in den wichtigen Fragen der Forschung und der Berufung von Professoren und Professorinnen stets in der Minderheit befinden und daher keinen entscheidenden Einfluß auf den Lauf der Dinge nehmen können. Wenigstens die Professorenschaft müßte demnach zufrieden sein, aber auch bei ihr ist ein ausgeprägter Drang, sich in akademischen Gremien zu betätigen, keineswegs festzustellen. Und was ist mit den Studenten? Als sie im vergangenen Wintersemester zu Tausenden gegen die Zustände an den Universitäten protestierten und den Vorlesungsbetrieb wochenlang lahmlegten, befand sich unter ihren Forderungen auch die nach der Einführung viertelparitätischer Gremien; aber wenn der Eindruck nicht täuscht, war dies mehr ein unbeholfener Versuch, das Unbehagen an der universitären Wissenschaft an einem greifbaren Punkt zu artikulieren, und weniger die Identifizierung des wirklichen Problems. »No education without representation« könnte durchaus der Schlachtruf einer neuen Studentenbewegung sein, wenn denn die Hoffnung bestünde, daß sich durch eine verstärkte studentische Beteiligung der Charakter ihrer Ausbildung, ja der Wissenschaft überhaupt ändern würde. Denn hinter der Empörung über routinisierte Massenveranstaltungen, geistlose Seminare, soziale Bezie-

hungslosigkeit zwischen Lehrenden und Lernenden oder über die nach wie vor groteske Unterrepräsentanz der Frauen unter den Lehrenden verbirgt sich wohl, nicht anders als 1968, die Frustration der Studenten darüber, daß ihre intellektuelle Neugierde in der Betriebsamkeit einer Ausbildungsmaschine systematisch erstickt wird. Aber was sollte denn eigentlich repräsentiert werden – die vier »Stände« der Universität oder »die Wissenschaft« und ihre Einheit?

2.

Lese ich nach, was wir, vier Intellektuelle aus dem SDS, vor fünfundzwanzig Jahren zu den Möglichkeiten, Widersprüchen und Grenzen einer demokratischen Hochschulreform geschrieben haben[1], so ist der Eindruck zwiespältig. Damals mußte die Ideologie einer Universität, nach der die professoralen Gralsritter der reinen Wissenschaft in Einsamkeit und Freiheit ihren heiligen Dienst an der Wahrheit leisteten, durch »soziologische Aufklärung« zerrissen werden, und so enthüllten wir, daß die Universität eine in Herrschafts-, Produktions- und kapitalistische Verwertungsinteressen verflochtene gesellschaftliche Einrichtung war, die unter ihrem quasi-ständischen korporativen Gewande längst die Entwicklung zum »Betrieb Wissenschaft« vollzogen hatte. Die Kritik entzündete sich an dem Widerspruch zwischen den vormodernen personalen Autoritäts- und Herrschaftsverhältnissen in der Universität und ihrer längst kritik- und widerstandslos übernommenen Dienstbarkeit für die herrschenden Interessen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Vorschläge zu einer demokratischen Reform waren denn auch keineswegs revolutionär; sie zielten auf eine Organisation der Universität, die ihrem großbetrieblichen Charakter gerecht werden sollte: Abbau »extrafunktionaler« hierarchischer Beziehungen, Überführung von Amts- in Sachautorität, Herstellung kooperativer Beziehungen zwischen funktional differenzierten Arbeits- und Funktionsgruppen in Forschung, Ausbildung und Dienstleistungen, Transparenz und Öffentlichkeit der Rekrutierung von Hochschullehrern, kurz: die Beseitigung der berufsständischen Ordnung der Ordinarienuniversität und ihre Überführung in die akademische Selbstverwaltung der »Funktionsstände« der Hochschullehrer, der wissenschaftlichen Mitarbeiter, der Studenten und des dienstleistenden Personals (das allerdings von uns etwas stiefmütterlich behandelt wurde). Wir ahnten schon, daß wir mit unserem Modernisierungseifer womöglich nur die Kooperation der Universität mit den staatlichen und gesellschaftlichen Machteliten befördern würden; aber wir setzten darauf, daß dieses nicht-hierarchische Modell gesellschaftlicher Arbeit das kritische Potential der Wissenschaft freisetzen, dadurch gleichzeitig An-

schluß an emanzipatorische Kräfte außerhalb der Universität finden und deren Interessen zum Gegenstand einer sich pluralisierenden Wissenschaft machen würde.

Während unsere Hoffnungen trogen, haben wir uns mit unseren Vorschlägen wohl zu Tode gesiegt. Die Gruppenhochschule hat sich allenthalben durchgesetzt, aber daß von ihr neuartige Impulse auf andere gesellschaftliche Institutionen ausgegangen seien, wird man wohl kaum behaupten können. Vermutlich hat sie dagegen die Verfügbarkeit der Hochschulen und der in ihr betriebenen Wissenschaft für vielfältige gesellschaftliche Interessen gefördert. Die Tendenz zur Auslagerung der Forschung aus der Universität, der steigende Anteil der Drittmittelforschung, die universitätsamtliche Förderung des Wissenschaftstransfers zur mittelständischen Wirtschaft oder die Ausrufung der Universitäten zu Instrumenten regionaler Wirtschaftsförderung sind nur die offenkundigsten Indizien dafür, daß die Universität ein eigenes geistiges Prinzip gegen die unterschiedlichsten Erwartungen und Zumutungen nicht behaupten kann. Am Anfang ihrer modernen Geschichte war sie sich dessen noch gewiß; das von den preußischen Universitätsreformern des beginnenden 19. Jahrhunderts entwickelte idealistische Konzept des Kulturstaates war die deutsche Version des Vernunft- und Wissenschaftsoptimismus der Aufklärung, deren soziale Dimension wir in äußerster Klarheit und Kompromißlosigkeit bei Condorcet ausgedrückt finden und deren Spuren trotz ihrer Tendenz zur Innerlichkeit durchaus noch in Humboldts Universitätsreform zu erkennen sind. Bei allen Unterschieden gab es doch eine Gemeinsamkeit zwischen dem französischen Revolutionär und dem preußisch-deutschen Reformer: die Idee des sozialen Fortschritts war untrennbar mit dem Gedanken der moralischen Höherentwicklung der Menschheit und ihrer Befreiung aus selbstverschuldeter Unmündigkeit verbunden, und die so intensiven und zuweilen an Pedanterie grenzenden Bemühungen Humboldts und seiner Mitstreiter um die richtige Organisationsstruktur der neuen Universität erklären sich allein aus dem Bemühen, jenem geistig-sittlichen Prinzip eine institutionalisierte Wirkungschance zu geben. »Dem Staat ist es ebensowenig als der Menschheit um Wissen und Reden, sondern um Charakter und Handeln zu tun«, schrieb Humboldt[2] in dem Vertrauen darauf, daß die Kultur einer freien Wissenschaft sittliche Persönlichkeiten bilden und sie zu aufgeklärtem praktischen Handeln befähigen würde; auf diese Weise sollten sie dem gesellschaftlichen Fortschritt dienen, der freilich noch ganz philosophisch-idealistisch als ein Fortschreiten zum freien Gebrauch der Vernunft begriffen wurde. Erst in einer liberalen Verkürzung und im Gefolge des Aufstiegs der Naturwissenschaften sowie eines unaufhaltsamen Prozesses der Spezia-

lisierung der Wissenschaften wird dann diese Rückbindung einer freien Wissenschaft an sittliche Prinzipien beiseitegeschoben.

3.

Die »klassische« deutsche Universität war der Versuch, einem philosophischen Gedanken eine geradezu sokratische soziale Form zu geben und ihn in einer dreifachen Einheit – der Einheit der Wissenschaft, der Einheit von Forschung und Lehre und der Einheit von Lehrenden und Lernenden – institutionell zu bewahren. Ich sage »institutionell bewahren« und nicht organisatorisch herstellen, denn nach dem idealistischen Verständnis ergab sich diese Einheit aus dem geistigen Prinzip der Wissenschaft selbst und lag der organisatorischen Form der Universität voraus. Etwas anderes und ungleich Schwierigeres ist es, der durch funktionelle Differenzierung, extreme Spezialisierung und Arbeitsteilung gekennzeichneten modernen Wissenschaft durch bloße Organisation eine Einheit zu geben, die sie aus sich selbst heraus nicht mehr hervorzubringen imstande ist. Die heutige Universität ist nicht die rechtliche Beglaubigung für eine im wesentlichen vorrechtlich bereits vorhandene und ihrer eigenen Sachlogik folgende soziale Erscheinung »Wissenschaft«, sondern das genaue Gegenteil: Mit der körperschaftlichen Form der Universität wird der Versuch unternommen, den zentrifugalen Tendenzen einer sich immer weiter ausdifferenzierenden und spezialisierenden Wissenschaft mit rechtlichen Mitteln entgegenzutreten und ihr »kontrafaktisch« eine rechtliche Institutionalisierung zu oktroyieren, ohne die sie in eine Vielzahl partikularer und unverbundener Einheiten der Forschung, der wissenschaftlichen Dienstleistungen sowie der von der Forschung isolierten Ausbildung auseinanderfallen würde. Die Hochschule ist daher längst nicht mehr Ausdruck einer inneren Einheit der Wissenschaften, sondern eher das Zwangskorsett, das ihre Zersplitterung verhindern soll. Das muß natürlich Konsequenzen für ihre innere Verfassung haben, denn sie muß mit den äußeren Mitteln des Rechts und des Organisationszwangs jenes Minimum an Kohärenz herstellen, das der wissenschaftliche Prozeß selbst nicht bewirkt.

Entgegen manchen Hoffnungen kommt dafür allerdings das Prinzip der Verbandsdemokratie in seinem überkommenen Verständnis nicht in Frage. Auf der allgemeinen staatlichen Ebene ermöglicht das demokratische Prinzip seiner Idee nach die Bildung eines Gesamtwillens, in dem das kollektive Interesse des Volkes durch seinen eigenen Willen zum Ausdruck gebracht wird – eine demokratische Regierung ist die Regierung für das Volk durch das Volk. Es verlangt nicht unbedingt eine Identität von Regierenden und Regierten, aber doch institutionelle Vorkehrungen dafür, daß sich ein ho-

mogener Gesamtwille bilden und zur verbindlichen Richtschnur für das Handeln der rechtserzeugenden und rechtsverwirklichenden Organe werden kann. Seine Grundlage ist die politische Gleichheit aller Staatsbürger und die Annahme, daß es unter ihnen trotz unterschiedlicher, ja gegensätzlicher Interessen, Meinungen und Überzeugungen doch Gemeinsamkeiten gibt, die es rechtfertigen, die überstimmte Minderheit dem Willen der Mehrheit zu unterwerfen, der als Wille der Gesamtheit gilt.

Inwieweit diese Annahme plausibel ist und ob nicht zusätzliche Bedingungen hinzutreten müssen, um sie einsichtig zu machen, soll uns hier nicht beschäftigen, denn jedenfalls für die Organisation der Hochschulen ist diese Version des demokratischen Prinzips nicht tauglich. In ihnen geht es nicht um die kollektive Selbstbestimmung des als Einheit gedachten »Verbandsvolks« aller Hochschulangehörigen, sondern im Gegenteil um die Abgrenzung und Zuordnung von Interessensphären innerhalb von Arbeitsprozessen, an denen Individuen in unterschiedlichen Funktionen beteiligt sind. Demokratische Herrschaft im Sinne kollektiver Selbstbestimmung setzt die Einheit des in einem Verband zusammengeschlossenen Volkes voraus und supponiert die Möglichkeit allgemeiner Regelungen, die alle Herrschaftsunterworfenen in prinzipiell derselben Weise belasten oder begünstigen. Die Verfassung der verbandsinternen Arbeits- und Herrschaftsfunktionen der Hochschule beruht dagegen auf der Voraussetzung, daß die von ihren Organen erlassenen Regelungen und Maßnahmen die verschiedenen Personenkategorien in verschiedener Weise betreffen, so daß sie eher den Charakter eines dem demokratischen Prinzip fremden sozialständischen Herrschaftsvertrages als den eines von einem einheitlichen Willen gesetzten körperschaftlichen Gesamtaktes hat.

Wir können aber in diesem Zusammenhang von demokratischer Selbstbestimmung aus zwei weiteren Gründen nicht sprechen: Zum einen findet die hochschulinterne Willensbildung eine Grenze an den funktionellen Notwendigkeiten des wissenschaftlichen Arbeitsprozesses und ist insofern an vorgegebene »Richtigkeitsmaßstäbe« gebunden. Wissenschaft ist methodisch gesteuerte, an zunehmend kompliziertere Arbeitsmittel gebundene Erkenntnissuche mit spezifischen Wahrheits- und Erfolgskriterien, denen die Organisation von Arbeitsabläufen und Entscheidungskompetenzen Rechnung zu tragen hat; demokratische Verfahren haben dagegen ihre eigenen Qualitäts- und Richtigkeitskriterien, auf die ich noch zu sprechen kommen werde. Zum anderen unterliegen die Hochschulen als staatliche Einrichtungen der Verfügung des Gesetzgebers; allein seine Entscheidungen können als »demokratisch« gelten, da sie Ausdruck eines durch allgemeine Wahlen legitimierten Gesamtwillens sind. Alle Elemente wissenschaftlicher

Selbstorganisation innerhalb der Hochschule, die durch dieses demokratische Monopol des Gesetzgebers natürlich nicht ausgeschlossen werden, bedürfen daher einer verfassungsrechtlichen Legitimierung, die nicht genuin demokratisch ist, sondern der Rationalität partikularer Interessenverfolgung folgt. Sie ist in den Grundrechten zu finden.

Das wichtigste, aber nicht einzige Grundrecht, das die Grundlage für die Hochschulorganisation darstellt, ist zweifellos die in Art. 5 Abs. 3 gewährleistete Freiheit der Wissenschaft. Hier müssen wir verschiedene Grundrechtsfunktionen unterscheiden: Als Individualrecht mit liberaler, staatsabwehrender Zielrichtung schützt es die individuelle wissenschaftliche Betätigung in Forschung und Ausbildung gegen staatliche Einwirkungen auf die selbstbestimmte Wahl der Gegenstände, Methoden und Vermittlungsformen wissenschaftlicher Erkenntnisprozesse. In dieser Bedeutung ist die Wissenschaftsfreiheit eine Erscheinungsform der menschenrechtlichen Geistesfreiheit und umgreift auch die wissenschaftliche Kommunikations- und Vereinigungsfreiheit. Neben dieser individualrechtlichen Funktion, die im Interesse des Individuums gewährleistet ist, hat die Wissenschaftsfreiheit auch eine objektiv-rechtliche Bedeutung, in der das gesellschaftliche Interesse an der Existenz einer freien Wissenschaft zum Ausdruck kommt. In dieser Dimension richtet sich die Wissenschaftsfreiheit gegen Monopolisierungs- und Oligarchisierungstendenzen in der Wissenschaft, gegen ihre Unterwerfung unter partikuläre Interessen, gegen Behinderungen offener und pluralistischer wissenschaftlicher Kommunikation, kurz: gegen jegliche Art von Fremdsteuerung des Wissenschaftsprozesses, sei sie nun religiöser, politischer oder wirtschaftlicher Natur, um nur die historisch bekanntesten Gefährdungen freier Wissenschaft zu nennen; aber ebensosehr hat sie auch eine polemische Stoßrichtung gegen ständisch-korporative Verkrustungen und Deformationen eines offenen und pluralistischen Wissenschaftsprozesses in seinen wichtigsten Einrichtungen selbst, in den Hochschulen. Positiv resultiert daraus die staatliche Verpflichtung zur Bereitstellung sowohl wissenschaftsgerechter rechtlicher Organisationsformen als auch der Ressourcen, durch die sich eine freie Wissenschaft materialisieren kann. Zu Recht wird daher allgemein angenommen, daß die Verfassungsgarantie der Freiheit der Wissenschaft die Gewährleistung einer genossenschaftlichen akademischen Selbstverwaltung impliziert, weil diese am ehesten geeignet ist, die Transparenz und Pluralität wissenschaftlicher Kommunikation in Forschung und Ausbildung zu ermöglichen. Für die wissenschaftlich tätigen Mitglieder der Hochschule erweitert sich dadurch ihr individuelles Wissenschaftsfreiheitsrecht zur korporativen Freiheit der Teilnahme an der Gestaltung des Wissenschaftsprozesses.

Dennoch ist die Teilnahme an der akademischen Selbstverwaltung nicht etwa selbst eine Ausübungsform von Wissenschaft; sie ist es so wenig wie die Verwaltung des eigenen Vermögens, die nicht schon deshalb eine wissenschaftliche Betätigung darstellt, weil sie die materiellen Voraussetzungen für die wissenschaftliche Arbeit schaffen soll. Die akademische Selbstverwaltung folgt nicht Kriterien wissenschaftlicher Wahrheit und methodischer Erkenntnissuche, sondern zielt auf die Optimierung von Entscheidungen in einem Geflecht widersprüchlicher Anforderungen, die von einer »wissenschaftsgerechten« Ressourcenverwendung im Sinne einer »richtigen« Verteilung auf die konkurrierenden Funktionsbereiche der Forschung, Ausbildung und der wissenschaftlichen Dienstleistungen über die gerechte Verteilung auf die Wettbewerber innerhalb dieser Funktionsbereiche bis hin zur zeitlichen und örtlichen Plazierung von Lehrveranstaltungen reichen. Daß die Hochschulen darüber selbst entscheiden können, ist Teil der institutionellen Gewährleistung freier Wissenschaft nach *außen*, insbesondere gegen ihre mögliche Fremdinstrumentalisierung durch den Staat, der die Mittel zur Verfügung stellt und daher versucht sein könnte, diese materielle Abhängigkeit der Hochschulen auszunutzen und eine ihm genehme Wissenschaft zu unterhalten. Für die hochschul*interne* Gestaltung der Selbstverwaltung besagt dagegen das Grundrecht der Wissenschaftsfreiheit wenig; denn es enthält keine unzweideutigen Kriterien für die Optimierung von Entscheidungen unter dem Druck widersprüchlicher Anforderungen, die sich alle gleicherweise auf den Gesichtspunkt der Wissenschaftsgerechtigkeit berufen können. Sosehr die akademische Selbstverwaltung der Effektivierung eines freien Wissenschaftsprozesses dient, so ist sie doch *Verwaltung*, d. h. eine nicht selbst wissenschaftliche Tätigkeit der Organisation von Forschung und Ausbildung und der zweckmäßigen Verwendung der der Hochschule zur Verfügung gestellten materiellen Ressourcen.

Es kommen hier Gesichtspunkte zum Tragen, bei denen es um den bestmöglichen Zugang aller Interessenten zu den durch die Hochschule verfügbar gemachten Bedingungen von Wissenschaft geht – denn die Wissenschaft ist in der Regel weder für die Professoren noch für die wissenschaftlichen Mitarbeiter oder die Studierenden ein Selbstzweck, sondern ein Mittel zur Befriedigung ihrer beruflichen Interessen. Forschung, Lehre und Studium sind für sie ein Beruf bzw. die Vorbereitung auf einen solchen, und die akademische Selbstverwaltung ist der Ort, in dem die unterschiedlichen Interessen *an* der Wissenschaft als einem Gegenstand beruflicher Entfaltung zum Ausgleich gebracht werden. Ihre grundrechtliche Fundierung reflektiert daher auch diesen spannungsreichen Sachverhalt, der gewissermaßen die Entsakralisierung der »Wissenschaft als Berufung« zur »Wissenschaft

als Beruf« zum Ausdruck bringt: Sie ist ein Kontrakt, in dem das außerwissenschaftliche Interesse an der Wissenschaft dazu benutzt wird, den Wissenschaftsprozeß kooperativ zu organisieren, denn ohne diese Anerkennung und Instrumentalisierung der für die einzelnen Personenkategorien unterschiedlichen beruflichen Interessen an der Wissenschaft blieben nur die Alternativen, daß die Wissenschaft entweder den Gesetzen des Marktes oder der Regulierung durch den Staat anheimfiele – Alternativen, die gleicherweise mit der objektiv-rechtlichen Dimension des Grundrechts der Wissenschaftsfreiheit unvereinbar wären. So ist denn das Grundrecht der Berufsfreiheit der Angehörigen der in der Hochschule organisierten Funktionsgruppen das Vehikel zur konstitutionellen Sicherung der Wissenschaftsfreiheit. Welche Folgerungen sind daraus für die Gestaltung der akademischen Selbstverwaltung zu ziehen?

4.

Halten wir zunächst fest, daß die akademische Selbstverwaltung die Erscheinungsform der oben erwähnten korporativ-genossenschaftlichen Dimension der Wissenschaftsfreiheit darstellt und dabei von den durch das Grundrecht der Berufsfreiheit geschützten Interessenmotiven der verschiedenen Gruppen gespeist wird. Alle Fragen der Hochschulselbstverwaltung und der Beteiligung der einzelnen Personenkategorien an körperschaftlichen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen beziehen sich allein auf diese korporative Sphäre der Wissenschaftsfreiheit; obwohl zur individuell-menschenrechtlichen Wissenschaftsfreiheit enge Verbindungen bestehen – so kann die Freiheit der Wahl einer wissenschaftlichen Methode z. B. in den experimentellen oder technischen Wissenschaften durchaus durch den Umfang der staatlich zur Verfügung gestellten und von Selbstverwaltungsgremien verteilten Ressourcen für die apparative Ausstattung eingeschränkt sein –, muß doch streng zwischen ihnen unterschieden werden, weil sie sich auf zwei verschiedene soziale Realitäten beziehen.

Die korporative Wissenschaftsfreiheit ist kein grenzenlos zu denkendes naturrechtliches Menschenrecht, aus dessen Sicht dann die Rechte und Interessen der anderen Hochschulmitglieder als Schranke der eigenen Freiheit erscheinen, sondern von Anbeginn ein auf das Zusammenwirken mit den anderen gerichtetes und daher durch die Organisation der Hochschule konstituiertes Recht auf Teilhabe an der Herstellung von Kooperation im arbeitsteiligen und funktional differenzierten Wissenschaftsprozeß.[3] Der noch gewichtigere Unterschied liegt jedoch darin, daß öffentliche Verbände und ihre Selbstverwaltung – also die korporative Freiheit der Verbandsmitglieder – eine in Deutschland traditionsreiche Form darstellen, einen Ein-

klang zwischen individueller Freiheit und öffentlichen Interessen herzustellen. Auch die korporative Wissenschaftsfreiheit dient nicht ausschließlich der Verwirklichung der individuellen Wissenschaftsfreiheit; sie ist zugleich die charakteristische Gestalt des gesellschaftlichen Interesses an der systematischen Erzeugung wissenschaftlicher Erkenntnis und ihrer Vermittlung an die nachfolgenden Generationen. Die akademische Selbstverwaltung ist daher ein kompliziertes Geflecht der wechselseitigen Abstützung von Wissenschafts- und Berufsfreiheit und deren Verknüpfung mit gesamtgesellschaftlichen Interessen. Mit der Wahrnehmung ihrer Grundrechte in der akademischen Selbstverwaltung fungieren die Hochschulmitglieder stets zugleich auch als Treuhänder eines öffentlichen Interesses. Dies ist ihr funktionaler Aspekt, der mit dem freiheitsverbürgenden bis zur Ununterscheidbarkeit verwoben ist und den zwiespältigen Charakter der Hochschulselbstverwaltung erklärt.

Man braucht nur einen Blick in das Hochschulrahmengesetz zu werfen, um festzustellen, daß das letzte Ziel der Hochschule nicht in der Ermöglichung der Grundrechtsverwirklichung ihrer Mitglieder besteht: Pflege und Entwicklung der Wissenschaften und Künste durch Forschung, Lehre und Studium, Vorbereitung auf berufliche Tätigkeiten, Förderung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses, Weiterbildung, internationale Zusammenarbeit etc. (vgl. § 2 HRG) – es sind Aufgaben, die im öffentlichen Interesse und nicht im Interesse Einzelner zu erfüllen sind. Die meisten und wichtigsten dieser Aufgaben können allerdings nur durch Tätigkeiten wahrgenommen werden, die eine durch die Wissenschaftsfreiheit umschriebene grundrechtliche Qualität haben; Forschung, Lehre und Studium in der Hochschule sind Beiträge jedes Beteiligten zur Erfüllung der Hochschulaufgabe, aber diese Beiträge sind desto wertvoller, je mehr sie Ausdruck selbstbestimmter individueller Spontaneität sind. Es ist daher wirklichkeitsnäher anzunehmen, daß das Grundrecht der Wissenschaftsfreiheit ein Mittel zur Verwirklichung öffentlicher Aufgaben ist. Und diese mit dem Charakter als Freiheitsrecht an sich unvereinbare Funktionalisierung läßt sich nur dadurch legitimieren, daß die Hochschulmitglieder die Möglichkeit erhalten, *ihr* Interesse an der Wissenschaft durch die Verwirklichung ihres Grundrechts auf Berufsfreiheit in der akademischen Selbstverwaltung zur Geltung zu bringen – sie setzen gleichsam ihre eigene Funktionalisierung der Wissenschaft für ihre beruflichen Interessen der staatlichen Funktionalisierung für gesamtgesellschaftliche Interessen entgegen.

Das reine wissenschaftliche Interesse konstituiert, wie wir gesehen haben, keine körperschaftliche Gesamtheit, und folglich ist es nicht die innere Einheit der Wissenschaft selbst, die die Hochschulangehörigen zusammen-

führt und zwischen ihnen eine zwanglose Genossenschaft begründet; es ist vielmehr ein der Wissenschaft äußerliches Organisationsmedium, nämlich das Recht. Mag der staatliche Organisationszwang auch eine äußere Einheit stiften, er erreicht doch nicht das, worauf er zielt, nämlich die Entbindung wissenschaftlicher Kreativität und Kooperation. Und so fungiert dann als eine einheitsstiftende Quelle nicht das wissenschaftliche Interesse der Hochschulmitglieder, vielmehr ihr Interesse *an* der Wissenschaft.

Nun lassen sich für die hochschulinterne Gestaltung der akademischen Selbstverwaltung idealtypisch zwei Modelle denken, die jeweils auf einer dieser beiden Grundlagen aufbauen: Sie ist entweder der Ausdruck der rechtlichen Institutionalisierung der »Wissenschaft als Beruf«, und dann könnte sie als Selbstverwaltung der in der Wissenschaft Berufstätigen (bzw. sich auf einen Beruf Vorbereitenden) konzipiert werden, in der die Wissenschaft ein Medium beruflicher Entfaltung darstellt; oder sie ist Ausdruck der Selbststeuerung »der« Wissenschaft, in der umgekehrt die Berufsrollen als ein Medium der Selbstentfaltung des wissenschaftlichen Prozesses fungieren. Im ersten Fall wäre die Hochschule eine Erscheinungsform des Interesses der Hochschulangehörigen *an* der Wissenschaft, ihre grundrechtliche Fundierung läge im Grundrecht der Berufsfreiheit; sie würde auch den nichtwissenschaftlichen Bediensteten gleichberechtigte Mitwirkungsrechte einräumen, denn obwohl sie sich beruflich nicht durch wissenschaftliche Betätigung entfalten, ist es doch die Organisation des Wissenschaftsprozesses, zu dem sie beitragen und dessen Funktionieren mithin auch in ihrem beruflichen Interesse liegt. Das andere Mal wäre die Hochschule die rechtliche Verfassung des autonomen Funktionssystems »Wissenschaft«, die im Grundrecht der Wissenschaftsfreiheit ihre grundrechtliche Rechtfertigung fände. Die Mitwirkungsrechte der einzelnen Personengruppen an der akademischen Selbstverwaltung würden streng nach Maßgabe ihrer Funktion im Wissenschaftsprozeß und ihres Beitrags zum Fortschritt der Wissenschaft zugeteilt werden, so daß die Professorenuniversität diesem Modell wohl am angemessensten wäre.

Eine gewisse Präferenz für diese Alternative kommt in der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Niedersächsischen Vorschaltgesetz zum Vorschein.[4] Danach muß die Gruppe der Hochschullehrer in Fragen der Lehre einen »maßgeblichen«, in Angelegenheiten der Forschung oder der Berufung von Hochschullehrern einen »ausschlaggebenden« Einfluß haben, weil sie kraft ihres Amtes und Auftrages eine erhöhte Verantwortung für die Funktionsfähigkeit der Hochschule trage und aufgrund ihres Status und ihrer Funktion in Forschung und Lehre »mit der Sache der Wissenschaft besonders eng verbunden« sei (S. 127). Seiner inneren Logik

nach hat die »Sache der Wissenschaft« in diesem Modell nicht den Charakter eines von persönlichen Motiven und Interessen gestalteten Arbeitszusammenhanges, sondern den eines Funktionssystems, innerhalb dessen Personen die ihnen von der »Eigengesetzlichkeit« und den Imperativen dieses Systems vorgeschriebenen Rollen zu spielen haben. Die Freiheit der Wissenschaft schlägt hier von einem subjektiven Recht in die Pflicht zu funktionsgemäßem Verhalten um und fordert eine funktionshierarchische Gliederung der verbandsinternen Entscheidungsbefugnisse. Mit einigen Einschränkungen ist dies das Modell, das das Bundesverfassungsgericht seiner bis heute maßgebenden Entscheidung von 1973 zugrunde gelegt hat und das im wesentlichen auch dem Hochschulrahmengesetz zugrunde liegt.

Es ist offenkundig, daß keine dieser beiden Alternativen, jeweils in voller Reinheit durchgeführt, ein ernsthafter Kandidat für die Struktur einer akademischen Selbstverwaltung sein kann, die die staatsbürgerlichen ebenso wie die funktionalen Gesichtspunkte des organisierten Wissenschaftsprozesses zum Ausdruck bringen soll. Die erste, grundrechtlich-demokratische würde offenkundig der Notwendigkeit einer funktionellen Autonomie der Wissenschaft auch gegenüber denen, denen sie anvertraut ist, zu wenig Beachtung schenken. Die Wissenschaft, und zumal eine nach Kriterien der Transparenz, Pluralität und Offenheit organisierte, ist eine gesellschaftliche Institution, die nicht allein den Interessen der von ihr Lebenden ausgeliefert werden darf; sie enthält Gebote funktioneller Richtigkeit, die auch gegen die Personen, die sie zu ihrem Beruf gemacht haben, durchgesetzt werden müssen – nicht nur, weil sie aus öffentlichen Mitteln finanziert wird, sondern auch, weil ihre Wirkungen weit über den Kreis der Hochschulangehörigen hinausreichen. Der Schutz der institutionellen Integrität Wissenschaft ist der Gegenstand einer von der Berufsfreiheit unterschiedenen und ihr gegenüber eigenständigen grundrechtlichen Garantie der Wissenschaftsfreiheit, ebenso wie auch z. B. die Presse- oder Rundfunkfreiheit keineswegs in der Berufs- und Wirtschaftsfreiheit eines Presse- und Rundfunkunternehmers aufgeht, sondern ihr gegenüber ein eigenes sachliches Ethos geltend macht.

Die Hochschulorganisation kann daher nicht ausschließlich auf das Prinzip eines subjektiven Interesses an den Berufsentfaltungsmöglichkeiten des organisierten Wissenschaftsprozesses gegründet werden, sondern muß sich dem sachlichen Ethos der Wissenschaft beugen, um dessen Bedeutsamkeit willen die Freiheit der Wissenschaft gewährleistet ist. Der Begriff des »sachlichen Ethos« klingt pathetisch, und so ist er durchaus auch gemeint – er soll daran erinnern, daß die Prinzipien der wissenschaftlichen Rationalität, der subjektiven Wahrhaftigkeit der Erkenntnissuche, der Transparenz und

Offenheit des wissenschaftlichen Diskurses der Utopie verpflichtet sind, mit dem wissenschaftlichen zugleich auch den moralischen Fortschritt der am Diskurs beteiligten Individuen, ja letztlich der Menschheit überhaupt zu befördern. Das ist das der Aufklärung verpflichtete ethische Prinzip der Wissenschaftsfreiheit und ihre regulative Idee, die sich spontan nicht verwirklichen, aber doch vielleicht durch konstitutionelle Formen am Leben erhalten werden kann.

Dies läßt sich nun allerdings keineswegs von einer Modellierung der akademischen Selbstverwaltung erwarten, in der sich die funktionelle Differenzierung und Spezialisierung des »Systems Wissenschaft« als ein autonomer Selbstzweck ungeregelt entfalten kann. Ein solches Modell müßte unterstellen, daß der wissenschaftliche Prozeß nach einer inneren, rein »sachlichen« Logik verläuft, kraft seiner funktionellen Autonomie gegenüber außerwissenschaftlichen Motiven immun ist und daher von interesselosen Hohepriestern der Wissenschaft zu verwalten ist. Tatsächlich wird selbst die Wahl der wissenschaftlichen Fragestellungen und Methoden – die gar nicht Gegenstand der akademischen Selbstverwaltung sind –, ganz zu schweigen von der Verteilung knapper Ressourcen, jeweils von Gesichtspunkten zumindest mitentschieden, die mit dem immanenten Fortgang des wissenschaftlichen Fortschritts wenig zu tun haben. Er ist notwendigerweise an die vielfältigsten, durchaus legitimen nicht-wissenschaftlichen Motive und Interessen der Wissenschaftler und damit an ein unauflösliches subjektives Element gebunden. Die Aufgabe einer Konstitutionalisierung freier Wissenschaft besteht daher nicht darin, diese Interessen zu eliminieren – und damit eine systematische Selbsttäuschung der Wissenschaft zu perpetuieren –, sondern diese dem Gebot der Reinheit der Wissenschaft scheinbar widersprechenden Sachverhalte anzuerkennen, transparent zu machen und mit ihren sachlichen Anforderungen zu vermitteln.

5.

Kommen wir noch einmal auf die legitimierenden Grundlagen der akademischen Selbstverwaltung zurück. Wir haben bereits gesehen, daß das demokratische Prinzip dafür nicht in Frage kommt. Es ist unhintergehbar an die Prämisse gleicher staatsbürgerlicher Freiheit gebunden, findet in dem Grundsatz des »one man, one vote« seinen untrüglichsten (wenn auch nicht zureichenden) Ausdruck und folgt der inneren Logik einer möglichst umfassenden Beteiligung aller Verbandsangehörigen an den Herrschaftsfunktionen des Verbandes. Die Geschichte der Demokratie ist zuallererst eine Geschichte der Erweiterung des Kreises der teilnahmeberechtigten Personen: Die Beseitigung der Eigentums- und Vermögensqualifikationen für die

Ausübung des Wahlrechts, die Durchsetzung des Frauenwahlrechts sowie die sukzessive Herabsetzung des Wahlalters folgen übereinstimmend dem Gedanken, daß die Qualität des demokratischen Prozesses und der aus ihm hervorgehenden Entscheidungen sich in dem Maße erhöht, in dem der Kreis der an den Herrschaftsfunktionen Beteiligten mit der Menge derjenigen, in deren Namen Herrschaft ausgeübt wird und für die sie verbindlich ist, zur Übereinstimmung gelangt. Für die akademische Selbstverwaltung ist dies kein tauglicher Maßstab. Dies liegt nicht daran, daß ihre Gegenstände a limine demokratischen Entscheidungsverfahren unzugänglich sind, denn über wissenschaftliche Wahrheitsfragen wird dort, wie wir gesehen haben, ja keineswegs abgestimmt. Vielmehr folgt dies aus der ebenfalls bereits erwähnten Tatsache, daß eine wesentliche Prämisse des demokratischen Prinzips hier nicht gegeben ist, die Voraussetzung nämlich, daß diejenigen, die Gesetze machen, von ihren Folgen auch selbst betroffen sein sollen; wenn also alle in gleicher Weise an der Gesetzgebung beteiligt sind, dann müssen sie auch in gleicher Weise ihren belastenden und begünstigenden Wirkungen unterworfen sein. Dies aber ist nicht der Fall, wenn die Interessenlage der Gesetzesunterworfenen so unterschiedlich ist, daß ein für alle geltendes Gesetz notwendigerweise die einen begünstigt, die anderen benachteiligt, so daß das Prinzip der Selbstherrschaft, der Identität von Regierenden und Regierten, verletzt würde.

Daraus folgt aber auch, daß jede Konstruktion einer Verbandsverfassung, die auf rechnerische Mehrheiten in den entscheidenden Organen abstellt, im Ansatz verfehlt ist. Sie suggeriert einen demokratischen Mechanismus, der zuvor unter Verletzung des demokratischen Grundsatzes »one man, one vote« durch Kontingentierung und Quotierung der Teilnahmeberechtigten außer Kraft gesetzt worden ist und in Wirklichkeit darauf abzielt, einen Ausgleich gegensätzlicher Interessen in einer quasi-sozialvertraglichen Art herbeizuführen und dafür dauerhafte Verfahren zu schaffen. Aus diesem Grunde ist die Hochschulentscheidung des Bundesverfassungsgerichts, nach der die Professoren in den akademischen Organen z. T. mindestens die Hälfte, z. T. mehr als die Hälfte der Stimmen erhalten müssen, so wenig überzeugend. Wenn es im Entscheidungsprozeß auf Stimmenmehrheiten und -minderheiten ankommt, also die ›pars maior‹ und nicht die ›pars sanior‹ ausschlaggebend ist, dann müssen alle Stimmen gleiches Gewicht und die gleiche Chance der Repräsentation in den akademischen Organen haben und dürfen nicht vorab gewichtet werden. Wenn es dagegen – und das war natürlich die Voraussetzung des BVerfG – auf die sachliche Qualität der Entscheidungen unabhängig von der Art ihres Zustandekommens ankommt, d. h. darauf, daß nur bestimmte Entscheidungen möglich sein sol-

len, dann gebietet dies eine bestimmte Wertung der einander zuzuordnenden Interessen verschiedener Gruppen und deren abgestufte Repräsentanz in den Organen. Es ist dann aber wenig plausibel, Entscheidungsalternativen einem Abstimmungsverfahren zu unterwerfen, dessen Ergebnisse nach anderen Kriterien als denen von Mehrheit und Minderheit gesteuert werden, so daß sich ihre Legitimität nicht diesem Verfahren verdanken kann.
Tatsächlich hat das BVerfG einen dritten Weg eingeschlagen; es hat nämlich der Gruppe der Professoren das Stimmenübergewicht nicht nur deswegen eingeräumt, weil ihre Angehörigen in der Regel länger der Hochschule verbunden und daher von den langfristigen Wirkungen der Entscheidungen der akademischen Gremien stärker betroffen seien als die Gruppen der Studierenden und der wissenschaftlichen Mitarbeiter – dies ist ein Argument, das auf die ungleiche Interessenlage dieses Personenkreises abstellt –, sondern auch deswegen, weil die Professoren aufgrund ihrer Funktion, ihrer Qualifikation und ihrer Amtsstellung der »Sache der Wissenschaft« besonders eng verbunden seien – dies ist der legitimierende Grund dafür, daß sie zugleich auch zu den geborenen Repräsentanten des Gesamtinteresses der Hochschule erklärt werden, d. h. ein ihr eigenes Gruppeninteresse transzendierendes »Allgemeinwohl« vertreten.
Die Fragwürdigkeit dieser Konstruktion liegt auf der Hand: Entweder man nimmt an, daß die Gruppeninteressen der Professoren mit denen der Hochschule übereinstimmen, dann müßte dieser Personenkreis nicht als ein »Funktionsstand« mit spezifischen Gruppeninteressen organisiert werden und man könnte zum Prinzip der Ordinarienuniversität zurückkehren. Zumindest aber müßte dann, wenn es schon einen zur Wahrung des Allgemeinwohls der Hochschule prädestinierten Personenkreis gibt, dieser von allen Hochschulangehörigen gewählt werden, um eine allgemeine und nicht lediglich eine gruppenspezifische Legitimation zu besitzen. Erkennt man aber Gruppeninteressen an – wie es ja tatsächlich der Fall ist –, dann wird das Prinzip der Gruppenrepräsentanz dadurch entwertet, daß einer Gruppe zugleich die Wahrnehmung ihres partikularen Interesses *und* das des Gesamtinteresses übertragen wird, das indessen nach der inneren Rationalität der Gruppenhochschule erst aus der Vermittlung verschiedener Partikularinteressen hervorgehen soll. Zudem wird den Gruppenrepräsentanten eine schier übermenschliche Fähigkeit abverlangt, in den Entscheidungsprozessen diese beiden Interessenkategorien stets säuberlich zu trennen – und selbst wenn dies gelingen sollte, sehen sie sich notwendigerweise dem Mißtrauen der anderen Gruppen ausgesetzt, so daß auch insofern das Abstimmungsverfahren seine legitimierende Funktion einbüßt.
Das konstitutionelle Problem der gegenwärtig praktizierten, durch das

Stimmenübergewicht der Gruppe der Professoren in den wichtigsten akademischen Angelegenheiten geprägten Gruppenhochschule besteht offenbar darin, daß sie das demokratische Prinzip der Mehrheitsentscheidung mit Elementen eines korporativen Sozialvertrages auf eine Weise kombiniert, die zu einer wechselseitigen Schwächung der für jedes der beiden Modelle charakteristischen »Richtigkeitsgewähr« und deren Legitimationen führt. Entscheidungen nach dem gegenwärtigen Modell der akademischen Selbstverwaltung sind in einem demokratischen Sinne nicht »richtig«, weil sie nicht von dem verbandsdemokratischen Prinzip des »one man, one vote« und damit nicht von der gleichberechtigten Teilnahme aller Hochschulangehörigen an den Herrschaftsfunktionen getragen sind. Sie folgen aber auch nicht der Logik eines korporativen Interessenausgleichs, weil konstitutionell einer der korporativen Sozialstände als Wahrer des »Gesamtwohls« eingesetzt ist, so daß die innere Rationalität und legitimierende Kraft von Verfahren des Interessenausgleichs nicht zum Tragen kommen kann.

Der Grund für diese innere Inkonsistenz liegt darin, daß den Entscheidungsverfahren der akademischen Selbstverwaltung die Vorstellung eines »richtigen«, »gerechten«, »sachgemäßen« Ergebnisses inhärent ist, für dessen Herbeiführung weder das demokratische Mehrheitsprinzip und die ihm zugrundeliegende Prämisse »Quantität verbürgt Qualität« noch auch das korporative Interessenaushandlungsmodell sonderlich qualifiziert erscheinen. Die Garantie der Wissenschaftsfreiheit und der zu ihrer Sicherung verbürgten akademischen Selbstverwaltung zielt auf diese sachliche Qualität ihrer Entscheidungen; ihre Organisationsprinzipien und Verfahren können natürlich keine vollkommene »Richtigkeitsgewähr« geben, aber je nach ihrer Ausgestaltung können sie die Wahrscheinlichkeit für »richtige« Entscheidungen erhöhen oder vermindern. Die Schwäche des gegenwärtig verbindlichen Modells der Gruppenhochschule und ihrer Mischung aus demokratischen und korporativen Elementen liegt darin, daß es die Funktionsgruppen einerseits zu wenig, andererseits aber auch zu stark aneinander bindet: es bindet sie insofern zu wenig aneinander, als es ihnen durch die Festlegung von Stimmanteilen nahelegt, in den Organen der akademischen Selbstverwaltung jeweils ihre partikularen Interessen ohne Rücksicht auf die Interessen der anderen Gruppen und ohne Rücksicht auch auf eine sachlich »richtige« und angemessene Entscheidung zu vertreten; zugleich aber bindet es sie dadurch zu stark aneinander, daß die aufzufindende »richtige« Entscheidung immer schon als eine solche der Mehrheit der Vertreter der Professoren in den Organen definiert wird, so daß die anderen Gruppen keine wirklich unabhängige institutionelle Rolle spielen können.

6.

Diese Konstruktion hat dazu beigetragen, daß wir in den letzten fünfzehn Jahren nicht immer die besten Erfahrungen mit einer akademischen Selbstverwaltung gemacht haben, die auf dem Prinzip der Gruppenrepräsentanz beruht. Sie befördert die Spezialisierung der Gruppen auf ihre jeweiligen Interessen und führt bei einer geschickten Hochschulleitung zu einer übermäßigen Stärkung ihrer Stellung gegenüber den Organen der Selbstverwaltung, da häufig nur sie noch beanspruchen kann, als Repräsentanz des Gesamtinteresses der Hochschule aufzutreten. Damit sind wir wieder bei der anfangs gestellten Frage angelangt: Was soll in den Organen der akademischen Selbstverwaltung eigentlich repräsentiert werden? Es sind, wie wir gesehen haben, weder »die Wissenschaft«, noch die obsolete Idee ihrer Einheit, noch auch die beruflichen Interessen der einzelnen Gruppen an der Wissenschaft. Es ist überhaupt nichts Substantielles. Die Rolle »der Wissenschaft« als unbezweifelbarer Protagonistin eines robusten Fortschrittsgedankens ist aus vielerlei Gründen anfechtbar geworden. Nicht nur ihre Wahrheiten unterliegen einem systematischen Zweifel, sondern – und das ist durchaus neu – auch die Voraussetzungen, Bedingungen, Zwecke und Folgen wissenschaftlicher Erkenntnis. Die Wahrheitsvoraussetzungen wissenschaftlicher Wahrheit haben nunmehr die Stufe einer die Wissenschaft überschreitenden Reflexion erreicht. Was uns daher heute bleibt, ist die regulative Idee eines Diskurses, in dem die institutionellen Bedingungen einer auf wissenschaftlichen Verfahren beruhenden Wahrheitsfindung selbst zum Gegenstand der Reflexion gemacht werden; wissenschaftliche Erkenntnis ist unhintergehbar an rationale Verfahren gebunden, aber sie können nur vor Dogmatisierung bewahrt bleiben, wenn sie ständig an die Fragilität ihrer vielfältigen gesellschaftlichen Voraussetzungen und Bedingungen ihres möglichen Gelingens oder Scheiterns erinnert werden.

Die akademische Selbstverwaltung läßt sich nur rechtfertigen – und sie wird wohl auch nur Bestand haben –, wenn sie sich nicht als bloße Exekution einer zum Verwaltungszweck heruntergekommenen wissenschaftlichen Selbstgewißheit versteht, sondern selbst noch in ihren banalsten Entscheidungen das Prinzip erkennt, daß in ihr die Reflexion öffentlicher Wissenschaft durch Selbstthematisierung einer wissenschaftlichen Öffentlichkeit stattfindet; in ihr äußert sich die Selbstbezüglichkeit der Wissenschaft, deren regulative Idee sich zunehmend in Verfahren diffundiert hat.[5] Folglich muß eine Hochschulverfassung, die es ja mit konkreten Personen, Interessen und Entscheidungskompetenzen zu tun hat, so modelliert werden, daß diese Personen gleichsam zu den Agenten jener regulativen Idee werden können. Man muß ihnen Kommunikationschancen einräumen, die es er-

möglichen, dieses reflexive Element in allfälligen Entscheidungen wirksam werden zu lassen, so daß sie auch im nachhinein vor ihrem eigenen selbstkritischen Urteil wie dem der Beteiligten noch Bestand haben können. Allein in einer derartigen selbstkritischen Prozedur liegt die Möglichkeit einer Vermittlung der drei Elemente, die die akademische Selbstverwaltung bestimmen: des Interesses *der* Wissenschaft, d. h. der Anforderungen an ihre funktionelle Autonomie, des Interesses der Hochschulmitglieder *an* der Wissenschaft und schließlich des gesellschaftlichen Interesses an der Integrität und Reflexivität der Wissenschaft.

Wie läßt sich dies in Organisation und Verfahren übersetzen? Vielleicht sollte man einmal den Versuch unternehmen, eine ehrwürdige Tradition wieder aufzugreifen und die Gewähr für die gute Qualität von Entscheidungen in der Maxime der Goldenen Regel zu suchen: »Was du nicht willst, das man dir tu, das füg auch keinem andern zu.«[6] Gerechtigkeit resultiert daraus, daß sich der Entscheidende in die Lage desjenigen versetzt, der von seiner Entscheidung betroffen ist, und damit gedanklich die Position tauscht; er behandelt den anderen so, wie er selbst in gleicher Situation von ihm behandelt werden möchte. Der Sinn dieser Regel besteht nicht darin, den anderen entweder nach meinen oder nach seinen jeweiligen Interessen und Launen zu behandeln; vielmehr soll ich aus der Distanz der Beurteilung einer hypothetischen Situation eine unparteiliche und neutrale Position gewinnen, die es mir erlaubt, sein wirkliches Interesse zu erfahren und mich in seine Situation zu versetzen, um festzustellen, was ich von ihm in gleicher Situation erwarten würde. Schicke ich mich an, mich in volltrunkenem Zustand an das Steuer meines Autos zu setzen, so erwarte ich in meiner jetzigen, nüchternen Situation, daß der andere mich davon abhält – und genau diese Pflicht habe ich, wenn er selbst sich in dieser Situation befindet, auch wenn er das in seinem betrunkenen Zustand nicht einsehen kann. Dieser durch die Reflexion hypothetischer Situationen erzeugte Verfremdungseffekt ermöglicht eine objektivere Erkenntnis sowohl der eigenen Interessen wie der des anderen und läßt sich womöglich besonders dort fruchtbar machen, wo das Gelingen eines gemeinsamen Projekts von der Fähigkeit der Koordinierung unterschiedlicher Interessen abhängt. Darin besteht ja das Problem einer guten Hochschulverfassung.

Wir können nämlich vermuten, daß jeder der »Funktionsstände« der Hochschule zwar durchaus so etwas wie ein Wertbewußtsein davon hat, wie Entscheidungsabläufe und Entscheidungen auszusehen hätten, die das kritische Potential einer freien Wissenschaft entbinden könnten; andererseits lehrt die Erfahrung, daß sie nicht in der Lage sind, unter dem Druck unmittelbarer Zwänge, Interessen und Legitimationsanforderungen, auch eigener

Willensschwäche, kurz: mangels einer – über einen folgenlosen ethischen Appell hinausgehenden – institutionalisierten Verbindlichkeit gegenüber den anspruchsvollen Forderungen einer reflexiv gewordenen Wissenschaft ebenso wie gegenüber den Interessenperspektiven der jeweils anderen Gruppen, diesen Kriterien zu genügen. Noch schärfer tritt dieses Wertbewußtsein in der wechselseitigen Fremdwahrnehmung der einzelnen Gruppen in Erscheinung: die Studierenden haben eine ziemlich präzise Vorstellung nicht nur davon, wie ein »guter« Hochschullehrer beschaffen sein müßte, sondern auch, welches die »wahren« und »legitimen« Interessen dieser Gruppe in der akademischen Selbstverwaltung sind, und umgekehrt gilt das von den Hochschullehrern in bezug auf die Studierenden, die wissenschaftlichen Mitarbeiter und die nichtwissenschaftlichen Bediensteten. Jede Gruppe wäre in dieser wechselseitigen Fremdwahrnehmung in der Lage, das jeweilige partikulare Interesse der anderen Gruppen zu transzendieren und es als ein Element der gemeinsamen Aufgabe der Selbstreproduktion einer kritischen Wissenschaft zu begreifen, wenn sie denn institutionell genötigt wären, diese verfremdende Perspektive einzunehmen. Denn wir sind zwar gewohnt, die Interessen anderer streng im Lichte normativer Prinzipien zu prüfen und sie nur anzuerkennen, wenn sie diesen Test bestanden haben; aber in bezug auf unsere eigenen Interessen sind wir in der Regel weit weniger anspruchsvoll. In einer mediatisierten Wahrnehmung erscheint dagegen jedes Gruppeninteresse gewissermaßen als die Facette eines von illegitimen, »egoistischen« Interessen entschlackten Interesses, das Anerkennung nur findet, wenn es sich durch die Prinzipien der sie verbindenden gemeinsamen Interesses rechtfertigen läßt – und dies ist nichts anderes als das sachliche Ethos der Wissenschaft.

Warum sollte man nicht versuchen, diese wechselseitigen Fremdwahrnehmungen zu institutionalisieren? Es ließen sich verschiedene Formen denken. Die konsequenteste Version würde verlangen, daß die Studierenden, die wissenschaftlichen Mitarbeiter und nichtwissenschaftlichen Bediensteten je ein Drittel der von ihnen auch selbst zur Wahl vorgeschlagenen Vertreter der Professoren in den akademischen Gremien wählen, die Professoren, die Studierenden und die nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter je ein Drittel der Vertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiter etc. – so daß in den Gremien jeweils in gleicher Stärke alle Funktionsgruppen vertreten wären, aber doch getragen von dem Vertrauen der jeweils anderen Gruppen und damit nicht in der unmittelbaren Verantwortung ihrer eigenen Gruppe gegenüber, sondern gegenüber den Angehörigen der anderen. Eine Variante würde darin bestehen, daß die Gruppen immerhin ihre Gremienvertreter in eigenen Listen vorschlagen, diese aber nach dem eben vorgeschlagenen Ver-

fahren nur von den jeweils anderen Gruppen gewählt würden. Nach einer dritten Variante würde die gleiche Anzahl von Gremienvertretern der vier Gruppen in einer allgemeinen Wahl, also nicht nach Gruppen gewählt werden. Allen Versionen liegt mehr oder minder ausgeprägt der Gedanke zugrunde, daß die Gremienvertreter Verbindlichkeiten gegenüber den anderen Gruppen unterliegen, deren Einlösung dem idealen Konvergenzpunkt des »eigentlichen« und »wahren« Interesses aller Gruppen vermutlich näher kommt, als es die gegenwärtige Hochschulverfassung ermöglicht; und zugleich erhöhte sich die Chance, daß nur Interessen, die den sachlichen Notwendigkeiten eines offenen und pluralistischen wissenschaftlichen Prozesses genügen, diesen Filter passieren.

Natürlich fällt uns sogleich eine Menge von Einwänden ein: Wäre dies noch eine demokratische Hochschule? Vermutlich nicht, aber die gegenwärtige ist es auch nicht; sie hätte jedoch den unschätzbaren Vorteil, das Ethos der Wissenschaft vielleicht doch noch in den konstitutionellen Formen durchscheinen zu lassen, so wie das Humboldt und seinen Mitstreitern vorschwebte – und dies wäre kein kleiner Beitrag zur Herstellung einer Verbindung der Wissenschaft zur demokratischen Kultur. Kann man verhindern, daß die Gruppen von diesem Arrangement nicht ebenfalls einen strategischen Gebrauch machen und – z. B. durch Kartellbildung – auch diese Konstitution für partikulare Interessen instrumentalisieren? Ich weiß es nicht. Viel hängt von den Einzelheiten des Verfahrens ab, die das erschweren könnten; aber die sind nicht mehr Gegenstand dieser Überlegungen.

Anmerkungen

1 W. Nitsch, U. Gerhardt, C. Offe, U. K. Preuß: *Hochschule in der Demokratie. Kritische Beiträge zur Erbschaft und Reform der deutschen Universität*, Berlin/Neuwied 1965.

2 W. v. Humboldt: »Über die innere und äußere Organisation der Höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin«, in: E. Anrich (Hrsg.): *Die Ideen der deutschen Universität und die Reform der deutschen Universitäten*, Darmstadt 1960, S. 379.

3 Vgl. dazu J. Lüthie in dem von E. Denninger herausgegebenen Kommentar zum Hochschulrahmengesetz, München 1984, Randz. 43 vor § 3.

4 *BVerfGE* 35, S. 79 ff.

5 Vgl. zu dieser Verfahrensorientierung von Öffentlichkeit J. Habermas: »Volkssouveränität als Verfahren. Ein normativer Begriff von Öffentlichkeit«, in: *Merkur* 6/1989 (Nr. 484), S. 465 ff.

6 Vgl. hierzu H.-U. Hoche: »Die Goldene Regel. Neue Aspekte eines alten Moralprinzips«, in: *Ztschr. f. Philosophische Forschung*, Bd. 32 (1978), S. 355 ff.

Ein politischer Zeitroman höchster Brisanz, der über drei Generationen von politischem Kampf - Résistance, Mai 68 und die Anschläge der achtziger Jahre - die Frage der Gewalt diskutiert.

353 Seiten, 38 DM

ROTBUCH VERLAG

Friedrich Edding
Das Soll, das Ist und der Plan

Dilemmata der Bildungsökonomie

»Leisten die Universitäten so viel, wie sie kosten?« Diese Überschrift gab Kurt Reumann einem Aufsatz, der im Oktober 1979 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* erschien. Es ging vor allem um Zweifel an der Ausbildungsleistung. Reumann griff damit ein Thema auf, das damals durch eine selbstkritische Veröffentlichung des Wissenschaftsrats und durch eine den Fragen der Effizienz gewidmete Sitzung der Westdeutschen Rektorenkonferenz auch für solche Leser diskutabel geworden war, die der akademischen Welt gegenüber bisher große Zurückhaltung in der Kritik geübt hatten. Zweifel an der Qualität der Ausbildung in den Hochschulen waren zuletzt von der 68er Bewegung der Studenten vehement vorgetragen worden. Didaktische Ignoranz und Vernachlässigung der Erkenntnisinteressen Studierender waren damals zentrale Vorwürfe. Das neue Interesse an der Effizienz akademischen Lehrens kam nun, zehn Jahre später, von den oberen Ebenen der Politik und Verwaltung. Es war zu verstehen vor dem Hintergrund zunehmender Verschuldung des Staates, stark steigender Studentenzahlen, ungeklärter Probleme der Beschäftigung größerer Mengen von Absolventen und einer verbreiteten Unwilligkeit, die fast ganz staatliche Finanzierung der Hochschulen diesem Zulauf entsprechend noch zu verstärken.

Erkenntnisinteressen und Prinzipien

Gespräch mit einem Mitglied der Verwaltungskommission des Wissenschaftsrates 1979: »Was ist falsch am Hochschulsystem? Warum wird der Ausbau gestoppt? – Er kostet zuviel. – Wieso zuviel? – Mehr als wir bezahlen können. – Sonstige Gründe? – Nein, Mängel in der Leistung gibt es überall, aber darüber wissen wir zu wenig. – Wie wäre es, wenn Sie eine Befragung von Hochschulabsolventen veranlaßten? Sie nach einigen Jahren Berufspraxis fragen ließen, was ihnen das Studium außer dem Berechtigungsschein an bleibendem Gewinn gebracht hat? – So eine Befragung würde als Zweifel am System aufgefaßt werden. Sie wäre auch zu teuer.« –

Ende des Gesprächs. An die Fundamente rührende Fragen wurden pragmatisch beantwortet.

Ein hinreichend begründetes Urteil über das von Reumann bezeichnete Problem und über ähnlich umfassende Fragen abzugeben, war damals wie heute nicht möglich. Es gab und gibt weiterhin keine wenigstens zur ersten Groberkenntnis geeigneten Leistungskennzahlen für die Universitäten, geschweige denn für das Studier- und Forschungssystem im Ganzen. Es fehlen auch Kostenrechnungen, mit denen diese Leistungen in Beziehung zu setzen wären. »Bund und Länder geben jährlich 15 Mrd. DM für die Hochschulen aus«, heißt es in dem genannten Aufsatz. Wieviel davon war für Forschung und wieviel für Lehre bestimmt? Wieviel an Ausfallkosten kam hinzu? Ausfälle im Lebenseinkommen durch Jahre im Studium? Steuerausfälle für den Fiskus während dieser Jahre? Teilfinanzierung der Lebenshaltungs- und Versicherungskosten von echten Studenten und »Verweilern«? »Professoren und Studenten«, schrieb Reumann damals, »haben bisher nicht in Kategorien der Wirtschaftlichkeit gedacht.« Das war mit wenigen Ausnahmen auch im Bereich der Wirtschaftswissenschaften so, wenn es um das Objekt Hochschule ging. Die Rechnungshöfe hätten sich bei der Prüfung der Hochschulausgaben darauf beschränkt, Regelverstöße aufzudekken, obwohl es ihr Auftrag sei, auch die Wirtschaftlichkeit zu prüfen. Sehr wahr, aber was konnten die Rechnungshöfe tun, wenn es keine Datengrundlagen für die Beurteilung der Effizienz gab? Aufforderungen, solche Grundlagen bereitzustellen, hat es reichlich gegeben. Aber von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, sind hierzulande die Bemühungen gescheitert, in den Hochschulen Kosten regelmäßig zu Leistungen in Beziehung zu setzen.

Es dauerte lange, bis die Forderung der Kostentransparenz in Gremien wie Rektorenkonferenz und Wissenschaftsrat überhaupt zur Sprache kam. Es geschah dann mit einem etwas gequälten Interesse und blieb ohne nachhaltige Wirkung. Studentische Organisationen waren in dieser Richtung nicht aktiv. Modelle und einige konkrete Ausführungsvorschläge gab es. Um 1960 hatte eine kleine Gruppe deutscher Wissenschaftler in Anlehnung an ausländische Vorarbeiten begonnen, Denkweisen, Methoden und Instrumente der Wirtschaftswissenschaften auf den Bereich der Einrichtungen formaler Bildung anzuwenden. Sie nannten sich Bildungsökonomen. Transparenz erschien ihnen als Bedingung dafür, auch die Fragen der Effizienz, der Finanzierung und der Ordnungssystematik im Bildungsbereich zu untersuchen. Dabei wurden die Hochschulen nicht ausgeklammert, obwohl sie nach ihrem Selbstverständnis primär den Forschungsinstitutionen zuzurechnen waren.

Der Wiederaufbau auf traditionellen Linien war damals weitgehend abgeschlossen. Das Wirtschaftswunder setzte sich in den sechziger Jahren fort. Es wurde auf vielen Gebieten darüber nachgedacht, welche Verwendungen der schnelle Zuwachs an privaten und öffentlichen Einnahmen finden sollte. Wirtschaftlichkeit als Kriterium der Entscheidung war im Bereich der Bildungseinrichtungen bis dahin nahezu unbekannt oder mit einem Tabu belegt. Doch in dieser Konjunktur, als von einigen Seiten zaghaft auch die Gründung von drei oder vier neuen Hochschulen ins Gespräch gebracht wurde, war ein ökonomisches Argument dafür sehr willkommen. Es lautete: Hochschulen fördern das Wachsen der Wirtschaft.

»Die Qualität des Nachwuchses als bestimmender Faktor unseres wirtschaftlichen Leistungsniveaus«, mit diesem Thema eines Vortrags hatte ich 1953 die lange Reihe meiner Appelle für die Intensivierung von Aus- und Weiterbildung durch die Unternehmen der Wirtschaft und durch staatliche Einrichtungen begonnen. Ich konnte mich auf Rechnungen aus den USA berufen, wonach die Investition in geistiges Vermögen einen hohen Anteil des Wirtschaftswachstums erklärt. Plausibel war das ohnehin, aber jetzt war es so gut bewiesen, daß dafür sogar ein Nobelpreis bewilligt wurde: Bildung rentiert sich, Forschung rentiert sich, und die Einrichtungen, die beides zusammen betreiben, sind daher besonders geeignet, das Wachstum zu fördern.

Der Satz »Bildung rentiert sich« kam in dieser ersten einfachen Formulierung in den sechziger Jahren gut an, wo immer einschlägige Entscheidungen getroffen werden mußten. Ein damit zunehmendes Interesse in den zuständigen Wissenschaften brachte eine große Literatur zu Bildungsökonomie und -planung hervor. Bald ging das Interesse über die Darstellung und Analyse vergangener Abläufe und instrumentelle Empfehlungen hinaus. Die Bildungsökonomen formulierten ihr Soll in dem Satz: »Bildung ist eine gute Investition, wenn sie sich im Vergleich mit anderen möglichen Verwendungen von Zeit und Geld gut verzinst.« Der erste Satz war vor allem als eine Empfehlung verstanden worden, die vereinfacht in dem Motto »Mehr von demselben« ausgedrückt werden kann. Der zweite Satz verlangte Effizienz im Wettbewerb, ein Begriff und eine Sache, die im ganzen Umkreis der Bildungseinrichtungen damals wie heute höchst suspekt war. Dies ist zum Teil gut begründet, überwiegend aber aus Mißverständnis oder aus partikularem Interesse zu erklären. Viel Schlendrian in der Nachwuchspflege verbirgt sich hinter dem Protest gegen Effizienzuntersuchungen.

Mit der Effizienzforderung kamen die Bildungsökonomen in beträchtliche Verlegenheit. Nicht nur, weil sie damit Tabus verletzten und kaum Daten bekamen, sondern vor allem, weil es schwer war, die Erträge zu präzisieren,

die zu den Kosten in Beziehung zu setzen waren. Bildung ist ein vieldeutiger Begriff. Ginge es nur darum, vergleichend festzustellen, wie viele in welcher Zeit zu welchen Kosten den vorgegebenen Abschluß erreichen, wäre über die interne Effizienz etwas gesagt, wenn auch nur wenig. Dies Wenige zu erreichen, gehört zum unstrittigen Programm der Bildungsökonomie. Als wissenswert erscheint auch allen, wie viele nach welchen Kosten ihr Studium abbrechen und warum. Noch sind es Dunkelfelder.

Die externe Effizienz müßte durch Erfassung der Wirkungen im Beruf und anderen gesellschaftlichen Rollen erforscht werden. Langfristige follow-up-Untersuchungen dieser Art sind bisher von Bildungsökonomen nicht hinreichend unternommen worden. Sie haben sich im wesentlichen darauf beschränkt, die Lebenseinkommen von Absolventen unterschiedlicher formaler Bildungsgänge vergleichend zu kalkulieren. Das Ergebnis läßt für die Vergangenheit relativ günstige Einkommenshöhen der Hochschulabsolventen erkennen. Doch die Ursache dafür muß nicht in den vermittelten Inhalten liegen, denn ein Hochschulabschluß eröffnet unabhängig vom inhaltlichen Ertrag den Zugang zu gehobenen Eingangsstufen der Laufbahn. Eine Zurechnung der Wirkung eines Hochschulabschlusses im Lebenseinkommen zu den Kosten des Studiums, also eine Verzinsungsrechnung kann nicht gelingen, solange es die Kostentransparenz nicht gibt und insbesondere der Anteil der Forschung an den Hochschulkosten sowie der Ertrag dieses Kostenteils im Dunkeln liegen.

Hochschulen sind Mehrzweckanstalten; überwiegend in staatlicher Regie und aus öffentlichen Mitteln finanziert, dienen sie der Vermittlung von allgemeiner Bildung, von Berufsausbildung und Weiterbildung. Zu ihren Funktionen gehören die Forschung und einige Dienste (insbesondere im Bereich der Kliniken). Was dort für Studenten inhaltlich angeboten wird, wie es vermittelt wird, welche Funktionen besser privatwirtschaftlich zu erfüllen wären, das alles ist mit ökonomischen Kriterien allein nicht hinreichend zu beurteilen. Es geht dabei letztlich um politische Entscheidungen, zu deren Vorbereitung allerdings ein Mitwirken von Bildungsökonomen unentbehrlich ist.

Für die Sollvorstellungen der Bildungsökonomen bestimmend sind dieselben Normen, die für alle mit der Entwicklung der Hochschulen Befaßten gelten. Das Grundgesetz verlangt den Schutz der Menschenwürde, die freie Entfaltung der Persönlichkeit, die Gleichberechtigung aller Bürger, die Freiheit von Forschung und Lehre sowie die Freiheit, Beruf und Ausbildungsstätten zu wählen. Das sind formidable, aber unbestrittene Ansprüche. Übereinstimmung gibt es auch darin, daß es inhaltlich um die Erziehung zum wissenschaftlichen Denken und zugleich um die Vorbereitung

für das Ausüben eines Berufes geht. Auch in der wirtschaftswissenschaftlich geprägten Erkenntnissuche wird unterstellt, daß Studienangebote dazu dienen, ein Interesse an Weltverständnis zu befriedigen. Diese Annahme ist Teil des Solls. Darin lebt Humboldt weiter.

Transparenz von Kosten und Leistungen messend herbeizuführen gehört für Bildungsökonomen zweifellos mehr als für andere Forscher zum Programm. Dies gilt verstärkt für ihre Kernforderung der ständigen Prüfung von interner und externer Effizienz. Arbeitsteilige Spezialisierung in der Forschung und auch in der Wahrnehmung anderer Funktionen der Hochschule erscheint nicht allen, aber einer Mehrheit der Bildungsökonomen als eine Bedingung der Effizienz. Dies gilt aber auch für die Empfehlung großer Flexibilität in der interdisziplinären Kombination von Teilbereichen der Forschungsfelder und Lehrgebiete.

Flexibilität ist das Prinzip, mit dem auch die Zulassung individuell begehrter Studienwege und von Studenten geplanter Veranstaltungen begründet wird. Der Kausalzusammenhang zwischen persönlichem Interesse und individueller Leistung wird betont. Auch durch die Finanzierungsweise sollte das Interesse von Studenten, Dozenten und Fachbereichen ins Spiel gebracht werden. Da große Teile des Wissensstandes schnell veralten und im Lebensverlauf neue Studienbedürfnisse entstehen, wird von allen Bildungsökonomen das Prinzip von recurrent education hoch bewertet. Eine Mehrzahl interpretiert dies Prinzip so, daß für alle Laufbahnen ein planmäßiger Wechsel von Praxiserfahrung und systematischem Lernen empfohlen wird, auch Freistellung dafür, das heißt für Weiterbildungskurse und Praktika. Einigkeit besteht darin, daß die flexible Anpassung an Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt bei den vorherrschenden Langzeitstudien nicht zu erreichen ist.

Alle diese Sollvorstellungen bewegen sich auf hohem oder mittlerem Niveau der Abstraktion. Auch für Bildungsökonomen gilt der Befund: »Im Abstrakten sind wir einig, im Konkreten wird es peinlich.« Die Dilemmata sind in den Spannungen zwischen Prinzipien angelegt. Sie werden unvermeidlich zu Streitsachen, wenn es um Maßnahmen geht.

Pro und Kontra in der Politikberatung

Bildung ist in jeder Hinsicht eine gute Investition. Bildung verdient auch als Konsumgut eine hohe Präferenz. Forschung rentiert sich. Die Ausbreitung des mehrere Funktionen verbindenden Hochschulsystems ist daher aus ökonomischer Sicht zu empfehlen. Dementsprechende Sollvorstellungen wurden durch die Entwicklung des Volumens von Hochschulstudium und

Hochschulhaushalten zwischen 1960 und 1975 voll erfüllt. Die in den Mengen meßbare Veränderung des Ist gab vielen Rechnern und Planern Grund zu Erfolgseuphorie. Die von Bildungsökonomen um 1960 anvisierten Ziele des Hochschulausbaus wurden in der Realität zunächst weit übertroffen.
1961 sagte ich in einem Referat vor dem Wissenschaftsrat, daß »eine Verdoppelung der Studentenzahlen zwischen 1960 und 1980 eine ernstzunehmende Möglichkeit« sei und daß eine entsprechende Expansion der Haushalte vorbereitet werden sollte. Dies wurde damals von vielen Teilnehmern als eine utopische Verirrung aufgefaßt. Immerhin wurden Untersuchungen in Auftrag gegeben. Einige Medien nahmen die Zieldiskussion auf, und zahlreiche Städte, die schon lange gern eine Hochschule gehabt hätten, begannen dies jetzt konkreter zu planen. Viele kamen bald zum Ziel. Es gab eine Welle von Neugründungen, die in ihrer Wucht auch die Bildungsökonomen überraschte.
Die Zahl der Studienanfänger verdoppelte sich zwischen 1960 und 1970 und verdreifachte sich bis 1980. Die Gesamtzahl der Studenten hat sich in diesen 20 Jahren etwa verfünffacht, wobei sich auch die starke Verlängerung der durchschnittlichen »Verweilzeit« auswirkte. 1960 waren 27 Prozent der Studienanfänger weiblich, 1988 waren es 40 Prozent. Dies entsprach zweifellos nicht einem ökonomisch begründeten Plan. Es reflektierte vielmehr gesellschaftliche Verhältnisse, die veränderte Auffassung der Frauenrolle und die sich ausbreitende Wirkung des Berechtigungs(un)wesens, das heißt der Zuteilung beruflicher Chancen durch Bildungsabschlüsse. Es waren Soziologen, die frühzeitig auf die Bedeutung dieser Veränderungen hinwiesen. Sie bewerteten das neue Rollenverständnis der Frau positiv, nannten aber die Verfremdung der Bildung zu einem Rennen um die besten Berechtigungsscheine eine Seuche. Wirksame Rezepte gegen dieses Übel konnten sie nicht geben.
Die Bildungsökonomen waren im Empfehlen von Rezepten weniger enthaltsam, aber sie waren sich in der Politikberatung nur selten einig. Die Probleme, für deren Lösung ihr Rat erfragt wurde, betrafen vor allem die Abstimmung der Studienabschlüsse mit der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt, die Finanzierung der Hochschulen und das Einwirken auf ihre interne Effizienz.
Auf Vorausberechnungen des Bedarfs an Hochschulabsolventen haben Bildungsökonomen sehr viel Mühe verwandt. Solche Mühen hatten aber selbst in zentral dirigierten Gesellschaften wegen der großenteils kaum voraussehbaren Veränderungen von Technik, Unternehmensorganisation und Welthandel nur begrenzten Erfolg. In einer prinzipiell an Freiheitlichkeit orientierten Ordnung waren die Schwierigkeiten, mit dieser Art von Berechnun-

gen zu nützlichen Empfehlungen zu gelangen, noch erheblich größer. Gesamtrezepte für die im Hochschulsystem bereitzustellenden Kapazitäten und für den Umfang des Hochschulstudiums waren daraus nicht zu gewinnen. Flexible Anpassung durch recurrent education erschien als einzige Lösung. Darüber gab es nach jahrelangem Streit weitgehende Einigung in der Theorie. Praktisch konnten je nach Art der interessierenden Berufslaufbahnen für die Wahl der Studienwege beratende Hinweise gegeben werden. Die Beratung bei Entscheidungen über den Ausbau einzelner Institute war wenig gefragt. Bei Interessenkonflikten sind rationale Argumente nur bedingt erwünscht. Und die Zuteilung von Mitteln an einzelne Institute vom Bedarf an Absolventen einer Fachrichtung abhängig zu machen, war sicherlich problematisch.

Bildungsökonomen haben mit diesem Teil ihrer Arbeit für die Entscheidungen über den Numerus clausus in einzelnen Fächern oder über generelle Restriktionsmaßnahmen nur wenig beigetragen. Es waren außer den Normen des Grundgesetzes spezifisch ökonomische Überlegungen, die sie zur Zurückhaltung bei Empfehlungen zur Mengeneindämmung veranlaßten. Alle Ökonomen denken traditionell viel nach über den Umgang mit der Knappheit der Güter. Voll befriedigende Qualifikation ist in allen Berufen und gesellschaftlichen Tätigkeiten ein knappes Gut. Die Erfahrung lehrt, daß dies seltene Gut dann weniger selten werden kann, wenn seine Förderung von einer breiten Basis der Bemühungen um Qualifikation ausgeht. Ein führender Kopf der amerikanischen Bildungsökonomen drückte dies in dem einprägsamen Satz aus: »In a great lake you have a better chance to find big fish.«

Die Restriktion des Zugangs zum Studium wurde seitens der Bildungsökonomen mehrheitlich nicht befürwortet. Sie warnten jedoch alle früh und oft vor der Unwirtschaftlichkeit der immer länger werdenden »Verweilzeiten«. Dies begründeten sie zum Teil damit, daß die Verzinsung der Investition für ein Studium tendenziell abnimmt, wenn die Phase der Berufstätigkeit erst spät im Lebensablauf beginnt. In diesem Zusammenhang wurde an die Wettbewerbsnachteile erinnert, die deutschen Bewerbern wegen ihrer Überalterung auf dem internationalen Arbeitsmarkt entstehen. Verwiesen wurde ferner auf das schnelle Veralten der im Studium erworbenen Kenntnisse und auf die finanziellen Probleme, die sich ergeben, wenn zu einem langen Studium auch noch lange Freistellungszeiten während der Berufstätigkeit hinzukommen, die für die Erneuerung des Wissens benötigt werden. Um dieses Problem zu lösen, wurde mit beachtlicher Einigkeit empfohlen, dem Prinzip von recurrent education zu folgen, das einen früh einsetzenden und lebenslang fortgesetzten Wechsel von Perioden systematischen Lernens

mit Perioden der praktischen Berufstätigkeit verlangt. Mit dieser Empfehlung wurde jedoch für das System der Hochschulen wenig bewirkt. Weiterbildung wurde außerhalb der Hochschulen in erheblichem Umfang eingerichtet, aber Konsequenzen für die Länge der vorberuflichen Studien und für das Teilzeitstudium kamen nicht zustande. Die Verbindung der Freistellung von Berufstätigkeit mit Kürzung der Studienzeiten in Kostenrechnungen zu operationalisieren, ist eine Forschungsleistung, die bisher nicht erbracht worden ist. Die Mengenexpansion als Kostenproblem innerhalb des Hochschulsystems hat dagegen viele Untersuchungen veranlaßt.

Mitte der siebziger Jahre führten die Wirtschaftsflaute, die stärker werdende Rivalität anderer Wünsche für die Verwendung öffentlicher Mittel und die hohe Verschuldung der öffentlichen Hand zu einer Art von Moratorium für weitere Zuwächse in den Hochschulhaushalten. Die Diskussion erhielt damit eine Dramatik, in der auch die Meinungsverschiedenheiten der Bildungsökonomen schärfer hervortraten. Ein in der Hochschulpolitik einflußreicher Politiker sagte damals in einem kleinen Kreis: »Wir können die Ausgaben für Hochschulen nicht mehr erhöhen, und wir wollen es auch nicht mehr. Es wäre angesichts der Dringlichkeit anderer Ausgabenanforderungen eine unverantwortliche Verschwendung, für diese obsoleten Einrichtungen noch Zuwächse zu bewilligen. Wir werden den Geldhahn zudrehen und die Hochschulen mit Studenten vollaufen lassen, bis der Druck unerträglich und eine drastische Reform machbar wird.« Dies wurde öffentlich so nicht ausgesprochen, aber es war wohl eine Auffassung, die unter Politikern und leitenden Beamten sehr verbreitet war (und ist). Es wurde danach gehandelt. Die Haushaltsbewegung wurde gebremst, die Studentenzahlen wuchsen weiter, und die Studienbedingungen verschlechterten sich. Der Druck nahm zu, wie gewollt. Aber welche Art von großer Reform sollte dadurch ermöglicht werden?

Die Bildungsökonomen begannen, weit mehr als bisher über einschneidende Systemänderungen nachzudenken. Die extremen Möglichkeiten des planwirtschaftlichen Dirigismus oder der vollen Überführung in eine der Marktwirtschaft konforme Organisation wurden lange diskutiert, aber mehrheitlich verworfen. Im Abwägen der Argumente pro und kontra solche theoretisch konsequenten Lösungen überwog die Rücksichtnahme auf die Normen des Grundgesetzes. Der in diesen Normen angelegte Zielkonflikt von Freiheit und sozialer Ordnung wurde gemildert, indem anerkannt wurde, daß die Hochschulen großenteils als Komponente der Infrastruktur zu behandeln sind, weil ihr Nutzen nicht nur der Minderheit unmittelbar Beteiligter, sondern der Gesellschaft insgesamt zukommt. Die traditionelle

totale Staatsfinanzierung wurde jedoch allgemein als effizienzmindernd bewertet, weil sie die Bürokratienachteile begünstigt und finanzielle Leistungsanreize tendenziell vernachlässigt.
Von welcher Art von Mischfinanzierung bessere Resultate zu erwarten seien, blieb jedoch sehr umstritten. Zahlreiche Modelle der Beteiligung von Studenten und ihren Eltern an den Hochschulkosten wurden erörtert. Größte Zustimmung erhielt der Vorschlag, über Gebühren einen erheblichen Teil der Kosten von den Nutzern aufbringen zu lassen und das Gebührenaufkommen den Hochschulen oder den Fachbereichen zur Verfügung zu stellen. Der dezentrale Autonomieraum sollte so zum Zweck der Effizienzverbesserung erweitert werden. Andere Vorschläge zielten dahin, dies Verfahren so zu gestalten, daß davon zugleich ein starker Druck auf die Verkürzung der Studienzeiten ausginge. Von der partiellen Finanzierung der Hochschulkosten durch Gebühren wurde außerdem erwartet, daß die Motivation der Studenten gestärkt würde, intensiv zu lernen und die Verweildauer zu verkürzen. Als Ergänzung wurden Verfahren der subsidiären Finanzierung von Lebenshaltungskosten bedürftiger Studenten vorgeschlagen, die sie von der Notwendigkeit des Jobbens befreiten.
Ihre Zuständigkeit für Fragen der curricularen Planung und der Didaktik hielten die Bildungsökonomen mit Recht für beschränkt. Da es sich dabei aber um Kernprobleme der Effizienz handelt, unterließen sie nicht, die Modernisierung auf diesen Gebieten einzufordern. In diesem Zusammenhang wurden finanzielle Maßnahmen erwogen, die geeignet erschienen, den Wettbewerb zwischen den Hochschulen durch eine Wanderung der Studierwilligen zu den in der Lehre modernsten Hochschulen zu fördern. Anreize dafür zu schaffen, erwies sich aber als so problematisch, daß in dieser Richtung keine Einigung zustande kam. Die Mitbestimmung seitens der Studenten durch regelmäßige Bewertung der Lehrveranstaltungen und Studiengänge erschien jedenfalls vielen als praktikabler, obwohl aus der Professorenschaft keine Unterstützung dafür erwartet wurde.
Wird praktikabel mit machbar gleichgesetzt, haben alle Vorschläge, die unter Bildungsökonomen diskutiert werden, bisher geringe Chancen der Verwirklichung. Dies liegt nicht daran, daß sie differieren, sondern daran, daß die politische Situation zu Entscheidungen über Eingriffe nicht reif ist. Der Druck ist offenbar noch nicht stark genug. Gestaltende Politik ohne Druck von den Wählern ist im parlamentarischen System kaum zu erwarten.

Reformplan eines Veteranen der Bildungsökonomie

Nachdem ich nun, dem mir vorgegebenen Thema folgend, in horrender Vereinfachung die jahrzehntelange Diskussion der Bildungsökonomen über Soll und Ist dargestellt habe, bleibt noch die Frage, was sein könnte. Da Soll und Ist sehr weit auseinander liegen, sozusagen verschiedene Welten sind, wird von mir ein Plan für Reformen erwartet, der aus bildungsökonomischer Sicht geeignet erscheint, diese Welten einander näher zu bringen. Noch mehr als in den beiden vorhergehenden Abschnitten wird dieser Teil meine persönliche Auffassung wiedergeben. Denn obwohl es einen Club der bildungsökonomisch orientierten Forscher gibt, der regelmäßig tagt, ist dort niemals ein Gesamtkonzept für die Reform unserer Hochschulen in Zusammenhang mit Weiterbildung und Laufbahnsystem diskutiert worden. Es blieb bei der Einigung über Prinzipien, bei der Diagnose der faktischen Entwicklung und bei dem Streit über einzelne Maßnahmen.

Mein Konzept geht nicht von der Annahme einer grünen Wiese aus, auf der als optimal erdachte neue Strukturen zu errichten wären. Hochschulen sind durch Bauten, Institute, unkündbares Personal, Interessenvertretungen, nicht zuletzt durch eine von der öffentlichen Meinung getragene Tradition so fest etabliert, daß es als eine unwirtschaftliche Kräftevergeudung erscheint, dies System durch ein völlig anderes ersetzen zu wollen, etwa durch gänzliche Überführung in ein marktkonformes und nur durch wenige staatlich gesetzte Rahmenbedingungen geordnetes System der Weiterbildung. Soviel Beweglichkeit gibt es nicht. Ich schlage also Reformen zur Verbesserung der Effizienz des Vorhandenen vor und stelle deren Hauptzüge dar:

Die Hochschulen haben eine unentbehrliche Funktion in der Grundlagenforschung und in der Bereitstellung von Angeboten formalen Lernens hoher Anforderung jenseits der Sekundarstufe unseres Bildungssystems. In diesen beiden Funktionen sollten die Hochschulen als Teil der Infrastruktur gelten, die im allgemeinen Interesse wirkt und insoweit öffentlich finanziert wird. Auch ein hoher Grad von Autonomie der Hochschulen in der Erfüllung dieser Aufgaben liegt im allgemeinen Interesse.

Die Hochschulen sollten jedoch in ihren Funktionen kein Monopol haben. Vielmehr sollten Bildungs- und Wissenschaftspolitik konsequent dafür sorgen, daß konkurrierende staatliche und private Einrichtungen hinreichende Arbeitschancen erhalten, hinreichend, um die Hochschulen durch Wettbewerb zu aktivieren und Machtmißbrauch zu behindern.

Das Monopol, Berechtigungsscheine auszugeben, die allein den Eingang in höherrangige Laufbahnen ermöglichen, sollten die Hochschulen verlieren. Ihre Prüfungs- und Zertifikatsfunktion für diesen Zweck sollte darauf be-

schränkt werden, die erfolgreiche Teilnahme an einzelnen Kursen und an Kursverbindungen zu bescheinigen. Sie sollten, so wie andere große Organisationen, die Möglichkeit haben, die Laufbahnwege zu leitenden Positionen im eigenen Bereich selbst zu regeln. Dem dient das Recht der Promotion und Habilitation. Promotionen für andere Zwecke sollte es nicht mehr geben.

Soweit Diplome und andere Zertifikate als professionelle Gütezeichen zur Wahrung öffentlicher Interessen unentbehrlich sind, sollten sie von Gremien verliehen und periodisch bestätigt werden, in denen neben den Berufsorganisationen die Bildungseinrichtungen und der Staat vertreten sind. Längere praktische Berufserfahrung und Weiterbildung sollten Bedingung für die Ausgabe von professionellen Berechtigungsscheinen sein. Eine Bestätigung im Abstand von fünf Jahren sollte zur Regel werden. Solche Reformen würden die Hochschulen stark entlasten und sie in die Lage versetzen, sich ihrem spezifischen Optimum in den Aufgaben von Forschung und Lehre mit mehr Effizienz zu nähern. Diese Entlastung verlangt eine Revision der Laufbahnbestimmungen für den öffentlichen Dienst und eine entsprechende Änderung der Einstellungs- und Beförderungsmuster aller übrigen Arbeitgeber. Die Qualifikation in der Praxis und in der Weiterbildung erhielte sehr viel größeres Gewicht. Eine entsprechende konzertierte Aktion ist oft verlangt worden, bisher ohne Erfolg. Es bleibt aber ein guter Plan. Jedenfalls hat noch niemand gesagt, es sei eine schlechte Utopie.

Die curriculare Planung für die große Mehrzahl aller Studierwilligen, die nicht in eine wissenschaftliche Laufbahn wollen, sollte sich daran orientieren, daß geschlossene Studienzeiten die Länge von drei Jahren nicht überschreiten dürfen. Das in dieser Zeit Gelernte und in einem Abschlußzeugnis Bescheinigte sollte für den Eintritt in eine Berufstätigkeit auf Assistentenniveau befähigen, dies aber in einer Weise tun, die gleichzeitig überfachliche Bildung vermittelt. Auch ein begrenzter Gegenstand bietet den Zugang zu Weltverstehen und wissenschaftlicher Denkweise. Bei dieser Planung wird unterstellt, daß die Spezialisierung in der Forschung nicht revidierbar ist, die Tendenz, für Berufstätigkeiten auszubilden, auch nicht. W. v. Humboldt gibt insoweit nicht mehr das Leitbild. Aber der Kern seiner Vorstellung von der Universität als Bildungseinrichtung ist weiter aktuell. Diesem Kern entspricht nicht ein Studium Generale, das die bunte Mischung der gymnasialen Curricula fortsetzt. Auch das Sortiment von Wissensteilen, das in Diplom- und Staatsprüfungen abgefragt wird, hat mit solcher Bildung wenig zu tun. Eine konkrete berufliche Teilkompetenz zu vermitteln, ist die Zielvorstellung, eine Kompetenz, die fachlichen und überfachlichen Komponenten gleiches Gewicht beimißt und sich strikt an das Prinzip hält:

Nicht Vielerlei, sondern viel. Die Absolventen sollen etwas gelernt haben, was direkt oder nach einer Trainingsperiode im Beschäftigungsverhältnis, auch ergänzt durch Weiterbildung, zu kompetenter beruflicher Leistung befähigt. Sie sollen gleichzeitig gelernt haben, was wissenschaftliches Arbeiten charakterisiert und in welchen überdisziplinären Erkenntniszusammenhängen der spezielle Gegenstand zu verstehen ist.

Dieser Zielvorstellung liegt die Annahme zugrunde, daß fachliche und soziale berufliche Kompetenz ein unentbehrlicher Teil der Allgemeinbildung ist. Überfachliche Qualifikationen werden am besten in Verbindung mit einer fachlichen Ausbildung erworben und in praktischen Tätigkeiten weiterentwickelt. Vielseitigkeit in der beruflichen Kompetenz ist erwünscht, sollte aber nicht im Nebeneinander eines vollbepackten Studienprogramms erreicht werden, sondern im Nacheinander von Perioden systematischen Lernens und Praxisphasen. Die Absolventen des verkürzten Studiums werden ihre Berufstätigkeit in der Regel auf Assistentenniveau beginnen, so wie es in der Hochschullaufbahn bereits allgemein üblich ist. Auch die Rückkehr in ergänzende und vertiefende Studien, sei es neben dem Beruf oder bei zeitweiliger Freistellung, sollte die Regel werden. Dies ist, wie Beispiele im In- und Ausland zeigen, ein realistisches curriculares Ziel. Es setzt allerdings die Erfüllung einiger Bedingungen voraus:

Die Lehre muß den gleichen Rang wie die Forschung erhalten. Abgesehen von den akademischen Ferien und Forschungssemestern sollte ein Professor im Hauptberuf Lehrer sein und sich um das dafür nötige didaktische Können intensiv bemühen. Das ist bisher die Ausnahme. Bei Berufungen ist über die Qualitäten der Bewerber als Lehrer in der Regel nichts bekannt. Es gibt keine Hoch-Schulräte, die kontrollieren, was in Lehrveranstaltungen vor sich geht. Das wird hier auch nicht empfohlen. Doch es gibt ein Evaluierungsinstrument, das an Universitäten der USA vielfach erprobt worden ist. Die Studenten erhalten Fragebögen, in denen sie Kriterien didaktischer Leistung mit Rangzahlen als mehr oder weniger erfüllt bewerten können. Das Ergebnis der Auswertung dieser Fragebögen durch ein zentrales Büro wird dem Dozenten mitgeteilt und zu seinen Personalakten gegeben. Unter allen Möglichkeiten studentischer Mitsprache ist diese hierzulande nahezu unbekannt geblieben. Sie sollte als eine wichtige Bedingung für didaktischen Fortschritt verwirklicht werden.

Um zu erreichen, daß ein intensives Studium in relativ kurzer Zeit abgeschlossen werden kann, ist der Lebensunterhalt der Studenten aus einkommensschwachen Familien gemäß BAFöG-Regeln zu subventionieren. Die BAFöG-Sätze sollten so angehoben werden, daß daraus auch Gebühren bezahlt werden können. Studiengebühren sollten in spürbarer Höhe von

allen Studierenden erhoben werden. Das Gebührenaufkommen sollte den Hochschulen zufließen und nicht der Staatskasse.
Um glaubhaft zu machen, daß sich die Absolventen des gekürzten Studiums nebenberuflich oder in Intervallen der Berufstätigkeit unter zumutbaren Bedingungen weiterbilden können, ist ein Gesamtanspruch auf finanziell abgesicherte Freistellung für Weiterbildungszwecke bundesgesetzlich zu garantieren.
Die hier vorgeschlagenen Reformen verlangen starke Eingriffe. Sie werden allen als indiskutabel erscheinen, die an der Vorstellung festhalten, die Hochschulen seien im Kern gesund. Ich beanspruche nicht, die einzig richtigen Rezepte zu haben. Aber in meiner Beurteilung der Hochschulleistungen für das Studium bin ich ganz sicher: Die langen Studienzeiten, die Unklarheit über die Bildungsziele und die Vernachlässigung lange bekannter didaktischer Möglichkeiten vereinen sich hier zu einem gesellschaftlichen Übelstand erster Ordnung. Daß die Hochschulen dies Übel aus sich heraus überwinden, ist nach bisheriger Erfahrung nicht zu erwarten. Es bedarf staatlicher Eingriffe. Diese können sich aber auf in Einzelfällen gelungene Veränderungen stützen. Einzelne Hochschulen haben sich an Modellversuchen für neuartige Studiengänge beteiligt, großenteils mit dauerhaftem Erfolg. Solche Beispiele lassen hoffen.

Keith Bullivant
Alma mater britannica
Die kaputtsanierte Universität

Schon 1944, noch vor Kriegsende, wurde ausgerechnet von einem konservativen Staatsmann, Rab Butler, der Grundstein des Wohlfahrtsstaates gelegt, der zwischen 1946 und 1950 unter der Labour-Regierung ausgebaut worden ist. Kernpunkt der Butlerschen Erziehungsreform war die Abschaffung des Schulgeldes für Gymnasien und Realschulen, das die Teilnahme von Arbeiterkindern an höherer Erziehung vorher mehr oder minder ausgeschlossen hatte. Den heimkehrenden jungen Soldaten wurde es somit ermöglicht, ihr Abitur nachzumachen; wichtiger aber war, daß die junge Generation – die während des Krieges oder unmittelbar vor ihm Geborenen – eine radikal andere Gesellschaft vorfand als die, in der ihre Väter großgeworden waren. Nicht nur war der Besuch des Gymnasiums kostenlos geworden, sondern die öffentliche Krankenkasse sorgte – unabhängig vom Lohn ihres Vaters – für ihre Gesundheit. Auch der im Ahlener Programm der CDU formulierte nachkriegsdeutsche Traum der Verstaatlichung der Großindustrie wurde in Großbritannien, als Voraussetzung einer faireren Gesellschaft, Wirklichkeit.

Obwohl die notorisch wankelmütigen Briten die Labour-Regierung Attlees 1951 abwählten, wurde der von Aneurin Bevan, Manny Shinwell, Attlee u. a. eingeführte Wohlfahrtsstaat nie in Frage gestellt, die fünfziger Jahre waren sogar eine Ära der Konsenspolitik (in der Presse – nach Rab Butler und Hugh Gaitskell, dem neuen Chef der Labour-Partei – »Butskellism« genannt). Aber an eine Erweiterung der Bildungschancen für breitere Bevölkerungsschichten scheint niemand gedacht zu haben. Erst als Harold Wilson nach dem frühen Tod von Gaitskell zweiter Labour-Premierminister nach 1945 wurde, machte er der selbstgenügsamen Politik jener Zeit ein Ende. Vor allem durch einen Besuch bei John F. Kennedy inspiriert, verlangte Wilson eine Reform des Schul- und Universitätswesens mit dem Ziel einer nationalen technologischen Revolution. Der Bericht der von Wilson gegründeten und von Lord Robbins geführten Kommission erkannte als Schwäche des bestehenden Erziehungssystems die festgeschriebenen Kapazitäten der Universitäten, die nicht nur zu einer Fortsetzung von deren

traditionellem Elitarismus, sondern auch zu einem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften geführt hatten. Dadurch ließ sich die mangelnde Konkurrenzfähigkeit Großbritanniens in der beginnenden neuesten industriellen Revolution leicht erklären. Der Robbins-Bericht schlug eine radikale Erweiterung des Hochschulsystems vor; jeder »qualifizierte Kandidat« sollte weiterstudieren können, deshalb mußten notwendigerweise neue Universitäten gegründet werden. Obwohl das Problem der Hochschulqualifikation nicht präzisiert wurde (wobei deutlich blieb, daß die Voraussetzung eine bessere Abiturnote war, da der tradierte *numerus clausus* nicht aufgehoben wurde), wurden im Laufe der sechziger Jahre eine Reihe von neuen Universitäten gegründet und die Etats des tertiären Bildungsbereichs ständig erhöht. Die berauschende Kombination von neuem Enthusiasmus, neuen Geldern, gleichzeitiger Schulreform (Einführung von Gesamtschulen und darauffolgendem Abbau der durch Klassenbewußtsein bestimmten Schranken) und universitären Neugründungen führte nicht nur zu einer Neubelebung der Universitäten, sondern diesen alten Ober- und Mittelstandsinstitutionen auch neues Blut zu: in den frühen siebziger Jahren wurden sie zu fast 27 Prozent von Arbeiterkindern in Anspruch genommen. Obwohl jedoch die Expansion hauptsächlich dem miserablen Stand der britischen Naturwissenschaften hätte zugute kommen sollen – und es kam tatsächlich, wenn auch nur punktuell, zu einem Wiederaufblühen bestimmter technologischer Disziplinen –, war die neue Phase des universitären Lebens vor allem durch eine Erweiterung der geistes- und sozialwissenschaftlichen Fakultäten gekennzeichnet. Die Erhöhung der Zahl der Studienplätze hatte einem bis dahin kontingentierten Bewerberstrom in diesen Fächern auf einmal freien Lauf gelassen.

Selbst wenn diese Tendenz nicht im nationalen Interesse gewesen wäre – und darüber streiten sich die Geister noch –, schien die Eingriffsmöglichkeit der Regierung gering. Die rechtliche Unabhängigkeit der Universitäten wurde zusätzlich durch ein Finanzierungssystem gesichert, das die akademische Freiheit der Hochschulen garantierte. Im Fünfjahrestakt wurden die Hochschulgelder über das Kultusministerium an eine unabhängige Hochschulkommission (University Grants Committee: UGC) von Universitätsprofessoren ausgehändigt, die die individuellen Etats als Pauschalen an die Hochschulen weiterleitete. Zu welchen Zwecken bzw. für welche Fachrichtungen die Gelder benutzt wurden, entschieden die Universitäten selber. So sehr ein Kultusminister eine Kursänderung in der Hochschulpolitik gewünscht hätte, eine Intervention schien ausgeschlossen.

Mit dem Wahlsieg von Margaret Thatcher, die 1974 kurzfristig Kultusministerin und angeblich Schutzpatronin der Universitäten im Kabinett ihres

Amtsvorgängers Edward Heath war, sollte sich alles schnell ändern. Die Eiserne Lady, die mit dem karitativen Denken aller früheren konservativen Regierungen brach und statt dessen auf Privatisierung des öffentlichen Sektors als Allheilmittel setzte, wußte eine neue Taktik gegen jegliche »Verschwendung« öffentlicher Gelder einzuführen: die sogenannte Gesundschrumpfung. Schon im ersten Amtsjahr der Thatcher, als die Inflationsrate auf über 10 Prozent geschnellt war, wurden die Universitätsgelder gekürzt. 1981, als die Inflationsrate auf um die 20 Prozent gestiegen war, hieß es, das UGC sollte innerhalb von vier Wochen Vorschläge für Sparmaßnahmen im Universitätsbereich einreichen, um eine Etatreduzierung von 18 Prozent und die Eliminierung von 3000 Hochschulstellen binnen anderthalb Jahren zu erzielen. 1984 hieß es, es müßten sogar nochmals 2 Prozent gespart und weitere 3000 Stellen gestrichen werden. Verdiente und höchst erfahrene ältere Kollegen wurden rücksichtslos frühzeitig pensioniert, ganze Institute wurden geschlossen, Fakultäten verloren durch Nicht-Neubesetzung von freigewordenen oder umgewidmeten Stellen ihren Überbau. Die angesehene neusprachliche Abteilung der Universität Manchester in Nordengland verlor in einem Jahr jeweils zwei Lehrstühle für Romanistik und Germanistik, Stellen im Bereich der Philosophie wurden landesweit um über 30 Prozent reduziert. Die als systematischer Angriff auf das Hochschulwesen empfundene Welle der Sparmaßnahmen war so radikal, daß sie eine einmalige Reaktion der sonst erzkonservativen *alma mater* der Margaret Thatcher, der University of Oxford, hervorrief. Als von Anhängern der Konservativen Partei unter den Dons (= Hochschullehrer in Oxford & Cambridge) der Vorschlag gemacht wurde, der Premierministerin die Doktorwürde *honoris causa* der Universität zu verleihen, war die Mehrzahl der Stimmberechtigten (der M. A.-Graduierten der Universität) so empört, daß ganze zwei Drittel gegen den Vorschlag stimmten. In einem öffentlichen Brief der universitären Opposition hieß es, Frau Thatcher habe »dem ganzen öffentlichen Erziehungswesen in Großbritannien, vom Kindergarten bis zum fortgeschrittensten Forschungsprojekt, tiefen und systematischen Schaden zugefügt«.

Hier stellt sich zwangsläufig die Frage, warum ausgerechnet Margaret Thatcher, Oxforder Doppelgraduierte (Chemie und Jura) und, weil aus sehr bescheidenen kleinbürgerlichen Verhältnissen kommend, Nutznießerin der sozialen Bildungsreform, so handelte und noch handelt. Zweifellos macht sich hier der von ihrem früheren Mentor und ersten Kultusminister Sir Keith Joseph vermittelte Einfluß der gegen den liberalen Keynesianismus gerichteten ökonomischen Theorien des Amerikaners Milton Friedman geltend, aber das allein erklärt nicht die Vehemenz ihrer Angriffe auf die

Hochschulen. Andere Einflüsse dürften gewesen sein: der Puritanismus ihrer Familie, der sich in einem übersteigerten Arbeitsethos niederschlug, und das Vorbild ihres Mannes – eines ebenso rücksichtslosen wie wirtschaftlich erfolgreichen Self-made-man mit rechtsradikalen Tendenzen. Vor allem dürfte es, so der liberale Kommentator (und *Guardian*-Korrespondent) Hugo Young, der Haß der in das englische Establishment nicht aufgenommenen Aufsteigerin auf die Macht des alteingesessenen Großbürgertums sein, jenes Großbürgertums, das das Leben der high society in London und an den Universitäten (in erster Linie den älteren) sowie die kulturellen Gremien und öffentlich-rechtlichen Anstalten jeder Art noch immer beherrscht. Diese Gesellschaftsschicht habe für sie, so Young, einen »anti-business touch«, sei gegen meritokratisches Denken, sogar unbritisch. Statt der müßigen Pflege von wertfreien, lebensfernen Disziplinen, als akademischen Pendants ihres parasitären Genusses von ererbtem Status und Reichtum, sollte sich das alte Bürgertum als Pächter staatlicher, universitärer Pfründe auf neue, der Leistungsgesellschaft entsprungene Werte einstellen und für deren Realisierung in der Praxis ihren Unterricht und die Ausrichtung ihrer Institute umgestalten. Aus elitären Kritikern sollten Akzeptanzwissenschaftler werden. Konkret ging es darum – so das Grundsatz-Papier der Thatcher-Regierung »Higher Education in the 1990s« –, jede Disziplin mit unternehmerischem Geist zu durchdringen. In Zukunft sollten die Universitäten dem nationalen Interesse »effizienter« dienen. Da sie ihre Gelder hauptsächlich aus der staatlichen Kasse bezogen, waren sie ein Zuschußgeschäft (genau wie Leyland, British Airways, die Stahlkorporation und andere staatliche Unternehmen) und als solches mit den Realitäten der modernen Welt überhaupt nicht vertraut. Statt ihre Rentabilität durch Gewinnausschüttung zu demonstrieren, lebten Universitätsprofessoren von der Bezuschussung ausgerechnet seitens derer, deren Werte sie in ihrem Unterricht attackierten – der Unternehmer. Thatcher beklagte in einem in den *Sunday Times* veröffentlichten Interview mit Brian Walden (8. 5. 88), daß die Professoren ihre privilegierte Position benutzten, um »Gift« zu verteilen. Als professionelle Verbreiter »revolutionärer Doktrinen wie des Kommunismus« versuchten sie, möglichst schnell enthusiastischen Studenten »alle anständigen Werte auszutreiben«. Glücklicherweise weiß sich Frau Thatcher im Besitz eines unfehlbaren Gegenmittels: das gesunde Empfinden des Volkes. Dessen realistisches Weltverständnis, sein Glaube an persönlichen Besitz als Inbegriff der Wechselwirkung zwischen Freiheit und Verantwortung würden ihr helfen, die Gefahr des Sozialismus zu bannen, den die Professoren und ihre Alliierten in der Labour-Partei noch kurz vor ihrem Amtsantritt 1979 in England beinahe realisiert hätten.

Da die Universitäten in den frühen achtziger Jahren die verkürzten Gelder prozentual verteilten und sich weigerten, die verschiedenen Fachrichtungen nach ihrem angeblichen Beitrag zum nationalen Bruttosozialprodukt zu bewerten und entsprechend zu finanzieren, ging die Konservative Regierung auf Interventionskurs. 1985 wurden alle Institute an allen Universitäten nach Leistung – im Sinne von Graduierten-»Produktion«, Anteil der privaten Finanzierung, Menge (nicht Qualität) der Publikationen – bewertet und auf eine nationale Rangordnungsliste gesetzt. Die Finanzierung der einzelnen Universität hängt seit dieser Zeit z. T. von jenen Ergebnissen ab. In kleineren Fächern wurden Rationalisierungsmaßnahmen vorgenommen, vor allem mußten neue Programme zentral bewilligt werden, wenn sie mit öffentlichen Geldern finanziert werden sollten. Wer aber privat Finanzen ergattern konnte, durfte natürlich selbständig handeln. So sollten die Universitäten mit finanzieller Selbstverantwortung vertraut werden. Während die Staatsgelder bei gleichzeitig hoher Inflation gekürzt wurden, was zu massiven Reduzierungen in philosophischen und nicht-angewandten naturwissenschaftlichen Fächern führte, konnten sich bestimmte relativ neue Disziplinen ungebremst entwickeln; das galt insbesondere für die Betriebswirtschaft. Obwohl um diese Zeit freiwerdende Stellen in den Geistes- und Sozialwissenschaften »eingefroren« oder gestrichen wurden (in Oxford allein gingen 25 Prozent der Professuren für Philosophie verloren), sicherte die Finanzierung durch Banken und industrielle Körperschaften ein rapides Wachstum der Betriebswirtschaft. Innerhalb von wenigen Jahren expandierte sie an einigen Universitäten so, daß sie sogar größer als die ganze Philosophische Fakultät wurde. Hier vor allem waren die neuen Thatcheristischen Kriterien spürbar. Während in den älteren Disziplinen nur noch nach stringenten akademischen Maßstäben befördert oder berufen wurde, wurden in der neuen Akzeptanzwissenschaft des Thatcherismus Professoren ernannt, die nichts veröffentlicht hatten, dafür aber über riesige Drittmittelgelder aus der Industrie verfügten. Die Fähigkeit, an dieses sogenannte »serious money« heranzukommen, war allein ausschlaggebend. Ganze Institute wuchsen innerhalb der Universitäten quasi unabhängig von der eigentlichen Hochschule auf, die aber trotzdem sehr schnell das Leben der *alma mater* bestimmten. »Geld jagt dem Gelde nach«, sagen die Briten, und diese Volksweisheit wurde sehr bald in universitären Kreisen bestätigt: die öffentlichen Gelder wurden immer mehr für die Unterstützung der neuen Fachrichtungen eingesetzt, die humanistischen Fächer mußten mit immer schlechter werdenden personellen und technischen Arbeitsbedingungen zufrieden sein. Auch die Gehälter der Professoren gaben immer mehr nach, wenn sie nicht über Drittmittel finanziert waren. Dies brachte

den schon seit Anfang des Jahrzehnts fließenden Emigrantenstrom in Richtung USA zu einem verstärkten Anschwellen.
Die Resistenz der Universitätsrektoren und der Gewerkschaften (Hochschulprofessoren in Großbritannien sind keine Beamten) war für Frau Thatcher der Beweis, daß sie die Universitäten immer noch nicht ganz weichgeklopft hatte. Der schwache Punkt war aus ihrer Sicht eindeutig die auf das Mittelalter zurückgehende universitäre Autonomie: schon damals war die lebenslang gesicherte Stelle (tenure) des Hochschullehrers eine wichtige Garantie akademischer Freiheit. Überdies machte das aus Professorenmitgliedern bestehende UGC eine mehr oder minder direkte Steuerung des Hochschulsystems von außen unmöglich. Es begann also eine von Kabinettsmitgliedern geführte Propagandakampagne, die eine strukturelle Änderung der Hochschule aus nationalem Interesse legitimieren sollte.
Wenn die Universitäten »einen adäquaten Beitrag zur ökonomischen Erneuerung Großbritanniens« leisten wollten, meinte der angehende Unterstaatssekretär im Kultusministerium Robert Jackson 1987, »muß der Apparat, auch das elfenbeinturmartige Ethos des hermetisch abgekapselten akademischen Produzenten-Monopols, demontiert werden«. Allgemein sei eine Neuorientierung der Hochschulen erforderlich; in den Naturwissenschaften müsse das Verhältnis zwischen ›reiner‹, vom eigenen Bedarf betriebener und von der Nachfrage betriebener ›angewandter‹ Wissenschaft »korrigiert werden«, außerdem müsse »die kulturelle und institutionelle Kluft zwischen Universität, Industrie und Handel überbrückt werden«. Unbequeme Fragen seien an die Professoren zu richten, vor allem was die Effizienz und Produktivität ihrer Arbeit anging; ein seiner Verantwortung gegenüber der wirklichen Welt bewußtes Hochschulsystem habe sogar selbst ein Interesse, den Wert von Orchideenwissenschaftlern und sonstigen Taugenichtsen bzw. die Vertretbarkeit ihrer lebenslang gesicherten Stellen neu zu erwägen. Wenige Monate später, mit Rückwirkung ab 10. November 1987, wurde »tenure« in jedem neuen Vertrag ausgeschlossen, selbst wenn es sich um einen Ruf oder eine Beförderung handelte. Ausdrücklich wurde es den Universitäten freigestellt, in Zukunft Fachvertreter zu entlassen, wenn ihr Fachbereich als überflüssig oder finanziell nicht tragbar klassifiziert war. Immer noch wähnten sich die Professoren in Sicherheit hinsichtlich der Unanfechtbarkeit ihres ›tenure‹. Als aber im Herbst 1988 die Universität Hull in Nordostengland den ältesten Kollegen im Philosophischen Institut (57 Jahre) frühzeitig in den Ruhestand schicken wollte – weil die von der Universität reduzierten Zulassungen zum Philosophiestudium einen Professor überflüssig machten –, dieser sich jedoch dagegen wehrte, wurde er fristlos entlassen. Hier wirkte die Autonomie der Hochschulen

fatal: eben weil sie seit dem Mittelalter »selbstregulierende Institutionen« eigenen Rechtes sind, war dem Kollegen der Weg über das Arbeitsgericht versperrt. Trotz landesweiter Protestaktionen der Hochschullehrer wurde der Beschluß nicht rückgängig gemacht.

Während versucht wurde, Teile des Lehrkörpers durch moralisch zweifelhafte Maßnahmen zu entlassen, um die übrigbleibenden dadurch einzuschüchtern, suchte die Thatcher-Regierung gleichzeitig den unbotmäßigen UGC durch ein neues regierungsfrommes Gremium zu ersetzen. Beschlossen wurde die Gründung des UFC, des University Funding Council, dessen Mitgliedschaft zu über 50 Prozent aus Unternehmern und höheren Wirtschaftsmanagern bestehen und das vom Frühjahr 1990 an die Funktionen des UGC übernehmen soll. Nicht nur wird also mit der Tradition der Selbstverwaltung der Universitäten gebrochen, sondern gleichzeitig soll der neue Verwaltungsrat an die Stelle des meritokratischen Ethos des Robbins-Berichts ein neues Ethos setzen: »die höhere Erziehung soll denen zugänglich gemacht werden, die bereit sind, diese Erziehung mit den eigenen Ressourcen mitzufinanzieren« – so der neue Vorsitzende des Rates, Lord Chilver. Das notfalls durch Darlehen selbstfinanzierte Studium schont zweifellos die öffentliche Kasse, destruiert aber zugleich das viel bewunderte sozialdynamische Stipendiensystem Großbritanniens. Dazu wird ein weiterer Abbau der direkten Universitätssubventionen durch das Kultusministerium angestrebt. Zwar wurden diese schon im Laufe der letzten zehn Jahre von pauschal 75 Prozent auf 55 Prozent gesenkt (im Falle der TU Cranfield, wo Lord Chilver bis vor kurzem Rektor war, auf sage und schreibe 14 Prozent), aber sie sollen in Zukunft immer mehr durch die Förderung der einzelnen Fachbereiche durch verwandte »Unternehmensbereiche« ersetzt werden. »Die humanistischen Fächer sind für eine Universität ungeheuer wichtig«, meint Lord Chilver, nur sollten sie nicht vom Staat, sondern z. B. von Theatern und Museen getragen werden. Daß es zur Zeit keine solchen Kontakte gibt, deute darauf hin, wie sehr z. B. »das Fach Geschichte sich verlaufen hat. Jene Bereiche, die jeden Kontakt mit der wirklichen Welt verloren haben, sind im Prozeß des Verfalls begriffen. Entweder wird eine Disziplin als relevant betrachtet und daher finanziell unterstützt, oder nicht – und wird dann vergehen.« An solchen Formulierungen wird deutlich, daß Relevanz mit Akzeptanz mehr oder weniger gleichgesetzt wird, daß es in diesem Konzept keinen Platz für nichtkonformes Denken, reine Wissenschaft, Musisches oder die Pflege der kulturellen Tradition gibt. Maßgebend ist eine alles andere ausschließende instrumentelle Rationalität.

Es fragt sich, wie die Universitäten, deren Lehrkräfte immer weniger wer-

den und in einen immer desolateren Zustand geraten, gegen diesen auch in den Massenmedien geschickt gemanagten Feldzug reagieren können. Bisher ist ihre Reaktion zwangsläufig ambivalent: die auf dem Leistungsprinzip basierende Finanzierung des Universitätssystems zwingt die Rektoren als Hochschulfunktionäre, das böse Spiel mitzuspielen; dabei werden sie auch durch die neuen Professoren der Betriebswirtschaft und anderer angewandter Fachrichtungen unter Druck gesetzt, nur nach den neuen Spielregeln zu verfahren, da alles andere weltfremder Utopismus sei: da ist leider etwas dran; hier rächen sich viele alte Sünden der Universitäten. Auch uralte eingebürgerte britische Ressentiments unterminieren die Solidarität der Hochschulen: die weniger »respektablen« Universitäten – ehemalige THs, einige Neugründungen und die weniger schicken Großstadtuniversitäten – sehen hier eine Chance, sich endlich einmal gegen die Dominanz der Oxbridge-Universitäten zu wehren und einen Platz an der universitären Sonne für sich in Anspruch zu nehmen. Die Ernennung von Lord Chilver zum Vorsitzenden des neuen University Funding Council ist ein Indiz für die Konvergenz der Interessen der Regierung und der ehemaligen Outsider-Universitäten. Ferner handeln die Rektoren als Verwaltungsdirektoren ihrer Hochschulen bis zu einem gewissen Grad als Handlanger der Regierung, wenn es um Gehälter geht. Ganz allgemein war der Druck auf den Geldbeutel eine äußerst geschickte Taktik des Thatcher-Kabinetts, um Arbeitern im öffentlichen Sektor die finanziellen Realitäten dieser Welt beizubringen; auf diese Art konnten die früheren Verlustindustrien Eisen & Stahl und Bergbau gesundschrumpfen. Gleichzeitig gelang es der Eisernen Lady, den Gewerkschaften dabei eine empfindliche Niederlage beizubringen. Diese insbesondere betrachtete sie nicht nur als Verfechter des internationalen »Gifts« des Sozialismus, sondern auch als das größte Hindernis für die Profitabilität der britischen Wirtschaft. Obwohl die Hochschulprofessoren, weil keine Beamten, streiken dürfen, erzeugt ihre Arbeit – anders als es bei den Bergbau- und Stahlarbeitern der Fall war – keine Waren, deren Nicht-Verkauf für die nationale Ökonomie nachteilig wäre. Oder vielleicht doch, meint die Gewerkschaft der Hochschullehrer, die Association of University Teachers. Eine fortgeschrittene Gesellschaft braucht immer mehr qualifizierte Arbeitskräfte, und eben diese sind unser Sozialprodukt; wenn wir uns der Prozedur der Examina entziehen, so daß die Studenten nicht graduieren können, können wir die Regierung unter Druck setzen, sie zu neuen Tarifverhandlungen zwingen. Und ein Stück weit ist dies der Gewerkschaft gelungen. Obwohl die Kaufkraft eines durchschnittlichen Professorengehalts in Großbritannien im Laufe der letzten zehn Jahre um 20 Prozent gesunken ist – was z. T. dazu geführt hat, daß die »Effizienz« der Hoch-

schulen tatsächlich steil angestiegen ist –, wurde auf ihre Forderung nach Gehaltserhöhung im Jahre 1988 mit einem Nullangebot geantwortet. Daraufhin drohte die Gewerkschaft mit dem Boykott der Prüfungen, was erst Anfang 1989 ein Angebot von 3 Prozent (bei 7,5 Prozent Inflation) zur Folge hatte; die anhaltende Solidarität der professoralen Kumpel hat inzwischen ein neues Angebot von 6 Prozent hervorlocken können, trotzdem wird der Streik fortgesetzt. Wie er ausgehen wird, wird sich zeigen. Ein im *Times Higher Education Supplement* kürzlich erschienener Artikel stellte jedoch die etwas düstere Prognose, er würde so wie der große Bergbaustreik im Jahre 1984 enden, da »diese Regierung ihrem Bestreben keine Grenzen setzt, ihre ideologischen Dogmen durchzusetzen«.

Wie dem auch sei: diese Streikaktion muß wichtiger Bestandteil einer von den Hochschullehrern getragenen Öffentlichkeitsarbeit gegen die systematische Umfunktionierung des Hochschulwesens für parteipolitische Zwecke bleiben. Sie ist aber nur als eine von den Tagesforderungen verlangte Strategie unter anderen zu verstehen. Zur gleichen Zeit muß gegen die falschen Voraussetzungen des Angriffs auf die Universitäten gekämpft werden, muß z. B. jede Möglichkeit wahrgenommen werden, Regierungsvertreter in öffentlichen Debatten herauszufordern, in der Hoffnung auf eine längerfristige Umstimmung der – bis jetzt für das Hochschulwesen ungünstigen – öffentlichen Meinung. Exemplarisch ist in diesem Zusammenhang eine im November letzten Jahres in Edinburgh stattgehabte Kontroverse zwischen Robert Jackson, inzwischen Staatssekretär für Höhere Erziehung, und Simon Blackburn, Professor für Philosophie an der Universität Oxford, die nach ihrem Abdruck im *Times Literary Supplement* einen noch anhaltenden öffentlichen Briefwechsel zwischen Professoren und Regierungsvertretern auslöste.

Jackson betont, als Ausgangspunkt für seine Argumentation, die pro Student höheren Kosten des englischen Hochschulsystems im Vergleich mit anderen Ländern; die Universitäten müßten folglich mit weniger Geld auskommen. Wie sie aber mit den reduzierten Finanzen klarkommen, sei Sache der Universitäten allein, da die Etats nicht von der Regierung, sondern vom UGC – in Zukunft vom UFC – verteilt würden. Die Hochschulen hätten akademische und finanzielle Selbstverantwortung zu praktizieren, müßten sich nach den Bedürfnissen des Markts richten und sich auf ihre Fähigkeit besinnen, Subventionen von Industrie und Wirtschaft zu erhalten. Blackburn versucht dagegen zu beweisen, daß in Jacksons Argumentation vieles nicht stimmt. Die sogenannte Autonomie der Universitäten sei in der Ära Thatcher schon längst verschwunden: nicht nur habe ihre Regierung durch Reduktion der Subventionen die Universitäten geschwächt, sie habe gleich-

zeitig den Prozeß der sogenannten Gesundschrumpfung gesteuert. Überdies sei der Rückgang in den humanistischen und den »reinen« naturwissenschaftlichen Fächern (32 Prozent in der Philosophie, 20 Prozent in Physik und Chemie) keineswegs marktgesteuert: die Nachfrage nach Studienplätzen sei größer denn je – der Vorsitzende des UGC, Sir Peter Swinnerton-Dyer, befürchtet sogar, die Favorisierung eines vom persönlichen Bedarf gesteuerten Massenuniversitätssystems in Großbritannien, wie im Mai diesen Jahres von Kultusminister Baker vorgeschlagen, könnte diese Tendenz noch verstärken. Nur der rigoros gehandhabte *numerus clausus*, wobei Quotenüberschreitungen in den nicht »relevanten« Fächern mit Geldstrafen – Reduzierung des Etats – belegt wurden, sei für diesen punktuellen Rückgang der Studierenden verantwortlich. Ferner sei die immer wieder hervorgehobene wünschenswerte Relation zwischen Hochschulen und der wirklichen Welt nur begrenzt realisierbar. Die von Kenneth Baker angenommene Bereitschaft der Wirtschaft, die Kosten von für sie relevanten Programmen zu übernehmen, erweise sich als ein Phantom.

Bleibt die Frage, ob es sich bei der Resistenz der Hochschulprofessoren gegen die angestrebte Reform der Konservativen Regierung nicht um die fragwürdige Verteidigung überständiger Privilegien handelt, ob die Universitäten nicht längst schon reformbedürftig waren. Sicherlich hatte die Injektion einer Dosis Leistungsprinzip auch positive Folgen, die Universitäten sind tatsächlich effizienter geworden, die Kollegen in jeder Hinsicht produktiver, das Verhältnis zur Wirtschaft für beide Parteien besser. Trotzdem stellte sogar ein Abgeordneter der Konservativen Partei vor wenigen Wochen fest, daß die Hochschulpolitik der Konservativen »unwissend, statistisch schlecht fundiert, miserabel, negativ und philiströs« sei. Inwiefern? Vor allem ist die Hochschulpolitik der Thatcher-Regierung – wie andere Aspekte ihrer politischen Plattform – durch rein kurzfristige Zielsetzungen gekennzeichnet. Was sich nicht heute oder morgen auszahlt, ist nicht relevant. Das trifft nicht nur für die geisteswissenschaftlichen Fächer zu; im ganzen Gebiet der nichtangewandten Naturwissenschaften werden großartige Forschungsvorhaben ausgehungert. Ein Beispiel unter vielen: das weltbekannte Radioastronomie-Team der Universität Manchester zu Jodrell Bank, aus dem die heutige Generation von Radioastronomen – weltweit – hervorgegangen ist, leidet jetzt nicht nur an Geldermangel, wenn es um die Anschaffung von neuen Anlagen geht, sondern kann seinen neuen Professoren nicht mehr als ein Anfangsgehalt von 30 000 Mark im Jahr anbieten; selbst in den staatlich finanzierten Sektoren der bedarfsrelevanten Fächer führen die niedrigen Gehälter zu einer Auswanderungswelle britischer Wissenschaftler ohnegleichen. Wo weder Industrie noch Regierung einem For-

schungsgebiet eine unmittelbare Profitmöglichkeit zurechnen können, stirbt der Nachwuchs aus; mit der akademischen Saat wird heute gespart, dafür wird es morgen keine Ernte der Früchte neuer Entdeckungen in Großbritannien geben, heißt es in den Flugschriften der Association of University Teachers.

Kürzlich bekräftigte die Autorin Ursula Krechel dieses trübe Bild in ihrem Bericht von einer Lesereise durch germanistische Institute in Großbritannien: »Das englische Universitätswesen ist im Augenblick in einem ganz desolaten Zustand. Es wird gespart und gekürzt, wo immer zu sparen und zu kürzen ist. Ich bin von einer Universität zur anderen gereist und war immer der reitende Bote des Unglücks und habe der einen erzählt, was bei ihrer Nachbaruniversität gerade eingespart wird. Das ist eine Art von Kulturvernichtung, kann man fast sagen.« Vor allem die Misere der britischen Germanistik verdeutlicht das Engstirnige, die Kurzsichtigkeit, gar die Inkonsequenz der Reformpolitik der Frau Thatcher. Die Germanistik in England war, weil weltfremd, durchaus reformbedürftig; in Oxford und Cambridge insbesondere wurde Deutsch wie ein zweites Latein studiert, selbst ein Auslandsaufenthalt war nicht erforderlich. Aber in neueren Instituten wurde ein gegenwarts- und praxisbezogenes Konzept der Germanistik entwickelt, das – ohne ökonomische Scheuklappen – den Bedürfnissen der englischen Wirtschaft in den Jahren um 1992 entsprochen hätte. In einer Provinzuniversität, in der die Entwicklung der Betriebswirtschaft zu Ungunsten anderer Fachrichtungen besonders spektakulär war, in der aber kein einziger Professor dieses Fachs einer Fremdsprache überhaupt mächtig war, wurde ein Programm für Betriebswirtschaft und Deutsch entwickelt, das die Studenten auf ein vielseitiges, kulturell bereicherndes und praktisches Leben innerhalb der deutsch-britischen Wirtschaftsexpansion der nächsten Jahre vorbereitet hätte. Die Quoten für dieses Programm wurden jedoch nicht genehmigt, da »dies nicht die Zeit ist (1988!), in deutsch-britische Angelegenheiten zu investieren« – so die Begründung des University Grants Committee zur Ablehnung des Vorschlags. Die philiströse Vernachlässigung der kulturellen Tradition als Bestandteil eines jeden Bildungsprozesses ist schlimm genug, aber Kulturbarbarei ist nichts Neues. Einfach dumm, schlicht und ergreifend kriminell ist dagegen eine solche Kurzsichtigkeit, die – eben weil sie im Namen sehr kurzfristiger finanzieller Kriterien die heute erforderliche Investition in den Nachwuchs versäumt – dazu führen wird, daß Großbritannien am Rande nicht nur eines vereinten Europas, sondern auch der posttechnologischen Welt der Zukunft stehen wird.

Wolfgang Nitsch, geboren 1938, ist Professor für Wissenschaftstheorie an der Universität Oldenburg; Arbeitsgebiete: Wissenschaftsdidaktik, Hochschulforschung, Methoden der Sozialforschung.

Eckart Britsch, geboren 1952, Soziologe, lebt in Berlin und arbeitet am Bennigton College in Vermont, USA.

Uwe Wesel, geboren 1933, ist Professor für Rechtsgeschichte und Zivilrecht an der Freien Universität. Soeben erschien sein Essay-Band *Recht und Gewalt. Dreizehn Eingriffe;* s. S. 28.

Carolin Krings, geboren 1960, studierte Medizin in Bonn und Berlin. Zur Zeit arbeitet sie als Ärztin an einem arbeitsmedizinischen Institut in Aachen.

Bernd Mahr, geboren 1945, ist Professor im Institut für Software und Theoretische Informatik an der Technischen Universität Berlin.

Marianne Schuller, geboren 1945, ist Professorin am Literaturwissenschaftlichen Seminar der Universität Hamburg.

Jens Rehländer, geboren 1962, ist Redakteur bei der Zeitschrift *GEO* in Hamburg.

Claus Leggewie, geboren 1950, lebt in Köln und ist Professor für Politikwissenschaften an der Universität Göttingen. Soeben erschien von ihm: *Die Republikaner. Phantombild der Neuen Rechten.*

Jürgen Zimmer, geboren 1938, arbeitet als Pädagoge an der Freien Universität Berlin; Arbeitsschwerpunkte: Pädagogik der Dritten Welt und Interkulturelle Erziehung.

Reinhard Breuer, geboren 1946, ist Redakteur bei der Zeitschrift *GEO* und Lehrbeauftragter für Theoretische Physik an der Universität Hamburg.

Ulrich K. Preuß, geboren 1939, ist Professor für öffentliches Recht an der Universität Bremen und beschäftigt sich vorwiegend mit Fragen der Verfassungs- und der politischen Theorie.

Friedrich Edding, geboren 1909; Professor em. der Technischen Universität Berlin und em. wissenschaftliches Mitglied des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung.

Keith Bullivant war bis 1988 Professor für Neuere Deutsche Literatur am German Department der University of Warwick, England. Seit 1989 ist er Professor für Neuere Deutsche Literatur an der University of Florida, Gainesville, USA. Soeben erschien von ihm *Englische Lektionen.*

Kursbuch 98 **Das Chaos** November 1989
Kursbuch 99 **Kunst** März 1990

Vorschauen auf die beiden Nummern enthält der Beihefter in dieser Ausgabe zwischen den Seiten 48 und 49.

Neuerscheinungen

Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)

Marxistische Studien Jahrbuch des IMSF Band 15
Rüstung — Abrüstung — Frieden
Tendenzen, Probleme, Perspektiven für eine neue Friedensordnung
475 Seiten · 42,— DM ISBN 3-88807-064-3

Klasse und Geschlecht
257 Seiten · 17,80 DM ISBN 3-88807-059-7

IMSF · Forschung und Diskussion Band 1
Frauenunterdrückung und Familienverhältnisse
219 Seiten · 17,80 DM ISBN 3-88807-060-0

IMSF · Forschung und Diskussion Band 2
Wirtschaftspolitische Alternativstrategien in Westeuropa
Positionen der kommunistischen Parteien des kapitalistischen Europas — eine Synopse
283 Seiten · 19,80 DM ISBN 3-88807-063-5

IMSF · Forschung und Diskussion Band 3
Arbeiterkultur — vom Ende zum Erbe?
166 Seiten · 24,— DM ISBN 3-88807-066-X

Internationale marxistische Diskussion 10
Stanislaw Menschikow
Lange Wellen in der Wirtschaft: Theorie und aktuelle Kontroversen
147 Seiten · 15,— DM ISBN 3-88807-061-9

Bestellungen an Ihre Buchhandlung oder direkt an: IMSF-Vertrieb, Oberlindau 15, 6000 Frankfurt/M. 1 Telefon (069) 72 49 14

Zytglogge

Mal weg vom Freitag und voll rein ins Leben!

Hugo Rindlisbacher
Spurensicherung
Familienroman

Zytglogge

Monumental und emotionsgeladen, nicht mit derben Worten sparend, scheinbar atemlos niedergeschrieben.

„Ich bin dabei, den zweiten Eiswürfel aus dem leeren Whiskyglas zu angeln, da trifft mich der Schlag: Ich sehe mich draußen vorbeigehen."

Verlagsprogramm '89 beim Zytglogge Verlag, Cäsariusstr. 18, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/362550

STOPP!

Studenten
schreiben Kurzgeschichten

7 x im Jahr im

UNI
JOURNAL

Deutschlands größtes Magazin für Studenten

UND...

...UNI-telegramm ...Studienplatztausch
...brainstorm ...Journal ...Literatur
...Film ...Musik ...vieles mehr

✂ ABO

UNI
JOURNAL

UNI JOURNAL, Abo-Service,
Westfalenstr. 98, 4300 Essen 1

Schickt mir bitte **UNI JOURNAL** ab der nächsten erreichbaren Ausgabe 1 Jahr lang zu. Der Betrag von DM 25,- ❑ liegt als Scheck bei ❑ ist auf das Konto Nr. 270744-436 beim Postgiroamt Essen (BLZ 360 100 43), GARAMONT Verlagsges.m.b.H., überwiesen oder eingezahlt ❑ kann von meinem unten angegebenen Konto abgebucht werden.
Das Kennwort **"ABO UNI JOURNAL"** habe ich auf dem Empfängerabschnitt vermerkt. Das Abo verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern es nicht bis einen Monat vor Ablauf schriftlich gekündigt wird.

Name _____ Vorname _____

Straße, PLZ/Ort _____

Konto-Nr. / Bankleitzahl _____

Geldinstitut _____

Datum _____ Unterschrift ✗ _____ Geburtsdatum _____

Dieser Abonnementsauftrag kann innerhalb einer Woche mit einer schriftlichen Mitteilung an die GARAMONT Verlagsges.m.b.H., Abo-Service, Westfalenstr. 98, 4300 Essen 1 widerrufen werden. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

Unterschrift ✗ _____

Lesen Sie mal!

ERICH FRIED: *Shakespeare*
27 Stücke von William Shakespeare in der Übersetzung von Erich Fried
»Ohne Zweifel die wörtlichste Übersetzung in deutscher Sprache; sie macht den Geist Shakespeares in jeder Zeile kenntlich.« THE TIMES
3 Leinenbände im Schuber. Fadenheftung. Je etwa 600 Seiten.
Mit einem Begleitbuch: »Der Autor, die Stücke, der Übersetzer«, zusammengestellt von Friedmar Apel. Subskriptionspreis bis 31. 1. 1990: DM 158.–, danach DM 198.

KLAUS VÖLKER
Boris Vian: Der Prinz von Saint-Germain Ein Lese- und Bilderbuch
Mit diesem Buch erscheint erstmalig eine deutsche Biographie über Boris Vian. Klaus Völker sammelt nicht nur zahllose, unbekannte Dokumente zum Leben Vians, sondern zeigt auch rare Photos von seiner Umgebung und seinen Freunden: Duke Ellington, Jean-Paul Sartre, Juliette Greco, Eugène Ionesco, Charlie Parker, Miles Davis, Jacques Prévert und vielen anderen.
Allgemeines Programm.
Französische Broschur. Großformat. 160 Seiten mit vielen Abbildungen, DM 29.80

PIER PAOLO PASOLINI
Literatur und Leidenschaft Über Autoren und Bücher
Pasolinis Kritiken sind Teil seines hartnäckigen Kampfes für eine Literatur, die modern ist, ohne die Traditionen zu mißachten, die sich engagiert, aber ohne Doktrinen auskommt, und die viel zu leidenschaftlich ist, um das Irrationale den Feinden der Vernunft zu überlassen.
Aus dem Italienischen von Annette Kopetzki
Mit einem Nachwort von Thomas Schmid
Allgemeines Programm.
Französische Broschur. 160 Seiten mit zahlreichen Photos, DM 29.80

HEINRICH v. BERENBERG und KLAUS WAGENBACH (Hrsg.)
Deutsche Demokratische Reise
Ein literarischer Reiseführer durch die DDR
Die wichtigsten Schriftsteller der DDR führen durch eigenes Land und eigene Leute. Es sind literarische Erkundungen in bekannten und unbekannten, real existierenden Gegenden.
Quartheft 171. 192 Seiten, DM 19.80 erscheint im November

KONRAD WÜNSCHE *Bauhaus: Versuche, das Leben zu ordnen*
Das Buch zwingt zum Umdenken: Jahrelang glaubte man, das Bauhaus habe mit jeder Tradition gebrochen und rechne mit dem Menschen nur in seinem Verhältnis zur modernen Technologie. Wünsche weist jetzt an einem unglaublich modern erscheinenden Gegenstand dessen Traditionsverbundenheit und Hang zur Religiosität nach.
Kleine Kulturwissenschaftliche Bibliothek 17
128 Seiten mit vielen Abbildungen, DM 23.– erscheint zur Buchmesse

Unsere Bücher finden Sie bei Ihrem Buchhändler.
Schicken Sie uns eine Postkarte – wir schicken Ihnen dann unseren jährlichen Almanach ZWIEBEL:
Ahornstraße 4, 1000 Berlin 30

von
Wagenbach

falter

In der Lösung von Rätseln, die uns die eigene Seele aufgibt, entfaltet sich das Geheimnis der menschlichen Freiheit.

ADAM BITTLESTON
Einsamkeit
Aus dem Englischen von Susanne Lenz
Ca. 130 Seiten, geb. ca. 22,– DM
(Falter 1)
ISBN 3-7725-1051-5

DAN LINDHOLM
Vom Engel berührt
Schicksalsbegegnungen
Ca. 80 Seiten, geb. ca. 20,– DM
(Falter 2)
ISBN 3-7725-1052-3

GEORG KÜHLEWIND
Weihnachten
Die drei Geburten des Menschen
102 Seiten mit 4 farb. Tafeln,
geb. ca. 22,– DM (Falter 3)
ISBN 3-7725-1053-1

VERLAG FREIES GEISTES-LEBEN

Thema
1789 – Sind Frauen Menschen?

François Furet · Wolfgang Geiger
Ute Gerhard · Ursula Pia Jauch
Andrea Maihofer

Gespräch mit Jan Józef Lipski
Polnische Gratwanderung

György Konrád
Europa der Individuen

Hans-Henning Paetzke
Ein System wird beerdigt
Ungarn auf dem Weg
zum Mehrparteiensystem

György Petri
Zwei Gedichte

Bitte fordern Sie ein kostenloses Probeheft an bei:
Redaktion
DIE NEUE GESELLSCHAFT/
FRANKFURTER HEFTE
In der Raste 20–22, 5300 Bonn 1

Wenn die Sonne sinkt, ist für manche auch noch Büroschluß…

(E. Jelinek)

COTTA'S HÖRBÜHNE

Hörspiele auf Cassette

Heinrich Böll
Dr. Murkes gesammeltes Schweigen
Produktion: SWF/SR, 1986
ISBN 3-12-761330-X. DM 19,80 ⊛

Friedrich Dürrenmatt
Die Panne
Produktion: NDR, 1956
ISBN 3-12-810580-4. DM 19,80 ⊛
Erzählt wird die Geschichte des erfolgreichen Generalvertreters Traps, der gelernt hat, wie man sich in Zeiten materieller Zielsetzungen über Leichen hinweg nach oben boxt.

Günter Eich
Träume
Produktion: NDR, 1951
ISBN 3-12-810300-3. DM 19,80 ⊛

Hans Magnus Enzensberger
Der Untergang der Titanic
Produktion: HR/BR/SDR, 1979
ISBN 3-12-761310-5. DM 19,80 ⊛

Elfriede Jelinek
Wenn die Sonne sinkt, ist für manche auch noch Büroschluß
Produktion: SDR/SR, 1972
ISBN 3-12-810370-4. DM 19,80 ⊛
Das böse Rezept der Regenbogenpresse, gesellschaftliche Widersprüche mit Rührung zu verkleistern, wird in diesem Hörspiel so ernsthaft befolgt, daß der Hörer schwerlich wird ernst bleiben können.

Heinar Kipphardt
In der Sache J. Robert Oppenheimer
Produktion: BR/WDR, 1963. 2 Cassetten
ISBN 3-12-810390-9. DM 36,- ⊛

Dylan Thomas
Unter dem Milchwald
Produktion: NWDR/SWF, 1954
ISBN 3-12-810380-1. DM 19,80 ⊛

⊛ Unverbindliche Preisempfehlung

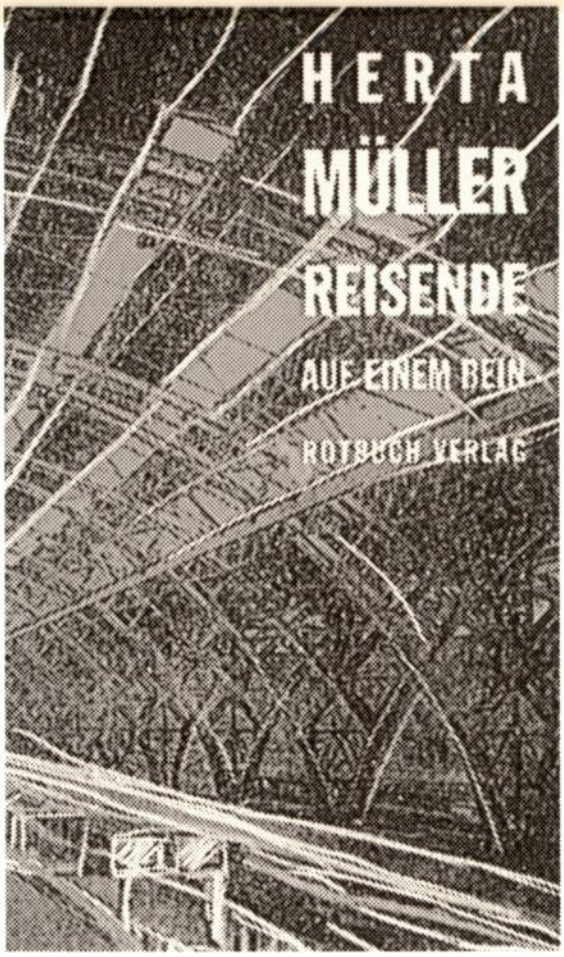
Die Cassetten der Hörspiel-Edition „Cotta's Hörbühne" sind im Buch- und Schallplattenhandel erhältlich. Eine kostenlose Hörprobe (P760347) gibt's beim Verlag.

Klett

Ernst Klett Verlag für Wissen und Bildung
Postfach 10 60 16, 7000 Stuttgart 10

Preise: Stand Juli 1989

O.Nr.

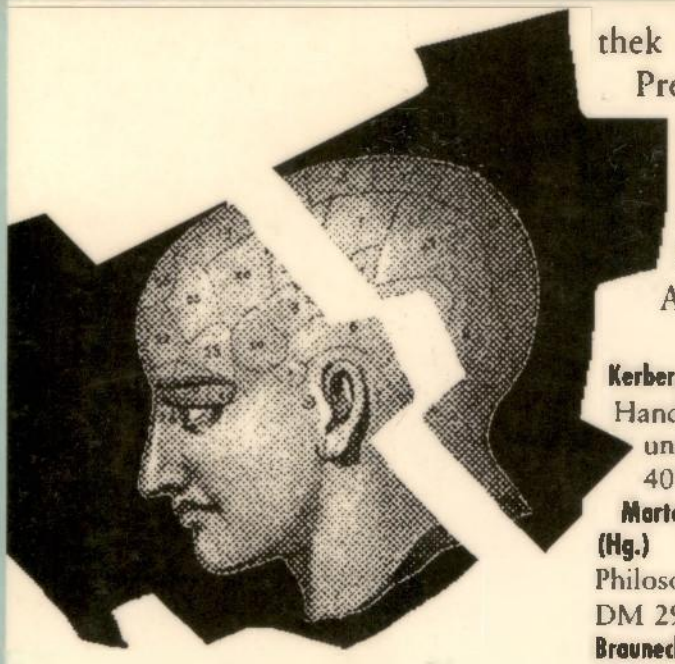


Zwei Länder, eine Sprache und eine Liebe als Transitvisum. HERTA MÜLLERS erstes in der BRD geschriebenes Buch. Zuhause hatten die Dinge Namen. Im neuen Land stehen den Namen Dinge gegenüber, die nicht zu ihnen passen wollen, die sich selbständig machen, die die eingewanderte Irene überwältigen und nur noch Chiffren des Zaubers alter Wünsche sind. Die Liebe zum Studenten Franz aus Marburg, noch farbenprächtig am Schwarzen Meer, bleicht in Deutschland schnell aus. Von den Rändern des neuen Landes balanciert der schwule Traumtänzer Thomas ins Bild.

Herta Müller
Reisende auf einem Bein
gebunden, mit Schutzumschlag
168 Seiten, DM 28

ROTBUCH VERLAG

Wissenschaft im Taschenbuch



Kopfüber in die Wissenschaft. Semesterstart mit rowohlts enzyklopädie

Wer sich bei rowohlts enzyklopädie immatrikuliert, ist für das Semester gut gerüstet. Die wissenschaftliche Taschenbuchreihe von Rowohlt bringt zu erschwinglichen Preisen neue Themen der Geisteswissenschaften, Handbücher, Standardwerke, die zum Grundbestand der geistigen Auseinandersetzung gehören und Einführungen in die Studienfächer. Sie ist eine Basisbibliothek für das Studium. Der Preis des Erfolgs ist manchmal nur ein Taschenbuch, das auch außerhalb der Sprechstunde des Professors eine passende Antwort parat hat.

Kerber, Harald/Schmieder, Arnold (Hg.)
Handbuch Soziologie. Zur Theorie und Praxis sozialer Beziehungen. 407/ DM 29,80

Martens, Ekkehard/Schnädelbach, Herbert (Hg.)
Philosophie . Ein Grundkurs 408/ DM 29,80

Brauneck, Manfred/Schnellin, Gérard (Hg.)
Theaterlexikon. Begriffe und Epochen, Bühnen und Ensembles 417/DM 29,80

Fetscher, Iring/Münkler, Herfried (Hg.)
Politikwissenschaft. Begriffe - Analysen - Theorien. Ein Grundkurs 418/ DM 29,80

Rexilius, Günter/Grubitzsch, Siegfried (Hg.)
Psychologie. Theorien - Methoden - Arbeitsfelder. Ein Grundkurs 419/ DM 29,80

Görlitz, Axel/Prätorius, Rainer (Hg.)
Handbuch Politikwissenschaft. Grundlagen - Forschungsstand-Perspektiven 432/DM 29,80

Grubitzsch, Siegfried/Rexilius, Günter (Hg.)
Psychologische Grundbegriffe. Mensch und Gesellschaft in der Psychologie. Ein Handbuch 438/DM 29,80

Lenzen, Dieter,
Pädagogische Grundbegriffe. Band 1: Aggression - Kulturpädagogik 487/DM 29,80; Band 2: Jugend - Zeugnis. 488/DM 29,80

ro ro ro

rowohlts enzyklopädie/ kulturen und ideen die wissenschaftliche Reihe im Taschenbuch